DIE DDR-FORSCHUNG IN DER BUNDESREPUBLIK IN DEN SIEBZIGER JAHREN. POLITISCHE DETERMINANTEN UND THEORETISCHE PROBLEME.

Ein Beitrag zu Perzeptionsgeschichte Bundesrepublik – DDR.

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung der Doktorwürde
des
Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften
der Philipps-Universität
Marburg/Lahn

I

vorgelegt von
Olaf Cless
aus
Freiburg/Br.

1979

Marburg/Lahn 1978

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41546024_0008

DIE DDR-FORSCHUNG IN DER BUNDESREPUBLIK IN DEN SIEBZIGER JAHREN. POLITISCHE DETERMINANTEN UND THEORETISCHE PROBLEME.

Ein Beitrag zu Perzeptionsgeschichte Bundesrepublik – DDR.

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung der Doktorwürde
des
Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften
der Philipps-Universität
Marburg/Lahn

vorgelegt von
Olaf Cless
aus
Freiburg/Br.

Marburg/Lahn 1978

UNIV.
LEIDEN
BIBL.

Vom Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Philipps-Universität als Dissertation angenommen am: 26.11.1978

Abschluß der mündlichen Prüfung am: 5.4.1979

Hauptberichterstatter: Prof. Dr. Georg Fülberth

Mitberichterstatter: Dr. Rainer Rilling

2. Mitberichterstatter: Prof. Dr. Hans-Heinz Holz

TEIL I

INHALT

Seite

Einleitung V

Kapitel 1

Der Hintergrund: Die Ost-West-Auseinandersetzung im Zeichen von Entspannung und Systemwettbewerb 1

1. Allgemeine Tendenzen im Kampf der Weltsysteme 1
2. Veränderungen im Verhältnis zwischen Bundesrepublik und DDR 29

Kapitel 2

Zur Frage der Einheit der Nation 64

Kapitel 3

Die DDR-Forschung: Entstehung und Entwicklung, Funktionen und Institutionen 112

1. Ostforschung, Kommunismusforschung, DDR-Forschung: Tradition und Evolution 112
2. Hauptinstitutionen der DDR- und Ostforschung und ihre Rolle zwischen Wissenschaft und Politik 161

Kapitel 4

Zur Diskussion über Erkenntnis und Interesse in der DDR-Forschung 208

1. Zwischen Wertfreiheit und Interessengebundenheit: Der Ansatz von C. Burrichter 208
2. "Heuristischer Antikommunismus": D. Herrmann 235
3. Zur Substanz der Repliken auf D. Herrmann 247
4. Parteilichkeit und Stufen des Bewußtseins 270
5. Parteilichkeit und Phasen des Forschungsprozesses 292

Kapitel 5

Zur gesellschaftstheoretischen Leitkonzeption: Die Totalitarismustheorie 307

1. Entmaterialisierung des Gesellschaftlichen, Formalisierung der Ideologie 310
2. Neutralisierung des Ökonomischen, Verselbständigung des Politischen 330
3. Tendenz zur Projektion 368
4. "Totalitarismus" als abstraktes Synonym für Sozialismus 376

5. Wertprämissen, theoretische Immunisierung 395

6. Zur Kritik der Totalitarismustheorie bei P.C. Ludz 402

Kapitel 6

Zur gesellschaftstheoretischen Leitkonzeption: Die Industriegesellschaftstheorie 426

1. "Bürgerliche" und "industrielle" Gesellschaft 428

2. Industriegesellschaftsbegriff und Sozialismus 437

3. Industriegesellschaftsdenken und Totalitarismustheorie: Einheit und Widerspruch 475

4. Die Entwicklungsprognose der "Entideologisierung" 484

5. Die Entwicklungsprognose der "Konvergenz" 517

Kapitel 7

Zur Darstellung der politischen Struktur der DDR 536

1. Die Frage nach dem Herrschaftssubjekt 537

2. Avantgarde und Gesamtgesellschaft 551

3. Zentralismus und Demokratie 604

4. Mitwirkung der Gewerkschaften 629

5. Immanenzgebot und Gesellschaftsauffassung 654

Exkurs: Zur Frage der Bürokratie-Herrschaft 664

Schluß 679

Anhang: Literaturverzeichnis

Einleitung

Im Mittelpunkt der vorliegenden Studie steht die bundesrepublikanische "DDR-Forschung". Unter dieser - etwas mißverständlichen - Bezeichnung wird die Gesamtheit aller auf den speziellen Gegenstand DDR bezogenen wissenschaftlichen Disziplinen (insbesondere der gesellschaftswissenschaftlichen) verstanden. Die DDR-Forschung ist so alt wie ihr Gegenstand. Sie hat aber,den geschichtlichen Veränderungen im Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander entsprechend, erhebliche Wandlungen durchgemacht. Dominierten in den fünfziger Jahren grobe Kampfliteratur sowie Restaurationspläne für den "Tag X", so kam es im Laufe des nächsten Jahrzehnts allmählich zu einer seriöseren und realistischeren Forschungshaltung. Die DDR-Forschung begann ihren Gegenstand ernst zu nehmen. Vollends in diese Richtung wirkten der Koalitionswechsel 1969 und die Anerkennung der DDR. Seither ist viel die Rede von der gelungenen Versachlichung der DDR-Forschung. Man berücksichtige nunmehr in angemessener Weise die Immanenz des Gegenstandes, man enthalte sich vordergründiger Wertungen, man vermische nicht mehr eigene Wünsche und Wirklichkeit, man errichte keine Tabus mehr, wird erklärt.

An diesem Anspruch soll die etablierte DDR-Forschung in dieser Untersuchung gemessen werden. Eine solche Überprüfung erscheint um so notwendiger, als sie von Seiten der DDR-Forschung selbst lange Zeit nicht ernstlich in Angriff genommen wurde.[1] Zwar hat es in den letzten zehn Jahren an speziellen wissenschaftlichen Selbstverständnis-Diskussionen nicht gefehlt, doch blieben dabei

---

1) Ein gewissens Novum stellt das umfangreiche Gutachten zum Stand der DDR-Forschung dar, welches vor kurzem vom Arbeitskreis für vergleichende Deutschlandforschung nach dreijähriger Arbeit vorgelegt worden ist. Soweit bekannt, enthält es streckenweise eine herbe Kritik am wissenschaftlichen Niveau der DDR-Forschung, so etwa an der "verbreitete(n) Methode der theoretisch nicht näher reflektierten Deskription" und dem vielfach "spekulativen Stil ('Pankow-Astrologie')" der Untersuchungen (zit. nach: Die Welt v. 23.3.1978). Das Gutachten scheint mithin die Fragestellung unserer Studie durchaus zu unterstreichen.

wesentliche Fragen der Begriffs- und Theoriebildung stets der kritischen Reflexion entzogen. Nach wie vor steht die Aufforderung von C. Burrichter und E. Förtsch aus dem Jahr 1975 im Raum: Es wäre "interessant, auch einmal den Wissenschaftscharakter der DDR-Forschung im engeren Sinne zu untersuchen und dabei etwa nach der Falsifikationsoffenheit der Theorien, der logisch-formalen Hierarchie der Aussagen, dem Verhältnis von Wahrnehmung und Beobachtung oder nach dem Verhältnis von Theorie und Empirie zu fragen. Dies u.a. zu dem Zweck, Scheinobjektivierungen und Immunisierungsstrategien zu problematisieren."[2)]

Es bildet nur scheinbar einen Widerspruch zu jenem Desinteresse an einer Hinterfragung der eigenen ideologischen Prämissen, wenn in der einschlägigen Literatur schier unermüdlich auf das problemreiche Verhältnis von wissenschaftlicher DDR-Forschung und praktischer Politik hingewiesen wird und ständige Mahnungen an den Forscher ergehen, seine politischen Werturteile unter Kontrolle zu halten. Derartiges scheint längst zum Gemeinplatz geworden zu sein, der ein gutes Gewissen verschafft, von einer wirklich konsequenten Erörterung der gängigen Prämissen, Theorien und Methoden der DDR-Forschung aber eher abhält. Die kritische Selbstkontrolle bleibt vor allem deshalb oberflächlich, weil in der DDR-Forschung die Auffassung vorherrscht, Werturteile, politische Optionen usw. stellten zwar unleugbare, unvermeidliche Randbedingungen jeder (DDR-) Forschung dar, stünden aber jenseits des wissenschaftlichen Forschungs- und Erkenntnisprozesses selbst, hätten "mit Wissenschaft nicht das geringste zu tun."[3)] Durch diese absolute Trennung werden die im Forschungsprozeß wirksamen theoretischen Voraussetzungen schon im Ansatz

---

2) C. Burrichter/ E. Förtsch, DDR-Forschung im Systemwettstreit, S. 1035. (Zur Zitierweise siehe unten S. 1, Anm. 1)

3) F. Oldenburg, Vom Elend der DDR-Forschung, S. 475

der ideologischen Kontrolle entzogen. Stattdessen beschränkt man sich auf die vordergründige Frage des "sauberen" Auseinanderhaltens von subjektiven politischen Wünschen und vermeintlich wertneutraler "Faktenermittlung." Das Problem schrumpft damit auf das der persönlichen Lauterkeit des Forschers zusammen. Sei diese Lauterkeit gegeben, so könne die politische Grundhaltung des Forschers getrost als dessen "Privatsache" 4) betrachtet werden.

Die vorliegende Studie bemüht sich um den Nachweis, daß diese vorgebliche Privatsache eine höchst nachhaltige und problematische Rolle im wissenschaftlichen Formulierungsprozeß der DDR-Forschung spielt. Und dies nicht, weil es die Forscher noch nicht ausreichend verstanden hätten, den "Faktor" ihrer besonderen politisch-ideologischen Grundhaltung aus dem Erkenntnisprozeß zu eliminieren, sondern weil er sich offenbar überhaupt nicht nach Belieben eliminieren läßt. Mit anderen Worten: die ideologisch-politische Grundlage ist nicht Privatsache des Wissenschaftlers und kann es nicht sein. Sie hat sich ebenso der "Öffentlichkeit" zu stellen wie alle übrigen Momente des Forschungsprozesses. Und wie sich etwa die jeweils benutzten wissenschaftlichen Begriffe die Frage nach ihrer Sachangemessenheit gefallen lassen müssen, ebenso muß sich, auf einer übergeordneten Stufe der Reflexion, die jeweilige ideologisch-politische Grundposition des DDR-Forschers (bzw. der von ihm vertretenen Strömung) die Frage gefallen lassen, ob sie ihrerseits jener begrifflichen Sachangemessenheit eher dienlich oder abträglich ist, ob sie tendenziell erhellend oder ob sie tendenziell antiwissenschaftlich wirkt.

Beurteilungsmaßstab hierfür ist wiederum der Anspruch der etablierten DDR-Forschung selbst, ist die Frage, inwieweit sie ihre selbstgesteckten wissenschaftlichen Aufgaben erfüllt: "Strukturen und Funktionen von Herr-

---

4) ebda., S. 474

schaft, Gesellschaft und Wirtschaft in der DDR zu beschreiben und zu erklären; die Frage nach dem, was ist, mit den beiden, warum es ist, und warum es in der Immanenz des Systems so ist, wie es ist, miteinander zu verbinden; schließlich die Erklärung hinüberzuführen in die Prognose, in die Frage nach der zukünftigen Entwicklung."[5] In diesem Sinne lauten unsere Fragen an die DDR-Forschung: Hat sie eine schlüssige und empirisch gesicherte Antwort auf die Frage, was die DDR als Gesellschaftssystem "ist"? Erklärt sie hinreichend, warum dieses System so beschaffen ist, wie es ist? Hat es folglich auch eine Erklärung dafür, daß es sich so entwickelt wie es sich entwickelt? Und schließlich: Haben sich die bisherigen Entwicklungsprognosen der DDR-Forschung, soweit zu übersehen, in der Wirklichkeit bestätigt?

Die so gewählte Problemstellung unserer Studie schließt aus, daß wir eine vollwertige Alternativdarstellung des DDR-Systems entwickeln. Der Akzent liegt auf der immanenten Prüfung der Stichhaltigkeit der hierzulande herrschenden Interpretation, darauf, wie sich in dieser Interpretation Beweiskraft und Beweislast verteilen. Diese Kritik schließt freilich immer auch ein gewisses alternatives Konzept mit ein. Dieses Alternativkonzept - konkret: einen materialistischen Sozialismusbegriff - bemühen wir uns jedoch nicht über das Maß hinaus in Anspruch zu nehmen, in welchem ihm im konkreten Gang der Kritik selber Plausibilität zuwächst. Im übrigen aber sei unser Grundanliegen bekräftigt und auf M. Parentis Formel gebracht: "Es wird vom Leser nicht verlangt, daß er meine Vorurteile übernimmt, aber daß er über seine eigenen nachdenkt." [6]

---

5) P.C. Ludz, Aktuelle oder strukturelle Schwächen der DDR-Forschung, S. 256

6) M. Parenti, The Anti-Communist Impulse, S. 7

Wir gehen in unserer Untersuchung davon aus, daß die wissenschaftlichen Probleme der DDR-Forschung nicht losgelöst von den historischen, gesellschaftlichen und politischen Zusammenhängen zu begreifen sind, in welche dieser Forschungszweig gestellt ist, und auf die er selbst eine unmittelbare Antwort darstellt. In diesem Sinne beginnen wir mit einer Skizze der weltweiten System-Konstellation und ihrer besonderen Ausformung im Falle der beiden deutschen Staaten. Dabei fragen wir vor allem nach den Momenten, welche die sozialistische Staatenwelt zu einer umfassenden Herausforderung für die Gesellschaften des "Westens" hat werden lassen, und nach den strategischen, politischen und ideologischen Wegen, die die letzteren in dieser Situation einschlagen. Besonderes Augenmerk wird den ost- bzw. deutschland-politischen Leitvorstellungen vom "Wandel durch Annäherung" und von der "Einheit der Nation" (Kapitel 2) geschenkt - zwei Konzepten, die, so darf angenommen werden, die Richtung der DDR-Forschung nicht unwesentlich motivieren und präformieren. Das dritte Kapitel skizziert den wissenschaftspolitischen Traditionszusammenhang der DDR-Forschung, das Verhältnis von Kontinuität und Diskontinuität in der Entwicklung der mit dem Sozialismus befaßten Disziplinen; es liefert ferner u.a. einen Einblick in die institutionelle Struktur und Ausstattung der DDR-Forschung und ihre Anbindung an den staatlich-politischen Sektor.

Zum Schluß noch einige Anmerkungen über Art und Eingrenzung des in dieser Studie herangezogenen Materials. Erstens haben wir uns nicht beschränkt auf wissenschaftlich-akademische Darlegungen der DDR-Forschung, sondern bewußt auch tagesjournalistische Verlautbarungen mitherangezogen. Das Ergebnis bestätigt die Richtigkeit dieses erweiterten Blickwinkels: Die Grenzen zwischen der einen und der anderen Sphäre erweisen sich in den entscheidenden Fragen als außerordentlich fließend; die DDR-Forschung muß daher im übergreifenden Zusammen-

hang des bundesdeutschen "DDR-Bilds" insgesamt und seiner Erzeugung betrachtet werden.

Zweitens haben wir gelegentlich den Rahmen der speziellen DDR-Forschung überschritten und Beispiele aus der sonstigen bürgerlichen Sozialismusforschung herangezogen. Dies erscheint unproblematisch, da die DDR-Forschung ohnehin nur ein besonderer Anwendungsfall der allgemeinen "Kommunismusforschung" ist und zudem eine deutliche Tendenz in die Richtung geht, daß sich die überkommenen Spezifika der DDR-Forschung im Zuge der politischen Normalisierung im Verhältnis beider deutscher Staaten abschleifen.

Drittens haben wir die zeitliche Eingrenzung unserer Untersuchung auf die siebziger Jahre nicht schematisch gehandhabt. Besonders bei der Darstellung und kritischen Erörterung der theoretischen Hauptkonzeptionen der DDR-Forschung schien es uns angebracht, hinter die Marke von 1970 zurückzugehen und die wechselvolle und aufschlußreiche theoretisch-ideologische Entwicklung jenes älteren Zeitraums mit in den Blick zu nehmen.

Schließlich sei um Nachsicht gebeten für das starke Ausmaß an Zitierungen und Belegungsverweisen. Es ergab sich aus unserem Bemühen, die Kritik möglichst dicht an den Originalaussagen der DDR-Forschung selbst zu entwickeln, um sie damit auch möglichst nachvollziehbar zu machen.

Kapitel 1

DER HINTERGRUND: DIE OST-WEST-AUSEINANDERSETZUNG IM ZEICHEN VON ENTSPANNUNG UND SYSTEMWETTBEWERB

1. Allgemeine Tendenzen im Kampf der Weltsysteme

"Es steht fest, erstens, daß die langjährige Konzentration des Westens auf eine rein militärische ... Konzeption ihm alle politischen Chancen der Überwindung des Status quo in den Jahren der sowjetischen Nachfolgekrise versäumen ließ; und zweitens, daß auch das frühere militärische Übergewicht des Westens nicht mehr besteht."[1] Dies schrieb Richard Löwenthal Anfang des Jahres 1960, und sein Aufsatz atmet spürbar die Stimmung der Ernüchterung, die sich zu jenem Zeitpunkt unter den westlichen Strategen breitmachte. Die ersten Tendenzen der Entspannung hatten sich abzuzeichnen begonnen, unter anderem mit einem, so Löwenthal, "Staatsbesuch des sowjetischen Diktators in der Vereinigten Staaten"[2] im Jahre 1959. Und eben diesen Entspannungstendenzen - von welchen Löwenthal hier übrigens stets in Anführungszeichen spricht oder in Wortverbindungen wie "Wolke von Entspannungsillusionen"[3] - entsprach bemerkenswerterweise auf Seiten des "Westens" eine Stimmung "der Schwäche und Desorientierung, der Illusionen und der Uneinigkeit, die in den letzten zwanzig Jahren ohne Beispiel ist."[4] Aus dieser

---

1) R. Löwenthal, Die Euphorie des Westens, S. 16 (Die vollständigen Titelangaben mit Erscheinungsort und -jahr finden sich im Literaturanhang am Ende der Arbeit. Nur wenn einzelne Titel nicht dem untersuchten Themenbereich im engeren Sinne zugehören, werden sie im laufenden Text vollständig angegeben. Diese Ausnahme gilt auch für Zeitungsartikel.)

2) ebda., (gemeint ist Chruschtschow)

3) a.a.O.

4) a.a.O.

Reaktion auf eine weltpolitische Entwicklung, die doch in der Tat nicht mehr beinhaltet als das Endgültigwerden de Status quo, als "die Konsolidierung des sowjetischen Großreichs"[5], wird noch einmal auf seine Weise deutlich, wie ernst es dem "Westen" zuvor gewesen war mit der Änderung des Status quo durch die Politik des "roll-back", wie ernsthaft man darauf gesetzt hatte, die Sowjetunion durch abenteuerliche Rüstungspolitik und durch "politisch-untergründigen Zermürbungskrieg" Ala James Burnham[6] in den Zusammenbruch zu treiben. Diese unabweisbare historische Tatsache scheint häufig verdrängt zu werden; in den damaligen Veröffentlichungen wie der hier zitierten von R. Löwenthal wird sie dagegen recht unbefangen beim Namen genannt. Dabei wird auch kein Zweifel daran gelassen, daß es letztlich nichts anderes als das militärische Gleichziehen der Sowjetunion war, was den "Westen" zur politischen Raison brachte: Auch nach 1953, als die Sowjetunion das amerikanische Wasserstoffbombenmonopol brach, hatten, wie Löwenthal ausführt, die USA "noch einen grundlegenden strategischen Vorteil: ihr eigenes Territorium war praktisch unverletzlich, während ein weltweiter Ring von Stützpunkten ihren Bombern und Mittelstreckenraketen die Möglichkeit gab, von allen Richtungen das Territorium der Sowjetunion zu erreichen."[7] Diese Situation der militärischen Stärke änderte sich grundlegend im Jahre 1957, als die Sowjetunion mit dem Sputnikstart bewies, daß sie nun über Fernraketen verfügte. Die Sputniks, so gesteht Löwenthal ein, zerstörten "den naiven Glauben an einen automatisch sich vergrößernden militärtechnischen Vorsprung des Westens"; sie zerstörten die "Illusion, die Sowjetunion

---

5) ebda., S. 15

6) Vgl. G. Rose, Konvergenz der Systeme, S. 40ff.

7) R. Löwenthal, Die Euphorie des Westens, S. 15

sei bei aller Machtanhäufung noch immer ein halbbarbarischer, dem Westen technisch notwendig unterlegener Koloß". 8) Sie zerstörten eine Strategie, die das "Duell am Rande des Abgrunds"[9] bewußt einkalkuliert hatte.

Wenn behauptet wird, die amerikanische Politik des "containment" und des "roll-back" sei ihrerseits erst als Reaktion auf einen bedrohlichen sowjetischen Expansionsdrang nach 1945 entstanden, so sprechen auch hierüber die Tatsachen eine andere Sprache. Bekannt ist heute, daß die amerikanische Führung schon 1945 die Atombombe als mächtigen Knüppel gegen die Sowjetunion betrachtete, und zwar das bereits vor der Potsdamer Konferenz und vor dem Zeitpunkt, ab welchem man der sowjetischen Seite aggressive Machenschaften vorzuwerfen begann.[10] Weiterhin gehört es zu den kaum mehr haltbaren "Mythen des Kalten Krieges"[10a], die USA hätten, im Gegensatz zur Sowjetunion, nach dem Kriege zielstrebig ihr Kriegspotential abgebaut. Der liberale amerikanische Sozialwissenschaftler M. Parenti verweist darauf, daß die USA 1946, im Jahr der angeblichen Demobilisierung, Milliardenwerte in die Produktion von A-Bomben und Langstreckenraketen und in die Errichtung überseeischer Stützpunkte steckten. "Innerhalb von drei Jahren gab es 400 amerikanische mit Langstreckenbombern bestückte Basen rings um

---

8) ebda.; zum Ausmaß der damals in der US-Führung herrschenden Illusionen vgl. den Hinweis von H. Apel: "...und nie sind die von zuverlässigen Mitwissern stammenden Gerüchte dementiert worden, daß Dulles in einer geheimen Sitzung des Senatsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten sich noch ein knappes Jahr vor der Sputnik-Sensation dafür verbürgen zu können glaubte, daß mit dem russischen Zusammenbruch innerhalb von sechs Monaten zu rechnen sei!" (H. Apel, Spaltung, S. 51)

9) So Dean Acheson, zit. nach G. Rose, Konvergenz der Systeme, S.40

10) Vgl. die unzweideutigen Truman-Zitate und andere Belege bei M. Parenti, The Anti-Communist Impulse, S. 12ff.

10a) Vgl. J. Rodejohann, Zum Beginn des Kalten Krieges, S. 36, Anm.16; S. 41f., Anm. 26

die Sowjetunion".[11] Was demgegenüber letztere betrifft, schreibt Parenti, so müsse die Vorstellung, die habe einen Angriffskrieg gegen Europa im Schilde geführt, angesichts der unermesslichen sowjetischen Kriegsverluste, angesichts einer Bevölkerung, die nichts sehnlicher erhoffte als den Frieden, angesichts einer um 75% reduzierten Armeestärke auch dem Nichtfachmann mehr als zweifelhaft vorkommen.[12]

Schließlich und endlich kann sich die amerikanische "roll-back"-Politik auch nicht darauf berufen, daß die Sowjetunion in ihrem Einflußbereich gewaltsam den Kommunismus über die Völker gebracht hätte. Dem widersprechen allzu viele Aspekte der sowjetischen Nachkriegspolitik: der baldige Abzug der Truppen aus den meisten osteuropäischen Staaten - beispielsweise aus der Tschechoslowakei Ende 1945[12a] - , die Zulassung von Wahlen nach dem Verhältniswahlrecht -[13] und die Anerkennung nicht-kommunistischer Regierungen. Die Beispiele Finnland, Norwegen und Österreich, wo "die bürgerliche Ordnung trotz der Anwesenheit der Sowjetarmee und ungeachtet aller Erschütterungen der Kriegszeit von den Werktätigen nicht gestürzt wurde", und der Fall Albanien, wo umgekehrt ohne jede Anwesenheit sowjetischer Truppen eine gesellschaftliche Umwälzung vonstatten ging, zeigen eindeutig, "daß für die Wahl des Weges der gesellschaftlichen Entwicklung

---

11) M. Parenti, a.a.O., S. 129 (Übers.:O.C)

12) Vgl. ebda., S. 130, sowie J. Rodejohann, Zum Beginn des Kalten Krieges, S. 50

12a) Gegenläufig zur üblichen These, wonach sich die volksdemokratischen Umwälzungen in Osteuropa weitgehend der Präsenz der sowjetischen Besatzungsmacht verdanken, schreibt A. Nacken:"Wie sehr die Kommunistische Partei ihre Positionen bereits gefestigt hatte, geht schon aus der Tatsache hervor, daß die Rote Armee am 1. Dezember 1945 aus der CSR abzog..." (Prag 1948 - Exempel kommunistischer Machtergreifung, in: FAZ, v.24.2.73)

13) "Aus den freien und geheimen Wahlen im Mai 1946 ging die KPC mit rund 38% der Stimmen als stärkste Partei hervor." (ebda., Herv.heb.: O.C.) Zu den Wahlen von 1946 in der SBZ - die SED erhielt hier im Schnitt etwas unter 50%- siehe F-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Parteien in beiden deutschen Staaten, S. 20ff.

nicht die Anwesenheit fremder Truppen bestimmend ist, sondern... das innere Verhältnis der Klassenkräfte, das Bestehen oder Nichtbestehen einer revolutionären Situation"[14]; das heißt nicht, daß dort, wo eine solche Situation bestand, die Anwesenheit der sowjetischen Armee keine unterstützende Rolle gespielt hätte. Doch begeben wir uns wieder in die Zeit Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre, als das "Scheitern der bisherigen politischen Konzeption des Westens"[15], das Fiasko der antikommunistischen Kreuzzugsstrategie offenkundig geworden war. Natürlich war es nicht einfach nur das militärtechnische Gleichziehen der Sowjetunion gewesen, was zu dieser neuen Situation geführt hatte. Vielmehr war ja dieses Gleichziehen selbst nur ein besonders zugespitzter Ausdruck der erfolgreichen Entwicklung der Sowjetunion auf ökonomischer und technischer Ebene allgemein. Von 1950 bis 1960 holte die Sowjetunion in ihrer Industrieproduktion im Verhältnis zu den USA von 30:100 auf 60:100 auf.[16] Etwa im selben Zeitraum fand die Konsolidierung der neuen gesellschaftlichen Strukturen in den jungen sozialistischen Ländern Osteuropas ihren Abschluß. Die im "Westen" gehegten Vorstellungen von einer "Selbstbefreiung der Völker Mittel- und Osteuropas"[17] wurden besonders nach dem ungarischen Herbst1956 immer stärker in Zweifel gezogen. Ein amerikanischer UdSSR-Spezialist faßte seine Reiseeindrücke vom Ende der Fünfziger Jahre dahingehend zusammen, er sei keinem einzigen Menschen begegnet, der "das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln in Zweifel stellen würde". "Die Menschen akzeptieren die sowjetische Wirtschaft ohne Vorbehalte, und ich bin überzeugt, daß sie gegen eine Bewegung zu deren Sturz kämpfen werden.".[18]

---

14) J.S. Nowopachin, Strategie der "Friedlichen Einmischung", S. 17

15) R. Löwenthal, Die Euphorie des Westens, S. 15

16) D. Klein, Allgemeine Krise, S. 59

17) R. Löwenthal, Die Euphorie des Westens, S. 15

18) M. Hindus, House without a Roof. Russia after Forty-three years of Revolution, N.Y. 1961, S. 377 (zit. nach J.S. Nowopaschin, Strategie der "friedlichen Einmischung", S. 20)

Schließlich war es auch die Entwicklung in der dritten Welt, die der amerikanischen Globalstrategie zuwiderlief. In den ersten fünfzehn Nachkriegsjahren befreiten sich etwa 40 Staaten Afrikas und Asiens aus kolonialer oder halbkolonialer Abhängigkeit. China, Nordkorea, Nordvietnam und schließlich 1959 Kuba beschritten den sozialistischen Weg.

Das veränderte Kräfteverhältnis zwang die amerikanischen Führungskreise zu einer strategischen Kurskorrektur. Das Ziel der frontalen Beseitigung des Sozialismus wurde fallengelassen zugunsten einer indirekten, vielschichtigeren und längerfristigen Konzeption seiner Aufsplitterung und "Erosion". Zu den Schöpfern dieser neuen Linie gehörte J.F. Kennedy, noch bevor er die Präsidentschaft antrat. "Wenn dem so ist", schrieb er 1959,"wenn sich in Osteuropa Freiheit nur durch eine friedliche Wandlung einstellen kann - was können wir tun, um diese sich schrittweise vollziehende Evolution zu fördern?"[19] Die neue Aufgabenstellung bedingte eine größere Vielfalt der Kampfformen, von der differenziert gehandhabten Handelspolitik bis zur psychologischen Bearbeitung bestimmter Zielgruppen. "Eine geschickte Ausnutzung des Handels, der Diplomatie und des Austausches auf den Gebieten der Kultur und Bildung kann für die Befreiung Osteuropas weitaus mehr bringen als alle mutigen und leeren Worte, die über die Entfernung des Eisernen Vorhangs gesagt worden sind."[20] So W. Fulbright. Das theoretische Fundament der flexiblen "Befreiungs"-Politik gaben die Konvergenz- und Evolutionslehren ab, die uns später noch in ihrem theoretischen Zusammenhang beschäftigen werden. Diese Theorien gestehen dem Sozialismus schon eine gewisse, wenn auch historisch vorübergehende Existenzbe-

---

19) J.F. Kennedy, Der Weg zum Frieden, Düsseldorf 1961 S. 28

20) W. Fulbright, Bridges East and West, Congressional Record v. 6.1.1965, S. 229 (zit. nach J.S. Nowopaschin, Strategie S. 147)

rechtigung zu, im Gegensatz zu der bis dahin üblichen pauschalen Verurteilung. Gleichzeitig halten sie aber daran fest, daß die sozialistischen Länder über kurz oder lang wieder zur vorgeblichen "Normalität" der "westlichen" Gesellschaft zurückkehren müßten. Umstritten bleibt freilich, ob und inwieweit objektive systemimmanente Tendenzen im Sozialismus auf diese "Rückkehr" hinarbeiten. R. löwenthal ist hier in seinem Artikel von 1960 nicht nur sehr skeptisch, sondern er spricht auch den Verdacht aus, daß solche Vorstellungen von einer inneren Evolution der sozialistischen Länder eher der Verlegenheit entsprungen seien, in der sich die Politik der Stärke befinde oder meine zu befinden: "Es ist nicht leicht für die Regierung einer großen Demokratie, vor der Welt, vor den eigenen Wählern oder auch nur vor sich selbst zuzugeben, daß sie lang verfolgte Zielvorstellungen aufgibt, weil ihr Bemühen gescheitert ist, und sich auf einseitige Konzessionen vorbereitet, weil sie sich schwach fühlt. Die Regierung der Vereinigten Staaten gibt es denn auch nicht zu. Ihr Präsident hat im rechten Moment Gründe für den Glauben gefunden, daß grundlegende Veränderungen in Charakter und Dynamik des russischen Parteiregimes einer neuen Politik, die auf die Beendigung des Kalten Krieges gerichtet ist, hoffnungsvolle Aussichten bieten."[21]

Löwenthal kann im Jahre 1960 die Ideen der Konvergenz, der inneren Evolution des Sozialismus, seines "Wandels durch Annäherung"[22] usw. nur deshalb so offen in ihrem

---

21) R. Löwenthal, Die Euphorie des Westens, S. 16 (Herv.heb.: O.C.)

22) Den Ausdruck prägte E. Bahr in seiner Tutzinger Rede von 1963. "Die amerikanische Strategie des Friedens", so faßte er dort zusammen, "läßt sich auch durch die Formel definieren, daß die kommunistische Herrschaft nicht beseitigt, sondern verändert werden soll. Die Änderung des Ost-West-Verhältnisses, die die USA versuchen wollen, dient der Überwindung des Status'quo indem der Status quo zunächst nicht verändert werden soll." (E.Bahr, Tutzinger Rede 1963, S. 862).

historischen Wunsch- und Verlegenheitscharakter enthüllen, weil er zu jenem Zeitpunkt selbst noch auf die Möglichkeiten der Politik der Stärke, trotz allem, schwört. 1970 dagegen, inzwischen selbst ernüchtert durch weitere zehn Jahre Verschiebung des Kräfteverhältnisses, muß nun auch er sein strategisches Wunschbild evolutionstheoretisch sublimieren; in einem Aufsatz mit dem charakteristischen Titel "Entwicklung kontra Utopie" suggeriert er sich und dem Leser, daß in den sozialistischen Ländern "ein langfristiger Trend zum Sieg der Modernisierung über den Utopismus besteht."[23] Auch er hat nun "im rechten Moment Gründe für den Glauben gefunden", der Sozialismus erleide einen "Verlust der revolutionären Dynamik"[24]; 1960 noch war diese für ihn ausdrücklich "nicht zu Ende"[25].

In den 70er Jahren nun verlieren das Konzept der inneren Mutation des Sozialismus im allgemeinen sowie das praktisch-politische Konzept des "Wandels durch Annäherung" im besonderen in Ermangelung greifbarer praktischer Bestätigung spürbar an Autorität. "Nichts hat sich nach der Annäherung gewandelt"[26], werfen konservative Kreise der sozialdemokratischen Ostpolitik vor und fordern eine Neuauflage der Politik der Stärke. Die sozialdemokratischen Ostpolitiker dagegen verlegen den erwarteten "Wandel" in noch weitere Ferne, nicht ohne dabei zusätzlich gewisse Anleihen bei der alten Politik der Stärke zu machen. In jedem Falle aber zeugen diese Konflikte und Irritationen davon, wie sehr die antisozialistische Strategie in die Defensive geraten ist. Klagte schon R. Löwenthal 1960 über die "Promptheit, mit der die Entspannungsatmosphäre zu einer Verstärkung der Krisen-

---

23) R. Löwenthal, Entwicklung kontra Utopie, S. 78

24) ebda.

25) "Die revolutionäre Dynamik der innerrussischen Entwicklung ist nicht zu Ende." (Die Euphorie des Westens, S. 19)

26) FAZ v. 10.3.1976

erscheinungen in der NATO geführt hat"[27], so hat sich dieser Trend in den 70er Jahren noch verstärkt. Große Besorgnis spricht etwa auch einem Artikel des amerikanischen Strategiespezialisten Z.K. Brzezinski von Ende 1974, in dem es heißt: "Der Westen hat seinen Elan verloren, die amerikanische Gesellschaft ist uneinig, die Vereinigten Staaten sind durch Vietnam erschöpft ...; die Zeit arbeitet praktisch wieder für die Sowjetunion."[29] Da ist es nicht mehr als eine formelhafte Selbstbeschwichtigung, wenn Brzezinski schreibt, der "revolutionäre Fanatismus bei der russischen Elite" lasse "stark nach".[30] Denn auch für ihn bleibt es Tatsache, daß der weltweite Klassenkampf, wenn auch im Rahmen der Entspannung, "unvermindert weiter"[31] geht, und er zeigt sich sogar ernsthaft besorgt, daß wir "zu Anfang der 70er Jahre vielleicht jetzt auf der ganzen Welt einer neuen revolutionären Phase entgegen"[32] gehen. Für die amerikanische Politik gegenüber der Sowjetunion fordert Brzezinski, die Entspannung müsse "bewußt mit einem politischen Gehalt erfüllt werden"[33], d.h. er empfiehlt, gegenseitige Abkommen an bestimmte politische Vorbedingungen zu knüpfen und so u.a. die eigenen "wirtschaftlichen Hilfsquellen bewußter einzusetzen"[34] Das strategische Ziel formuliert er - nicht ohne gewisse Selbstgerechtigkeit - dahingehend, "die historischen und ideologischen Hemmungen zu überwinden, die die Sowjetunion davon abhalten, ein konstruktives Mitglied der internationalen Gemeinschaft zu werden."[35]

---

27) Die Euphorie des Westens, S. 20

29) Z.K. Brzezinski, Neue Dimensionen der Bedrohung, S.784

30) ebda., S. 784

31) ebda., S. 783

32) ebda., S. 784

33) ebda., S. 784

34) ebda., S. 786

35) ebda., S. 780f.

Doch im Konkreten überwiegt Ratlosigkeit; die eigene Defensivsituation ist unübersehbar.[35a)]

Der hier skizzierte Wandel in der politisch-strategischen Situation vollzog sich nicht isoliert und selbstgenügsam, sondern auf der Grundlage ökonomischer und gesellschaftlicher Prozesse. Sie sind es, die dem Wettstreit der Systeme konstituieren. Vollziehen wir nun diese Entwicklung - sowie ihre jeweiligen ideologisch-theoretischen Reflexbildung - in groben Zügen nach.

Für etwa die ersten zehn Jahre nach der russischen Oktoberrevolution kann von einem eigentlichen ökonomischen Wettbewerb noch nicht gesprochen werden. Die Sowjetunion war vollauf von der Aufgabe in Anspruch genommen, die neue Ordnung zu etablieren und überhaupt wieder den Vorkriegsstand zu erreichen (1926/27).
In den kapitalistischen Ländern war man zu dieser Zeit noch weit davon entfernt, in dem, was sich in der Sowjetunion tat, eine Herausforderung zu erblicken. Im Gegenteil prophezeite man geduldig den baldigen Zusammenbruch des Experiments. Gelassenheit herrschte selbst noch in den 30er Jahren vor, als die Sowjetunion mit ihrem raschen industriellen Aufbau schon objektiv eine neue Etappe des internationalen ökonomischen Wettkampfes eröffnet hatte. Die "New York Times" meinte noch 1932, der erste Fünfjahrplan sei "in Wirklichkeit kein Plan. Er ist eine Spekulation."[36)] Erst nach dem zweiten Welt-

---

35a) Die Fortschreitung dieser pessimistischen Lageeinschätzung stellt Brzezinskis Aufsatz von 1976 mit dem Titel "Amerika in einer feindlichen Welt" dar. "Kapitalismus in einem Lande ist potentiell die dem amerikanischen Entwicklungsmuster innewohnende Tendez", heißt es hier u.a. (S. 1252)

36) Zit. nach H. Nick, Marktwirtschaft - Legende und Wirklichkeit, A. 110. Zur Zeit der Weltwirtschaftskrise scheint es eine größere, aber vorübergehende Unruhe gegeben zu haben; vgl. solche Veröffentlichungen wie : Knickerbocker, Der rote Handel droht!(1930)

krieg, dieser ungeheuren harten Bewährungsprobe für die Leistungskraft der sowjetischen Wirtschaftsordnung, begann man die Sachlage nachdenklicher zu beurteilen.[37]

Ab Mitte der 50er Jahre dann setzte eine Flut von Literatur über den wirtschaftlichen Wachstumsvergleich zwischen USA und UdSSR ein. Es bildete sich das auch heute noch verbreitete Interpretationsmuster heraus, zwar die erstaunlichen Wachstumsraten der sozialistischen Ökonomie anzuerkennen, sie jedoch der viel tieferen Ausgangsstufe zuzuschreiben. Das heißt, man nahm an, daß das absolut höhere Leistungsniveau der kapitalistischen Länder unangefochten bleiben werde. Nun trifft es zwar zu, daß prozentuale Wachstumsvergleiche über den tatsächlichen absoluten Vergleichsstand hinwegtäuschen können, Tatsache aber ist, daß die Sowjetunion auch absolut gemessen den historischen Vorsprung der USA immer mehr verkürzt. Dies beweist selbst eine von A. Buchholz erstellte Graphik über die Entwicklung der Nationaleinkommen in USA und UdSSR, die Buchholz an sich dazu dienen soll, das Gegenteil zu belegen.[38] Dies beweist erst recht der Vergleich der Industrieproduktion beider Länder, die sich von 5 : 100 im Jahre 1929 auf 88 : 100 im Jahre 1971 verkürzte.[39] Bei bestimmten Erzeugnissen hat

---

37) So erschien in den USA 1948 ein von S. Harris herausgegebenes Buch mit dem Titel "Rettung des amerikanischen Kapitalismus" (Vgl. insgesamt H. Meißner (Hrsg.) Bürgerliche Ökonomie, S. 620ff.)

38) A. Buchholz, Wissenschaftlich-technische Revolution (WTR) und Wettbewerb der Systeme, S. 358. Nach dieser Graphik holt die UdSSR zwischen 1950 und 1970 auch absolut merklich auf.

39) Nach IPW - Berichte 8/1972, S. 75. Verhielten sich 1950 die jeweiligen Anteile von UdSSR und USA an der Welt-Industrieproduktion wie 12,0 zu 43,6, so betrug diese Relation im Jahre 1974 nur noch 23,8 zu 25,4 (nach IPW-Berichte 5/1975, S. 73).

darüberhinaus die Sowjetunion bereits die USA absolut überflügelt.[40] Es kann also schon längst nicht mehr so getan werden, als sei das sowjetische Wirtschaftswachstum lediglich eine Art von optisch-statistischer Täuschung.[41] Dies wird auch durch die Entwicklung der jüngsten Jahre unterstrichen, in denen die sozialistischen Länder ihr hohes Wachstumstempo praktisch ungebrochen fortsetzen konnten, während sich die kapitalistischen Länder mit Zuwachsraten zufrieden geben mußten, die nur Bruchteile der sozialistischen betrugen.

Angesichts der Erfolge im Sozialismus im Bereich des globalen Wirtschaftswachstums bildete sich schon seit den 50er Jahren eine andere Argumentation heraus. Man bestritt der sozialistischen Wirtschaftsordnung die Fähigkeit, auch mit den komplizierten Problemen des wissenschaftlich-technischen Fortschrittes fertig zu werden. Einen ersten fühlbaren Dämpfer erhielt diese Version jedoch schon durch den Sputnik-Start und - weniger spektakulär, aber deswegen nicht weniger bedeutungsvoll - durch den Bau des ersten Atomkraftwerkes. Dennoch hält sich die These von der systembedingten technisch-wissenschaftlichen Leistungsschwäche des Sozialismus beharrlich bis auf den heutigen Tag.
Dies wird erklärlich durch die Tatsache, daß die sozialistischen Länder bezüglich des technischen Niveaus und der Effizienz ihrer Produktion in der Tat vorerst noch deutlich unter den entwickeltsten kapitalistischen Ländern liegen. So liegt z.B. die sowjetische Arbeitsproduktivität heute erst bei eta 60% der amerikanischen[42]

---

40) So u.a. in der Stahl-, Steinkohle- und Erdölproduktion.

41) K.v. Beyme, Ökonomie und Politik im Sozialismus, hebt auch das hohe und kontinuierliche Wachstum der sozialistischen Länder, einschließlich so relativ hochentwickelter wie der CSSR, hervor (S.156ff.)

42) W.M. Kudrow, Die gegenwärtige Etappe im ökonomischen Wettbewerb zwischen der UdSSR und den USA, S.1260,1262.

und es ist auch unter den Fachleuten der sozialistischen Länder kein Geheimnis, daß die Beseitigung dieses Rückstandes noch eine geraume Zeit in Anspruch nehmen wird.[43] Vor diesem objektiven Hintergrund wirken die Behauptungen über eine prinzipielle "Innovationsfeindlichkeit" der sozialistischen Wirtschaft auf den ersten Blick einigermaßen plausibel. Beispielsweise wird erklärt; "Der wirkliche Hemmschuh der Wirtschaft ist die Unfähigkeit des sowjetischen Sozialismus, gute, moderne Technologie in ausreichendem Maße hervorzubringen und sie schnell genug in Produktion umzusetzen..." Im Grunde widersetzt sich das ganze System von oben bis unten allen neuen Erfindungen, neuen Produkten,neuen Ideen..."[44] Nun kann aber die Sowjetunion,um bei diesem Beispiel zu bleiben, sehr wohl auf eine beachtliche Erfindungsbilanz verweisen; in den letzten fünf Jahren wurden über 200 000 Erfindungen registriert.[45] Und jährlich werden mehrere Millionen Rationalisierungsvorschläge und Erfindungen in der Produktion durchgesetzt - es besteht bekanntlich eine breite Massenbewegung der Erfinder und Rationalisatoren mit über sechs Millionen Mitgliedern, wovon über die Hälfte Produktionsarbeiter sind.[46] Zweifellos ist diese Aktivität

---

43) "... der Arbeitsproduktivitätsrückstand der sozialistischen zu den führenden imperialistischen Staaten .. wird auch in den 70er und 80er Jahren noch nicht beseitigt sein." (D.Klein (Hrsg.), Futurologie und Zukunftsforschung, S. 276).
Vgl. auch die selbstkritischen Ausführungen zum Stand der wissenschaftlich-technischen Entwicklung in der Sowjetunion bei L. Abalkin, Die Dynamik der sozialistischen Wirtschaft, in: Einheit 8/1976, bes. S. 936f.

44) "Der Spiegel", Heft 10/1976

45) "Sowjetunion heute", Heft 7/1976 (1.4.76)

46) W. Kusnetschewski, Neue Entwicklungstendenzen der sowjetischen Arbeiterklasse, S. 81

nicht in jedem Einzelfall schon optimal für den technologischen Fortschritt - in der DDR etwa wird die Tendenz zur Beschränkung "auf das mehr oder weniger begrenzte 'handwerkliche Knobeln'"[47] kritisiert-, doch es ist erstens nicht von der Hand zu weisen, daß sich der wirtschaftliche Nutzeffekt auf beachtliche Größen beziffert, daß zweitens dieser mit wachsendem Bildungsniveau und damit Kenntnis der Technologie noch steigen wird[48]; drittens aber hat die Neuererbewegung eine Bedeutung, die sich nicht im kurzfristigen finanziellen Nutzen erschöpft: es geht um die Herausbildung eines massenhaften schöpferischen Engagements der Werktätigen. Schließlich muß man diejenigen, die für diese Bewegung nur geringschätzige Worte finden wie "Bastelei", die "volkswirtschaftlich eher nachteilig"[49] sei, usw., daran erinnern, daß die kapitalistische Wirtschaft an ebensolcher "Bastelei" inzwischen größeres Interesse denn je zeigt. So erscheint seit 1975 in der Bundesrepublik eine neuartige Zeitschrift mit dem Titel "Betriebliches Vorschlagswesen"[50] die sich mit folgenden Worten empfiehlt: "Anstöße zu weiteren Rationalisierungsmaßnahmen müssen jetzt von 'unten' kommen: Es ist höchste Zeit, das Ideenpotential der Mitarbeiter zu aktivieren."[51] Mithin dürfte die

---

47) G. Bohring, Sozialismus und wissenschaftliches Schöpfertum, S. 70

48) Darauf verweist K.v. Beyme, Ökonomie und Politik, S.178

49) "Der Spiegel", Heft 41/1974, S. 42

50) Herausgegeben vom Deutschen Institut für Betriebswirtschaft e.V.

51) Werbeprospekt, 1975 - Vgl. etwa auch R. Bessoth, Leistungsfähigkeit des betrieblichen Vorschlagswesens, Göttingen 1975. In einer Rezension dazu heißt es: "Mitarbeiter, die mitdenken und brauchbare Vorschläge für Verbesserungen in ihrem Betrieb machen, gehören zum wertvollsten Kapital eines Unternehmers... Das Buch kommt zu dem Ergebnis, daß in den deutschen Betrieben und Verwaltungen noch eine 'beachtliche Vorschlagsreserve' steckt." (FAZ v. 6.7.1976)

Neuerer- und Rationalisatoren-Bewegung in den sozialistischen Ländern durchaus einen wichtigen Aktivposten im "Innovations"-Wettbewerb der Systeme darstellen.[51a)] Die Verfechter der These von der Innovationsfeindlichkeit des sozialistischen Systems verweisen gern auf den ausgedehnten Technologie-Import der Sowjetunion. Sie erliegen dabei allerdings einer selektiven Wahrnehmung, ähnlich derjenigen, die aus sowjetischen Getreide-Importen der Sowjetunion auf eine "Misere der Landwirtschaft" schließt, ohne erstens zu beachten, daß die Sowjetunion auch bedeutender Getreide-Exporteur ist, und zweitens, daß auch Länder wie die Bundesrepublik Getreide einführen. Tatsache ist, daß die Sowjetunion im internationalen Lizenzhandel durchaus ein ebenbürtiger Partner ist. Seit 1962 hat sie sogar doppelt so viele Lizenzen an die USA vergeben als von diesen selbst empfangen[52)], woraus wir natürlich keinen voreiligen Umkehrschluß ziehen wollen bezüglich der technologischen Überlegenheit der Sowjetunion. Man kann ferner anführen,

---

51a) "Etwa jeder dritte Produktionsarbeiter in der sozialistischen Wirtschaft beschäftigt sich heute außerhalb seiner Arbeitsaufgaben im sozialistischen Wettbewerb mit Fragen der Intensivierung des betrieblichen Reproduktionsprozesses. In der zentralgeleiteten Industrie sind etwa 40% aller Beschäftigten Produktionsarbeiter Neuerer." (J. Hemmerling, Neuerungen und Erfindungen - Bausteine des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, in Einheit 12/1976, S. 1314) Zum Vergleich: Bei der IBM Deutschland GmbH, einem Unternehmen, das "seit jeher zu den Vorreitern des betrieblichen Vorschlagswesens" gehört, beteiligte sich 1976 jeder fünfte Beschäftigte mit Verbesserungsvorschlägen (FR v. 31.3.1977).

52) "Sowjetunion heute" 7/1976 (1.4.76) Weitere Fakten ebda. Vgl. auch "horizont" 12/1967. - "Ich meine, daß der sogenannte Technologietransfer (von West nach Ost, O.C.) im Ostgeschäft bei weitem nicht die Rolle spielt, die hier von dem Verfasser konstruiert und auch sonst öfter vertreten wird", schreibt M. Schmitt in einer Entgegnung (FAZ v. 18.3.77) auf einen Artikel von U. Wagner ("Der Westen finanziert seine Bedroher, Über den Export von wirtschaftlichem Fortschritt in den Ostblock, in: FAZ v. 5.2.77).

daß die Sowjetunion zumindest in einem Bereich ihre technologische Leistungsfähigkeit unter Beweis stellt, in welchem sie sich unter ziemlicher Garantie nicht auf ausländisches Know how stützen kann, nämlich in der Rüstung. Dies wird denn auch bereitwillig zugestanden, vor allem, weil es zur These von der "Bedrohung aus dem Osten" paßt. In diesem Punkt gerät die These von der technischen Unterlegenheit des Sozialismus also unversehens in Vergessenheit; in diesem Punkt ist man ohne weiteres bereit, den Sozialismus hinsichtlich der "Effektivität der Organisation des Gesamtsystems ..., ausgedrückt in Graden der Rationalität, des Tempos, der Sicherheit und Durchsetzbarkeit von Entscheidungen, der Fähigkeit, Reserven zu mobilisieren", für "überlegen"[53] zu halten. Was für die zivile Produktion nicht gilt, das soll für die militärische voll gelten. Die Übersetzung dieser Paradoxie in die politische Alltagssprache liefert F.J. Strauß, wenn er erklärt, das "einzige, was im Osten wirklich funktioniere, sei die Rüstungsindustrie."[54] Wie ist das möglich, ist man versucht zu fragen; betreibt die Sowjetunion ihre Rüstungsindustrie heimlich unter kapitalistischen Prinzipien? Oder findet diese vielleicht in Musterbetrieben statt, getrennt von der restlichen ineffektiven Planwirtschaft? Dem widersprechen zumindest die Urheber jener These selbst, indem sie die sowjetische Volkswirtschaft für stark durchmilitarisiert erklären. Offensichtlich bleibt vielmehr nur die Erklärung übrig, daß die Sowjetunion der Rüstungstechnologie einfach eine gewisse Priorität einräumen mußte und eventuell noch muß, was zum einen historisch nicht schwer zu verstehen ist, geht es hier doch um die militärische Überlebensfrage des Systems, was zum anderen aber auch die These gegenstandslos macht, es lägen prinzipielle Gründe für das relative

---

53) F. Ronneberger, Vergleichbarkeit östlicher und westlicher politischer Systeme, S. 20

54) FAZ v. 19.6.1976

Zurückbleiben des zivilen technologischen Niveaus vor.[55] Doch eben derartige prinzipielle, "systembedingte"[56] Hemmfaktoren beanspruchen die Vertreter der hier diskutierten These nahmhaft machen zu können. Dabei verlegen sie die Richtung ihrer Argumentation angesichts des nicht zu leugnenden Wissenschafts- bzw. Forschungs- und Entwicklungspotentials der Sowjetunion[57] stärker auf die Frage der Überführung des neuen Wissens in die Produktion. Die Bindung der Betriebe an den Plan, so wird gesagt, verhindere ein Interesse an neuer Technik; deren Einführung sei prinzipiell mit dem Risiko der Nichterfüllung des Plans und damit des Verlustes von Prämien usw. verbunden. Nun wird aber überhaupt nicht systematisch begründet, warum dieses Problem im Zuge einer weiteren Qualifizierung der Plankennziffern nicht lösbar sein soll, wieso es grundsätzlich so sei, daß die sozialistische Wirtschaftsplanung "für die Übernahme bereits entwickelter Neuerungen seitens der Betriebe keine wirksamen An-

---

55) Daß die Sowjetunion hierbei von der Rüstungsindustrie des "Westens" unter Zugzwang wider Willen gesetzt wird, spricht etwa aus folgendem Kommentar: "Bei allen berechtigten Zweifeln an die Vernünftigkeit auch der sowjetischen Rüstungspolitik steht doch fest, daß der Osten in der Technologie zum Teil weit hinterher hinkt, in der strategischen Nuklearrüstung etwa rund sechs Jahre... Der Rüstungssog entsteht also vielfach durch die technologische Überlegenheit des Westens." (FR v. 21.6.1976)

56) G. Wettig spricht von der "systembedingten Neuerungsfeindlichkeit" in "Zentralverwaltungswirtschaften" (Kontakt und Kommunikation - ein wünschenswertes Element europäischer Friedensforschung?. S. 270).

57) Die Sowjetunion stellt ungefähr ein Viertel aller Wissenschaftler der Welt ("Sowjetunion heute", Heft 17/1974, S.8) A. Buchholz schätzt, daß die USA und die UdSSR ein etwa gleich großes "wissenschaftliches Arbeitspotential" haben (Wissenschaftl.-technische Revolution, S. 378) K.v. Beyme verweist auf die "beachtliche(n) Leistungen" von UdSSR, DDR und CSSR bezüglich der Produktion eigener wissenschaftlicher Zeitschriften (Ökonomie und Politik, S. 179). Interessant ist auch Buchholz Hinweis darauf, daß die angelsächsischen Länder 270 naturwissenschaftliche und technische Zeitschriften aus dem Russischen laufend komplett übersetzen. Solche Praxis dementiert die geläufige Rede von der angeblichen wissenschaftlich-technischen "Einbahnstraße" von West nach Ost.

reize zu schaffen vermag", wie G. Wettig meint.[58] Es hat den Anschein, als zehre diese These schlicht von dem Tatbestand, daß die Sowjetunion eben (aus konkret-historischen Gründen) faktisch noch im Rückstand liegt, sowie davon, daß es im System der ökonomischen Hebel in der Tat diesbezüglich konkrete Mängel gab, vielleicht auch noch gibt. Dies wird in der Sowjetunion auch offen diskutiert. Buchholz z.B. führt aber auch selber Maßnahmen aus jüngerer Zeit an, mit denen die Sowjetunion die Einführung neuer Technik stimuliert, etwa die Senkung der Preise bei Produkten, die mit veralteten Methoden hergestellt werden, auch direkte Prämien für Einführung und Verbreitung neuer Methoden, Erfolgs- bzw. Mißerfolgsbeteiligung der wissenschaftlichen Institute u.a.m.[59] Das System solcher Stimulierungsmaßnahmen ist auch in allerjüngster Zeit weiterentwickelt worden.[60] Der Beweis, daß dies alles dennoch seine Wirkung verfehlen müsse, steht bis jetzt aus.[60a]

Ebenso oberflächlich, wie dem Sozialismus die technologische Dynamik abgesprochen wird, gestaltet sich die Gegenthese von der diesbezüglichen Überlegenheit der

---

58) G. Wettig, Kontakt und Kommunikation, S. 271

59) A. Buchholz, WTR, S. 379

60) Vgl. M. Wolkow, Die WTR und die Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus, in: Gesellschaftswissenschaften, 1/1976, S. 53

60a) Auch A.C. Sutton, Autor einer Spezialuntersuchung über "Western Technology and Soviet Economic Development 1945 to 1965" (Stanford 1973), bleibt den Beweis für die These, die sozialistische Ökonomie sei qua System innovationsfeindlich oder -hemmend, schuldig; er konstatiert zwar einen technologischen Rückstand der Sowjetunion, erklärt jedoch selbst bezüglich der Grenzen seiner Untersuchung: "this study has not explored the diverese institutional factors within the system that may be responsible" (zit. nach J. Nötzold, Rezension, in: Archiv f. Soz. gesch., Bd. XV, 1975, S. 686).

"Marktwirtschaft". Der kapitalistische Konkurrenzkampf, so wird gesagt, treibe den technischen Fortschritt besser als alles andere voran. Diese These berücksichtigt erstens nicht, daß heute die kapitalistischen Konkurrenzverhältnisse monopolistisch verzerrt und relativiert sind, und zweitens, daß wirklich bedeutende Innovationen inzwischen längst einen finanziellen Aufwand erfordern, der die Kraft oder Risikobereitschaft einzelner Kapitale bei weitem übersteigt, so daß in zentralen Bereichen der technologische Fortschritt im Kapitalismus im Grunde nach systemfremden Prinzipien aufrechterhalten wird.
Als Beispiel für die Wirkung von Monopolen auf den Verlauf des wissenschaftlich-technischen Fortschritts mag der amerikanische Datenverarbeitungskonzern IBM dienen, dessen Innovationsverhalten, wie eine Studie feststellt, "keine hinreichende Erklärung für ihren Erfolg im DV-Markt liefert", da er "selbst in der Expansionsphase nicht gerade als Förderer des technischen Fortschritts"[61] aufgetreten ist, vielmehr seine Machtstellung ökonomischen und organisatorischen Faktoren verdankt, daß generell das kapitalistische Profitmotiv dem Investieren neuer Technik systemspezifisch enge Schranken setzt, bestätigen auch nichtmarxistische Fachleute. So schreibt der Präsident desMünchener Ifo-Instituts, K.H. Oppenländer: "Probleme ergeben sich allerdings in der Transformierung von Absatzerfolgen in Ertragserfolge. Immerhin ist die reale Ertragslage von Neuinvestitionen in den letzten Jahren so drastisch gedrückt worden, daß sie deutlich unter den durchschnittlichen Realertrag des Sachkapitals absank. Den Kapitalstock auszuweiten wäre unter solchen Umständen unwirtschaftlich gewesen."[62] Darüberhinaus führt Oppenländer auch "die auf Vorsicht

---

61) W.-D. Hoffmann, Die IBM, zit. nach: FAZ v. 9.3.1976
62) FR v. 19.5.1976

abgestellte Mentalität von privaten Anlegern und Banken" 63) als Hindernis für den Innovationsprozeß an, zumal da das Investitionsrisiko heute höher liege; aus diesem Grund fordert er einen umfangreichen staatlichen "Flankenschutz" zur Innovations- und Investitionsförderung.
Die Tendenz zur profitorientierten Kurzatmigkeit des Innovationsprozesses beklagt auch die Nationale Wissenschaftsstiftung der USA dahingehend, daß eine allzu große Zahl von Forschungen "dem Prinzip des möglichst geringen Risikos folge und eine kaum merkliche Entwicklung und Verbesserung des Produkts bzw. technologischen Prozesses im Auge habe, die einen unmittelbaren Gewinn verheißt."[64]

Diese wenigen Andeutungen und Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, daß das apologetische Bild von der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft als dem technologischen Fortschrittsmechanismus par excellence wesentliche Fragen ignoriert. Die staatliche Inregienahme zentraler Bereiche des wissenschaftlich-technischen Innovationsprozesses hat jenes Bild längst praktisch hinter sich gelassen, wie es angesichts dieser Praxis denn auch umgekehrt unglaubwürdig ist, den sozialistischen Ländern die Dezentralisierung anzuraten. Es ist unglaubwürdig,

---

63) ebda.

64) Zit. nach G. Skorow, Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und soziale Orientierung, in: Gesellschaftswissenschaften, 1/1976, S. 228; Skorow setzt sich hier ausführlicher mit unserer Frage auseinander, Vgl. auch G. Mensch, Technologisches Patt aus Mangel an Fortschritt. Die Industrie hat in den fetten Jahren kostbare Zeit verschlafen, in: Die Zeit v. 11.10. 1974: "An Basisinnovationen braucht sie (die Wachstumsindustrie im Kapitalismus, O.C.), solange genügend Gewinn gemacht wird, ... nicht zu denken. Doch das hat schlimme Folgen für die Zukunft."

zu behaupten, ein planwirtschaftliches System könne "den Prozeß künftiger Innovationsschritte nicht antizipieren"[65], wo gleichzeitig in kapitalistischen Ländern staatliche Prioritätensetzung und Hilfestellung in Forschung und Entwicklung längst üblich geworden ist.[65a]

Es scheint, als hätten sich die Verfechter der These von der Innovationsfeindlichkeit des Sozialismus vorgenommen, der marxistischen Theorie von der Hemmung der Produktivkräfte durch die kapitalistische Produktionsverhältnisse eine umgekehrte These entgegenzusetzen, nur weit schlichter, eindimensionaler. Während es nämlich dem Marxismus ganz fernliegt, einen bestimmten Punkt zu postulieren, über den die Produktivkraftentwicklung unter kapitalistischen Bedingungen absolut nicht hinauskäme[66], scheinen es zumindest einzelne Kritiker des Sozialismus auf eine derarige Gegenbehauptung angelegt zu haben. So

---

65) G. Wettig, Kontakt und Kommunikation, S. 270. Noch prägnanter U. Wagner: "Der technische Fortschritt ist seiner Natur nach nicht planbar." (FAZ v. 5.2.1977)

65a) Zu den neuesten staatlichen Projekten auf diesem Gebiet in der Bundesrepublik gehört ein "Gesamtkonzept für Forschungs- und Technologiepolitik für kleinere und mittlere Unternehmen", welches bis Ende 1977 vorlegen soll (vgl. FAZ v. 12.4.1977). Zu den zentralen Problemen gehört dabei die Überleitung von Forschung in Produktion: "Beim Technologie-Transfer ... hapert es vor allem zwischen den staatlich fixierten Großforschungszentren und der Industrie..." (ebda.) Mit derartigen Schwierigksiten kämpft mithin keineswegs nur die sozialistische "Zentralverwaltungswirtschaft."

66) Vgl. etwa H. May / R. Nemitz, Kann der Kapitalismus die Produktivkräfte noch weiterentwickeln? In: Marxistische Blätter, 14. Jg., Heft 3/1976, S. 108ff. Vgl. auch H. Nick, Marktwirtschaft, S. 76f,. wo das Schwergewicht der Argumentation auf den widersprüchlichen Verlauf des technischen Fortschritts im Kapitalismus gelegt wird.

meint J. Röpke: "Zentral geplante Systeme zeichnen sich ... durch eine hochgradige Innovationsunfähigkeit aus. Jenseits einer bestimmten Stufe ihrer wirtschaftlichen Entwicklung werden sie geradezu evolutionsunfähig."[67] Derselben Ansicht ist G. Wettig: "Die östliche Wirtschaft wird aller Voraussicht nach auf dem damit (mit punktuellem Einsatz westlicher Technologie, O.C.) erreichten Stand weitgehend stehen bleiben und damit die Vorteile eines danach fortschreitenden technologischen Wandels nur in beschränktem Ausmaß aus eigener Kraft wahrnehmen."[68] Schon jetzt ist absehbar, daß solch forsche Prognosen der wirklichen Entwicklung nicht standhalten werden, wie davor zahlreiche andere auch. Es spricht nicht eben für eine Stagnationstendenz, wenn im Zeitraum von 1951 bis 1973 das jahresdurchschnittliche Wachtumstempo der Arbeitsproduktivität in der sowjetischen Industrie 1,8 mal so hoch wie in den USA lag.[69] Stagnationstendenzen müssen wohl eher dort gesucht werden, wo es - wie in den USA 1973/74 - bereits Phasen eines absoluten Rückgangs der Produktivität gibt und wo man sich für die nächsten zehn Jahre auf ein Wachstum von weniger als

---

67) FAZ v. 28.2.1976

68) G. Wettig, Kantakt und Kommunikation, S. 271, Noch dramatischer schätzt eine Expertise des Joint Economic Committes des amerikanischen Kongresses die Abhängigkeit der sowjetischen Wirtschaft von Technologieimporten aus kapitalistischen Ländern ein: "Bei einer weiteren Intensivierung des Außenhandels werde ... für Moskau bald der 'Point of no return' erreicht werden, von dem an die Sowjetunion nur noch unter allergrößten Schwierigkeiten auf einen Warenaustausch mit dem Westen werde verzichten können." (FAZ v. 1.11.1976) Dem ist gegenüberzustellen, daß z.B. "im Jahre 1974, in dem ein großer Teil der Maschinenkäufe der UdSSR in den USA getätigt wurde, das Volumen dieser Einkäufe nur 0,2% der Gesamtinvestitionen der sowjetischen Volkswirtschaft" betrug (Sowjetunion heute 14-15/1976).

69) M. Wolkow, Die WTR, S. 50

3% einstellt.[70] Angesichts dieser Sachlage vollziehen einige bürgerliche Theoretiker bereits eine neue Schwenkung in der Argumentation. Statt den Sozialismus für tendenziell unfähig zu wissenschaftlich-technischer Entfaltung zu erklären, sagen sie voraus, er werde gerade an der erfolgreichen Entfaltung des technischen Fortschritts scheitern, oder doch wenigstens in große, systemgefährdende Schwierigkeiten geraten. Die gesellschaftlichen Folgeprobleme des wissenschaftlich-technischen Fortschritts nämlich würden eine Veränderung der Gesellschafts- und Herrschaftsstruktur der sozialistischen Länder auf die Tagesordnung setzen.[71] Gegenüber der bisherigen Argumentation von der Innovationsfeindlichkeit des Sozialismus stellt diese These zweifellos einen Rückzug, besser gesagt, eine Flucht nach vorn dar. Inhaltlich führt sie über mehr oder weniger quantitativ begrenzte ökonomische Vergleiche der Systeme hinaus zu einem Komplex von Fragen, den man mit der Vokabel "Lebensqualität" umschreiben kann. In dem Maße, wie der Sozialismus die ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Aufgaben des Systemwettbewerbs bewältigt, nimmt dieser immer mehr und immer ausdrücklicher den Charakter eines Wettbewerbs um die Lebensqualität, die Gesellschaftsqualität, die Lebensweise an. Das bedeutet nicht, daß der ökonomisch-technische Wettkampf aufgehört hätte, eine grundlegende Rolle zu spielen; aber er kann immer weniger losgelöst von den damit einhergehenden gesellschaftlichen Problemen betrachtet werden. Die wissen-

---

70) Siehe Amerika 2000 - eine nüchterne Prognose, in: FAZ v. 18.5.1976.
Zur These vom Rückzug der sowjetischen Wachstumsraten vgl. "Sowjetunion heute", Heft 17/1974, S. 11

71) C. Burrichter/ E. Förtsch/ H.-L. Müller, Die wissenschaftlich technische Revolution - Kriterien und Konsequenzen, bes. S. 525f. Übrigens wiederholt sich damit auf neuer Stufe ein Rückzugsmanöver: Früher erklärte man den Sozialismus für unfähig, den Lebensstandard zu steigern; später knüpfte man an eben diese Steigerung die Erwartung einer "Verbürgerlichung".

schaftlich-technische Revolution zeitigt derartig einschneidende gesellschaftliche Folgen, daß sich ihre naturwüchsig-blinde Entfaltung kategorisch verbietet und die Frage nach ihrer gesellschaftspolitischen Meisterung auf die Tagesordnung tritt. Beispielsweise konnte A. Buchholz noch 1972 ohne jegliche Anzeichen von Problembewußtsein einen Vergleich USA-UdSSR bezüglich des Baus von Kernkraftwerken anstellen, wo er vermeldet, die Sowjetunion sei seit 1954 (als sie das erste Kernkraftwerk errichtete) "in der Gesamtkapazität der errichteten Werke von den USA etwa um das Doppelte und von Großbritannien um das Dreifache überholt worden. Geradezu gewaltige Unterschiede aber zeichnen sich bis 1975 in den Planzielen der USA und der UdSSR ab."[72] Und so markiert denn eine Graphik den amerikanischen Triumph einer etwa neun mal so hohen Zielprojektion.[73] Mittlerweile hat aber die internationale und auch in der BRD stark geführte Diskussion über Kernenergie, nicht zuletzt vorangetrieben durch die Aktivitäten von Bürgerinitiativen, die immensen Probleme des Kernkraftwerkbaus vor Augen geführt, so daß man die amerikanische Entwicklung mit mehr als Skepsis sehen muß und sich die Frage stellt, ob hier nicht ein gewaltiger Pyrrhussieg im Systemwettbewerb erfochten wird.

In ähnlicher Weise werden durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt Fragen der Humanisierung der Arbeit, des Umweltschutzes, der Gesundheits- und der Bildungspolitik aufgeworfen oder doch in schärferer Form gestellt. Erscheinen solche Probleme zunächst nur als innergesellschaftliche, so werden sie vor dem Hintergrund der Tatsache, daß die sozialistischen Länder auch diesbezüglich eine Herausforderung darstellen, unweigerlich zu Feldern des internationalen Systemwettbewerbs. Es ist z.B. bezeichnend, wenn die offiziellen

---

72) A. Buchholz, Die WTR, S. 362

73) ebda., S. 363

Verlautbarungen anläßlich des "Tags der Umwelt" 1976 in der Bundesrepublik geradezu ausschließlich zu einer Auseinandersetzung mit dem sozialistischen Ordnungssystem geraten und Bundesminister H. Friedrichs sehr viele Worte auf die Beschwichtigung verwendet, "Versäumnisse im Umweltschutz seien ... keine Produkte des Kapitalismus." 74) Es ist ebenfalls diese sozialistische Herausforderung, die die Auseinandersetzung der Systeme zu Fragen hin vertieft, die - relativ unabhängig von der wissenschaftlich-technischen Revolution - den sozioökonomischen und politischen Grundcharakter der jeweiligen Gesellschaftsordnung direkt betreffen. So bekommt etwa die im kapitalistischen Teil der Welt herrschende Arbeitslosigkeit durch die objektive Konfrontation mit den sozialistischen Ländern zwangsläufig eine noch stärkere gesellschaftspolitische Brisanz, führt zu einer grundsätzlicheren Problematisierung der dafür verantwortlichen gesellschaftlichen Grundlagen. Die neue historische Qualität dieses Wirkungszusammenhangs läßt sich durch einen Vergleich mit der Zeit der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise von 1929/30 vergegenwärtigen: Damals war in der Sowjetunion die Beseitigung der Arbeitslosigkeit selbst noch nicht vollständig abgeschlossen, so daß der Systemgegensatz bezüglich der Arbeitsplatzsicherheit noch gar nicht ins breite Bewußtsein der Zeit getreten sein konnte. Die internationale kapitalistische Krise der 70er Jahre dagegen findet vor einem diesbezüglich gründlich veränderten Erfahrungshintergrund statt.[74a)]

---

74) FR v. 8.6.1976. "Eher das Gegenteil sei richtig", meinte Friedrichs weiter.

74a) J. Billy, Direktor für wirtschaftliche Angelegenheiten im Internationalen Sekretariat der NATO, sieht die "Gefahr", daß große Bevölkerungskreise in Westeuropa "die Stärken der kommunistischen Regimes... sehen: eine verhältnismäßig hohe Wachstumsrate, die konstanter ist als in westlichen Ländern, und eine weitreichende soziale Absicherung" (Europa-Archiv 2/1976).

Schließlich sind es auch solche Fragen wie die nach dem demokratischen Charakter der Gesellschaft, nach dem Gehalt der in ihr herrschenden zwischenmenschlichen Beziehungen, nach den Entwicklungsmöglichkeiten der Persönlichkeit usw., die durch die Dynamik der Systemauseinandersetzung immer zwingender zu Brennpunkten werden.[75] Voraussetzung hierfür waren u.a. die starke reale und ideologische Aushöhlung des Konzeptes der Konsumgesellschaft samt der entsprechenden "westlichen" Selbstgefälligkeit, die Krise der bürgerlichen Demokratie, die deren vermeintliche Fraglosigkeit aufgebrochen hat, die Intensivierung der Diskussion um Mitbestimmung in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und ähnliche Prozesse mehr; gleichzeitig jedoch wiederum das stärkere von-sich-reden-Machen der sozialistischen Länder, vor allem auf dem Gebiet der Bildung, in jüngerer Zeit auch des kulturellen Lebens. Das Entscheidende ist, daß keine pauschale ideologische Abblockung gegenüber den politischen Streitfragen der Systemauseinandersetzung, wie etwa der Frage nach der Demokratie, mehr möglich ist, im Gegensatz zu jenen Zeiten, als mit dem Verdikt der "östlichen Unfreiheit" und des Totalitarismus alles und jedes (vor)entschieden wurde. Anders gesagt: der relative Verschleiß ehemals sakrosankter politischer Kampfbegriffe und die reale Ausgestaltung der sozialistischen Verhältnisse zwingen zu konkreteren (nicht unbedingt freundlicheren) Formen der Auseinandersetzung. Und die fraglichen Probleme werden im Rahmen des Kampfes der Systeme eben auch real-gesellschaftlich zu einer solchen materiellen Gewalt, daß es sich zunehmend verbietet, sie ein-

---

75) K. Deutsch gibt dem Konzept der Lebensqualität ebenfalls eine stark politische Dimension, wenn er folgende Probleme für besonders wichtig hält: "Qualität der politischen Führung, Qualität des Alltags des einfachen Bürgers, gleiche Bürgerrechte, Chance der politischen Beteiligung, Schutz für Minderheiten." (vgl. W. Zapf, Zur Messung der Lebensqualität, S. 354)

fach zu verdrängen. Deshalb also die relative Enttabuisierung vieler gesellschaftspolitischer Problembereiche.[76]

Die umfassende gesellschaftspolitische Herausforderung des Sozialismus begann man im "Westen" erst zögernd, doch dann immer deutlicher seit Ende der 50er Jahre zu begreifen, seit eben dieser Zeit also, als die Politik der Stärke an ihren toten Punkt gekommen war. "Von nun an hat der Kapitalismus einen Konkurrenten", schrieb F. Perroux im Jahre 1958.[77] Im amerikanischen Wahlkampf 1960 begründeten sowohl Kennedy als auch Nixon ihre gesellschaftpolitischen Reformvorstellungen in hohem Maße mit der Notwendigkeit, der sozialistischen Herausforderung besser gewachsen zu sein.[78] Dieses politische Handlungsmotiv wurde in den USA offenbar derart beherrschend, daß sich ein amerikanischer Wissenschaftler zu der pointierten Feststellung veranlaßt sah: "Die Existenz Rußlands als unseres großen Gegenspielers ("Grand Competitor") scheint in Amerika zum Hauptgrund jeglicher ernsthafter Überlegungen geworden zu sein".[79] Und der ehemalige US-Botschafter in der UdSSR, A. Harriman, erklärte ganz offen, "daß wir Amerikaner, statt uns zu beklagen, dankbar sein sollten für die Existenz der Sowjetunion, die uns zu neuen Leistungen angestachelt und uns davor bewahrt hat, selbstzufrieden und träge zu werden."[80]

---

76) So fordert C. Burrichter z.B. ein Überdenken des Rechts der freien Ausbildungs- und Arbeitsplatzwahl in seiner traditionellen, unumschränkten Form. Im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit dem sozialistischen Bildungssystem stellt dies objektiv eine Versachlichung der Diskussion dar. (Vgl. C. Burrichter, Präliminarien zu einer Theorie internationaler Wissenschaftskooperation.)

77) zit. nach H. Nick, Marktwirtschaft, S. 109

78) Vgl. M. Parenti, The Anti-Communist Impulse, S. 82

79) Zit. ebda. (Übers. von mir, O.C.)

80) Zit. ebda. (Übers. von mir, O.C.)

Diese Aussage bestätigt die von Marxisten vertretene These, daß die Entwicklung der heutigen kapitalistischen Gesellschaft nicht mehr allein aus sich selbst heraus zu verstehen, sondern auch immer bereits Reaktion auf die sozialistische Realität ist.[81)]

Wenn die Auseinandersetzung der beiden Weltsysteme immer umfassender und vielschichtiger wird, so ist ein wesentlicher Hebel dieser Entwicklung schließlich auch die Intensivierung der Kontakte selbst: "je intensiver die Kontakte, je breiter und mannigfaltiger die Zusammenarbeit, um so mehr Berührungspunkte und folglich auch Kollisionsmöglichkeiten der Positionen und Auffassungen, um so mehr Möglichkeiten der Gegenüberstellung ideologischer Prinzipien, Normen und geistiger Werte. Im Ergebnis werden immer neue Wirkungsbereiche, Prozesse und Erscheinungen Gegenstand der ideologischen Auseinandersetzung."[82)]

---

81) Vgl. Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus, S. 64ff. Natürlich gibt es auch eine umgekehrte Einwirkung des kapitalistischen auf das sozialistische Weltsystem. Der wesentliche Unterschied aber ist, daß sich das kapitalistische System nur noch "um den Preis der geistigen Anleihen beim Sozialismus" behaupten kann (K.V. Beyme, Politik und Ökonomie, S. 348), während dem umgekehrt nicht so ist. Gegenteilige Behauptungen, etwa im Zusammenhang mit den sozialistischen Wirtschaftsreformen der 60er Jahre, sind mittlerweile in breiter Front fallengelassen worden.

82) J. Sacharow, in: Sowjetunion heute , Heft 6/1976, S.23

2. Veränderungen im Verhältnis zwischen Bundesrepublik und DDR

In ihren Grundzügen reflektiert die Geschichte des Verhältnisses zwischen BRD und DDR die - oben skizzierten - weltweiten Veränderungen und ist selbst Teil dieser Veränderungen. Eine wesentliche Besonderheit der Konfrontation von BRD und DDR besteht jedoch darin, daß sie sich in ungewöhnlich zugespitzter Form vollzieht. Denn hier verläuft die Nahtlinie zwischen den antagonistischen Weltsystemen quer durch ein ehemals einheitliches Gebiet. Kein Sprachenunterschied dämpft die ideologische Konfrontation. Kein tief zurückreichender nationaler Traditionsunterschied sorgt für eine gewisse Gelassenheit und selbstverständliche Distanz im gegenseitigen Umgang. Das Verhältnis BRD-DDR ist nicht das Verhältnis Frankreich - Volksrepublik Polen und auch nicht das zwischen BRD und der CSSR.
Die Ausgangstatsache der Spaltung macht die Systemauseinandersetzung direkter, unerbittlicher, "nackter". Dies und die Tatsache, daß es sich bei beiden deutschen Staaten um relativ hochentwickelte Gebilde handelt, sie mithin einen hohen materiellen und ideellen Wert im Kampf der Systeme verkörpern, macht sie in diesem Kampf zu einem ausgesprochenen Brennpunkt, zu vorgeschobenen Posten.

Die Adenauersche Ostpolitik der 50er Jahre stand, entsprechend dem internationalen Klima, im Zeichen des "rollback"-Gedankens. Die Ernsthaftigkeit dieser Zielsetzung, also der mehr oder weniger gewaltsamen Wiedereingliederung der DDR, wird hier und da in Zweifel gezogen, unter Hinweis darauf, daß Adenauer doch faktisch nur die Politik der Westintegration der Bundesrepublik betrieben habe, während seine "Wiedervereinigungs"-Politik nur Rhetorik geblieben sei. Diese Charakterisierung dürfte

zwar ungefähr zutreffen, entkräftet aber dennoch nicht die Vermutung, daß die Adenauersche Deutschlandpolitik sich eben gerade durch dieses simple, einseitige Spekulieren auf die Möglichkeiten der "westlichen Stärke" auszeichnete und in dieser seine Simplizität ernstgemeint war. Warum anders betrieb Adenauer auch seine Politik der forcierten Wiederaufrüstung? Wenn L. Niethammer im Anschluß an Besson die Wiedervereinigungsversprechen Adenauers lediglich als "verhängnisvolle propagandistische Entlastungsoffensiven"[83], mit denen er es einigen auf Wiedervereinigung drängenden innenpolitischen Gruppierungen habe rechtmachen wollen, deutet, so scheint er damit aus der Tatsache des späteren Scheiterns (des "Verhängnisses") dieser Politik zurückzuschließen, sie habe ja von Anfang an nicht ernst gemeint sein können. Daß es eine reale Zielsetzung - ob auch eine realistische, ist eine andere Frage - der Adenauerschen Politik war, die Rückgewinnung der DDR zu erreichen, schließt im übrigen einen besonderen Einfluß bestimmter politischer Gruppen (bzw. Wählerschichten) der BRD auf diese Konzeption keineswegs aus; es mag sein, daß Adenauer, um diesen Gruppen zu genügen, das "Wiedervereinigungs"-Ziel seit 1952 propagandistisch besonders herausstrich. Von da bis zur These, es habe sich nur und nur um ein verbales Zugeständnis gehandelt, ist jedoch ein weiter Weg. Dies hieße im Grunde auch, daß die gesamte westliche "roll back"-Strategie, die genau im Jahr 1952 die Politik des "containment" ablöste, und in die sich Adenauers Politik zwanglos einfügt, nur "eine rhetorische Figur"[84] gewesen sein müßte.

Es hieße schließlich auch, die damalige Bonner Konzeption verharmlosen, wenn man sie als aktiv in Richtung Westintegration, als passiv und steril bezüglich der

---

83) L. Niethammer/ U. Borsdorf, Traditionen und Perspektiven der Nationalstaatlichkeit für die BRD, S. 44

84) ebda., S. 43

DDR darstellte. Denn unterhalb der zwischenstaatlich-diplomatischen Ebene ging ein durchaus ernstzunehmender, durchaus nicht wirkungsloser untergründiger Krieg gegen die DDR vor sich. Das war die Form der Politik, wie man sie damals gegenüber der DDR betrieb und für erfolgsversprechend hielt, mit der man der Restauration entgegenarbeitete. Diese Politik gehörte zur Aufrüstungspolitik untrennbar dazu und wurde denn auch, wie diese, tatkräftig betrieben. Auch eine solche Einrichtung wie der "Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands" mit seinen detaillierten Restaurationsplänen unterstreicht, daß die westdeutsche Politik der 50er Jahre ernsthaft auf das Ziel der relativ kurzfristigen Eingliederung der DDR in den eigenen Herrschaftsverband ausgerichtet war.[85] Der ehemalige Bundespräsident G. Heinemann hat dies nachdrücklich bestätigt: "Es war die Vorstellung damals, daß durch einen Rüstungswettlauf der Bundesrepublik zusammen mit den Amerikanern sich eines Tages die Möglichkeit ergeben würde, den anderen Teil Deutschlands zu befreien und ganz Osteuropa neu zu ordnen."[86]

Das Scheitern der Politik der Stärke zeichnete sich zwar auch in Deutschland bereits in den späten 50er Jahren ab[87], es bedurfte aber dennoch erst eines besonders

---

85) Vgl. dazu u.a. W. Roth, Invasionsziel DDR. Vom Kalten Krieg zur Neuen Ostpolitik. "Für Spionage, Sabotage, Subversion und Konspiration in der Zone hatten sich 1951 in West-Berlin 80 Geheimdienste etabliert ..." (Der Spiegel v. 9.5.1966).

86) G. Heinemann am 2.2.1969 im ARD-Fernsehen. Ganz im selben Sinne äußerte sich Heinemann nochmals im Oktober 1974 (vgl. OP v. 9.10.1074: "Weg in Spaltung nicht zwangsläufig").

87) 1958 kam eine "Infratest"- Untersuchung zum Ergebnis: "Der Umbau der Gesellschaft (der DDR, O.C.) ...scheint aber gelungen zu sein." (Zit. nach H. Zimmermann, Probleme der Analyse bolschewistischer Gesellschafts-und Herrschaftssysteme, S. 204). M. Jaenicke konstatiert den "Abschluß der Transformationsphase

(Forts. S. 32)

spektakulären Ereignisses, um die entschiedenere Abkehr von ihr in Gang zu setzen: des Baus der Berliner Mauer und der Schließung der Grenze. Die Bedeutung des August 1961 als eines entscheidenden Wendepunktes der deutsch-deutschen Geschichte wird rückblickend heute allgemein gesehen. "Spätestens jetzt", schreibt L. Bress, "mußte es klar sein, daß das Ausspielen der sozialen Überlegenheit - gefördert durch eine lange Prosperitätsphase - seine Rolle als Vehikel nationaler Ansprüche ausgespielt hatte." [88] In den nun folgenden Jahren konsolidierte sich die DDR im Inneren wie auch in ihrer internationalen Stellung zusehens es vollzog sich umgekehrt ein allmählicher Niedergang der westdeutschen Politik der Stärke, des Nichtverhandelns, der Nichtanerkennung und der internationalen Isolierung der DDR (Hallstein-Doktrin), den wir hier nicht näher nachzuzeichnen brauchen. [89] Entsprechend wuchs die Systemauseinandersetzung, die Konkurrenz der gegensätzlichen Gesellschaftsordnungen von DDR und BRD in der Zeit nach 1961 in eine neue Qualität hinüber. Denn erstens konnte sich nun in der DDR ein von äußeren Störungen relativ freier wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Aufbau vollziehen, die Potenzen des Systems konnten nun, wo die ständige Gefahr des "Ausblutens" gebannt war, stringenter entfaltet und unter Beweis gestellt werden. Zweitens begannen sich in der Bundesrepublik bald die gesellschaftspolitischen Versäumnisse der Kalten-Kriegs-Periode zu rächen; so wurden z.B. nach dem Versiegen des Zustroms qualifizierter Arbeits-

---

des sozialistischen Aufbaus (Überwindung des Privateigentums an Produktionsmitteln)" um das Jahr 1960 und sieht ab da "die Phase staatlich initiierter Konfliktprozesse mit krisenhaften Rückwirkungen für das politische System (als) beendet" an (Krise und Entwicklung in der DDR - der 17. Juni 1953 und seine Folgen, S. 164).

88) deutsche studien, 5. Jg., Heft 20, Oktober 1976, S. 401

89) Vgl. etwa L. Niethammer/U. Borsdorf, Traditionen und Perspektiven, S. 48ff.

kräfte aus der DDR die Defizite des westdeutschen Bildungssystems sichtbar. Es stellte sich nun heraus, daß die besondere Entwicklungsrichtung des westdeutschen Wiederaufbaus in mancher Hinsicht stark von der Prämisse der baldigen Wiedereingliederung des DDR-Gebietes getragen gewesen war, so daß man jetzt, mit dem Hinfälligwerden dieser Prämisse, nicht gerade bestens eingestellt war auf die Perspektive einer langfristigen Systemkonkurrenz.[90] Drittens, und dies betrifft die Ebene der ideologischen Verarbeitung der Systemkonkurrenz, war seitens der Bundesrepublik grundsätzlich nicht mehr jenes Maß an Gleichgültigkeit und Ignoranz gegenüber Entwicklungen in der DDR angebracht, das man sich leistete, solange die DDR eine Fehlgeburt ohne Perspektive zu sein schien. Die unbestreitbar gewordene Lebensfähigkeit dieses "Gebildes" nötigte zu ernsthafterem Zurkenntnisnehmen, zu einem gewissen "Blick für die Realitäten"; d.h., die DDR wurde im bundesdeutschen Bewußtsein überhaupt erst einmal in konkreterer Art und Weise präsent, sie begann allmählich zu einer konkreten gesellschaftlich-politischen Herausforderung [91] zu werden. Schon bald nach dem August 1961 meldeten sich die ersten mahnenden Stimmen und sprachen Probleme an, die in der Periode des blinden roll-back-Antikommunismus verdrängt worden waren. Im November 1961 schrieb P. Bender: "Schon jetzt gibt es einige Gebiete, auf denen die DDR die Bundesrepublik zwingt nach zu ziehen. Es sei nur an das gesamte Ausbildungswesen..., die Möglichkeiten zur beruflichen Weiterbildung und zum sozialen Aufstieg erinnert."[92] Der

---

90) Vgl. dazu ausführlich K. Steinhaus, Probleme der Systemauseinandersetzung im nachfaschistischen Deutschland.

91) Wir betonen das Attribut "konkret(er)", um den Unterschied zur pauschalen, kaum tatsachenbezogenen Auseinandersetzung mit dem Sozialismus während des Kalten Krieges zu unterstreichen. Natürlich war auch zu dieser Zeit der Wettbewerb mit dem Sozialismus wirksam, nur "mehr unausgesprochen als ausgesprochen" (F. Ronneberger, Vergleichbarkeit, S. 19).

92) P. Bender, Umklammerung oder Quarantäne? Möglichkeiten einer aktiven Deutschlandpolitik, S. 17

Rechtspublizist Görlitz wies im selben Jahr auf die sich gerade vollziehende DDR-Hochschulreform hin und schloß die Mahnung an: Vor "diesem drohenden Horizont voll dunkler Gewitterwolken will alles begriffen sein, was bei uns geschieht - und auch das, was nicht geschieht".[93] Ein Jahr später machte P. Bender die Entdeckung, daß das Regime der DDR offenbar auch Anhänger hatte; in der "Zeit" wies er darauf hin, daß sich eine durchaus große Bevölkerungsgruppe mit ihrem Staat identifiziere. "Im Westen kennt man allerdings fast nur die... scharf antikommunistische (Bevölkerungsgruppe, O.C.). Von den anderen Deutschen, die weder an RIAS noch an das Gesamtdeutsche Ministerium schreiben noch nahe Verwandte im Westen haben, weiß man wenig oder nichts. Aber es gibt sie, und sie verlangen ebenfalls unsere Aufmerksamkeit, weil sich in ihnen und um sie der 'Wettkampf der Systeme' bereits abspielt."[94] Wir ersehen aus diesem Zitat, speziell dem letzten Satz, wie neu zum damaligen Zeitpunkt in der Bundesrepublik das Bewußtsein vom "Wettkampf der Systeme" noch war, wie es erst als Konsequenz einer durch die Realitäten erzwungenen Neubesinnung aufkam.

Mittlerweile vollzieht sich dieser Wettkampf unter den politischen Bedingungen der Entspannung. Mit dem Grundlagenvertrag vom Dezember 1972 erkannte die Regierung der Bundesrepublik die staatliche Souveränität der DDR an. Seither hat sich das Feld gegenseitiger Vereinbarungen und der Kooperation vergrößert, ohne daß deshalb die Systemauseinandersetzung an Heftigkeit verloren hätte. Eher das Gegenteil ist der Fall. "Die Entspannungspolitik", so erklärte der damalige amerikanische Verteidigungsminister Schlesinger, und er steht nur stellvertre-

---

93) Zit. nach S. Prokop, Studenten im Aufbruch, Dortmund, 1975, S.

94) Zit. nach H. Apel, Spaltung, S. 94f.

tend für viele westliche Politiker, "die Entspannungspolitik ist die Fortsetzung des ideologischen Kampfes zwischen der kommunistischen Weltmacht und den freiheitlichen Völkern mit anderen Mitteln."[95] Von gewissen Eigentümlichkeiten des Vokabulars sowie dem unscharfen Gebrauch des Begriffes "ideologisch" abgesehen, trifft sich diese Feststellung durchaus mit derjenigen der Gegenseite, nämlich daß die Entspannungspolitik zur Veränderung der Mittel in der internationalen Klassenauseinandersetzung führt, nicht aber diese Auseinandersetzung selbst aufhebt und aufheben kann. Was nun den Konflikt zwischen BRD und DDR betrifft, so ergibt sich, analog zur weltweiten Tendenz, ein weiteres Ansteigen der Bedeutung seiner ideologischen Formen. Direkte militärische Zusammenstöße verbieten sich heute fast von selbst 96), dem Rüstungsdruck zeigen sich die sozialistischen Staaten gewachsen, ökonomische Druckmittel versprechen keinen durchschlagenden Erfolg[96a], im wirtschaftlichen Leistungsvergleich liegen die sozialistischen Länder gerade in letzter Zeit gut im Rennen, unmittelbare antisozialistische Manövriermöglichkeiten auf der politischen Ebene, etwa eine Aufspaltung der RGW-Länder, schei-

---

95) Zit. nach FAZ v. 11.12.1974

96) Die amerikanische Strategie bewegt sich aber immerhin am Rande solcher Zusammenstöße: "Die Vorstellung, in einer bestimmten Zeit an bestimmten Stellen strategisch durch eine gezielte Atomdrohung politisch auf Welterereignisse einwirken zu können, beherrschte seine (Schlesingers, O.C.) Strategie." (A. Weinstein in FAZ v. 5.12.1974).

96a) Vgl. das Lautwerden und rasche Wiederverschwinden der Forderung nach ökonomischen Sanktionen gegen die DDR im Sommer 1976. Auch innerhalb der CDU kam es über dieser Frage zu tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten. Dregger: "Die wirtschaftliche Macht des Westens ist das einzige friedliche Mittel, das mit Aussicht auf Erfolg gegenüber der Sowjetunion und der DDR geltend gemacht werden kann" (zit. nach FR v. 16.8.1976). Albrecht: "Kommunisten kann man nicht mit Geld beeindrucken, wenn es um grundsätzliche politische Fragen geht." (zit. nach FR v. 23.8.1976)

nen erschöpft (siehe auch die Vertagung des "Wandels durch Annäherung")[97]. Daher bekommt entscheidenderes Gewicht die Sphäre der ideologischen Auseinandersetzung; hier ist ein Manövrieren und Taktieren noch in höherem Maß möglich, hier bestehen Möglichkeiten, den Entspannungsprozeß im Sinne "psychologischer Einwirkung" zu nutzen. Hier, in der Sphäre der ideologischen Auseinandersetzung, ist aber seitens der kapitalistischen Länder ein intensiveres Agieren nicht nur möglich, sondern es ist auch ein intensiveres Reagieren nötig; denn der Verlust der Offensive, wie er sich in wichtigen Bereichen abzeichnet, zwingt zu verstärkter ideologischer Kompensation und Immunisierung, zur Entwicklung umfassender Entlastungsoffensiven ideologischer Art. Deren Hauptadressaten scheinen allerdings mehr und mehr die systemkritischen Kräfte im "westlichen" Lager selbst zu sein.[98]

Die Tendenz zur ideologischen Intensivierung der Systemauseinandersetzung wird von bürgerlicher Seite vielfach registriert. "Ohnehin ... ist damit zu rechnen," schreibt D. Cramer, "daß sich der Wettstreit, die Auseinandersetzung zwischen der Bundesrepublik und der DDR, künftig stärker auf der ideologischen Ebene abspielen wird." Hier könnten sich "Entwicklungen auf längere Sicht anbahnen,,,, die interessant, aber gleichwohl nicht weniger gefährlich sein werden."[99] Noch deutlicher wird das

---

97) Vgl. oben, S. 8 (Anm. 26)

98) "Alles Frohlocken über die Manifestationen einzelner sowjetischer, tschechoslowakischer und ostdeutscher Dissidenten ... darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Führungen in Moskau, Prag, Ostberlin... die Situation fest im Griff haben..." (FAZ v. 22.1.1977) Entsprechend betont dieselbe Zeitung als Hauptfunktion ideologischer Interventionen gegen die sozialistischen Länder deren Wirkung in der inner-"westlichen" Politik: "Die Gärung im Westkommunismus wird ... von dem gefördert, was die Kommunisten...'Antisowjetismus' nennen... Dieses reinigende Feuer muß weiterbrennen, die Westkommunisten müssen noch mehr mit der sowjetischen Wirklichkeit bedrängt werden..." (J.G. Reißmüller, Den Dissidenten sei Dank, in: FAZ v. 4.11.1976).

99) D. Cramer, Deutschland nach dem Grundvertrag, S. 141

SPD-Blatt "Vorwärts": "Die Angst vor der DDR als Alternative, als Herausforderung für die Bundesrepublik wirkt fort... der Bundesrepublik wird auf Dauer nicht erspart bleiben, sich intellektuell der Herausforderung zu stellen, die die DDR und ihre Art von Sozialismus für uns bedeuten... Dafür sorgt die bloße Existenz der DDR."[100] Die DDR-Forscher Burrichter und Förtsch weisen darauf hin, daß der Systemwettstreit künftig, im Zuge des Ausbaus der Beziehungen und Kontakte zwischen beiden deutschen Staaten, von immer breiteren Kreisen in der BRD mitausgetragen werden wird; sie vermissen jedoch eine angemessene ideologische Vorbereitung der Öffentlichkeit auf diese Anforderungen, zumal die "ungetrübte Selbstsicherheit früherer Jahre... durch die konfliktreiche Entwicklung unserer eigenen Gesellschaft erheblich abgebaut worden" sei.[101] All das unterstreicht deutlich, wie stark sich in der angebrochenen neuen Phase der Systemauseinandersetzung zwischen BRD und DDR die ideologische Sphäre auflädt und weiter aufladen wird.

Selbstverständlich bedeutet das nicht, daß sich die Dynamik des Systemwettkampfes nur noch im Ideologischen vollzöge. Grundlegend bleibt die Entfaltung der objektiven Systemeigenschaften, die materielle Systempolitik. Was nun dies betrifft, so werden bei weitem nicht alle Maßnahmen, deren voller Sinn sich nur im Zusammenhang des Systemwettbewerbs erschließt, auch explizit als solche deklariert. Das ist im Gegenteil eher die Ausnahme, zumal da ja in der Tat die innergesellschaftlichen Bedingungen auch weiterhin grundsätzlich den unmittelbar ausschlaggebenden Anlaß für (system)politische Entscheidungen bilden[102], so daß der Aspekt der Systemkonkurrenz in der Regel nicht ins breite Bewußtsein dringt. Darüber-

---

100) Vorwärts v. 10.10.1974

101) C. Burrichter/E. Förtsch, DDR-Forschung im Systemwettstreit, S. 1040

102) In der Realität bilden die innergesellschaftliche und die Systemwettbewerbs-Funktion der Politik immer eine Einheit.

hinaus spricht aber auch einiges für die Annahme, daß die politischen Instanzen den Eindruck tunlichst zu vermeiden suchen, es könnten innergesellschaftliche politische Maßnahmen (auch) dem Streben nach Verbesserung der eigenen Position in der Systemkonkurrenz entspringen. Denn dem sozialistischen System offiziell die Rolle eines gesellschaftspolitischen Herausforderers zuzuerkennen, kann nicht im Sinne der eigenen ideologischen Stabilisierung sein; hier muß vielmehr eine gewisse Atmosphäre gelassener Überlegenheit erhalten werden. Wenn dies zutrifft, dann zeigt es überdies auch einen interessanten ideologischen Formwechsel im Verlauf der letzten Jahrzehnte der Systemauseinandersetzung an: In den 50er Jahren war es, wie M. Parenti zumindest für die USA schildert, weit verbreitet, alle möglichen gesellschaftlichen Maßnahmen oder auch Forderungen propagandistisch in Zusammenhang mit der Notwendigkeit der besseren Bekämpfung des Kommunismus zu bringen. "Der Antikommunismus war der Maßstab für die Prioritätensetzung in zahllosen... Bereichen des amerikanischen Lebens."[103] Offensichtlich entsprach dieser übertriebenen Zurschaustellung des Kampfes der Systeme, diesem ständigen An-die-Wand-Malen der gegnerischen Herausforderungen ein relativ ungebrochenes Gefühl der eigenen Überlegenheit, wie denn auch die Qualität der sozialistischen Herausforderung tendenziell bloß in den Kategorien militärisch-machtpolitischer Bedrohung begriffen (und nicht als konkrete, gesellschaftliche Herausforderung erkannt) wurde. Man sah den Sozialismus noch erst als Gegner bzw. als Feind, nicht so sehr als Konkurrenten.[104] Seine Hypostasierung als Feind konnte zur Formierung der Gesell-

---

103) M. Parenti, The Anti-Communist Impulse, S. 81 (Übersetzung von mir, O.C.)

104) Vgl. C. Burri ehter/E. Förtsch, DDR-Forschung im Systemwettstreit, S. 1037: "Die neue Qualität des Systemwettstreits sehen wir darin, daß dieser zwar weiterhin konfligierende, aber zugleich auch konkurrierende und kooperierende Momente aufweist."

schaft nur nützlich sein; seine Hypostasierung als Konkurrent, d.h. als Herausforderer in konkreten gesellschaftspolitischen Fragen, war und ist dagegen völlig unangebracht. Die offene und öffentliche Bezugnahme auf den sozialistischen Gegenspieler in der eigenen Gesellschaftspolitik war so lange wünschenswert, wie dieser Bezug weitgehend ein äußerlicher blieb, d.h., wie die besondere Qualität der eigenen Gesellschaftspolitik selbst nicht problematisiert, selbst nicht hineingezogen war in die Auseinandersetzung der Systeme.[10/4a)] Je mehr dies jedoch der Fall war, je realer die Herausforderung wurde, desto stärker galt es, sich propagandistisch von diesem Bezugspunkt zu lösen; desto substanzieller wurde freilich auch in der realen Gesellschaftspolitik dieser Bezug tatsächlich.

Aus diesen Überlegungen folgt, daß heutige auf den Systemwettbewerb bezogene Gesellschaftspolitik vielfach nur indirekt erkennbar ist, sich unausgesprochen vollzieht. Es bedarf jeweils der Beobachtung des gesamten Wechselspiels beider Systeme, um den Bezug zur Systemkonkurrenz aufzudecken. Es wäre eine dankbare Aufgabe, die Entwicklung des Verhältnisses von BRD und DDR speziell der letzten Jahre unter dieser Problemstellung nachzuvollziehen. Hier müssen wir uns damit begnügen, das Gemeinte mit Beispielen zu verdeutlichen. Nehmen wir einen solchen Indikator der Sozialpolitik wie die Statistik der Betriebsunfälle. Es ist schon seit Jahren einer breiteren Öffentlichkeit in der BRD bekannt geworden, daß die DDR hier

---

10/4a) Für dieses "grobe" Verständnis von Systemauseinandersetzung mag ein Wort des früheren Familienministers Wuermeling stehen: "Millionen innerlich gesunder Familien mit rechtschaffen erzogenen Kindern sind als Sicherung gegen die drohende Gefahr der kinderreichen Völker des Ostens mindestens so wichtig wie alle militärischen Sicherungen" (F.-J. Wuermeling in: Kirchen-Zeitung, Köln, 6.12.1953; zit. nach D. Haensch, Repressive Familienpolitik, Reinbek bei Hamburg 1969, S.74)

wesentlich günstigere Ergebnisse vorweisen kann als die BRD. 1974 lagen die Ziffern bei 34,6 pro tausend Beschäftigten in der DDR gegenüber 81,0 pro tausend Beschäftigten in der BRD.[105] Es dürfte schwer von der Hand zu weisen sein, daß der Druck dieser - zumal öffentlich relativ bekannten - Tatsachen entschieden dazu beigetragen hat, daß in der BRD offizielle Initiativen in Gang kamen: 1972 wurde die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung in Dortmund gegründet, zwei Jahre später das Arbeitssicherheitsgesetz verabschiedet.[106] Sollte es wirklich ein Zufall sein, daß hier gerade in den 70er Jahren, der Phase der verschärften Systemkonkurrenz zwischen BRD und DDR, etwas in Bewegung gerät? Ohne die Rolle der westdeutschen Gewerkschaften zu schmälern, kann doch nicht übersehen werden, daß die Herausforderung der DDR einen wichtigen zusätzlichen Druck auf die bundesrepublikanische Sozialpolitik ausübt.[107] Lassen wir noch einige Beispiele für diese These sprechen: 1970 erläßt die DDR ein umfassendes Umweltschutzgesetz; ein gutes Jahr später verabschiedet die Bundesregierung ihr Umweltprogramm[108]; von da an wird in der

---

105) DVZ v. 20.11.1975

106) Seit 1974/75 ist nun auch die Arbeitsunfallziffer der Bundesrepublik stärker rückläufig; so ging sie von 1974 auf 1975 um 11 Prozent zurück (FAZ v. 13.11. 1976). Allerdings dürfte hierbei auch stark der Beschäftigungsrückgang bzw. die schlechte Auslastung der Kapazitäten (etwa 80 Proznet) zu Buche schlagen; und schließlich ist "seit der Rezession von 1966 bekannt, daß die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes Arbeitnehmer dazu verführe, leichte Arbeitsunfälle nicht zu melden." (OP v. 29.1.1976)

107) Belege dafür, eine frühere Phase betreffend, siehe auch bei K. Steinhaus, Probleme der Systemauseinandersetzung, S. 412ff.

108) Vgl. F.-E.-Stiftung (Hrsg.) 25 Jahre BRD - 25 Jahre DDR, S. 65 und 68. Wie ernst die Umweltschutzgesetzgebung der DDR bei verantwortlichen Kreisen der SPD genommen wird, läßt sich aus der sehr positiven Darstellung entnehmen, in: F.-E.-Stiftung (Hrsg.) Um die Qualität des Lebens in beiden deutschen Staaten, S. 48ff.

Bundesrepublik "überhaupt erst ... eine Umweltpolitik betrieben", wie Minister Maihofer erklärte[108a]. In der DDR wurde und wird hierbei allerdings durchgesetzt, was hier weiterhin Wunschvorstellung geblieben ist: etwa das sog. Verursacherprinzip. Ein weiteres Beispiel: Mitte 1971 führte man in der Bundesrepublik das - längst fällige - Recht zu kostenlosen Voruntersuchungen für die Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung ein; in der DDR war dies schon lange eine selbstverständliche Einrichtung.[109] Oder: 1972 führte die DDR die Fristenregelung ein; der Auftrieb, den dies der bundesdeutschen Bewegung für die Abschaffung des § 218 gab - auch durch die sichtbar positiven Auswirkungen seither - ließe sich relativ mühelos rekonstruieren.[110] Offenkundig ist die Ausstrahlung der DDR schon seit längerem schließlich im Bereich des Bildungswesens. Hier spart kaum ein Spezialist mit Vorschlägen, wie die BRD von der DDR lernen könne. Anscheinend aber war das Beispiel

---

108a) FR v. 24.9.1976

109) Vgl. F.-E.-Stiftung (Hrsg.), 25 Jahre BRD - 25 Jahre DDR, S. 68 und: Um die Qualität des Lebens in beiden deutschen Staaten, S. 41

110) Vgl. J. Menschik / E. Leopold, Gretchens rote Schwestern. Frauen in der DDR, Ffm. 1974, S. 156
Die Zeitschrift der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen schrieb in ihrer Ausgabe vom April 1974 unter der Überschrift "DDR ist weiter / Fristenregelung hat sich bewährt / Wille zum Kind wird gestärkt": "Als am 21. Februar dieses Jahres der Strafrechtssonderausschuß des Deutschen Bundestages mit der Einzelberatung der vier vorliegenden Gesetzesentwürfe zur Neufassung des Abtreibungsparagraphen 218 begann, legte eines der 17 Mitglieder, der rheinlandpfälzische SPD-Abgeordnete Hugo Brandt, seinen Ausschußkollegen einen interessanten Bericht vor. Er war in die DDR gereist, um sich an Ort und Stelle darüber zu informieren, welche Erfahrungen dort seit Einführung der Fristenregelung... gemacht worden sind. Hugo Brandt befragte ausführlich sechs Wissenschaftler. Sie stellten übereinstimmend fest, das Gesetz könne bereits nach eineinhalbjähriger Gültigkeit als großer Erfolg im Kampf gegen illegale Abtreibungen bezeichnet werden...".

der DDR selbst schon am Erreichen des gegenwärtigen Niveaus des hiesigen Bildungswesens nicht unbeteiligt, wie es H. Portisch für den Fall Westberlin bezeugt: "Im Westberliner Senat gibt man offen zu, daß man sich mit den eigenen Schulreformen besonders bemüht und beeilt habe, weil man sich dem Konkurrenzdruck des Schulsystems in der DDR ausgesetzt fühlt: 'Wir müssen doch unseren Eltern und Kindern zumindest etwas Gleichwertiges, wenn möglich Besseres bieten!'"[111)]

Mit diesen Beispielen soll nicht gesagt sein, die Systemkonkurrenz wirke nur in der einen Richtung. Sie hat in der Tat vielmehr eine wechselseitige Dynamik. Es fehlt nicht an Fällen, in denen die Bundesrepublik gewisse gesellschaftspolitisch relevante Reaktionen seitens der DDR-Führung erzwang und erzwingt. So sollte etwa die materielle Privilegierung bestimmter intellektueller Schichten durch die Einkommenspolitik der DDR in den 50er Jahren die Magnetwirkung der Bundesrepublik kompensieren. Einen realen Druck, dem die DDR wohl auch heute nicht gänzlich ausweichen kann, stellt ferner z.B. der hohe Motorisierungsgrad der Bundesrepublik dar. Generell wird man derartige Einwirkungen wohl vor allem im Bereich des individuellen Konsums zu suchen haben, sowohl was dessen quantitatives Niveau als auch was modische Aufmachung usw. betrifft.[111a)] Damit wird jedoch auch schon erkennbar, daß die Systemkonkurrenz zwischen beiden deutschen Staaten

---

111) H. Portisch, Die deutsche Konfrontation, S. 137

111a) " Ob es sich um den Zuschnitt von Häusern und Autos handelt, die Gestaltung von Radiogeräten oder Schlafzimmerschränken, den Rhythmus, in dem die Röcke sich verkürzen oder verlängern, den Charakter der Unterhaltungsmusik oder die Quizsendungen des Fernsehens - nirgendwo ist da ein eigenener Impuls, ein DDR-... spezifischer Stil ..." (H. Rudolph, Die Gesellschaft der DDR - eine deutsche Möglichkeit?. S. 95). P. Hort schrieb, daß sich die "Jeans-Mode... inzwischen wie ein krebsartiges Geschwür ausgebreitet und an der stark befestigten Staatsgrenze der DDR unglücklicherweise nicht haltgemacht" hat (Jeans - und was noch? Das Phänomen 'Mode' belästigt das Wirtschaftssystem der DDR, in: FAZ v. 6.4.1974).

zwar eine wechselseitige ist, aber keineswegs symmetrische. Um es auf eine grobe Typisierung zu bringen: Der Druck der BRD auf die DDR betrifft eher die individuelle Konsumtion, der umgekehrte eher die gesellschaftliche Konsumtion; die Einwirkungschancen der BRD auf die DDR verdanken sich stark dem vorhandenen quantitativen Wirtschaftspotential, die Einwirkungschancen der DDR auf die BRD sind hiervon relativ unabhängig (vgl. die geläufige Rede von den "Reformen, die nicht viel Geld kosten"); die BRD setzt Maßstäbe im Partikularen, die DDR bietet gesamtgesellschaftliche Lösungen. Es ist kein Zufall, daß gerade der Systemvergleich zur "Lebensqualität", den die F.-Ebert-Stiftung vorgelegt hat, deutlich zugunsten der DDR ausfällt.[111b] In welcher Dimension die Systemherausforderung der DDR gegenüber der BRD liegt, kommt auch bei E. Schneider zum Ausdruck: "Die DDR ... übt... seit Jahrzehnten für unser westdeutsches Gesellschaftsmodell eine systemstabilisierende Funktion aus, indem sie uns zu Reformen zwingt, welche die Einseitigkeiten, Auswüchse und Ungerechtigkeiten unseres westlichen Modells zunehmend beseitigen..."[111c]

Wir wollen es bei dieser Skizze der deutschen Systemauseinandersetzung belassen und wieder auf die Frage nach der ostpolitischen Haltung der BRD - nunmehr vor dem gewandelten Hintergrund der beginnenden Entspannung und Zusammenarbeit - zurückkommen. Die Frage muß vor allem lauten: Wie tief war der von der sozialliberalen Bundesregierung seit 1969 vollzogene Bruch mit der alten Politik der Veränderung des Status quo, wie "normal" sind die normalisierten Beziehungen zwischen den deutschen Staaten? Bedeutet der Grundvertrag von 1972 tatsächlich

---

111b) Vgl. F.-Ebert-Stiftung, Um die Qualität des Lebens, bes. S. 30f, 41, 48ff., 61, 63

111c) E. Schneider, Die DDR-Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, S. 128. Z.K. Brzezinski...Z.K. Brzezinski umschreibt die von uns gemeinte Asymmetrie mit den Worten: "Amerika liefert für die meisten Menschen der Welt noch immer die attraktivsten sozialen Bedingungen (wenn auch nicht das attraktivste Modell), und das bleibt Amerikas besondere Stärke." (Amerika in einer feindlichen Welt, S. 1263)

wie W. Pfeiler meint, "die westdeutsche Einsicht in die Unveränderlichkeit des politischen Status quo" und seine "definitive Anerkennung", bedeutet er tatsächlich den "Verzicht auf den früheren Alleinvertretungsanspruch"?[112] Bereits ein Rekurs auf die Entstehungsphase der "neuen Ostpolitik" läßt eine solche Deutung mehr als fraglich erscheinen. Denn von Anbeginn verstand sich diese neue Konzeption erklärtermaßen als Strategie des "Wandels durch Annäherung"; Annäherung galt, wie diese Formel bereits zum Ausdruck bringt, wesentlich als Mittel zum Zweck des "Wandels". Willy Brandt erklärte schon 1962: "Es geht um eine Politik der Transformation, ...um eine Politik der Durchdringung."[113] Und Egon Bahr verdeutlichte das in seiner bekannten Tutzinger Rede ein Jahr später: "jede Politik zum direkten Sturz des Regimes drüben (ist) aussichtslos... Die Zone muß transformiert werden."[114] Schon diese wenigen Äußerungen weisen darauf hin, daß die "neue Ostpolitik" als Versuch entstand, aus der verfahrenen Situation Anfang der 60er Jahre heraus einen neuartigen Weg zum alten Ziel, nämlich der Beseitigung der DDR, einzuschlagen; daß sie lediglich eine "Umstellung auf modifizierte Ziele und Methoden" bedeutete, wie W.G. Grewe sagt.[115]

Die Anerkennung des Status quo war in dieser Konzeption folgerichtig von Anfang an taktisch gedacht, als Mittel zum gegenteiligen Zweck: "Die Änderung des Ost-West-Verhältnisses... dient der Überwindung des status quo,

---

112) W. Pfeiler, Über den politischen Wert einer wissenschaftlichen DDR-Forschung, S. 496

113) W. Brandt, Koexistenz - Zwang zum Wagnis, Stuttgart 1963, S. 83

114) E. Bahr, Tutzinger Rede 1963, S. 863

115) W.G. Grewe, Spiel der Kräfte in der Weltpolitik - Theorie und Praxis der internationalen Beziehungen, Düsseldorf - Wien 1970, S. 614

indem der status quo zunächst nicht verändert werden soll." 116) Diese taktische Anerkennung des Status quo sollte nach den ursprünglichen Vorstellungen der Väter der "neuen Ostpolitik" überdies keineswegs die staatliche Anerkennung der DDR beeinhalten; vielmehr wollte man versuchen, "die Kommunisten in der Zone unterhalb der Schwelle staatlicher Anerkennung beständig dem Sog des Lebens dieser Nation auszusetzen"[117]. Doch diese Taktik, der DDR weiterhin die Anerkennung zu verweigern, mußte bekanntlich fallengelassen werden. Heißt das jedoch, daß die alte Zielsetzung seit den 70er Jahren auch fallengelassen worden wäre? Etliches spricht dagegen. So erklärte während der Bundestagsdebatte über den "Bericht zur Lage der Nation 1971" der SPD-Abgeordnete Mattick: "Es ist unmöglich, ...heute noch davon auszugehen,... daß es sich bei der Bildung der DDR um eine Übergangserscheinung handele... Und auch dieser Zug ist doch endgültig abgefahren: Die Vorstellung aus der Ära Adenauer/ Dulles, ...die Möglichkeit einer machtpolitischen Verschiebung in Europa sei noch gegeben... Aus dem sogenannten kurzen Weg von Adenauer und Dulles ist ein unendlicher geworden. Nur der lange Weg bietet für uns noch eine Chance, das Ziel zu erreichen."[118] Und dieser strategischen Linie ist die SPD/FDP-Regierung auch seither unmißverständlich treu geblieben. Die Verträge mit der Sowjetunion und Polen und auch der Grundvertrag mit der DDR wurden und werden weiterhin als Fixierung nicht des status quo, sondern eines vorläufigen "modus vivendi"[119] interpretiert. Man besteht auf der paradoxen Konstrukti-

---

116) E. Bahr, Tutzinger Rede, S. 862

117) Die Zeit v. 25.6.1966 (aufgegriffen von E. Eppler, SPD), zit. nach G. Rose, Konvergenz der Systeme, S.167

118) Deutscher Bundestag - 6. Wahlperiode - 94. Sitzung Bonn, Freitag, den 29. Januar 1971, S. 5140

119) "Die deutschen Ostverträge wollen kein Grenzvertrag und kein Friedensvertrag sein. Sie wollen einen modus vivendi... schaffen". (H. Bechtoldt, Die deutschen Ostverträge in der Weltpolitik, S. 253).

on " der völkerrechtlichen Nichtanerkennung der DDR durch die Bundesrepublik - bei gleichzeitigem Abschluß eines völkerrechtlich wirksamen Vertrages mit der DDR." 120) Das alle dient zur Aufrechterhaltung des alten Ziels der Zurückerlangung des verlorengegangenen Territoriums.[120a] So hat denn auch die Bundesregierung 1974 zur Fixierung der Oder-Neiße-Linie im Warschauer Vertrag erklärt, dies besage für sie nur, daß sie "diese Gebiete für ihre Rechtsordnung - nicht jedoch für Deutschland als Ganzes - nicht als Inland in Anspruch nehmen wird."[121] Mit solchen Verlautbarungen ist die Bundesregierung in der Tat nicht mehr weit entfernt von dem extremen Standpunkt, den 1973 des Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zum Grundlagenvertrag bezogen hat: Die BRD, so wird da gesagt, verkörpere weiter das Deutsche Reich, allerdings sei sie gegenwärtig "gebietlich unvollständig"; die BRD sei "erst 'vollständig' das..., was sie sein will, wenn die anderen Teile Deutschlands ihr angehören".[122] Der Alleinvertretungsanspruch von Bundesregierung und Bundesverfassungsgericht lebt schließlich auch fort in der Aufrechterhaltung einer fiktiven gesamtdeutschen Staatsbürgerschaft: "Deutscher Staatsangehöriger... ist also nicht nur der Bürger der Bundes-

---

120) P.C. Ludz, Deutschlands doppelte Zukunft, S. 146

120a) Die FAZ (v. 24.11.1976)erklärt sich prinzipiell einverstanden mit dem Gedanken, "daß die Beseitigung der - bisherigen - sozialistischen Gesellschaft in der DDR 'eine aufgeschobene, aber nicht aufgehobene Sache ist'."

121) Zit. nach: Die Welt v. 19. 7. 1974

122) Urteil des Bundesverfassungsgerichts v. 31.7.1973 S. 8, 12.

republik Deutschland."[123] Gerade diese Konstruktion erntet freilich in immer breiteren Kreisen Kritik.[124] Solange die "neue Ostpolitik" an derartigen Thesen festhält, nährt sie damit den Verdacht, daß, wie Haffner schrieb, "sich die Bundesrepublik mit der Existenz der DDR eben doch nicht wirklich abgefunden hat."[125]

Beinhaltet nun diese "neue Ostpolitik", wie von ihren Vertretern meist behauptet wird, lediglich ein passives Offenhalten von Möglichkeiten, die dann ganz selbsttätig und auf friedliche Weise eintreten sollen? Mit anderen Worten: Stellt der erwünschte "Wandel" nur eine allgemeine Erwartung [126] dar, einen objektiven Trend, der mit der zwischenstaatlichen Politik nicht direkt zu tun haben soll, sondern innergesellschaftlichen Gesetzen entspringt, so daß der Vorwurf der Restauration, der Einmischung usw. an der Ostpolitik vorbeiginge - oder schließt diese Ostpolitik das Hinarbeiten auf den besag-

---

123) Urteil des Bundesverfassungsgerichts, 1973, S. 3

124) So fordert z.B. der eher konservative C. Gasteyger (Die beiden deutschen Staaten in der Weltpolitik, München 1976) von der Bundesregierung ein Überdenken ihrer Haltung in der Staatsangehörigkeitsfrage. Und als die Bundesregierung Anfang 1975 Österreich zur Anerkennung einer einzigen, von der BRD repräsentierten "deutschen Staatsbürgerschaft" bewegen wollte, schrieben dazu die "Basler Nachrichten": "Nach Abschluß des unpräzisen Grundvertrages wird es Bonn schwer fallen, auf lange Sicht die These von der einen deutschen Staatsangehörigkeit aufrechtzuerhalten." (Zit. nach FAZ v. 26.2.1975)
Schließlich trat Staatssekretär G. Gaus mit der Überlegung an die Öffentlichkeit, man müsse vonseiten der Bundesrepublik "für die Staatsangehörigkeitsfrage Lösungen... finden, die nicht immer wieder neue politische Konflikte zwischen den beiden Staaten heraufbeschwören" (Der Spiegel 6/1977).

125) Stern v. 13.8.1972, S. 82

126) So etwa W. Pfeiler, Über den politischen Wert einer wissenschaftlichen DDR-Forschung, S. 497. Pfeiler scheint hier aber einzuräumen, daß die "Erwartung" des "Wandels durch Annäherung" auch unschwer "als bewußte Politik interpretiert" werden könne (ebda.).

ten "Wandel", den Versuch gezielter Einflußnahme auf das innergesellschaftliche Leben der Gegenseite selbst ein, so daß die offizielle Distanzierung von der früheren Politik der "Befreiung" unglaubwürdig bliebe? Die Fakten lassen u.E. nur den zweiten Schluß zu. Zunächst einmal wäre es nicht besonders logisch, einen hartnäckigen Kleinkrieg zur Offenhaltung gewisser "Hintertüren" der Entwicklung zu führen, wenn man tatsächlich davon überzeugt wäre, daß die Entwicklung ohnehin in diese Richtung drängte. Die deutschlandpolitischen Winkelzüge der Bundesregierung scheinen schwerlich von der Überzeugung getragen zu sein, daß der Trend in die gewünschte Richtung geht, vielmehr eher vom Bemühen, das Wegschwimmen der letzten Felle zu verhindern. Hätte man tatsächlich historischen Optimismus bezüglich einer Wiedervereinigung, dann hätte man es weder nötig, noch wäre es dem optimalen Fortgang des "gesamtdeutschen" Prozesses dienlich, der DDR weiterhin die volle Anerkennung vorzuenthalten und weiterhin politische Manöver zu unternehmen, die davon zeugen, daß man sich "mit der Existenz der DDR eben doch nicht wirklich abgefunden hat." 127) Man könnte sich eine volle Normalisierung des Verhältnisses zur DDR leisten, weil sich gerade hieraus das übrige ergeben würde, sprich: der Wandel. Schon von dieser allgemeinen Überlegung her erscheinen die üblichen Beteuerungen, die "neue Ostpolitik" habe mit latenter Einmischung und Druckausübung, mit einseitigen Zumutungen für die Gegenseite nicht das geringste zu tun, als fragwürdig. Desweiteren ist bekannt, daß diejenige Theorie des "Wandels", die am ehesten die Ostpolitik vom Vorwurf der Einmischung entlasten könnte, nämlich die Konvergenztheorie, von den maßgeblichen Vertretern der "neuen Ostpolitik" durchaus mit Skepsis, wenn nicht direkter Ablehnung betrachtet wird. "Ich glaube nicht an

---

127) Vgl. Anm. 125.

die übliche Konvergenztheorie, denn die unterschiedlichen Interessen der Staaten bleiben", erklärte Egon Bahr ausdrücklich.[128] Bleibt also nur der Schluß, daß der gewünschte "Wandel" kräftige Impulse und Stimulierung von außen benötigt. Und von diesem Willen ist die Strategie des "Wandels durch Annäherung", oder wie sie immer bezeichnet wird, seit ihren Anfängen denn auch unverkennbar geprägt. Das geht schon aus den wenigen oben wiedergegebenen Zitaten von Bahr, Brandt und anderen hervor und ist ungezählte weitere Male unumwunden bekräftigt worden, wie etwa auch von Z.K. Brzezinski: "Statt abzuwarten, bis die kommunistischen Regimes gescheitert sind, werden die Vereinigten Staaten künftighin die evolutionären Veränderungen innerhalb der Regimes und des Blocks insgesamt fördern".[129] Wenn sich an dieser Strategie in den letzten Jahren etwas geändert hat, dann wohl hauptsächlich das Vokabular, in der sie sich zu erkennen gibt. Sicher wäre es heute unwahrscheinlich, daß wie noch in den frühen 60er Jahren, in einer offiziösen bundesdeutschen außenpolitischen Zeitschrift Empfehlungen folgender Art breit dargelegt würden: "Unser Gedankengut ist in das öffentliche Leben der kommunistischen Staaten mit allen Mitteln der modernen Propaganda auf psychologisch geschickte Weise einzuschleusen ... mit dem Ziel, die Bevölkerung bis zum passiven

---

128) E. Bahr, Tutzinger Rede 1973, S. 871

129) Z.K. Brzezinski, Alternative to Partition. For a Broader Conception of America's Role in Europe, London/New York/Totonto 1965, S. 118 (zit. nach J.S. Nowopaschin, Strategie, S. 149).
Ähnlich D. Rusk: "... unsere Politik besteht darin, alles in unseren Kräften Stehende zu tun, um in der kommunistischen Welt die Evolution zur nationalen Unabhängigkeit und zu offenen Gesellschaften zu fördern." (Zit. ebda., S. 145)

Widerstand ("Arbeite langsam!") und zur Sabotage zu bringen."[130] Ein solcher Ton ist unangebracht in der Ära der Entspannung. Aber daß sich dieser untergründige Krieg gegen die sozialistischen Länder auch in unseren Tagen abspielt, unterliegt ebenso wenig einem Zweifel wie die Tatsache, daß hierbei offizielle Regierungskreise keineswegs unbeteiligt sind. Paradebeispiel sind die auch auf bundesdeutschem Boden (in München) stationierten amerikanischen Sender "Radio Liberty" und "Radio Free Europe". Erst Ende 1971 kam es, unter dem Eindruck breiter Proteste (besonders bekannt wurde in diesem Zusammenhang das Engagement der amerikanischen Senatoren Case, Fulbright und Mansfield), zu einer formellen und "finanzielle(n) Loslösung beider Sender von der CIA"[131]. Seither ist ein verstärktes Bemühen um Seriosität in der Sendetätigkeit wie der publizistischen Selbstdarstellung spürbar. O. Filip, selbst Mitarbeiter in München, schwankt in einer Würdigung der Sender nur zwischen dem Prädikat "äußerst objektiv" einerseits und der These andererseits, man würde sogar "die 'Objektivität' übertreiben und unter dem Vorwand, Entspannungspolitik zu betreiben, sich ab und zu freiwillig einen Maulkorb umhängen."[132] G. Wettig vom offiziösen Kölner Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien findet bei

---

130) A.v. Schack, Der geistige Kampf in der Koexistenz, S. 773. Inwieweit "Arbeite-langsam"-Aufforderungen u.ä. tatsächlich ganz der Vergangenheit angehören, kann hier nicht geprüft werden. Immerhin erhebt die DDR auch in jüngerer Zeit etwa gegenüber dem "Sender Freies Berlin" und dem "Deutschlandfunk" - mit nachprüfbaren Angaben - entsprechende Vorwürfe (vgl. G. Grasnick/H. Pirsch/A. Rehahn (Gesamtred.), Kreuzzug gegen die Koexistenz, S. 94).

131) Süddeutsche Zeitung v. 12.6.1975. Einzelheiten hierzu siehe auch bei V. Marchetti/J.D. Marks, CIA, Stuttgart 1974, S. 214-218.

132) O. Filip, Wärmeofen im Kalten Krieg, in: DZ v. 26.3.1976

den besagten Sendern gleichfalls nur "Fähigkeit zur Sachlichkeit, zum Differenzieren, zum Verstehen und zur Auffassungspluralität"[132a]. Stutzig macht allerdings bei Wettig wie bei Filip bereits der Umstand, daß sie für die Rolle von "RFE" und "RL" in der Vergangenheit - trotz der schwerwiegenden Tatsachen - keinerlei kritisches Wort übrig haben. Wie um die Gründung von "RFE" im Jahre 1951 durch den CIA ausdrücklich und bedingungslos gutzuheißen, wendet sich Wettig gegen Versuche, "die nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffenen Kanäle eines freien Informationsflusses von Westen nach Ost wieder zuzuschütten."[133] Und Filip ist überzeugt: "Radio Freies Europa und Radio Liberty haben zur Entspannung beigetragen"[133a] Nun ist jedoch nie widerlegt worden, was z.B. die österreichische Presse 1973 enthüllte: Im geheimen politischen Handbuch der beiden Sender, datierend aus dem Jahre 1971, wurde noch offen gefordert, durch "die Sendung von Informationen und Ideen die Schaffung von gemeinsamen Plattformen für einen Widerstand gegen das Regime" in den sozialistischen Ländern zu organisieren[134]. Aktenkundig ist auch die Aus-

---

132a) G. Wettig, Freiheit oder Unfreiheit im Äther. Auseinandersetzungen in der UNO und auf der KSZE, S. 19

133) ebda., S. 15

133a) siehe Anm. 132

134) Zit. nach horizont 14/1976. Angesichts einer Institution, die sich in wesentlichen Punkten verhüllt, ist man informationsmäßig auf derartige Enthüllungen angewiesen. Die Mitarbeiter der beiden Sender gehen bei ihrer Einstellung übrigens eine Verpflichtung ein, daß im Fall einer Verbreitung von Informationen über ihre Arbeit "die Schuldigen mit einer Strafe bis zu 10 000 Dollar und mit Gefängnishaft bis zu 10 Jahren belegt werden."(Zit. nach horizont 7/1976)

sage von D.M. Abshire, bis Mitte 1975 Direktor des "Board of International Broadcasting", dem beide Sender unterstellt sind, in der Debatte im Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten des US-Repräsentantenhauses vom 12.6.1975; auf die Frage: "Sie sollen gesagt haben, daß sie einen Einfluß auf ihr Publikum ausüben wollen. Ich nehme an, dieser Einfluß bezweckt einen Wechsel innerhalb der sozialen Ordnung... Ist das richtig?" antwortete Abshire: "Das ist richtig".[134a)]

Schon indem G. Wettig all diese brisanten Aspekte übergeht (und stattdessen einschränkungslos, d.h., ohne jegliche Kriterien der Mißbrauchsverhinderung, den "freien Informationsfluß", die "Freiheit im Äther", das Recht "der freien Meinungsäußerung" schlechthin verlangt), dokumentiert er eine unmißverständliche Haltung in der Frage der Einmischung bzw. Nichteinmischung. Den von der KSZE bekräftigten Grundsatz, beim Informationsaustausch von der "wechselseitige(n) Achtung vor dem Recht jedes Teilnehmerstaates zur Wahl seines gesellschaftlich-politischen Systems"[135)] auszugehen, nimmt Wettig denn auch lediglich zur Kenntnis,ohne ihn an irgendeiner Stelle seines Aufsatzes ernstzunehmen. Im Gegenteil geht er davon aus, daß in der internationalen Medienpolitik "den Grundsätzen der Souveränität und der Nichteinmischung ... keine Zentralfunktion"[135a)] zukomme. Dementsprechend hat er auch keine Scheu hervorzuheben, "daß

134a) Zit. nach horizont 14/1976. Marchetti/Marks schreiben: Die CIA "beabsichtigte... auf jeden Fall, daß sie (die beiden Sender, O.C.) in den Angelegenheiten Osteuropas eine aktivistische Rolle spielten - weit darüber hinaus, daß sie einfach akkurate Nachrichtenquellen waren... Die zwei Stationen mit ihren großen Stäben an osteuropäischen Emigranten sind ein maßgeschneidertes Reservoir von Agenten, Kontakten, Informationen und Tarnungen für Operationen..." (CIA, S. 216)

135) G. Wettig, Freiheit oder Unfreiheit im Äther, S. 10

135a) ebda.

die Publizität mittels der westlichen Äthermedien für die Dissidenten, namentlich in der UdSSR, zu der wichtigsten Möglichkeit einer Einwirkung auf die Verhältnisse des eigenen Landes geworden ist."[135b)]

Wir dürfen davon ausgehen, daß die bundesdeutschen Sender "Deutschlandfunk" und "Deutsche Welle" in Rolle und Selbstverständnis nicht allzu weit von den beiden USamerikanischen Anstalten entfernt sind. Auch Wettig und Filip beispielsweise behandeln, von ihrer Warte, all diese Sender als eine Einheit.[136)]
Es ist zudem kein Geheimnis, daß sie untereinander intensiven Programm- und Informationsaustausch betreiben. Deutschlandfunk-Intendant Appel betonte, sein Sender sei "im ideologischen Ätherkrieg" ein "notwendigerweise entschieden antikommunistischer Funk".[136a)] Nimmt man die spezifischen Aktivitäten des westdeutschen Fernsehens hinzu, so wird eine Szenerie sichtbar, welche H. Portisch

---

135b) Wettig stellt hier die westlichen Medien gewissermaßen als Instrumente der Dissidenten in den osteuropäischen Ländern dar. Stellt man allerdings der bescheidenen Gruppe der Dissidenten (vgl. dazu die Eingeständnisse von "westlicher" Seite oben, Anm. 98 sowie unten, Kapitel VI, Anm. 284 - 287) die großen Potenzen von "RFE" und "RL" gegenüber - Etat für 1976: fast 60 Millionen Dollar; tägliche Sendestunden: 375 -, so bleibt nur der Schluß, daß umgekehrt die Dissidenten ein Mittel ebendieser Medien- (und Geheimdienst-) Apparate sind.
Informationen über die beiden Münchener Sender siehe auch bei N. Wiener, Relikte des Kalten Krieges. Zur Rolle der Sender 'Radio Liberty' und 'Radio Free Europe' in: Blätter 10/1975, S. 1116ff.; ders., Wellenreiten mit toten Seelen, in: Blätter 8/1976, S. 910ff.; A. Panfilow/J. Kartschewski, Radiodiversanten, Moskau 1974; G. Grasnick/H. Pirsch/ A. Rehahn (Gesamtred.) Kreuzzug, S. 143ff.; Überzeugender für osteuropäische Hörer, in: FAZ v. 16.8.1975.

136) Wettig spricht allgemein von den "Westlichen Rundfunkstationen" (Freiheit oder Unfreiheit im Äther, S. 14); Filip schreibt: "'Radio Freies Europa' und 'Radio Liberty' sind ganz normale Rundfunkanstalten, die ähnliche Probleme haben wie die bundesdeutschen." (siehe Anm. 132)

136a) Die Welt v. 20.3.1973

zu der Schlußfolgerung veranlaßte: "Kein anderes kommunistisches Land ist einer derart intensiven Konfrontation mit westlichen Ideen ...ausgesetzt"[136b] wie die DDR.

Die Bundesregierung verwahrt sich gegen den Vorwurf der Einmischungspolitik. Aber um Einmischung kann es sich auch dort handeln, wo man diesem Tatbestand einen anderen Namen zu geben bemüht ist. Dies ist ganz offensichtlich der Fall, wenn K. Mattick, außenpolitischer Experte der SPD, in einem Atemzug erklärt: "Ohne uns in die inneren Angelegenheiten des anderen deutschen Staates einzumischen, werden wir diese Prozesse nach Möglichkeit beeinflussen wollen".[137] Damit sagt Mattick im Grunde: Ohne uns einzumischen, tun wir es eben doch. Klingt es auch paradox, so ist es bei näherer Betrachtung doch konsequent: Einmischungspolitik hat nämlich unter heutigen Bedingungen tendenziell nur dann überhaupt eine Erfolgschance, wenn sie gerade nicht als Einmischungspolitik erscheint. Nicht umsonst wird denn auch in einschlägigen Veröffentlichungen immer wieder die Notwendigkeit einer gewissen taktischen Behutsamkeit unterstrichen. Der schon erwähnte G. Wettig etwa empfiehlt äußerst allmähliches Vorgehen in Richtung auf das gesteckte Ziel eines "vollständigen Abbau(s) aller Kontakt- und Kommunikationshindernisse in Europa"[137a] Die Gegenseite müsse gewissermaßen ständig in Sicherheit gewiegt und beschwichtigt, die Reizschwelle des Unzumutbaren, der direkten Provo-

---

136b) H. Portisch, Die deutsche Konfrontation, S. 232. Zu den kleinen "Extras" des Westfernsehens für die DDR siehe ebda., S. 235.

137) K. Mattick, Politische Forderungen an die DDR-Forschung. S. 586

137a) G. Wettig, Kontakt und Kommunikation, S. 268. Offenbar geht Wettig davon aus, daß sich auch die "Bild"-Zeitung und der "Bayernkurier" an dieser schrankenlosen Kommunikation in nichts als "ritterlicher Fairneß" (ebda., S. 266) beteiligen würden.

kation geflissentlich gemieden werden, bis allmählich die Macht der vollendeten Tatsachen ihre eigene Dynamik entwickle: "Es steht zu hoffen, daß im Verlauf einer behutsam eingeleiteten Entwicklung zu mehr Kontakt und Kommunikation hin langsam die Anpassung der widerstrebenden Machteliten an die sich wandelnden Verhältnisse zunimmt."[138] So will G. Wettig "durch partielle Systemveränderungen einen Abbau der gesellschaftlich-politischen Innovationshemmnisse einleiten."[139] In ähnlicher Weise schwebt P.C. Ludz vor, die DDR über eine gewissermaßen einschmeichelnde Handels- und Kooperationspolitik der Bundesrepublik auf den Weg "einer behutsamen Absetzung von der UdSSR"[140] zu bringen. Dies alles kann ohne weiteres auch als Charakteristik der offiziellen Ostpolitik der Bundesregierung gelten. In der schon erwähnten Bundestagsdebatte von 1971 erklärte Mattick: "Wir gehen davon aus, daß mit der Vertragspolitik, die wir eingeleitet haben, die Voraussetzung gegeben ist... auf langem Wege und mit langem Atem ... schrittweise Kooperationen ... zustande zu bringen, die dazu beitragen, Interessenverlagerungen mit sich zu bringen."[141] Und

---

138) ebda., S. 268. Vgl. die Hoffnungen von D. Cramer noch 1970: "Erfurt könnte doch der Anfang sein im Hinblick auf Sonderbeziehungen zwischen Bonn und Ost-Berlin unterhalb der völkerrechtlichen Anerkennung. Wenn man einen Einstieg hat, wenn die Dinge anfangen, wissen die auch nicht, was am Ende dabei herausschaut." (zit. in D. Cramer, Deutschland nach dem Grundvertrag, S. 66; Herv.heb.: O.C.)

139) G. Wettig, Kontakt und Kommunikation, S. 276. Zu den angeblichen "Innovationshemmnissen" siehe oben, S. 44ff.

140) P. C. Ludz, Deutschlands doppelte Zukunft, S. 181, ähnlich S. 153. Unkomplizierter spekulierte 1967 noch W. Hangen: "Eine Ausweitung des Handels würde... die Entwicklung zu einer unabhängigeren SED-Politik beschleunigen...(und) es den Reformern vom Schlage des toten Erich Apel ermöglichen, die stalinistischen Hemmnisse in Wirtschaft und Politik abzubauen" (DDR. Der unbequeme Nachbar, München 1967, S. 209).

141) Deutscher Bundestag - 6. Wahlperiode - 94. Sitzung, Bonn, Freitag, den 29.1.1971, S. 5141

sein Parteikollege Kreutzer, Leiter der Westberliner Außenstelle des Bundesministeriums für Innerdeutsche Beziehungen, betonte eines, daß man "keine Kooperation nur der Kooperation wegen"[142] betreiben solle. Ausdrücklich knüpft man also an die eigene Politik der Entspannung und Zusammenarbeit den Versuch, auf die Verhältnisse der Gegenseite einzuwirken. Daß diese Entwicklung nur indirekter, nicht so sehr direkter Art ist, ändert nichts daran, daß sie eben Einwirkung ist und zumindest in gefährliche Nähe zur Einmischung gerät. Ein anderer als der indirekte Weg scheint faktisch auch gar nicht mehr möglich zu sein, so daß sich die Protagonisten dieser politischen Strategie sozusagen mehr nolens als volens auf ihn beschränken; anders gesagt: die Abkehr von den Methoden massiver Druckausübung und direkter Einmischung entspringt nicht so sehr ihrer Entspannungstugend als eher ihrer Strategienot. Die gewünschte innere Entwicklung auf der sozialistischen Seite "können wir nicht ... direkt fördern", gab H. Wehner zu verstehen, "wir können sie aber wahrscheinlich indirekt fördern, und zwar mehr und mehr in einer Richtung ... Grad für Grad weg vom Totalitarismus."[143] Daß auch diese zwangsläufig indirekte Einmischung Einmischung ist und sogar sein will, erhellt eine Aussage B. Kreiskys, selbst einer der Mentoren der flexiblen ostpolitischen Strategie der Sozialdemokratie: "Wollen wir in diesen Staaten Politik betreiben, so muß sie frei sein von jeder Kreuzzugsmentalität."[144] Man beansprucht also in der Tat nach wie vor,

---

142) Ost-West-Kurier v. 22.2.1975 (zit. nach Neue Kommentare 6/1975, S. 6). Kreutzer ist übrigens zugleich Präsident des "Bundes der Mitteldeutschen".

143) K.D. Arndt (Hrsg.) Mündige Gesellschaft, Hannover 1967, S. 96 (zit. nach H. Meißner, Konvergenztheorie, S. 180). "Sanft, aber stetig!" nannte einmal eine amerikanische Zeitschrift die Devise des Senders "Stimme Amerikas" (vgl. J.S. Nowopaschin, Strategie, S. 181).

144) B. Kreisky, Neutralität und Koexistenz, München 1975, S. 132 (Herv.heb.: O.C.)

in den sozialistischen Ländern Politik zu machen. Klarer als wie bei Kreisky kann kaum ausgedrückt werden, daß sich die "Neue Ostpolitik" auf solche Formen der Einmischung verlegt, die den Verwurf der Einmischung gerade unterlaufen.[145] Das Dementi der Einmischung gehört geradezu zum taktischen Grundbestand der Strategie des "Wandels durch Annäherung". Für den Versuch, ihre Wesenszüge aufzudecken, bedeutet dies freilich auch, daß ihm schwerlich fix und fertige Belege sozusagen frei Haus geliefert würden. "Die Bundesregierung", so erklärte M. Rexin auf einer Konferenz zum Thema "Einmal vertrieben - immer vertrieben?" sinngemäß, "könne über die Absichten ihrer Politik öffentlich nicht sprechen, weil sie damit der Propaganda drüben Argumente liefern würde."[146] Angesichts dessen wiegen die vorhandenen Indizien jedoch umso schwerer.[146a]

Welcher Erfolg war nun dem Konzept des "Wandels durch Annäherung" seit Abschluß des Grundlagenvertrags mit der DDR beschieden? Die Antwort ist bekannt: die ursprünglichen Erwartungen sind enttäuscht worden. Schon Anfang 1973 äußerte das Londoner Institut für Strategische Studien Zweifel an der Erwartung, "daß die Ostpolitik der Bundesregierung den Entspannungsprozeß im Sinne eines Wandels dynamisieren werde."[147] Die sozialistische Seite - und übrigens auch die westlichen Nachbarländer der BRD - würden die Verträge nur als Festschreibung des Status quo praktizieren und interpretieren. Im Jahr darauf sprach P.C. Ludz die Befürchtung aus:

---

145) Vgl. auch B. Kreisky über die Vorteile der nicht direkt prokapitalistischen Ideologie des "Dritten Weges", die "für die Ideologen in Moskau geradezu verwirrend" sei (FAZ v. 20.2.1973).

146) Neue Kommentare 4/1974, S. 7. Rexins Referat hatte zum Thema den "Versuch einer Zwischenbilanz unserer Ostpolitik".

146a) "'Wandel durch Annäherung' bleibt das einst erklärte, heute eher verdeckte Marschziel." (FAZ v. 19.1.1977; Herv.heb.: O.C.)

147) FAZ v. 30.3.1973

"Die Schwäche der Ostpolitik könnte sichtbar werden, wenn sie Illusionen der Entspannung permanent und dynamisch produziert, ohne eine Transformation im Sinne der Überwindung des status quo auch tatsächlich durchführen zu können."[148] Diese Befürchtung hat sich seither in der Bundesrepublik stark ausgebreitet, wobei vor allem CDU und CSU den Ton angeben, ohne freilich selbst einen realen Ausweg aus dem sich abzeichnenden ostpolitisch-strategischen Dilemma anbieten zu können. Die "Frankfurter Allgemeine" meinte sarkastisch, es bliebe "vom ostpolitischen Theorem der Verflossenen, dem 'Wandel durch Annäherung' nur noch ein fürchterlicher Doppelsinn" [149], nämlich ein Wandel zugunsten der sozialistischen Seite. Von diesen Kreisen wird also eine Stimmung erzeugt, die Entspannungs- und Verständigungspolitik nutze nur dem Gegner. Diese Behauptung geht von der unterschwelligen oder auch expliziten Gleichsetzung von (zwischenstaatlicher) Entspannung einerseits und der eigenen (auf innerstaatliche Transformation zielenden) Durchdringungsstrategie aus.[150] Das Festlaufen dieser Strategie wird - unter heftigen Anschuldigungen gegen "dogmatische Abgrenzungsmaßnahmen" der anderen Seite - in ein Festlaufen der Entspannung überhaupt uminterpretiert. Obwohl die deutsch-deutsche Verständigungspolitik tatsächlich kontinuierlich bis heute beachtliche Früchte, namentlich

---

148) P.C. Ludz, Deutschlands doppelte Zukunft, S. 48

149) FAZ v. 24.12.1975

150) Vgl. die Unterscheidung zwischen politischem Status quo und "Status quo in der inneren Struktur eines Staates" bei W. Pfeiler, Über den politischen Wert einer wissenschaftlichen DDR-Forschung, S. 497. Anm. 6. Die Entspannungskritiker vermengen beides auch in einem weiteren Zusammenhang: wenn sie nämlich die Entwicklung der Klassenkämpfe auf der Welt als unvereinbar mit der Entspannung erklären wollen (siehe z.B. Angola 1976).

im Handel und Verkehr, bei den Reisebestimmungen, beim Journalistenaustausch u.a.m. abgeworfen hat[151], klagt man hier "über den schleppenden Fortgang einer mit viel Elan und großem Idealismus begonnenen Politik, deren große Linien längst in den Fangstricken der DDR-Politbürokratie hängengeblieben sind."[152] Hängengeblieben sind in der Tat die "großen Linien" der Strategie der Transformation; nicht aber die Möglichkeiten weiterer Annäherung und Zusammenarbeit auf der Grundlage gegenseitiger Achtung der staatlichen Souveränität. Freilich wird der Fortgang dieses Prozesses gerade durch die oben gestreiften Alleinvertretungstendenzen in der Bonner Ostpolitik (z.B. Frage der Staatsbürgerschaft, oder auch die Westberlin-Frage[153]) gehemmt. Der Versuch der Vereinnahmung des Entspannungsbegriffs im Sinne antisozialistischer Strategie geht sogar soweit, daß man die Geschichte der Entspannungspolitik im nachhinein so darstellt, als sei sie dem Sozialismus geradezu wider

---

151) Vgl. Vorstand der SPD (Hrsg.), Dokumentation zur Deutschland- und Berlin-Politik, Februar 1976. Vgl. folgende Angaben über den Besucherverkehr von der BRD und von Westberlin in die DDR: "Die große Ostwanderung der Westdeutschen (und der Westberliner, O.C.) setzte im Jahre 1973 ein ... 1969 zählte man in Bonn 1,2 Millionen Einreisen in die DDR. 1973 kletterte die Zahl auf 6,1 Millionen, 1974 waren es 5,9 Millionen, ein Jahr später 7,7 Millionen und 1976 schließlich 7,9 Millionen." (FR v. 27.4.1977)

152) OP v. 26.2.1976. In der Tat wird hier bloß als Perspektive befürchtet, was längst eingetreten ist: daß nämlich die "Spaltung endgültig" (ebda.) ist. H. Kohl (CDU) erklärte pauschal, "die Versuche von SPD und FDP, die Situation der Deutschen zu verbessern, seien gescheitert." (FAZ v. 13.8.1976)

153) Man denke an die fragwürdige Errichtung des Bundesamtes für Umweltschutz in Westberlin. Übrigens entwirft auch P.C. Ludz in "Deutschlands doppelte Zukunft" (S. 127ff.) ein Konzept der fortschreitenden "Einbindung der Stadt in die Bundesrepublik" (S. 137).

Willen vom Westen aufgezwungen worden.[154] Doppelt abseitig erscheint dies gerade im Fall BRD-DDR, wo doch heute das jahrelange unrealistische Beharren Bonns auf entspannungsfeindlichen Positionen allgemein zugegeben wird und wo es andererseits aktenkundig ist, daß die DDR von Anfang an für Beziehungen der friedlichen Koexistenz und Anerkennung ihres Staates kämpfte. Selbst das Londoner Institut für Strategische Studien stellt fest, daß die Sowjetunion "erheblich zum Ergebnis der Politik von Bundeskanzler Brandt beigetragen hat"[155] - und an der (außen)politischen Koordination zwischen Sowjetunion und DDR dürften doch gerade auch bei antisozialistischen Beobachtern keine prinzipiellen Zweifel herrschen. Auch D. Cramer entgeht nicht, daß bei der Wende zur friedlichen Koexistenz die maßgebliche Initiative aufseiten des Sozialismus gelegen hat: Mit dem sowjetisch-amerikanischen Grundsatzdokument vom 29.Mai 1972 (Nixon-Besuch in Moskau), so schreibt Cramer, "wurde der Begriff der friedlichen Koexistenz erstmals von der westlichen Führungsmacht akzeptiert und zugleich 'hoffähig' gemacht."[156] Halten wir also fest: Nicht gegen Entspannung sträubt und hat sich die sozialistische Seite gesträubt, sondern gegen die in der Phase der Entspannung stark aufflebenden westlichen "Auflockerungs"-Manöver.[157] Nicht die Entspannung erleidet in den aller-

---

154) "Die von der DDR nicht geliebte Entspannungspolitik ...", schreibt die FAZ v. 15.10.1975. Und D. Cramer meint zur "neuen Ostpolitik" Bonns seit Ende der 60er Jahre: "Für die SED-Führung, die bis dahin weitgehend in einer Art Naturschutzpark hatte leben können, hatte eine Entwicklung begonnen, die sie vor bisher unbekannte Schwierigkeiten stellen sollte" (Deutschland nach dem Grundvertrag, S. 47; siehe auch S. 64f.)

155) FAZ v. 30.3.1973

156) D. Cramer, Deutschland nach dem Grundvertrag, S. 54) (Herv.heb.: O.C.)

157) "Die Auflockerung des inneren sowjetischen Herrschaftsapparates ist für den Westen... ein wichtiger Bestandteil künftiger auswärtiger Sicherheit." (FAZ v. 16.1. 1975)

jüngsten Jahren sichtlich Schiffbruch, sondern ebenjene Manöver.[158]

158) Vgl. auch K.D. Bredthauer, Ende der Entspannung?, in: Blätter 2/1976, S. 129ff,, sowie W.v. Bredow, Ursprünge und Aussichten der Ost-West-Entspannung. Zur Geschichtsschreibung und Politologie der Detente, in: Blätter 11/1976, S. 1265ff.

Hier noch einige Bemerkungen zur bekannten Forderung nach "freiem Fluß der Ideen und Informationen". In dieser Forderung schwingt gewöhnlich die Ansicht mit, die sozialistischen Länder würden sich im Kultur- und Informationsaustausch mit den Ländern des "Westens" vergleichsweise abkapseln. Schon anhand einiger weniger Indikatoren läßt sich jedoch zeigen, daß ein solches Bild zumindest korrekturbedürftig ist.Beispielsweise erschienen in der Sowjetunion von 1946 bis 1972 vierzehnmal soviele Werke amerikanischer Autoren als umgekehrt in den USA Werke sowjetischer Autoren (vgl. Sowjetunion heute v. 1.1.1976). Die DDR bezog 1974 immerhin doppelt so viele bundesdeutsche Buchlizenzen als umgekehrt (vgl. FAZ v. 8.1.1976). Und während die Eurovision im Jahre 1975 nur 55 Programme von Intervision übernahm, waren es umgekehrt 144 Programme (vgl. FR v. 1.10.1976). All diesen Zahlen ist bisher nie widersprochen worden, so daß kein Anlaß besteht, sie anzuzweifeln. (Zu den wenigen, die sich mit der geschilderten Sachlage auseinandergesetzt haben, gehört A. Amalrik; er erklärte sie damit, "daß die westliche Kultur gegenüber der sowjetischen viel reichhaltiger ist" (FAZ v. 13.8.1976).) Was die reale Informiertheit der Bevölkerung betrifft, so dürfte sich das Gefälle ebenfalls eher in ost-westlicher Richtung neigen. Die große Unkenntnis der Bundesbürger über die DDR wird allgemein beklagt (vgl. Vorwärts v. 14.10.1974, FR v. 14.1.1976); die DDR-Bürger seien "ihren westlichen Vettern... wohl auch in der Informiertheit voraus", vermutete die FAZ v. 6.6.1977.
Was nun die politische Funktion der Doktrin vom "freien Verkehr der Ideen" betrifft, so sei nur darauf aufmerksam gemacht, daß sich gerade auch unter den blockfreien Ländern bzw. den Ländern der Dritten Welt hiergegen zunehmender Widerstand regt. Man begreift die Aktivität der großen multinationalen Agenturen und sonstige Medienkonzerne inzwischen als ein "Nebenprodukt des Kolonialismus" (vgl. FAZ v. 12.7.1976 über eine medienpolitische Konferenz von 60 blockfreien Staaten). Eine Untersuchung der UNESCO über das Kommunikationswesen in Lateinamerika kommt zum Ergebnis: "Die industrialisierte Kommunikation, die ihre Aktivität zur Hauptsache nach Profitkriterien orientiert..., reizt zur Übernahme von Werten und Normen, die den sozialen Schichten, deren Verhalten sie beeinflussen will, fremd sind." (Zit. nach FR v. 13.8.1976)

Die Ernüchterung der Strategen des "Wandels durch Annäherung" trat um die Mitte der 70er Jahre besonders spürbar ein. "Wir alle haben uns Illusionen gemacht", bekannte Günter Gaus, Ständiger Vertreter der Bundesrepublik in der DDR, und wies auf die Fruchtlosigkeit der Politik forcierter Zumutungen gegenüber der DDR hin: "Vieles von

---

Daraus wurde auf einer ebenfalls von der UNESCO veranstalteten einschlägigen Konferenz (San José) der Schluß gezogen: "Die Kommunikationspolitik der verschiedenen Länder muß unter Berücksichtigung der nationalen Eigenheiten, der Meinungsfreiheit und des Respekts der individuellen und sozialen Rechte geplant und verwirklicht werden. Sie muß ... zum Verständnis, zur Freundschaft, Zusammenarbeit und Integration der Völker beitragen. Gleichzeitig muß sie die Prinzipien der nationalen Souveränität, der Nichteinmischung zwischen den Staaten und, mit dem Fernziel einer weltweiten Solidarität und eines universellen Friedens, den kulturellen und politischen Pluralismus der Gesellschaften und der Menschen achten." (Zit. ebda.) Dieselbe Auffassung herrscht auch bei den Fachleuten des Internationalen Rundfunk-Instituts (IBI) vor, einer Organisation, die sich vor allem mit der Rolle der Medien bei der Förderung der Entwicklungsziele der Dritten Welt befaßt. Sie ordnen die Frage der Informationspolitik (und -freiheit) konkret ein in die nach den grundlegenden "Interessen der dritten Welt" und nach der effektiven "Unterstützung von Entwicklungsaufgaben" (vgl. FAZ v. 6.9.1975 über die Jahrestagung des IBI). Aus ihrem konkreten Erfahrungsbereich heraus kommen sie so zur Ablehnung einer abstrakten Informationsfreiheit an sich. (Deren Fürsprecher von der FAZ sorgt sich auffallenderweise um die Freiheit solcher "Kommunikation..., die ein Entwicklungsvorhaben stören könnte" (ebda., Herv.,heb.: O.C.).)

Bleibt festzustellen, daß die sozialistischen Staaten ebenfalls die Frage der Information legitimerweise immer im Zusammenhang mit ihren eigenen "Entwicklungsvorhaben", ihrer nationalen, kulturellen, gesellschaftlichen Souveränität stellen und niemals losgelöst davon.

(Vgl. auch P. Ivacnic, Entkolonialisierung des Nachrichtenwesens, in: Sozialistische Theorie und Praxis, Jugoslawische Monatsschrift, 9/1976, S. 133ff.).

dem, was mit der DDR gehen wird, hängt von unserem Verhalten ab und nicht vom Verhalten der DDR."[159] Freilich geht es dabei auch Gaus eher um die Kritik der Methode als um die des Ziels selbst; er empfindet die bisherige Politik gegenüber der DDR als zu "kurzatmig"[160] und plädiert für mehr strategisch-taktische Geduld. Diesen Tenor hatte auch der Bericht des Kanzlers Schmidt zur Lage der Nation 1975: "Die bisherige Entwicklung hat bewiesen, daß Erfolge in der Deutschland-Politik vor allem einen langen Atem voraussetzen."[161] So bleibt den sozialliberalen "neuen Ostpolitikern" angesichts des Dilemmas ihrer Strategie nichts anderes übrig, als den erhofften "Wandel" - oder, wie Brzezinski sagt, "die Rückkehr" der DDR "in die Gemeinschaft der zivilisierten$ ... Länder"[162] - ein weiteres Mal in die Zukunft zu schieben, und aus dem schon 1971 beschworenen "langen Atem" einen noch längeren Atem zu machen. Ludz rechnet mit der Hinausschiebung des Ziels "für Jahrzehnte", "weil die Realitäten in Deutschland nicht dahinweisen" 163); bleibt die vage Hoffnung, daß sie in Jahrzehnten dahin weisen werden. Immer stärker erscheint diese ostpolitische Haltung als bloße Flucht vor der Resignation, ein Zug, der ihr nicht erst seit jüngster Zeit anhaftet. W.G. Grewe sah schon 1970 des wesentlichen Vorteil der neuen ostpolitischen Strategie lediglich darin, daß "keine Alternative sichtbar ist und eine ungewisse Chance besser ist als die völlige Resignation."[164]

---

159) Zit. nach DVZ v. 9.1.1975 (Gaus machte seine Äußerungen in einem Interview im Deutschlandfunk).

160) ebda.

161) Zit. nach FAZ v. 31.1.1975. Vgl. auch ebda.:"Wir wissen, daß die Überwindung der jetzigen Lage erst am Ende einer sehr langfristigen Entwicklung stehen kann".

162) Z. Brzezinski, Entspannungspolitik im Schatten Prags, S. 45 (hier bezogen auf die Sowjetunion).

163) P.C. Ludz, Deutschlands doppelte Zukunft, S. 144. Die "Langfristigkeit der Konzeption" ist umso notwendiger, als sie auch die Durchsetzung eines innergesellschaftlichen" Konzept(s) des 'demokratischen Sozialismus'" (ebda., S. 52) miteinschließt.

164) W.G. Grewe, Spiel der Kräfte in der Weltpolitik, S.614

Kapitel 2

ZUR FRAGE DER EINHEIT DER NATION

In dem Maße, wie es stiller wurde um den "Wandel durch Annäherung", rückte eine etwas anders gelagerte Leitvorstellung in den Vordergrund, die der mehr und mehr auf den Versuch eines "geduldigen Offenhaltens der deutschen Frage" reduzierten Ostpolitik das theoretisch-ideologische Rüstzeug geben soll: die Doktrin von der Einheit der Nation. Damit wird die Intention des "Wandels" nicht aufgegeben, vielmehr das Hauptaugenmerk auf die Erhaltung einer seiner entscheidenden Vorbedingungen gelegt: Eine Atmosphäre gesamtdeutscher Zusammengehörigkeit soll die weitere Auseinanderentwicklung der deutschen Staaten verhindern und so die DDR "offenhalten" für westdeutsche "Wandlungs"- bzw. Rückwandlungs-Impulse.
Die These von der Einheit der Nation will also, ohne selbst eine klare Transformationsstrategie zu beinhalten, überhaupt wenigstens die Voraussetzungen solcher Strategie in die Zukunft hinein sichern, oder sie womöglich verbessern.[1] Die Realität zweier unterschiedlicher Staaten und Gesellschaftsordnungen wird mit Hilfe des "nationalen Vorbehalts" relativiert, die Anerkennung der DDR nur halb(herzig) vollzogen. Von den Verfechtern der Doktrin wird deren Funktion, die weitere Konsolidierung der DDR zu behindern, relativ freimütig

---

1) K.-H. Schwarz hält die Doktrin von der Einheit der Nation für "unverzichtbar", fordert aber, daß die mit ihr implizierte "Strategie deutlicher herausgearbeitet werden müßte." (Die nationale Frage - morgen, S. 18) Er läßt aber andererseits auch die Möglichkeit offen, daß die Verantwortlichen es "gegenwärtig zweckmäßiger" finden, "die Ziele und Prioritäten weiter im Unbestimmten zu lassen" (ebda., S.16)

beim Namen genannt: Sie sei geeignet, "die staatliche Eigenständigkeit der DDR in Frage zu stellen"[2]; sie enthalte "ein oppositionelles Potential"[3], usw. In ihrer prononcierten Gestalt taucht die Konzeption der einheitlichen deutschen Nation auch erst im Zusammenhang mit der "Neuen Ostpolitik" auf.[4] In der Zeit davor gingen Versuche gesamtdeutscher Politik gerade immer von der DDR aus, während man seitens der Bundesrepublik durch die Politik der Stärke und der Ignorierung der DDR die Spaltung sozusagen überhaupt erst perfekt machte. Noch die DDR-Verfassung von 1968 proklamierte "die schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten bis zu ihrer Vereinigung auf der Grundlage der Demokratie und des Sozialismus."[5] Es sei dahingestellt, ob dies zum damaligen Zeitpunkt überhaupt noch eine realistische Perspektive war. Auf jeden Fall hegte die DDR unter Ulbricht lange Zeit "gesamtdeutsche Gefühle", wie der damalige Staatssekretär Ahlers sagte.[6] In der BRD hingegen entdeckte man seine Liebe zur Nation so recht eigentlich erst, als von ihr faktisch kaum noch etwas übrig war. Dabei dachte man in einer ersten Phase

---

2) Materialien zum Bericht zur Lage der Nation, 1974, (hier und im folgenden zit. nach dem teilweisen Abdruck im Deutschland Archiv 10/1974), S. 1113

3) ebda.

4) F.-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Die deutsche Nation - von der Geschichte überholt oder geschichtlicher Auftrag? Die nationale Frage und die beiden deutschen Staaten, S. 37. Die Verfasser dieser Broschüre sind um den Beweis bemüht, daß der Übergang der DDR zum Zwei-Nationen-Standpunkt seit etwa 1970 nichts als eine Defensivreaktion auf die Tücken der sozialdemokratischen "gesamtnationalen" Strategie gewesen sei. Bemerkenswerterweise dementieren sie diese beabsichtigten Tücken dabei in keiner Weise (vgl. besonders S. 32 und S. 37).

5) Artikel 8, Absatz 2 (zit. nach F.- E.- Stiftung, Die deutsche Nation..., S. 27).

6) Zit. nach D. Cramer, Deutschland nach dem Grundvertrag, S. 55

mit nationaler Politik die staatliche Anerkennung der DDR umgehen zu können. Die andere Seite sollte "unterhalb der Schwelle staatlicher Anerkennung beständig dem Sog des Lebens dieser Nation"[7] ausgesetzt werden. Diese Taktik, die schon mit G. Schröder 1962/63 einsetzte und die noch ab 1966 von der SPD in der Großen Koalition mitvertreten wurde[8], mußte schließlich an ihrer inneren Widersprüchlichkeit scheitern und wurde 1969, mit dem Regierungsantritt der sozial-liberalen Koalition, fallengelassen. Ihr innerer Widerspruch bestand darin, daß man einerseits durch Kontaktaufnahme verhindern wollte, "daß die beiden Teile unseres Volkes sich während der Trennung auseinanderleben"[9], daß die Nichtanerkennung der DDR ebendieser Absicht jedoch entgegenwirkte, wie sich herausstellte. Es muß also betont werden, daß die Politik der Einheit der Nation sich erst nachträglich zur zwischenstaatlichen Normalisierung bereit fand. Darin liegt ein entscheidender Unterschied zur damaligen gesamtdeutschen Politik der DDR, für die die "Herstellung und Pflege normaler Beziehungen und die Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung"[10] immer der erste Schritt sein sollte.

Auch bezüglich ihres theoretischen Inhalts mußte die Konzeption der einheitlichen deutschen Nation erst den veränderten Realitäten angepaßt werden. Der Kanzler der Großen Koalition, Kiesinger, war noch von der Formel "Ein Staat - eine Nation" ausgegangen, die ganz seiner Nichtanerkennungspolitik entsprach: die deutsche Nation existierte, weil die DDR als Staat eben nicht existierte. Umgekehrt wäre somit die Anerkennung der staatlichen Existenz der DDR einer Preisgabe der einheitlichen deutschen Nation gleichgekommen.

---

7) Siehe oben, Anm. 117

8) Dies versuchen die Autoren von der F.-Ebert-Stiftung zu überspielen (vgl. Die deutsche Nation..., S. 57f., 60f.

9) Regierungserklärung Kiesingers vom Dezember 1966 (zit. nach F.-Ebert- Stiftung (Hrsg.), Die deutsche Nation...

Als sich jedoch wenige Jahre später abzeichnete, daß man um die Anerkennung der DDR nicht mehr herumkäme, verlegte man sich folgerichtig auf eine Auffassung von der Nation, in der die Kiesingersche Koppelung von Staat und Nation - sie kommt aus dem angelsächsischen Nationenbegriff[11] - aufgehoben war. Diese pragmatische Anpassung dessen, was man unter der Nation zu verstehen habe, an das politisch als machbar Erscheinende kommt auch in der folgenden Passage aus den "Materialien" von 1974 klar zum Ausdruck: "Angesichts ... der Unmöglichkeit, rechtlich und politisch begründete Nationsvorstellungen im Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten zu verwirklichen, haben andere Kriterien zur Aufrechterhaltung einer Ordnungsidee von der deutschen Nation zunehmend an Bedeutung gewonnen."[12] Zu diesen Kriterien, auf die sich das Nationenkonzept der "Neuen Ostpolitik" vor allem stützt, zählen: "Sprache und... Geschichte"[13], "Sprache und Kultur"[14] sowie das "Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen"[15]; hinzu kommt, gewissermaßen als nationales Negativmerkmal der DDR, die ihr angeblich fehlende "freie Selbstbestimmung"[16]. Man merkt es an den ersten damaligen offiziellen Verlautbarungen zur Einheit der Nation , daß ihnen noch ein recht improvisatorischer Nationenbegriff zugrunde lag. Ein größerer Versuch, diesem Mangel abzuhelfen, wurde mit den "Materialien zum Bericht

---

10) Verfassung der DDR von 1968, Art.8, (2) (zit. nach ebda., S. 26f).

11) Vgl. F.-Ebert-Stiftung, Die deutsche Nation..., S. 58f.

12) "Materialien" 1974, S. 1109

13) Regierungserklärung Brandts 1969 (zit. nach F.-Ebert-Stiftung, Die deutsche Nation..., S. 60)

14) Bericht zur Lage der Nation, 1970 (zit. ebda., S. 61)

15) ebda.

16) "Brief zur deutschen Einheit" (zit. ebda., S. 64)

zur Lage der Nation 1974" unternommen. Freilich kündete schon die starke Verzögerung ihres Erscheinens von den erheblichen Schwierigkeiten des Unternehmens.[17] Die "Materialien" untersuchen die nationale Lage in Deutschland auf fünf "Bedeutungsdimensionen" des Nationenbegriffs hin: Gleichheit der Abstammung, der Kultur, der sozioökonomischen Lebensverhältnisse, die Gleichheit in der Zugehörigkeit zu einem Staat und das Legitimationseinverständnis zu einem Herrschaftsverband."[18] Auffallenderweise findet der Aspekt des "Zusammengehörigkeitsgefühls" keine systematische Berücksichtigung im Rahmen dieses Ansatzes, obwohl doch sowohl in den offiziellen Ausführungen der Politiker als auch in entsprechenden allgemeintheoretischen Begründungen diese "subjektive" Begründung der Nation eine erhebliche Rolle spielt. Auf die Ursachen dieser Vernachlässigung werden wir noch zu sprechen kommen.

Betrachten wir der Reihe nach die fünf in den "Materialien" untersuchten Aspekte nationaler Gemeinsamkeit bzw. Verschiedenheit. Recht unproblematisch und unumstritten ist der erste Aspekt, die Gemeinsamkeit der Abstammung, die ethnische Homogenität der Deutschen.[19] Ebenso verhält es sich mit der Tatsache der gemeinsamen deutschen Sprache, sieht man einmal von einer gewissen gesellschaftlich hervorgerufenen Auseinanderentwicklung des Wortschatzes und wohl auch der Denkweise ab. Freilich muß sogleich dazu gesagt werden, daß das Kriterium der Sprache keine zwingende Bedeutung für die Frage der Nation hat; die "Materialien" selbst weisen

---

17) Vgl. FR v. 4.5.1974: "Der Kanzler versteht ihn nicht. - Peter Christian Ludz, Bemühungen um eine neue 'Theorie der Nation'". (Die Herausgabe der "Materialien" verzögerte sich um ein halbes Jahr.)

18) "Materialien" 1974, S. 1091

19) Es sei hier aber immerhin erinnert an die Existenz der sorbischen Nationalität in der DDR (vgl. R. Badstübner/H. Bednareck u.a., DDR. Werden und Wachsen, S. 109f., sowie, in jüngerer Zeit, den ausführlichen Artikel über das Sorben-Problem von W. See in der

(Forts. nächste S.)

an anderer Stelle [20] auf die Beispiele Österreich und Schweiz hin, an denen sich zeigt, daß die gemeinsame Sprache (BRD - Österreich) sehr wohl die Möglichkeit getrennter Nationen offenläßt, wie auch umgekehrt (Schweiz) die Verschiedenheit der Sprachen nicht die Möglichkeit einer gemeinsamen Nation ausschließt. "Es ist wahrscheinlich wegen dieser unbequemen Abweichung von der Regel", schreibt G. Schweigler, "daß diese Definition der Nation im Falle des geteilten Deutschland etwas in den Hintergrund getreten ist."[21] Unter den Aspekt der Sprache subsumieren die "Materialien" eigenartigerweise auch direkt den der Kultur. Es scheint, als wollten die Verfasser dadurch dem gewünschten Ergebnis nachhelfen: daß nämlich zwischen BRD und DDR "Einheitlichkeit in der Kultur"[22] herrsche. Kann man sich noch einverstanden erklären mit dem Verweis der "Materialien" auf einen gewissen gemeinsamen "Traditionskern"[23] klassischer Kultur, auf den sich beide deutschen Staaten beziehen - wobei aber die entscheidende, von den "Materialien" nicht wirklich untersuchte Frage wäre, wie diese Beziehung jeweils aussieht (und nicht, daß es eine klassische Kulturvergangenheit an sich gibt) -, so ist der Versuch, auch für die zeitgenössische Kultur eine nationale Einheit aufzuzeigen, alles andere als überzeugend. Bezeichnenderweise gelan-

---

Forts. Fn. 19)

FAZ v. 8.1.1977. See bescheinigt der DDR "eine Minoritätenpolitik, die beispielhaft ist.")

20) "Materialien" 1974, S. 1088

21) G. Schweigler, Nationalbewußtsein in der BRD und der DDR, S. 34

22) "Materialien" 1974, S. 1103

23) ebda., S. 1094

gen die "Materialien" zu diesem Ergebnis, noch bevor sie überhaupt auf die Unterschiede zwischen den Gegenwartskulturen von BRD und DDR eingegangen sind[24]; diese Unterschiede werden dann zwar behandelt, bleiben in der "Zusammenfassung"[25] aber wiederum gänzlich unberücksichtigt - ein weiteres Sympthom dafür, daß bei den "Materialien" offenbar das herauskommen mußte, was herauskommen sollte.

Was nun die konkrete Beweisführung in der Frage der deutschen Gegenwartskultur betrifft, so fällt an ihr sogleich ins Auge, daß sie mit der maßvollen These anhebt, es gebe in der zeitgenössischen Kultur von BRD und DDR "durchaus gewisse Beziehungen"[26], aber mit der maßlosen These endet, es herrsche "Einheit der Kultur" 27). Die Eskalation von einem zum anderen Punkt geschieht unauffällig und zehrt in der Sache hauptsächlich davon, daß DDR und BRD einen Teil ihrer Kunst und Literatur jeweils wechselseitig publik machen. Wohl in dem Gefühl, daß die bloße Tatsache dieses Austausches - an deren Darstellung übrigens wichtige sachliche Korrekturen nötig wären[28] -, so erfreulich sie auch ist, noch keine "besonderen Beziehungen" zwischen BRD-und DDR-Kultur konstituiert - kulturellen Austauschbezie-

---

24) Vgl. ebda., S. 1095

25) ebda., S. 1103

26) ebda., S. 1094

27) ebda., S. 1195

28) Die "Materialien" suggerieren einen Vorsprung der BRD bezüglich der Verbreitung von Literatur der anderen Seite. Jüngere Zahlen widerlegen dies aber eindeutig. Im Bezug von Buchlizenzen etwa liegt die DDR vorn (vgl. FAZ v. 8.1.1976) 1974 übernahm die DDR erstmals mehr Fernsehproduktionen der ARD als umgekehrt, und das, obwohl die DDR vom westlichen Fernsehen von außen ohne hin schon "gut versorgt" wird. (Vgl. FR v. 15.5.1975).

hungen haben zunächst einmal überhaupt nichts mit Gemeinsamkeiten der Kultur zu tun -, bemühen die Verfasser der "Materialien" noch einige weitere Anhaltspunkte, die ihre These stützen sollen. Da heißt es dann: "Eine indirekte Bezogenheit der zeitgenössischen Kultur in den beiden Staaten ist durch die hier wie dort lebendige Auseinandersetzung mit den gemeinsamen Traditionsbeständen der deutschen Kultur, andererseits über die kritische Beobachtung und Einschätzung der zeitgenössischen Produktion des jeweils anderen Staates gegeben. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß das einigende Band der kulturellen Entwicklung vor allem auch in der Auseinandersetzung mit internationalen - sowohl westlichen wie östlichen - Werken bestehen bleibt."[29] Wiederum eine unkontrollierte Eskalation der Begrifflichkeit: aus der "Bezogenheit" von BRD- und DDR-Kultur wird unter der Hand eine Gemeinsamkeit ihrer "Entwicklung"! Und worin soll nun dieses enge Verhältnis bestehen? Es besteht darin, daß man sich gegenseitig kritisiert und einschätzt. So wird noch z.B. der Verriß eines DDR-Buches durch einen bundesdeutschen Rezensenten zu einem Stück praktizierter Einheit der Nation. Und schließlich liegt für die "Materialien" ein ganz besonderes Unterpfand dieser nationalen Einheit - man beachte im obigen Zitat das "vor allem" - darin, daß man sich hüben wie drüben mit internationaler Literatur befaßt. Warum dies zwischen BRD und DDR ein stärker "einigendes Band" verbürgen soll als, sagen wir, zwischen der BRD und der Mongolei, bleibt das Geheimnis der Verfasser; ganz zu schweigen, worin sie dabei die Gleichartigkeit der "kulturellen Entwicklung" erblicken.

Diese Entwicklung wird von ihnen tatsächlich gar nicht konkret untersucht, auch nicht im Abschnitt über die Unterschiede zwischen BRD- und DDR-Kultur. Dort beschränkt man sich nämlich auf die abstrakte Gegenüberstellung

---

29) "Materialien" 1974, S. 1095

von "autonomer" Kultur hie und nichtautonomer Kultur da. Einer völlig losgelöst von aller konkreten Gesellschaftlichkeit gedachten Kultur an sich wird gegenübergestellt eine von außen herantretende "direkte politische Einflußnahme"[30] in der DDR bzw. deren Fehlen in der BRD. Kultur erscheint damit nicht als integraler Teil der jeweiligen Gesellschaftsordnung, sondern lediglich als etwas, was von "der Politik" - wiederum einer abstrakten Instanz - in seiner freien "Selbstentfaltung" 31) entweder behelligt oder nicht behelligt wird. Selbst ein nur flüchtiger Blick auf die jeweilige konkrete kulturelle Entwicklung in den beiden deutschen Gesellschaftssystemen hätte manches zutage gefördert, was sich schwerlich mit der These von der einheitlichen deutschen Kulturnation verträgt.[32]

Als nächstes vergleichen die "Materialien" das, was sie die "ökonomisch-sozialen Lebensverhältnisse"[33] nennen. Darunter verstehen sie allerdings nicht die ökonomische Ordnung und die gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern schlicht den Lebensstandard der Bevölkerung. Sie

---

30) ebda., "Unterschiede in der zeitgenössischen Kultur sind ... vor allem auf die entsprechenden politischen Maßnahmen zurückzuführen."

31) ebda.

32) Vgl. etwa "Zwei deutsche Staaten - eine deutsche Kultur?" (Symposium der Europäischen Akademie Berlin, November 1974), in: europäische Ideen 8/1975.) Eine Westberliner Zeitung faßte die Bilanz dieses Symposiums mit den Worten zusammen: "Eine sehr herbstliche Tagung, da sie doch anzuzeigen schien, daß der tradierte Begriff einer Nationalkultur alsbald nicht mehr haltbar sein wird, ja vielleicht sogar schon heute größtenteils außer Kraft gesetzt ist." (Zit. nach ebda., S. 4) Zu einem Teilaspekt des Problems konnte man auch in der FAZ lesen,: "Es haben sich zwei Lesekulturen auf deutschem Boden etabliert mit unterschiedlicher Entwicklungstendenz." (L. Muth, in: FAZ v. 26.4.1975)

33) "Materialien" 1974, S. 1006

benutzen also den Begriff der Verhältnisse nicht im gesellschaftstheoretischen Sinne, sondern etwa in der Art der Alltagsredeweise, nach der jemand "in guten Verhältnissen" oder in schlechten lebt. In dieser Betrachtungsweise - die von den Autoren ausdrücklich als besonders wirklichkeitsnah und damit der klassentheoretischen Betrachtungsweise überlegen hervorgehoben wird[34] - kommen die gesellschaftlichen Verhältnisse nur noch als statistische Einkommens- und Konsumverteilungen vor. DDR und BRD stehen so in einem Verhältnis des "Gefälles", eben bezüglich des Lebensstandards [35]. Innerhalb der DDR wiederum herrscht "eine größere Gleichförmigkeit"[36] der Einkommen als in der BRD, was die Autoren zum einen mit der statistischen Tatsache erklären, daß in der DDR nun einmal "die Gruppe der Selbständigen... kaum noch existiert"[37], zum anderen auf die "staatliche Einkommenspolitik der DDR"[38] zurückführen, die nun einmal das Ziel einer "gleichmäßigeren Einkommensverteilung" verfolge. Da die Autoren diese ihre tautologischen Erklärungen für ausreichend halten, können sie Begriffe wie Klassenverhältnis, Klassenlage, Klassenkonflikt usw. als überflüssig abtun. Dies umso mehr, als ein Phänomen wie die Arbeitslosigkeit und die Arbeitsplatzunsicherheit in dem ganzen Abschnitt, der ja immerhin den "ökonomisch-sozialen Lebensverhältnissen" gewidmet ist, nicht einmal auftaucht. Gegen Ende des Abschnitts konzedieren die Verfasser zwar noch, daß die bundesrepublikanische Gesellschaft "von Interessengegensätzen geprägt"[39] sei doch scheint dies bloß von abstraktem Interesse, von Belang für den Sozialforscher, nicht für

---

34) So polemisieren sie auf S. 1098 gegen den Marxismus: "Statt die tatsächliche (? - O.C.) ökonomisch-soziale Lage zugrunde zu legen, wird auf die 'Klassenlage' verwiesen."

35) ebda., S. 1097

36) ebda., S. 1098

37) ebda.

38) ebda.

39) ebda., S. 1099

die praktisch Betroffenen selber, denn es resultieren daraus nach Ansicht der Autoren keine "Mängel der tatsächlichen ökonomisch-sozialen Lage der Bevölkerung"[40]. Jene Interessengegensätze samt der "offene(n) Verteilungskonflikte"[41] scheinen niemandes "Lebenschancen", niemandes "Existenzsicherung" und niemandes Anrecht in der Sphäre der "Verteilung"[42] beeinträchtigen zu können. Denn der soziale Rechtsstaat, so die Autoren, sorge ja für die "Abstimmung der verschiedenen Interessen"[43] Und gibt es auch, wie die Verfasser zugeben, "empirisch ausgewiesene Ungleichheiten in den Lebensverhältnissen"[44], so ist das für sie kein kritischer Punkt der Gesellschaft; denn schließlich sei alles "im Ordnungsgesetz begründet und geregelt"[45].

Die wenigen Andeutungen über die sozioökonomische Struktur der BRD-Gesellschaft dienen nicht einem diesbezüglichen Vergleich mit der Realität der DDR - gegenübergestellt werden sie nur der gesellschaftlichen "Sichtweise"[46] der SED, die als abstrakte Spekulation über Eigentum und Klassen, als Definitionsspielerei, "ohne über die tatsächlichen Lebensverhältnisse Aussagen zu machen"[47], hingestellt wird. Die sozioökono-

---

40) ebda.

41) ebda.

42) Diese gesellschaftlichen Maßstäbe erklären die Autoren eingangs (S. 1097) für besonders relevant.

43) ebda., S. 1099

44) ebda.

45) ebda.

46) ebda., S. 1099

47) ebda.; die Auseinandersetzung mit der materialistischen Gesellschaftstheorie findet hier mit ungefähr demselben Verbindlichkeitsgrad statt wie im Falle der FAZ, für die die "Lehre vom staatsmonopolistischen Kapitalismus" schlicht eine "Denkfigur in kommunistischen Hirnen" ist (FAZ v. 4.10.1973).

mische Dimension des Vergleichs wird zudem dort, wo die Autoren der "Materialien" das ihrer Meinung nach Wesentliche zum Thema "ökonomisch-soziale Lebensverhältnisse" noch einmal zusammenfassen, sogar wieder gänzlich verdrängt; im Ergebnis bleibt einerseits eine abstrakte Gleichheit von BRD und DDR als Industriegesellschaften[47a] übrig, sowie andererseits ihre Ungleichheit hinsichtlich des nicht weniger abstrakten Merkmals des Lebensstandards: "Die Gleichheit der ökonomisch-sozialen Lebensverhältnisse ist nur in einem allgemeinen Sinn gegeben; beide deutschen Staaten werden durch die Bedingungen und den Entwicklungsstand fortgeschrittener Industriegesellschaften bestimmt. In den tatsächlichen Lebensverhältnissen besteht ein unterschiedliches und im ganzen beträchtliches Gefälle von der Bundesrepublik Deutschland zur DDR."[48] Mit diesem zwiefachen Ergebnis genügen die "Materialien" ideologisch gleich zwei Erfordernissen: Einmal darf die Bundesrepublik sich weiterhin als der DDR überlegenes Wohlstandsland betrachten, zum anderen aber tut diese Überlegenheit der allgemeinen, untergründig-ökonomischen Verwandschaft beider Staaten keinen Abbruch: denn beide sind sie "Industriegesellschaften". Die Differenz zwischen beiden deutschen Wirtschaftsordnungen ist mithin nicht von tiefgehender qualitativer Natur; sondern sie ist quantifizierbar und beträgt "acht bis zehn Jahre"[49]. Allerdings ist dieser innerdeutsch-industriegesellschaftliche Optimismus nicht ungeteilt in den "Materialien" anzutreffen; offensichtlich gab es hier

---

47a) Dazu ausführlich Kapitel VI

48) "Materialien" 1974, S. 1103

49) ebda., S. 1097

keinen Konsens.Weit skeptischer nimmt sich etwa eine Passage aus, die ein paar Seiten weiter vorn zu finden ist (und nicht zu dem hier untersuchten Abschnitt gehört): "Entscheidend für diese Problematik (der deutschen Nation, O.C.) ist heute der gesellschaftspolitische Aspekt: Die Tatsache, daß die politische Wirklichkeit Deutschlands durch die Existenz zweier deutscher Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen geprägt ist... Dies hat unmittelbare Folgen für die soziale Kohäsion der Bevölkerung Deutschlands..."[50] Doch solche Gedanken werden nicht weiterverfolgt, bestimmen nicht den Gang der Untersuchung.

Nachdem die "Materialien" im nächsten Schritt die Frage nach der nationalen "Gleichheit in der Zugehörigkeit zu einem politischen Herrschaftsverband" erwartungsgemäß abschlägig beantwortet haben - juristischen Konstruktionen eines Fortbestandes des Deutschen Reiches stehen führende Kreise in der SPD recht distanziert gegenüber[51] - kommen sie zu ihrem letzten und wichtigsten Argument für die These vom Fortbestand der einheitlichen Nation: Die Bevölkerung der DDR habe ihrer politischen Ordnung bis heute kein erkennbares "Legitimationseinverständnis" 52) erteilt, anders als in der BRD (wo außerdem mit dem Grundgesetz auch für die Perspektive der Wiedervereinigung optiert worden sei). Die Beweisführung vollzieht sich nach folgendem Muster: Ausgangspunkt sind die Werte der idealtypischen bürgerlichen Demokratie wie "freie Wahlen", "staatsbürgerliche Rechte", "parlamentarische Opposition" u.ä.[53]. Diese Idealtypen werden in der Dar-

---

50) ebda., S. 1087 (Herv.heb.: O.C.)

51) "Staatsrechtliche oder völkerrechtliche Bestimmungen des Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Staaten und ihre möglichen Beziehungen zum deutschen Reich sowie dessen Weiterbestehen sind ohne Einfluß auf die Tatsache" der Existenz der beiden deutschen Staaten (ebda., S. 1100). Die Broschüre der F.-E.-Stiftung wird noch deutlicher und erklärt trocken, die juristische Nationenlehre könne vom Durchschnittsbürger "nicht nachvollzogen werden..., da dazu eine juristische Ausbildung notwendig ist." (Die deutsche Nation..., S. 63).

stellung der "Materialien" unter der Hand gleichgesetzt mit dem realen politischen und gesellschaftlichen Prozeß in der Bundesrepublik: Da hat dann der bundesrepublikanische "Teil des deutschen Volkes" schlechthin mit der Gründung der Bundesrepublik "seine demokratischen Rechte verwirklicht"[54]; da entstand die Ordnung der Bundesrepublik nicht etwa als Ergebnis konkreter sozialer und politischer Kämpfe, sondern "aus der Volkssouveränität"[55] nicht etwa im Ergebnis einer bestimmten sozialen Kräftekonstellation eine spezifische staatliche Ordnung etabliert, sondern es wurde ihr, ohne Einschränkung, durch "das deutsche Volk" im BRD-Gebiet ein ausdrückliches "Legitimationseinverständnis erteilt" 56); da lassen sich nicht im periodischen Wahlkampagnen einige große Parteien in ihrer prinzipiell gleichgerichteten Politik in diesem oder jenem Proporz durch Wahlen bestätigen[57], sondern das Volk "legitimiert diese

---

52) "Materialien" 1974, S. 1103

53) ebda., S. 1102

54) ebda., S. 1107

55) ebda., S. 1106

56) ebda., S. 1103

57) "Inzwischen haben sich die Parteien in ihren Sachaussagen so stark aneinander angenähert, daß man Mühe hat, die Unterschiede überhaupt zu erkennen." (J. Eick, in: FAZ v. 2.8.1976) Auch K. Biedenkopf stellte fest, daß in der Bundesrepublik, nicht anders als in den USA, "keine klare Linie zwischen den Standpunkten der wetteifernden Parteien gezogen werden könne und mangels einer echten Polarisierung der Wahlausgang eher durch den Persönlichkeitswettbewerb der Spitzenkandidaten bestimmt werde." (FAZ v. 15.4.1976) George F. Kennan erklärte schon vor Jahren, "daß wir in Amerika in mancher Hinsicht ebenfalls ein Einparteien-System haben"; beide großen Parteien seine "ideologisch ununterscheidbar" (zit. nach M. Parenti, The Anti-Communist Impulse, S. 91; Übers.: O.C.)

Ordnung", einschließlich der sozialen, aus keinem geringerem Antrieb als "freier Willensentscheidung"[58]; usw. usf.. Nachdem die parlamentarische Demokratie "in ihrer idealen Reinheit, nicht in ihrer konkreten Befindlichkeit, als Norm gesetzt" worden ist[59], ist es ein leichtes, die politische Ordnung der DDR, die sich offen zu einem so dezidiert anti-bürgerlichen Prinzip wie dem der Führung durch die Arbeiterklasse bekennt, als bar jeder Legitimation hinzustellen. Da von vornherein als einzig möglicher Prüfstein die idealtypischen Institute des parlamentarischen Pluralismus Gültigkeit haben, kann man ohne alle weiteren Nachforschungen erklären: "Für die DDR läßt sich nachprüfbar ein entsprechendes Legitimationseinverständnis nicht feststellen."[60] "Nicht nachprüfbar" heißt hier im Grunde nur, daß im politischen System der DDR keine System-Opposition in Erscheinung tritt. Dieses Fehlen einer Opposition wird nun nicht, wie es notwendig wäre, in den Zusammenhang der besonderen sozialgeschichtlichen und politischen Umwälzung in der SBZ/DDR gestellt.[61] Nur einmal wird erklärt, daß in der DDR ursprünglich "mit der 'Nationalen Front des demokratischen Deutschland' eine alle Parteien und Bevölkerungsteile umfassende Staats- und Gesellschaftsorganisation"[62] errichtet worden sei; im gleichen Atemzug aber wird diese Struktur

---

58) "Materialien" 1974, S. 1107

59) So P.C. Ludz in anderem Zusammenhang (nämlich einer Kritik der Totalitarismustheorie): Die soziologische Analyse der DDR-Gesellschaft, S. 12.

60) "Materialien" 1974, S. 1103.

61) Ausführlicher zu diesen Fragen Kapitel VII

62) ebda., S. 1113

als unvereinbar mit der sozialistischen Entwicklung erklärt, welche die DDR im weiteren Verlauf nahm, weshalb man die "Nationale Front" aus unerfindlichen Gründen nur noch "in den frühen 50er Jahren"[63] und nicht länger, existieren läßt. Später habe sich gewissermaßen die Partei der Arbeiterklasse alles untertan gemacht. Andere Autoren setzen übrigens deren diktatorischen Einfluß schon für einen früheren Zeitpunkt an. Bei Sontheimer/Bleek z.B. heißt es, daß "sich auch die... bürgerlichen Parteien nach dem Kriege auf ein antifaschistisches Programm festlegen ließen"[64], worin man offenbar das Werk kommunistischer Beeinflussung und Lenkung vermuten soll. Nicht genug, ist denselben Autoren auch das Einstimmigkeitsprinzip im gemeinsamen Ausschuß des antifaschistisch-demokratischen Parteienblocks vom 14. Juli 1945 bereits ein Ausdruck des unlauteren Übergewichts der Kommunisten: "die drei übrigen Parteien (konnten) eine gegen die Interessen der KPD und der Sowjets gerichtete Politik kaum durchsetzen."[65] Daß aber auch umgekehrt die Kommunisten aufgrund des Einstimmigkeitsprinzips dem Parteienblock ihrerseits keine Politik einseitig diktieren konnten, wird von den Autoren ignoriert. Ebensowenig wie die Verfasser der "Materialien" ziehen sie die Möglichkeit in Erwägung, daß

---

63) ebda.; der vollständige Satz lautet: "Die DDR bezeichnet sich seit 1949 als ein 'sozialistischer Staat', auch wenn in den frühen 50er Jahren mit der 'Nationalen Front!..' eine alle Parteien und Bevölkerungsteile umfassende Staats- und Gesellschaftsorganisation aufrechterhalten worden war." (S. 1113; Herv.heb. O. C.)

64) K. Sontheimer/W. Bleek, Die DDR, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, S. 38 (Herv.heb.: O.C.)

65) ebda., S. 41)

sich eine Mehrheit der gesellschaftlichen Kräfte prinzipiell auf eine gemeinsame antifaschistische und demokratische, später sozialistische Politik einigen und daß in diesem demokratischen Einverständnis über die Errichtung des Sozialismus auch das Einverständnis mit der Führung der Arbeiterklasse, als einer seiner ureigenen Grundbedingungen, eingeschlossen sein könnte.

Im Sinne einer solchen historischen Aufarbeitung - die wir hier nicht leisten können und nicht zu leisten haben - hätten die "Materialien" die Legitimation der DDR, was deren Entstehungsphase betrifft, "nachprüfen" müssen, statt kurzerhand zu erklären, es gäbe keine nachprüfbaren Erweise. Diese Aufarbeitung wäre dann auch auf solche Fakten der deutschen Nachkriegsentwicklung wie die Volksabstimmungen über die Enteignung[66] und ihre grundsätzlichen praktischen Folgen in der Ostzone und den Westzonen gestoßen. Dies allein hätte die Frage des "Legitimationseinverständnisses" bereits in ein bedeutend anderes Licht gerückt. Tatsächlich aber klammern die "Materialien" die grundlegende Frage nach der demokratischen Legitimation der ökonomischen Verhältnisse selbst, ihrer kapitalistischen Restauration in den Westzonen einerseits, ihrer antifaschistischen und sozialistischen Umgestaltung in der SBZ andererseits, aus. Dadurch aber bewegt sich die Frage der Legitimation gewissermaßen in einem gesellschaftlichen Vakuum.

Da hört sich schon konkreter an, was Sontheimer und Bleek über den Inhalt jener Periode sagen, auch wenn sie dabei geradezu angestrengt eine kritische Wertung

---

66) Vgl. neuerdings H. Fiedler/ I. Bamberger u.a., 30 Jahre volkseigene Betriebe. Dokumente und Materialien zum 30. Jahrestag des Volksentscheids in Sachsen, Berlin 1976.

vermeiden: "Die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, welche die Beseitigung des Nationalismus und seiner Voraussetzungen vorsahen, sind in der sowjetischen Besatzungszone gewiß gründlicher angewendet und durchschlagender erfüllt worden als in den Westzonen, aber nichts berechtigte die Russen zu der Erwartung, daß die Amerikaner oder Engländer ihrem Glauben an die bürgerliche Freiheit und die freiheitliche Wirtschaftsverfassung abschwören und das deutsche Bürgertum völlig entmachten würden zugunsten der Herrschaft einer kommunistisch geführten Arbeiterklasse."[67]
Was nun die Russen auch immer erwarten durften oder nicht - zumindest wird hier deutlich, daß es im Nachkriegsdeutschland um Klassenfragen ging, und daß sich, so kann weiter gefolgert werden, die Entwicklungen im östlichen und im westlichen Teil offenbar weniger dadurch unterscheiden, daß der eine "legitimiert", der andere nicht "legitimiert" wurde, als vielmehr dadurch, daß die jedesmaligen Legitimationsprozesse unter entgegengesetzten machtmäßigen Vorzeichen vonstatten gingen. Für die BRD - wo die gesellschaftliche Restauration den Legitimierungsakt entscheidend relativierte, indem sie ihn auf die politische Oberfläche beschränkte - hat das Karl Jaspers, zwar in nur-politischer Terminologie, aber deutlich genug, formuliert: "Nach dem Willen der Alliierten wurden in der Bundesrepublik die alten Politiker wieder maßgebend, die dafür verantwortlich waren, daß die Deutschen sich dem Hitlerregime unterwarfen. Diese Politiker... sind nicht durch freie Entwicklung eines neuen politischen Lebens aus dem Volke hervorgegangen, sondern faktisch uns aufoktroyiert, bestätigt durch Abstimmung, in der es keine andere Wahl gab.".[68] Indem die "Materialien" das Problem der Legi-

---

67) K. Sontheimer/W. Bleek, Die DDR, S. 32

68) K. Jaspers, Wohin treibt die Bundesrepublik?, München 1966, S. 175

timation verkürzen auf die Frage "staatsbürgerlicher Legitimität der Herrschaft"[69] und nicht den gesellschaftlich konkreten Charakter dieser Herrschaft befragen, entschlagen sie sich auch einer Untersuchung der Frage, wie es denn um das "Legitimationseinverständnis" bestellt ist, welches die Bevölkerung dem BRD-Gesellschaftssystem in seiner Gänze "erteilt". Auf dieser Ebene kann vollends nicht mehr von "freier Willensentscheidung"[70], von "volkssouveräne(r) Selbstbestimmung

---

69) "Materialien" 1974, S. 1107. Die bürgerliche Demokratietheorie suggeriert in diesem Zusammenhang, dem Staatsbürger sei prinzipiell die Möglichkeit eines "Machtwechsels" in die Hand gelegt. Im sozialistischen System sei diese Möglichkeit dagegen unterbunden (vgl. F.-E.-Stiftung (Hrsg.), Parteien in beiden deutschen Staaten, S. 55; H. Rausch/ Th. Stammen, DDR. Das politische, wirtschaftliche und soziale System, S. 221f.). Bei näherer Betrachtung verhält es sich freilich so, daß man im ersten Fall keineswegs die Möglichkeit eines prinzipiellen Systemwechsels mit zuläßt (den man im Gegenteil als Angriff auf den sog. pluralistisch-demokratischen Grundkonsens wertet), wohingegen im zweiten Fall im Grunde gerade ein derartiger radikaler Systemwechsel, die Selbstaufgabe des Sozialismus gefordert wird.
Der französische Politikwissenschaftler C. Julien bemerkt in seiner Studie "Suicide of the Democracies" (London 1975): "Es gibt eine ganze Reihe rhetorischer Verfahren, mit der die westlichen Demokratien es fertig bringen, ihr Gewissen... zu entlasten und den Anschein des Liberalismus zu wahren. Sie tolerieren bei sich... einzelne, an Nonkonformismus grenzende Ausbrüche..., solange ihre grundlegenden Privilegien unangetastet bleiben..." (zit. nach G. Schachnasarow, in: PFS 6/1976, S. 846). Über die Frage der Wahlen heißt es bei C. Julien: "Es ist Mode, über die Länder zu ironisieren, wo die 'allgemeinen Wahlen' der Regierung eine Mehrheit um die 99 Prozent bringen. Es ist aber zu einfach zu folgern, daß in den Ländern, wo die allgemeinen Wahlen gerade eine knappe, mehr oder minder regierungsfähige Mehrheit ergeben, die Demokratie gewahrt werde. Diese Länder haben seit langem ausfindig gemacht, wie allgemeine Wahlen zu handhaben sind, damit dem Wähler keine Chance gegeben wird, eine freie Wahl zu treffen." (Suicide..., S. 124, zit. nach G. Schachnasarow, a.a.O., S. 843).

70) "Materialien" 1974, S. 1107

der Bevölkerung"[71] usw. die Rede sein. Die Legitimationsschwierigkeiten in den kapitalistischen Gesellschaften sind bekanntlich zu einem Standardthema, zum Gegenstand unzähliger sorgenvoller Publikationen geworden.[72] Eine im Auftrag des Bundesinnenministers erstellte Studie ergab kürzlich, daß sich nur knapp 40 Prozent der Bevölkerung der BRD in diesem System "eigentlich doch sehr gut vertreten" fühlen (trotz der suggestiven Formulierung der Frage); nahezu 47 Prozent dagegen erklärten, gegenüber "unserem politischen System" kritisch eingestellt zu sein. Nimmt man beispielsweise noch hinzu, daß eine Gruppe von 40 Prozent ihr Verhältnis zur Politik mit der Formel kennzeichnet, "man könne nichts tun"[73], dann wirkt das von den "Materialien" entworfene Bild von der Bundesrepublik als einem Hort der Selbstbestimmung und des permanenten Legitimationseinverständnisses doch einigermaßen gewagt.

Was nun die Frage des in der DDR herrschenden gesellschaftlichen und politischen Legitimationseinverständnisses betrifft, so haben die Verfasser der "Materialien", wie bereits im Zusammenhang mit der DDR-Entstehungsgeschichte angedeutet wurde, auch hier keinen Mut zur konkreten Analyse an den Tag gelegt. Schon G. Schweigler hat ihnen vorgeworfen, einen Bogen um das entsprechende, durchaus vorhandene Umfragematerial gemacht zu haben

---

71) ebda., S. 1115

72) Vgl. etwa H. Klages, Die unruhige Gesellschaft, Untersuchungen über die Grenzen und Probleme sozialer Stabilität, München 1975. Dieses Buch, so ein Rezensent der FAZ, geht von der brennenden Frage aus, wie "ein wohl ausstaffiertes Selbstbewußtsein versickern und sich im Ungefähren eines diffusen Unbehagens verlaufen konnte." (FAZ v. 10.9.1975) Über eine jüngere Veröffentlichung von R. Löwenthal heißt es im "Deutschland Archiv" (10/1975, S. 1109): "Sein eigentliches Ziel ist es..., auf gegenwärtig und/oder zukünftig drohende Legitimationsschwierigkeiten der modernen Massendemokratie Bundesrepublik hinzuweisen und Wege zu ihrer Lösung aufzuzeigen...".

73) FAZ v. 19.7.1976

und damit um die Tatsache, daß sich "ein Legitimationseinverständnis der Bevölkerung der DDR mit ihrem Staat durchaus entwickelt haben" könnte, wie Schweigler aufgrund eigener Untersuchungen vermutet.[74] Das ganze Konzept der "Materialien", die Konstruktion eines bundesdeutschen Alleinanspruchs auf staatliche Legitimität, steht somit auf tönernen Füßen. Sie beruht, vor allem anderen, auf einem absolut gesetzten Pluralismus-Vorverständnis. Die Abgehobenheit ihrer Untersuchung gestehen die Verfasser im Grunde selbst ein: "Bei der Gegenüberstellung des Legitimationseinverständnisses in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR", so lautet lakonisch eine Anmerkung, "wird ein normatives Element, also keine... empirisch feststellbare Größe, beschrieben."[75]

Fassen wir bis hierhin zusammen: Eine gemeinsame nationale Substanz können die "Materialien" lediglich bezüglich ethnischer Abstammung und Sprache zweifelsfrei namhaft machen. Die Behauptung einer gemeinsamen Kultur bleibt ebenso fragwürdig wie der Versuch, die sozialökonomischen Gegensätze zu bagatellisieren, zumal da hier offensichtlich sogar starke eigene Zweifel überspielt werden.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, was in den "Materialien" des Jahres 1970 stand, wo offenbar die Aufgabe, die Lehre von der einheitlichen deutschen Nation den praktisch-politischen Bedürfnissen entsprechend zu profilieren, noch nicht im Vordergrund gestanden hatte: "Vergleiche der gesellschaftlichen und staatlichen Entwicklung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR haben davon auszugehen, daß die Gegensätze

---

74) G. Schweigler, Neue Fehler mit alten Zahlen. Haben es sich die Forscher mit der 'Einheit der Nation' zu leicht gemacht? In: Die Zeit v. 20.9.1974.

75) "Materialien" 1974, S. 1101, Anm. 352

die die beiden Teile Deutschlands heute voneinander trennen, in absehbarer Zukunft unüberwindbar und prinzipieller Art sind."[76] - Schließlich muß auch die These vom Legitimationsdefizit der DDR als ein bloß fiktiver Vorbehalt gegen die historisch unwiderruflich etablierte Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR angesehen werden.

Angesichts dieser wenig überzeugenden Bilanz in Sachen Nation muß sich besondere Aufmerksamkeit auf die von den Verfassern der "Materialien" als ebenfalls bedeutsam erachtete "subjektive Komponente" [77] der Nation richten. Die Verfasser halten es nach ihren eigenen Worten für nicht ausreichend, daß gewisse objektive nationale Merkmale "überhaupt existieren", sondern sehen den springenden Punkt im tatsächlichen subjektiven (Nach-) Vollzug der nationalen Gemeinsamkeit: "Die Angehörigen einer Nation verbindet sowohl das handlungsorientierende Bewußtsein von der nationalen Identität als auch der Wille, eine solche Einheit zu gestalten und aufrechtzuerhalten."[78]

Mit der Betonung dieses subjektiven Aspekts der Nation begeben sich die Verfasser der "Materialien" nun aber erst recht auf ein Terrain, auf dem ihrem Vorhaben, die Einheit der deutschen Nation nachzuweisen, wenig Aussicht auf Erfolg bleibt. Schon ihre eigenen empirischen

---

76) Zit. nach G. Schweigler, Nationalbewußtsein,.., S. 21

77) "Materialien" 1974, S. 1090

78) ebda., vgl. U.J. Wünschel: "Die Nation ist die Summe und das Ergebnis unseres Willens." "Schwindet das Selbstbewußtsein der Nation, schwindet auch der Wille zur Nation, ist ihre Existenz in Frage gestellt." (Die nationale Frage als soziales Problem, in: Deutschland Archiv 3/1976, S. 374)

Umfrageergebnisse, sofern diese nicht - was häufig der Fall ist - aus relativ weit zurückliegender Zeit genommen werden[79], sprechen eine nüchterne Sprache: Da wird im empirisch-statistischen Abschnitt der "Materialien" (strikt getrennt von der eigentlichen Abhandlung des Nationenproblems) etwa aus Befragungsergebnissen zum "Selbstbestimmungrecht" gefolgert, "daß die Auffassung, die Deutschen in der Bundesrepublik hätten das Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen wahrzunehmen, an Verbreitung verlieren wird,"[80] Da heißt es an anderer Stelle zum Nationenverständnis in der BRD: "Die begriffliche Differenzierung von Staat und Nation, die etwa der Formel von zwei Staaten einer Nation zugrunde liegt, wird nur von einem Teil der Bevölkerung wahr genommen"[81] (und zwar von 40 Prozent). Bei den jüngeren Jahrgängen bewegt sich der Anteil derer, die BRD und DDR als zwei Nationen betrachten, bereits auf die 50-Prozent-Marke zu.[82] Zudem mutet das von den Bundesbürgern geäußerte Interesse für die Verhältnisse in der DDR auch den Autoren der "Materialien" "eher gering" an; die DDR, so klagen sie, scheint "relativ fern gerückt zu sein".[83] Nationales Selbstbewußtsein "bezieht sich wesentlich auf die Eigenleistungen" in der BRD selbst.[84]

Dennoch, trotz solcher ernüchternder Resultate, beschwören die Verfasser immer wieder ein angebliches Gefühl der "Zusammengehörigkeit"[85]; sie erklären, die Zielvorstellung der Wiedervereinigung sei "nach wie vor verbrei-

---

79) Näheres dazu bei G. Schweigler, in: Die Zeit, a.a.O.
80) "Materialien" 1974 (Original), S. 111
81) ebda., S. 108
82) ebda.
83) ebda., S. 119
84) "Materialien" 1974 (Deutschland Archiv), S. 1112
85) ebda., S. 1110

tet".[86] Tatsächlich ergeben jedoch auch hier jüngere Umfragen - die den Autoren der "Materialien" bekannt gewesen sein konnten und sein mußten, die sie aber bezeichnenderweise übergehen[87] - ein anderes Bild: Nicht nur halten immer weniger Bundesbürger eine Wiedervereinigung für wahrscheinlich, sondern den allerwenigsten erscheint dies überhaupt noch als ein wichtiges Ziel: 1971 waren es ganze 3 Prozent.[88] Schweigler kommt in Aufarbeitung umfassenden Umfragematerials zum Ergebnis, daß alles in allem etwa 60 Prozent der erwachsenen Bevölkerung der BRD "über kein gesamtdeutsches Nationalbewußtsein mehr" verfüge[89], wobei sich diese Entwicklung praktisch unumkehrbar fortsetzen werde.

Somit erleidet das Konzept der einheitlichen deutschen Nation gerade auch unter dem theoretisch ausdrücklich so stark herausgestellten Aspekt des "subjektiven Faktors" empirisch Schiffbruch. Gerade wenn es so wäre, daß die "elementare Voraussetzung für den Bestand der Nation... das Bewußtsein ihrer Bürger zusammenzugehören" wäre[90], dann stünde es heute schlecht um die Einheit der Nation; das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit ist eben keine "ungeheure Realität"[91], wie Helmut Schmidt optimistisch meinte. Sicher betrachten sich die Bürger der DDR ebenso wie die der Bundesrepublik auch als "Deutsche"[92]; aber dies ist eine abstrakte Gemeinsam-

---

86) "Materialien" (Original), S. 117

87) "Der Verdacht der Manipulation liegt da nicht fern", schreibt G. Schweigler, in: Die Zeit, a.a.O.

88) Vgl. ebda.

89) G. Schweigler, Nationalbewußtsein..., S. 142

90) H. Schmidt, Bericht zur Lage der Nation 1976, zit. nach FAZ v. 30.1.1976

91) ebda.

92) ebda.

keit, keine lebendige; das pure ethnische Faktum, worauf das "Deutsch-Sein" zunehmend zusammengeschrumpft ist, verbindet sich mit keiner wirklichen nationalen Ordnungsvorstellung mehr. Längst erwartet denn auch die Mehrheit der Bundesbürger, daß sich "die Bundesrepublik und die DDR... im Laufe ihrer künftigen Geschichte so auseinanderleben (werden) wie zum Beispiel Deutschland und Österreich".[93]
So bewegt sich die bundesrepublikanische Doktrin der einheitlichen deutschen Nation in einem Widerspruch: Angesichts des tiefen gesellschaftlichen Gegensatzes zwischen beiden deutschen Staaten ist man geneigt, die Einheit der Nation aus dem subjektiven Wollen der Menschen zu begründen; das "Zusammengehörigkeitsgefühl" soll aller realen Auseinanderentwicklung der deutschen Staaten trotzen, soll diese Auseinanderentwicklung ständig relativieren. Nun stellt sich jedoch heraus, daß dieses "Zusammengehörigkeitsgefühl" empirisch kaum noch vorhanden ist bzw. immer vager und abstrakter wird. Dadurch entsteht der Zwang, zur Begründung der Einheit der Nation gewisse objektive Faktoren zu bemühen, um erst einmal sagen zu können: "Die Nation ist objektiv da."[94]

Als solche Faktoren kommen, neben den ethnischen, sprachlichen und geschichtlichen Gemeinsamkeiten, gewisse Berührungsmomente in Frage, die sich durch eine industriegesellschaftliche Betrachtung von Kultur und Sozialökonomie abstrahieren lassen. Der Nachteil einer nur objektiv begründeten Nationenvorstellung - von ihrer immanenten Problematik einmal ganz abgesehen - ist aber,

---

93) Zit. nach G. Schweigler, in: Die Zeit, a.a.O.; L. Niethammer bezeichnet die Wiedervereinigungsideologie als "Bekenntnis ohne Bedürfnis" (Traditionen und Perspektiven, S.59). Für die Tilgung des Wiedervereinigungsgebots im Grundgesetz der Bundesrepublik plädiert K.-M. Wilkem, Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik..., Berlin (West) 1976.

94) Minssen/Hofer, Zur Frage nach dem Vaterland, Bonn 1965, S. 19 (zit. nach F.-E.-Stiftung, Die deutsche Nation..., S. 59)

daß sie der politischen Aufgabe der Doktrin von der einheitlichen deutschen Nation nicht gerecht wird: ohne ein massenhaftes subjektives Nationalbewußtsein fehlt dieser nämlich die entscheidende Handlungsgrundlage. Folglich bleibt es bei dem Dilemma, daß man notgedrungen ein gesamtdeutsches Nationalbewußtsein beschwören muß, das des facto immer mehr schwindet.

So schwankt also die Doktrin zwischen der subjektivistischen Position des "Eine Nation ist, was eine Nation sein will" (Renan)[95], womit sie den objektiven Gegensatz der beiden deutschen Gesellschaften überspielen, und der objektivistischen Position des "Die Nation ist objektiv da" (Hofer)[96], womit sie den Mangel an gesamtdeutscher Subjektivität überspielen kann. Beide Positionen sind theoretisch miteinander unverträglich: Wenn der Wille die Nation macht, dann kann diese nicht vom Willen unabhängig existieren, und umgekehrt. Es kennzeichnet den vordergründigen Pragmatismus der sozialdemokratischen Nationentheoretiker, wenn bei ihnen diese einander direkt widersprechenden Theoreme schlicht nebeneinandergestellt werden, Hauptsache, sie erfüllen ihren ideologisch-politischen Zweck: "Die Anwendung des deutschen ("objektiven", O.C.) wie des französischen ("subjektiven", O.C.) Nationenbegriffes erlaubt es..., anzuerkennen, daß die DDR ein Staat ist..., ohne dabei den Anspruch auf die eine deutsche Nation aufzugeben, die man entweder aus objektiven Merkmalen oder dem subjektiven Willen der Mehrheit aller Deutschen ableitet." 97) Man entscheidet sich hier also für diejenigen Nationenbegriffe, welche es am besten "erlauben", die gewünschte gesamtdeutsche Politik fortzuführen; das theoretische Konkurrenzverhältnis zwischen der einen und

---

95) Zit. nach ebda., S. 60

96) Zit. nach ebda., S. 59

97) ebda., S. 60

der anderen Begriffsvariante wird dabei gelassen zur Kenntnis genommen.

Die Verfasser versuchen sich dieses Widerspruchs zu entledigen, indem sie sich bemühen, die beiden konträren Ansätze miteinander zu verbinden, in ein vages Sowohl-als-auch-Verhältnis zu bringen; so erklären sie, im Nationenbegriff seien "sowohl 'objektive' als auch 'subjektive' Merkmale der Nation enthalten"[98], ohne dabei freilich mitanzugeben, in welchem inneren Verhältnis diese beiden Seiten zueinander stehen, welche von ihnen die grundlegende, ausschlaggebende ist.

Betrachtet man allerdings die besagte "objektive" Seite näher, so löst sie sich selbst wieder tendenziell in Subjektives auf. Willy Brandt erklärte: "Im Begriff der Nation sind geschichtliche Wirklichkeit und politischer Wille vereint."[99] Er formuliert nicht "gesellschaftliche Wirklichkeit" sondern "geschichtliche Wirklichkeit"; das heißt, es wird eine vergangene Wirklichkeit beschworen, etwas, was heute nur in Form einer Bewußtseinstatsache oder sozusagen als "objektiver Geist" vorhanden ist. In der Tat scheint die Vermutung eines "objektiven Geistes" keine polemische Hinzufügung unsererseits zu sein, denn die Autoren der F.-Ebert-Stiftung stellen selber Brandts Nationenbegriff in den Zusammenhang der Bauer'schen "Auffassung von der Nation als Schicksalsgemeinschaft"[100] und identifizieren sich offensichtlich mit Hofers Ansicht, wonach "Volkstum und Volksgeist... die entscheidenden Kriterien"[101] der Nation

---

98) ebda., S. 61

99) Regierungserklärung von 1969 (zit. ebda.); am Ende dieser Passage steht übrigens dann doch wieder nur das "Zusammengehörigkeitsgefühl" (vgl. ebda.)

100) F.-E.- Stiftung, Die deutsche Nation..., S. 61

101) zit. ebda., S. 59. Mit dem Begriff der "Schicksalsgemeinschaft" wurden in der Vergangenheit geographisch unterschiedlich weit ausgreifende Konzepte legitimiert.

(Forts. nächste Seite)

seien. Die "Materialien" sind da um sachlichere Kategorien bemüht, aber auch bei ihnen löst sich die Nation tendenziell in ihre Subjektivität auf: die "realen sozialen Prozesse", auf die sich "eine gemeinsame Vorstellung von Deutschland" stützt, erweisen sich als Prozesse "der Kommunikation, der Selbstorientierung und Fremdwahrnehmung"[102], mithin als etwas seinerseits wesentlich Subjektives. Die Nation existiert also im Grunde nur als "Ordnungsvorstellung" ihrer selbst, sei es als wesenhafter "Volksgeist", sei es als empirisch angebbare "Bevölkerungsmeinung".
Die letztere, die subjektiv-idealistische Variante der Nation brachte Bundesminister Franke mit den Worten auf den Begriff, "daß diese deutsche Nation real existiert im Bewußtsein der Zusammengehörigkeit, im Denken und Empfinden der Menschen".[103] Wo ansatzweise der Versuch gemacht wird, dieses (vermeintliche) Bewußtsein auf eine materielle Grundlage zu beziehen, erweist sich diese dann doch selbst wieder als von Geistigem geprägt: Die gemeinsame Sprache wird erst durch Zuhilfenahme einer verschwommenen "Traditionsgemeinschaft"[104] zum Moment einer gesamtdeutschen Einheit, die nicht auch so-

---

Forts. Anm. 101)

Der westdeutsche Historiker H. Rothfels etwa entwickelte das Bild einer "deutsch-slawischen Schicksalsgemeinschaft", eines "gemeinsamen Schicksalraums des europäischen Ostens" (vgl. H. Rothfels/W. Markert (Hrsg.), Deutscher Osten und slawischer Westen, Tübingen 1955, S. VII). Rothfels beriet seinerzeit auch die Regierungsorgane der Bundesrepublik in Fragen der Ostpolitik.

102) "Materialien" 1974, S. 1109

103) Zit. nach FAZ v. 9.12.1974

104) "Materialien" 1974 (Deutschland Archiv) S. 1109. Die "Materialien" geben hier ihrer Darstellung die leicht distanziert wirkende Form eines Referierens regierungsoffizieller Formeln. Begriffe wie "Traditionsgemeinschaft" spielen in den "Materialien" ansonsten keine wesentliche Rolle. Hier machen sich Anzeichen von internen Meinungsverschiedenheiten bemerkbar.

gleich Österreich mit vereinnahmt; ebenso verhält es sich mit der gemeinsamen Abstammung; auch die Kommunikation der beiden deutschen Staaten untereinander erhält erst durch metaphysischen Rückbezug jenen Charakter einer innerdeutschen Besonderheit, wodurch sie sich von der Kommunikation mit einem Land wie Österreich abgrenzen läßt: die jährlich fünf Millionen bundesdeutschen Touristen in Österreich haben ja offenbar nicht jene spezifische Wirkung für die Einheit der Nation wie im Falle des "innerdeutschen" Verkehrs.[105] Die Kultur schließlich wird überwiegend bloß in ihrer Beschränkung auf das "kulturelle Erbe"[106] für die Einheit der Nation reklamiert, also wiederum als transzendentale Idee, weniger indem man die gegenwärtige Kulturwirklichkeit in beiden deutschen Staaten (samt der jeweiligen Erbe-Rezeption) zugrundelegt.[107] Nach alldem läßt sich sagen, daß die sogenannte "objektive" Variante oder Komponente der herrschenden Nationenauffassung in der BRD ihrem philosophischen Typ nach eher als objektiv-idealistisch zu kennzeichnen ist. Die Doktrin der einheitlichen deutschen Nation erweist

---

105) Vgl. G. Schweigler, Nationalbewußtsein..., S. 26

106) "Materialien" 1974, S. 1109

107) Der Versuch der "Materialien", auch die zeitgenössische Kultur beider deutschen Staaten im Begriff der gesamtdeutschen Nation aufgehen zu lassen, dürfte für die massenhafte politische Argumentation wahrscheinlich unfruchtbar bleiben. Denn die Möglichkeit, die aktuelle Kultur der DDR als eine gesamtdeutsche Größe zu interpretieren, wird durchkreuzt von der Notwendigkeit, ihr ideologisch entgegenzutreten. Die Differenzierung zwischen "guter" DDR-Kultur "an sich" und ihrer "schlechten" politischen "Deformierung" ist dabei zu subtil und künstlich, als daß sie im breiten Bewußtsein populär werden könnte. Die "Materialien" geben selbst zu, daß schon das Auseinanderhalten von "Staat" einerseits und "Nation" andererseits, von Zweistaatlichkeit und beanspruchter nationaler Einheit Deutschlands der bundesdeutschen Öffentlichkeit schwer genug fällt (siehe oben, S. 86, Anm. 81).

(Forts. nächste Seite)

sich damit als Konglomerat subjektiv- wie objektiv-idealistischer Begründungsmuster. Da jedoch die subjektiv-idealistische Komponente, wie Meinungsfragen zeigen, immer mehr ihre realen Grundlagen verliert, werden voraussichtlich die objektiv-idealistischen Vorstellungen von der "Volksnation", der "Traditionsgemeinschaft" usw. gezwungenermaßen in den Vordergrund gerückt werden müssen, nicht zuletzt begleitet von der Hoffnung, daß dadurch auch wieder rückwirkend das empirische Nationalbewußtsein stabilisiert werden könne.

Angesichts der hier skizzierten Schwächen der gesamtdeutschen Doktrin, ihrer Widersprüche und Vagheiten, nimmt es nicht wunder, daß sie sich auch in bürgerlichen Kreisen keiner ungeteilten Zustimmung erfreut. Bereits die "Materialien" selbst, die an sich der Auffassung von der Einheit der Nation gerade eine Lanze brechen sollten, enthalten eine ganze Reihe entgegengesetzter Andeutungen. Beispielsweise leisten ihre Verfasser den offiziellen bundesrepublikanischen Bemühungen um die Pflege der Nation einen schlechten Gefallen, wenn sie gegen "solche normativen Ordnungsvorstellungen der Nation" polemisieren, "die den Eigenschaften, die sie für die Begründung ihrer Ziele in Anspruch nehmen, eine 'wesensmäßige' Vorrangigkeit vor anderen zuschreiben. Durch solche Konstruktionen gewinnen nationale Ordnungsvorstellungen den Charakter des 'Natürlichen', des 'Geschichtsnotwendigen', des 'Objektiven'. Die Nation stellt sich dann als eine sozial und politisch nicht wandlungs- und gestaltungsfähige Einheit dar, die gegen-

---

Forts. Anm. 107)

Das gleiche grundsätzliche Problem stellt sich auch bei dem Versuch, die Teilung Deutschlands mithilfe der Industriegesellschaftstheorie zu relativieren. Auch hier kommt der Zwang zur ideologischen Abgrenzung in die Quere.

über den Interessen der Individuen vorrangig ist." (108) Zwar stehen diese Ausführungen auch im Zusammenhang mit einer Polemik gegen die marxistische Nationenlehre, aber die sind zugleich ein deutlicher Affront gegen bürgerliche spekulative Auffassungen. Weiterhin bescheinigen die "Materialien" dem Konzept der einheitlichen deutschen Nation, wenn auch nur allgemein und verklausuliert, daß es im Grunde keine Chance hat, im Bewußtsein der breiten Massen der Bundesrepublik auf Dauer zu überleben: "Nationale Ordnungsvorstellungen sind für das Verhalten von sozialen Gruppen dann von Bedeutung, wenn sie tatsächliche Verhaltenssituationen für Menschen sinnvoll deuten. Wenn nationele Ordnungsvorstellungen nicht zur konkreten Orientierung des sozialen Verhaltens führen, sind sie bloße Konstruktionen und spielen in der Wirklichkeit keine Rolle." (109)

Die Handschrift, die solche und ähnliche Passagen tragen, ist die von P.C. Ludz, dem Leiter der damals mit der Erstellung der "Materialien" beauftragten Arbeitsgruppe. Ludz veröffentlichte zur selben Zeit seine eigene, von offiziellen Rücksichtnahmen unbeschwertere Meinung über die Lage der Nation. (110) Was man aus den "Materialien" eher zwischen den Zeilen herauslesen muß, wird hier recht unbefangen dargelegt. Theoretisch lehnt Ludz alle herkömmlichen Nationenvorstellungen - die marxistische Eingeschlossen, was an dieser Stelle nicht weiter diskutiert werden muß - als "organizistisch—ganzheitlich", als "geschichtsphilosophisch" im Sinne von wissenschaftlich "nicht nachvollziehbar" (111) ab. Empirisch stellt er das Schwinden der gesamtdeutschen Orientierung bei der Bevölkerung fest. (112) Politisch ist sein Hauptargument für die Abkehr von der gesamtdeutschen Fiktion, "daß

---

108) "Materialien" 1974, S. 1088

109) ebda., S. 1089 (Herv.heb.: O.C.); vgl. auch S. 111

110) P.C. Ludz, Deutschlands doppelte Zukunft, München 1974; vgl. meine Rezension in: Blätter 7/1974

111) P.C. Ludz, Deutschlands doppelte Zukunft, S. 105

112) ebda., S. 106

ein Bewußtsein von den demokratischen Institutionen und dem demokratischen Staat für den inneren Bestand und die äußeren Möglichkeiten der Bundesrepublik gegenwärtig weit wichtiger ist als ein vage und abstrakt gewordenes Nationalgefühl."[113]

Ludz glaubt also, daß eine Chance zur Wiedervereinigung vorerst nicht mehr besteht, und daß die Bundesrepublik es nötiger denn je hat, sich auf die Festigung ihrer eigenen Staats- und Gesellschaftsordnung, auf die Erhöhung ihrer "innere(n) Legitimität"[114] zu besinnen und zu konzentrieren. Denn "in der Gesellschaftspolitik (liegt) die kommende Auseinandersetzung mit dem Sozialismus-Kommunismus".[115] Folglich wäre die Bundesrepublik, zumal angesichts der "nicht mehr zu übersehende(n) Anzeichen einer Krise... des westdeutschen Staates"[116], schlecht beraten, wenn sie allzu viel ideologische und politische Energien auf die gesamtdeutsche Fiktion verschwenden würde.

Dennoch gehört Ludz zu denjenigen, die ein "geduldiges Offenhalten der nationalen Frage"[117] empfehlen. Das macht seine Konzeption zutiefst widersprüchlich. Denn mit welcher Berechtigung kann die nationale Frage überhaupt noch "offengehalten" werden, wenn doch, wie Ludz andeutet, die vorgebliche Einheit der Nation bloß geschichtsphilosophischer Schall und Rauch ist? Und was bleibt an der nationalen Frage noch "offenzuhalten", wenn, wie Ludz erklärt, sich ohnehin "die deutsche Frage heute auf das Interesse an der Zukunft der Bundesrepublik und West-Berlins reduziert"?[118] Worin soll, angesichts dessen, noch die Besonderheit der "besonderen Beziehun-

---

113) ebda., S. 107
114) ebda., S. 104
115) ebda., S. 126
116) ebda., S. 116
117) ebda., S. 48
118) ebda., S. 107

gen"[119] zwischen BRD und DDR liegen? Indem Ludz an das Tabu der Einheit der Nation rührt, weil er sieht, daß sich das Bewußtsein in der BRD in entgegengesetzte Richtung entwickelt, beraubt er zugleich die Politik des "nationalen Vorbehalts" und der besonderen "innerdeutschen Beziehungen" einer ihrer zentralen Rechtfertigungsmuster. Den Schritt der Anerkennung der deutschen Zweistaatlichkeit konnte die "neue Ostpolitik" Ende der 60er Jahre riskieren, weil sie noch die Einheit der Nation gleichsam als Pfand in der Hand zu halten glaubte; der von Ludz nahegelegte nächste Schritt der Anerkennung des Zerfalls der deutschen Nation ist politisch ungleich riskanter, weil er an ebenjenes politische Unterpfand selbst - und hätte es auch nur noch rhetorischen Wert - rühren würde. Zwar will auch Ludz die Realitäten wesentlich zu dem Zweck anerkennen, um sie langfristig verändern zu können; doch birgt die neue Stufe des politischen Realismus, die er betritt, für die "neue Ostpolitik" das immense Risiko, daß ihre Strategie der friedlichen Transformation, erst einmal an diesem Punkt angekommen, vollends dazu verurteilt sein wird, auf der Stelle zu treten. Von daher ist es begreiflich, daß Ludz mit seinen Vorschlägen im Regierungslager keinen großen Anklang findet.[120] Etwas anderes ist es mit seinen Ermahnungen bezüglich der "Priorität gesellschaftspolitischer Probleme"[121] im politischen Gesamtkonzept der Bundesrepublik. Auch Helmut Schmidt betonte im Bericht zur Lage der Nation die Notwendigkeit, daß die Bundesrepublik ihr "eigenes Haus gut bestellt"[122], wenn sie in der Ostpolitik weiterkommen will. Aber er hält zugleich an der Doktrin der Einheit der Nation fest, versucht also zweigleisig zu fahren.[123]

---

119) ebda., S. 150

120) "Der Kanzler versteht ihn nicht" (FR v. 4.5.1974)

121) P.C. Ludz, Deutschlands doppelte Zukunft, a.a.O., S. 114(ff.)

122) Zit. nach FAZ v. 30.1.1976

123) Faktisch verlagert sich aber auch in dem offiziel-

Forts. Anm. 123)
len sozial-liberalen Politik das Schwergewicht auf die Bundesrepublik selbst und fördert so deren Entwicklung zur "Kryptonation" (L. Niethammer). Die Parole vom "Modell Deutschland" z.B. liegt auf dieser Linie; auch wenn mit ihr vielleicht noch indirekt auf das Konkurrenzverhältnis zwischen BRD und DDR angespielt wird, so ist sie doch in erster Linie dazu angetan, ein eigenständiges bundesdeutsches Staats- bzw. Nationalbewußtsein zu fördern. Schon anläßlich des Berichts zur Lage der Nation 1976 zeigte sich die FAZ beunruhigt über diese Tendenz und hatte den Eindruck, "der Kanzler meine vielleicht, daß die Nation am Ende nur noch in der Bundesrepublik existiert" (FAZ v. 3.2.1976 unter dem Titel: "Verlagerte Nation"). Auch bei Sprechern der CDU deutet sich bisweilen schon ein neuer, spezifisch bundesdeutscher Nationenbegriff an. Wiederum war es die FAZ, die in einem derartigen Fall kritische und mahnende Anmerkungen machte: "Der CDU-Vorsitzende spricht von einer 'modernen Nation', die sich nicht in der Freiheit ihrer Bürger 'erfüllt', die sich nicht in Isolation 'entwikkeln' kann und die auf Zusammenarbeit und Bündnispolitik 'beruht'. Kohls Diktion macht nachdenklich. Was bedeutet 'moderne Nation'? Die deutsche Nation braucht sich nicht erst zu 'entwickeln'. Sie besteht, und sie 'beruht' nicht auf internationaler Zusammenarbeit, sondern auf dem Willen der Deutschen, Deutsche zu sein. Sie muß nicht entwickelt, sondern erhalten bleiben..." (FAZ v. 13.8.1976).

Viele weitere Symptome des Prozesses der Herausbildung einer "kryptonationalen" Einstellung in der BRD ließen sich benennen. In der Sportberichterstattung anläßlich der Olympiade 1976 beispielsweise war die Unterscheidung in hie "Deutschland" und da "DDR" gang und gäbe; bisweilen avancierte die DDR dabei sogar explizit zur "Nation" (vgl. die Glosse der FR v. 27.7.1976). Detlef Kühn, Präsident des Gesamtdeutschen Instituts in Bonn, klagte in diesem Zusammenhang: "Was gedankenlose und politisch kurzsichtige Sportreporter in den vergangenen Jahren bei der Berichterstattung über Sportereignisse, an denen deutsche Sportler aus Ost und West beteiligt waren, an politischem Porzelan zerschlagen haben, ist nur sehr mühsam wieder zu kitten." (FR v. 6.8.1976) Die Gedankenlosigkeit ist freilich nicht nur bei Sportreportern anzutreffen; selbst einem Blatt wie der "Deutschen Zeitung" unterläuft es, daß von "Nation", die Rede ist, wo die Bundesrepublik gemeint ist. Über eine Studie des Prognos-Instituts, die sich mit den wirtschaftlichen Perspektiven der Bundesrepublik bis 1990 befaßt, heißt es da z.B., sie verspreche " die Perspektive einer schrumpfenden Nation" (DZ v. 2.7.1976).

Ein anderes Beispiel dafür, wie sich bürgerliche ostpolitische Spezialisten tendenziell absetzen von der offiziellen Nationen-Doktrin, bietet H.-P. Schwarz. Er zerpflückt respektlos die Idee der Kulturnation und der geschichtlichen Schicksalsgemeinschaft. "Von der Idee der gesamtdeutschen Nation", resumiert er, "geht... keine Kraft aus. Sie ist ziemlich passé."[124] Frappanterweise aber folgt für ihn daraus nicht, daß diese Doktrin zu den Akten gelegt werden soll. Sei sie auch inhaltsleer, so sei sie dennoch immerhin noch praktisch brauchbar ("vorwiegend funktionale Bedeutung..."[125]) beim Bemühen "um eine Milderung der Unfreiheit in der DDR"[126]. Im Grunde läuft das auf den Standpunkt hinaus, die These von der Einheit der Nation sei zwar falsch aber nützlich. Daß diese Einheit der Nation noch einmal politisch verwirklicht werden könnte, glaubt Schwarz nicht: "Ein realistisches Ziel, auf das hin konkrete Außenpolitik gemacht werden könnte, ist die nationalstaatliche Wiedervereinigung nicht mehr."[127] Das Ziel der bundesdeutschen Politik sieht Schwarz vielmehr "nur" noch darin, die DDR durch "geschickt angelegt(e)" "Einwirkungen"[128] schrittweise von ihrer "Unfreiheit" zu befreien. Auch im Fall, daß diese Strategie Erfolg hat, öffnet sie doch für Schwarz keineswegs unbedingt den Weg zur Wiedervereinigung: "Selbstbestimmung der Deutschen in der DDR und Restauration eines deutschen Nationalstaates (brauchen) durchaus nicht identisch zu sein".[129]

---

124) H.-P. Schwarz, Die nationale Frage - morgen, S. 25
125) ebda., S. 22
126) ebda., S. 30
127) ebda., S. 21
128) ebda., S. 30
129) ebda., S. 26

Damit nähert sich die Position von Schwarz einem sozusagen normalen Antisozialismus; das Verhältnis zur DDR wird hier bereits genauso betrachtet wie das zu beliebigen anderen sozialistischen Staaten und Nationen, frei von "innerdeutschen" Besonderheiten. Man möchte diese feindliche Gesellschaftsordnung gerne beseitigt wissen, aber man erhebt keinen eigenen nationalen Besitzanspruch mehr auf dieses Land. In dieser Position von Schwarz spiegelt sich wieder, daß das Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten inzwischen endgültig und vollständig den Charakter des prinzipiellen Systemgegensatzes, wie er weltweit gegeben ist, angenommen hat, so daß alle "nationalen" Optionen angesichts dieser definitiven, übermächtigen Realität der Auseinandersetzung der Systeme in sich zusammenfallen.

Eine Veränderung der deutschen Szenerie ist für Schwarz nur noch denkbar im Rahmen einer Veränderung der übergreifenden internationalen Strukturen, nicht mehr als isolierbarer "nationaler" Prozeß; in Schwarz' Diktion: "Freiheit in Magdeburg, Dresden und Ost-Berlin wäre aber wohl nicht möglich ohne Freiheit in Prag, Budapest, Warschau, vor allem aber in Moskau selbst "[130] Man erinnert sich, daß auch die Bundesregierung bei solchen Schlußfolgerungen angelangt ist; Helmut Schmidt erklärte unlängst, "daß die Möglichkeit, (in Deutschland, O.C.) einmal unter einem gemeinsamen Dach zu leben, entscheidend, ja fast ausschließlich, davon abhängt, daß dies in Europa insgesamt gelinge." [131]

---

130) ebda., S. 33

131) Zit. nach FR v. 10.7.1976. Vgl. Portisch: In Willy Brandts "Vision eines Europa vom Atlantik bis zum Ural" liegt "die Hoffnung auf Lockerung der starren Blöcke, auf eine künftige Verträglichkeit der Gesellschaftssysteme in ganz Europa, auf eine 'Befreiung' der Deutschen in der DDR im Rahmen eines gesamteuropäischen Zusammenwachsens." (H. Portisch, Die deutsche Konfrontation, S. 299)

Wenn man diese Übereinstimmung der Positionen eines Schwarz und verantwortlichen SPD-Politiker betrachtet, und wenn man sich vor Augen hält, daß auch Schwarz' Haltung in der Frage der deutschen Nation praktisch auf nichts anderes hinausläuft als auf das, was ohnehin offizielle Ostpolitik ist - ungeachtet der reservatio mentalis von Schwarz gegenüber der Theorie der deutschen Nation -, dann liegt die Vermutung zumindest nahe, daß Schwarz das ausgesprochen hat, was die offizielle Ostpolitik sorgfältig als Internum behandelt: daß nämlich die Doktrin der Einheit der Nation nur ob ihrer "funktionalen Bedeutung" für die Politik interessant ist, nicht etwa weil man von den theoretischen Ableitungen überzeugt wäre, derer man sich in der Öffentlichkeit bedient. Man erklärt die Doktrin für wahr, weil man sie verwenden kann; man verwendet sie nicht, weil sie wahr ist. So überraschen denn auch nicht die nüchternen Worte von Egon Bahr, die H. Portisch bezeugt: "... die deutsche Frage ist keine nationale Frage, sondern eine Frage zwischen zwei Gesellschaftsordnungen."[132]

Mit dieser Einsicht stehen Schwarz und Bahr nicht allein. Schon 1960 sagte Karl Jaspers recht deutlich die Entstehung zweier Nationen - oder zumindest das Erlöschen der einheitlichen deutschen Nation - voraus: "Die Umwandlung der Sozialstruktur verändert das Leben der Menschen der Sowjetzone bis in den Daseinsgrund. Das Erregendste ist, daß, je länger das dauert, nicht mehr mit einer ihrem Wesen nach mit sich selbst identischen deutschen Bevölkerung zu rechnen ist ... . Das Aufwachsen in der so völlig anderen Lebensform kann an-

---

132) Zit. ebda., S. 71

dere Menschen entstehen lassen".[133] Nach weiteren anderthalb Jahrzehnten der gesellschaftlichen Auseinanderentwicklung ist die Zahl derer, die zu ähnlichen Schlußfolgerungen kommen wie seinerzeit Jaspers, kräftig angewachsen. L. Niethammer und G. Schweigler haben die Herausbildung einer separaten Nationalstaatlichkeit (bzw. Staatsnationalität) der Bundesrepublik vor allem über die Analyse der Bewußtseinsentwicklung nachgewiesen.[134] Dabei klingt bei ihnen auch an, daß diese spezifische Entwicklung des Staats- und Nationalbewußtseins auf der spezifischen Entwicklung der materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse gründet.[135] Bezeichnend für den starken Auftrieb der Zwei-Nationen-Auffassung ist auch die Tatsache, daß sie von zwei so unterschiedlich orientierten Historikern wie I. Geiss und A. Hillgruber vertreten wird.[136] Erst recht

---

133) K. Jaspers, Freiheit und Wiedervereinigung, München 1960, S. 73. Die Führung der DDR wollte übrigens damals noch nicht an die Prophezeihung von Jaspers glauben. Ulbricht erklärte Dezember 1960: "Herr Jaspers spricht sogar von der Entstehung zweier deutscher Nationen. Wir halten... diese Perspektive für falsch..." (Zit. nach D. Cramer, Deutschland nach dem Grundvertrag, S. 61).

134) L. Niethammer/U. Borsdorf, Tradition und Perspektiven...; G. Schweigler, Nationalbewußtsein...

135) Niethammer betont vor allem den nationenbildenden Faktor der "hohe(n) Innenkommunikation" sowie den jeweiligen "way of life" eines Landes (S. 72, 87); auch vom sozialen Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit ist die Rede (S. 87). Schweigler rekurriert, wenn auch nur flüchtig, auf die "Veränderungen im sozio-ökonomischen Bereich" (S. 198) als Determinanten des Nationalbewußtseins und seiner Entwicklung.

136) "Nation ist nicht bloß an die Gemeinsamkeit von Sprache und Kultur gebunden. Nation ist auch nicht einfach die Summe der beliebig in die Vergangenheit zurückverlängerten Geschichte. Nation bedeutet im politischen Willensakt der Nationwerdung auch einmal den Bruch mit der historischen Kontinuität." (J. Geiss, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 15/1973, S. 23). A. Hillgruber kamm 1976 in einem Vortrag
2 über die Frage der deutschen Nation "für unsere siebziger Jahre zu Schlüssen, die einem einheitlichen Nationalbegriff zuwiderliefen." (FAZ v. 3.4.1976)

(Fortsetzung nächste S.)

ist man auf seiten englischer Wissenschaftler unvoreingenommen genug, um von der "Existenz einer westdeutschen Nation"[137] zu sprechen.

Angesichts der Vielzahl nichtmarxistischer Stimmen, welche die Einheit der Nation für "passé" halten, wirken jene Polemiken recht gekünstelt, die der DDR vorwerfen, die Zwei-Nationen-Theorie lediglich zum vordergründigen Zweck politischer Abgrenzung erfunden zu haben. Der Versuch der bundesdeutschen "neuen Ostpolitik", unter der Flagge der (zuvor durch die totale Konfrontationspolitik faktisch heruntergewirtschafteten) Einheit der Nation wieder in die strategische Offensive gegenüber der DDR zu gelangen, mag dort zweifellos die Einsicht beschleunigt haben, daß die nationale Einheit angesichts des langfristig fortdauernden Systemkonflikts als politisches Ziel endgültig (oder zumindest für absehbare Zeit) außer Reichweite geraten war. Gerade die in der sozialdemokratischen Doktrin der Einheit der Nation mitangelegte Strategie des "Wandels durch Annäherung" - und diese Strategie ist keine Unterstellung der Gegenseite, sondern offen erklärtes Ziel - mußte der DDR deutlich machen, daß eben nicht mehr nationale Politik auf der Tagesordnung stand, sondern eine Phase verschärfter, intensiverer Systemauseinandersetzung. Doch ebenso wie die Bonner "neue Ostpolitik" die Abkehr der DDR-Führung von gesamtdeut-

---

Forts. Anmerkung 136)

Die FAZ vorwurfsvoll: "Fast wurde die jüngste offizielle These der 'sozialistischen Nation' übernommen." (ebda.)

137) W.E. Paterson, The Ostpolitik and Régime Stability in West Germany, in: The Ostpolitik and Political Change in Germany (Hrsg. R. Tilford), S.40

schen Positionen beschleunigte[138], ebenso war diese Abkehr auch eine Besiegelung längst vollendeter objektiver Tatsachen und insofern keine voluntaristische Wende. Schon gar nicht war sie mit einer prinzipienlosen theoretischen Umformulierung verbunden, wie das verschiedentlich behauptet wird. Die klassenmäßige Betrachtung der Nation fiel den DDR-Theoretikern nicht etwa erst im Zuge der Abgrenzungspolitik der 70er Jahre ein, sondern ist Allgemeingut des Marxismus-Leninismus. "Die nationale Frage muß historisch und ökonomisch gestellt werden", schrieb Lenin.[139] Entsprechend ist auch die Unterscheidung in sozialistische und kapitalistische Nationen nicht neu.[140] Die Autoren von der F.-E.-Stiftung verlieren insofern jedes Maß, wenn sie behaupten, die SED sei seit den siebziger Jahren auf "eine völlig neue nationale Theorie"[141] übergeschwenkt.

---

138) Die Chronologie der Ereignisse spricht deutlich dafür: Noch 1968 nennt sich die DDR in ihrer neuen Verfassung "sozialistischer Staat deutscher Nation". Oktober 1969 verkündet Willy Brandt in seiner Regierungserklärung die Politik der "Einheit der Nation". Anderthalb Monate später betont Ulbricht, daß der Inhalt der "Lösung der Deutschlandfrage" heute nur in der Herstellung eines geregelten friedlichen Nebeneinanderlebens von DDR und BRD bestünde. Im Laufe des Jahres 1970 bildet sich in der DDR dann die Zwei-Nationen-Theorie heraus, wie sie auf dem VIII. Parteitag der SED 1971 bekräftigt wurde. (Vgl. dazu F.-E.-Stiftung, Die deutsche Nation..., bes. S. 28ff.)

139) W.I. Lenin, Werke, Ergänzungsband, (1896 - Oktober 1917), S. 317 (zit. nach H. Axen, Die Herausbildung der sozialistischen Nation, S. 296)

140) Dies bestätigt auch A. Martiny, Marxismus und nationale Frage, S. 1179

141) F.-E.-Stiftung, Die deutsche Nation..., S. 33.

Wenn die DDR in ihrer Politik der 50er und noch der 60er Jahre davon ausging, daß die Spaltung Deutschlands noch rückgängig zu machen sei, daß die deutsche Nation also insofern weiterexistiere, als noch politische Möglichkeiten gegeben seien, den Zustand der Spaltung und der weiteren Auseinanderentwicklung zu überwinden, so kann hieraus mitnichten der Schluß gezogen werden, die DDR habe damals, im Gegensatz zu heute, die nationale Frage losgelöst von der Frage der Gesellschaftsordnung, von der Klassenfrage verstanden. Alle Dokumente zur Wiedervereinigungspolitik der DDR betonen vielmehr, daß die Überwindung der Spaltung an soziale und politische Voraussetzungen gebunden ist.[142] Die zwitterhafte Nation, in der sich zwei antagonistische Sozialordnungen gegenüberstanden, war als Nation nur dadurch denkbar, daß ihre soziale Zwitterhaftigkeit noch deutliche Züge einer Übergangssituation, des historisch relativ kurzfristig Überwindbaren, des Provisorischen trug. Kurz, die nationale Frage war damals in der Tat noch "offen".[143]

Wenn die DDR also eine Politik der Offenhaltung der nationalen Frage betrieb, dann tat sie das von derselben ideologisch-theoretischen Position aus, von der aus sie heute zu dem Schluß gekommen ist, daß die Herausbildung zweier deutscher Nationen definitiv ist: eben von der Auffassung her, daß die Nation letztlich

---

142) "Die Überwindung des deutschen Imperialismus ist die Voraussetzung für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten" ("Nationales Dokument" von 1962, zit. nach F.-E.-Stiftung, a.a.O., S. 21).

143) "Unsere Partei hat sehr lange - und mit vollem Recht bis zur äußersten Grenze - an ihrem Ziel festgehalten, eine demokratische und fortschrittliche Entwicklung in ganz Deutschland zu erreichen und damit die imperialistische Politik der Spaltung Deutschlands zu durchkreuzen... Dieses Ziel konnte nicht erreicht werden." (H. Axen, Die Herausbildung der sozialistischen Nation, S. 293f.)

nicht losgelöst vom jeweiligen Gesellschaftstyp existieren kann: "Die Nation ist keine separate Einrichtung neben oder über der Gesellschaft... Die Nation hat daher auch keinen besonderen, außerhalb der kapitalistischen oder der sozialistischen Gesellschaft liegenden Inhalt."[144] Dies bedeutet, daß der Komplex der besonderen ethnischen Charakteristika nicht den bestimmenden Einfluß auf die Bildung und Entwicklung von Nationen hat, sondern nur eine abgeleitete, "sekundäre Strukturform"[145] gegenüber den historisch ausschlaggebenden Faktoren der Ökonomie, der Sozialstruktur, des staatlichen und ideologischen Überbaus darstellt. Auch nichtmarxistische Wissenschaftler bestätigen, daß bei der Entwicklung der Nationen die ethnischen Spezifika nicht die entscheidende Rolle spielen: "Identität und Charakter der Nationen sind ... weder durch ihre ethnische Zusammensetzung noch durch ihre Sprache ein für allemal gegeben, sondern geschichtlich geworden und geschichtlich veränderlich," schreibt auch R. Löwenthal 146) - eine Erkenntnis, die er dann allerdings nicht

---

144) A. Kosing, Theoretische Probleme der Entwicklung der sozialistischen Nation in der DDR, S. 249. Über die entscheidende Bedeutung der gesellschaftlichen Machtfrage sind sich durchaus auch bürgerliche Interpreten im klaren. Die FAZ beispielsweise fragt nach den Ursachen der vietnamesischen Wiedervereinigung und vergleicht die vietnamesiche mit der deutschen Situation: "Es ist nicht schwer zu sehen, warum hier (in Vietnam, O.C.) gelingt, was anderswo nicht geht. Vorausgegangen ist dieser Wiedervereinigung ein langer, bitterer Krieg, der mit einem totalen Sieg geendet hat. Anders als mit dem vollen Sieg der einen Seite hätte es keine Wiedervereinigung gegeben. Wir für unseren Teil hätten sie haben können um den Preis der Selbstaufgabe, der Übergabe aller Macht an den jeweils anderen Teil des gespaltenen Staates. Anders geht es nicht..." (FAZ v. 25.11.1975).

145) A. Kosing, Theoretische Probleme..., S. 247

146) R. Löwenthal, Nationalbewußtsein, Staat und Demokratie in der Bundesrepublik, S. 143f.

auf die deutsche Situation anwendet.[147]

Aus der historisch-materialistischen Auffassung der Nation ergibt sich unmittelbar auch die Unterscheidung zwischen Nation (als "in erster Linie das Resultat grundlegender ökonomischer und sozialer Entwicklungsprozesse und geschichtlicher Klassenkämpfe"[148]) und Nationalität (als Komplex ethnischer Eigenschaften und Züge, durch die sich die Nationen gleichen sozialen Typs voneinander unterscheiden). Als die DDR diese Unterscheidung seit Ende 1974 in ihrer nationalen Propaganda aufgriff - besonders bekannt wurde Honeckers Satz: "Staatsbürgerschaft - DDR, Nationalität - deutsch. So liegen die Dinge."[149] -, reagierte die Presse der Bundesrepublik darauf nahezu einhellig mit der Behauptung, mit der Lehre von den zwei Nationen bei gleichzeitig einer Nationalität habe sich die DDR vollends in eine ideologische Spitzfindigkeit verstiegen. Typisch etwa der Kommentar der "Zeit", die Ideologen der DDR hätten damit "einen Unterschied in die Welt gesetzt..., den es bisher nicht gab. Diese Theorie wurde erfunden, weil SED-Chef Erich Honecker es für opportun hielt, den DDR-Bürgern wenn schon nicht die deutsche Nation, so doch wenigstens die deutsche Nationalität zu belassen."[150]

---

147) "Die Formel von den zwei deutschen Staaten einer Nation entspricht... einer fortdauernden Identität." (ebda., S. 151f.)

148) H. Axen, Die Herausbildung der sozialistischen Nation..., S. 297

149) Bericht des Politbüros an die 13. Tagung des ZK der SED. Eine ausführlichere Ableitung zum Verhältnis von Nation und Nationalität gaben dann A. Kosing und W. Schmidt im "Neuen Deutschland" vom 15.2.75, S. 15.

150) Die Zeit v. 21.2.1975 (J. Nawrocki)

Tatsächlich findet sich die Unterscheidung von Nation und Nationalität schon bei K. Marx und F. Engels[151], und sie wurde z.B. in den 60er Jahren in der Sowjetunion ausführlich diskutiert.[152] Noch bemerkenswerter aber ist, daß sogar die bürgerliche Staatsrechtslehre die Unterscheidung zwischen dem Staatsvolk und dem "Volk im natürlichen Sinne" kennt, wobei letzteres eben als "Nationalität", als eine "unabhängig von Recht und Staat gegebene gesellschaftliche Gruppe" (R.v. Laun) definiert wird.[153] Von daher dürfte es an sich den bürgerlichen Theoretikern nicht schwer fallen, den von der DDR ins Spiel gebrachten Nationalitätenbegriff nachzuvollziehen. Neu an der Interpretation der DDR zur Lage der Nation(en) - und in der Tat für vorwissenschaftliches Denken nicht unmittelbar auf der Hand liegend - ist nur die These, daß sich im Fall von Deutschland Nationalität und Nation auch räumlich nicht mehr decken, indem auf der natürwüchsigen Grundlage ein und derselben Nationalität durch historische

---

151) Vgl. etwa MEW Bd. 21, S. 396. Der Einwand von A, Martiny, Engels habe unter Nationalitäten "ethnische Gebilde" und nicht, wie die Theoretiker der DDR heute, Komplexe "ethnischer Eigenschaften" verstanden, überzeugt nicht; der Sache nach geht es beide Male letztlich um dasselbe, nur daß sich die Nationalitäten als historisch ursprünglich besondere Gebilde im Rahmen der später entstehenden Nationen als höher entwickelter Gebilde in der Tat zu bloßen "Eigenschaften" relativieren. (Vgl. A. Martiny, Marxismus und nationale Frage, S. 1181). Vgl. insgesamt, wie auch zu diesem speziellen Problem, die ausführlichen Analysen zum Problem "Nation und Nationalität" bei A. Kosing, Nation in Geschichte und Gegenwart, S. 153ff.

152) Vgl. W. Schmidt, Nationalismus im Klassenkampf unserer Zeit, S. 207, Anm. 5, sowie A. Kosing, Nation in Geschichte und Gegenwart, S. 164.

153) Vgl. J. Hacker, Will die SED noch ein 'sozialistisches Deutschland' ? In: FAZ v. 9.1.1975.

Auseinanderentwicklung zwei Nationen entstanden sind; nicht neu ist die begriffliche Unterscheidung selbst. Und wenn man die begriffliche Unterscheidung von Nation und Nationalität exakt vornimmt, d.h. die Nation als den reicheren Begriff faßt, in welchem der Zusammenhang zur Gesellschaftsformation als entscheidendem historischen Bewegungsgesetz aufgehoben ist (im Unterschied zur Nationalität als eher passivem Material der Entwicklung), dann liegt in dieser theoretischen Bestimmung bereits die theoretische Möglichkeit, daß sich Nation und Nationalität räumlich nicht mehr decken. Eben diese Möglichkeit ist im Fall von BRD und DDR praktisch eingetreten.

Man kann sagen, daß das Verhältnis von Nationalität und Nation nicht von Anfang an in diesem Sinne von den Theoretikern der DDR gründlich durchdacht worden ist - so meinte man in der Tat früher "Nationalität" einfach mit "Zugehörigkeit eines Menschen zu einer Nation" definieren zu können[154] -, aber man kann nicht sagen, daß die neue Interpretation mit den klassischen marxistischen Grundlagen auf Kriegsfuß stünde. So findet man denn auch in der publizistischen Reaktion der Bundesrepublik auf die Doktrin der DDR vereinzelt respektvolle Töne. Von P.J. Winters wird die Differenzierung zwischen Nation und Nationalität nicht in der weit verbreiteten verachtungsvollen Art als "gequält" [155], als "Begriffsverwirrung" [156], als "Windigkeit"[157]

---

154) So noch 1973 im "Kleinen Politischen Wörterbuch", S. 442 (worauf J. Nawrocki voller Genugtuung hinweist in: Die Zeit v. 21.2.1975). Allerdings findet sich hier auch schon die prinzipiellere Trennung zwischen Nation und Nationalität, und zwar im Zusammenhang mit dem Mehrnationalitätenstaat, wo einzelne Nationalitäten nicht immer den Status einer Nation haben.

155) Die Zeit v. 21.2.1975

156) A. Martiny, Marxismus und nationale Frage, S. 1181

157) Die Welt v. 23.2.1975

"merkwürdige Rabulistik"[158] und Ausdruck "ideologische(r) Verlegenheit der SED"[159] abgetan, sondern als "differenziertere Betrachtungsweise"[160] ernstgenommen. Gerade Mangel an Differenzierungsvermögen hatte man ja ehedem der Zwei-Nationen-Lehre der DDR gemeint vorwerfen zu können. Man pflegte die Sache so darzustellen, als verdränge die Zwei-Nationen-Lehre aufgrund ihrer klassentheoretischen Sichtweise in Bausch und Bogen jegliche noch vorhandenen Gemeinsamkeiten zwischen BRD und DDR. Auch die "Materialien" 1974 griffen die Zwei-Nationen-Lehre genau in diesem Punkt an: "Durch die Erhebung der Klasseninteressen zum Maßstab der politischen Ordnungsvorstellungen der Nation schlechthin kann eine Differenzierung verschiedener Dimensionen sozialer Prozesse in solche politischer und vorpolitischer Bedeutung nicht zugelassen werden."[161] Wurde diese Kritik schon zum Zeitpunkt ihrer Formulierung der Dialektik des marxistischen Nationenbegriffes prinzipiell nicht gerecht - davon, daß für die marxistische Theorie die "Differenzierung einer Bevölkerung in soziale Klassen... stets auch schon eine Differenzierung eines Volkes in verschiedene Nationen"[162] bedeutete, wie die "Materialien" ihren Vorwurf an anderer Stelle umschreiben, kann überhaupt nicht die

---

158). U. Neuhäußer-Wespy, Die SED und die Historie. Probleme und Aspekte der gegenwärtigen Umorientierung in der Geschichtswissenschaft der DDR, S. 44.

159) ebda.

160) P.J. Winters in FAZ v. 17.2.1975. Dieser Artikel hält sich sichtlich zurück vor einer vorschnellen Geringschätzung der DDR-Doktrin.

161) "Materialien" 1974, S. 1110

162) ebda., S. 1084

Rede sein[163] -, so stößt sie seit der Prägung der Formel von den zwei Nationen deutscher Nationalität vollends ins Leere. Denn mit dieser Formel wird ja gerade die Differenzierung zwischen "politischer" und "vorpolitischer" Dimension, um mit den "Materialien" zu sprechen, auf den Begriff gebracht (zugleich aber betont, welche Dimension dabei die letztlich ausschlaggebende ist).

Während die DDR also über eine durchaus systematische Interpretation der nationalen Situation in beiden deutschen Staaten verfügt, ist die offizielle bundesdeutsche Doktrin von der Einheit der Nation bei den bürgerlichen Forschern schon im Ansatz heftig umstritten, was nur Ausdruck ihrer prinzipiellen Widersprüchlichkeit und Verschwommenheit ist. Die "Materialien" erklären gar, es gebe "wissenschaftstheoretisch gesehen keine allgemeingültige Definition des Begriffs der Nation. 'Nation' besitzt vielmehr (! - O.C.) einen weiten Begriffsumfang und -inhalt. Es handelt sich beim Begriff der Nation um ein Konstrukt, das die Forderung nach durchgängiger Konstanz, vollkommener Bestimmtheit der einzelnen Merkmale und, vor allem, einer unzweideutigen sprachlichen Bezeichnung nicht erfüllen kann."[164] Ebensosehr, wie hier die Behauptung befremdet, weil "Nation" eine relativ hohe und umfassende Abstraktion sei, könne sie nicht wissenschaftlich definiert werden, ebensosehr muß man sich wundern, wie die herrschende Lehre in der Bundesrepublik auf solch nebelhafter wissenschaftlicher Grundlage dann eigentlich zu der so apodiktisch behaupteten These von der Einheit der deutschen Nation gelangen kann.

---

163) Die bekannte marxistische Redeweise von den antagonistischen Grundklassen als den "zwei Nationen" innerhalb einer Nation ist metaphorisch zu verstehen. Vgl. A. Kosing, Theoretische Probleme der Entwicklung der sozialistischen Nation in der DDR, S. 242.

164) "Materialien" 1974, S. 1083

So drängt sich immer von neuem der Eindruck auf, daß die "Einheit der Nation" lediglich ein politischer Kampfbegriff ohne solides Fundament ist. Insofern verdient nicht er das Hauptinteresse, sondern vielmehr die praktische Politik, die durch diese Doktrin legitimiert werden soll. Es ist die Politik des "Wandels durch Annäherung", die wir schon näher beschrieben haben.

Kapitel 3

DIE DDR-FORSCHUNG: ENTSTEHUNG UND ENTWICKLUNG, FUNKTIONEN UND INSTITUTIONEN

1. Ostforschung, Kommunismusforschung, DDR-Forschung: Tradition und Evolution

Wenn auch die DDR-Forschung im engeren Sinne eine jüngere Erscheinung ist, die es zu einer relativen Eigenständigkeit gegenüber der traditionellen deutschen Ostforschung gebracht hat, so steht sie doch in einem objektiven Zusammenhang mit dieser, ist aus ihr heraus entstanden, hat Funktionen übernommen, die vormals die Ostforschung erfüllte, bildet dieser gegenüber also durchaus ein Moment der - wenn auch nicht geradlinigen - Kontinuität. Die Tatsache, daß heute DDR-Forschung einerseits und herkömmliche Ostforschung andererseits in einem gewissen Konkurrenzverhältnis zueinander stehen, darf nicht über diese tieferliegende Kontinuität hinwegtäuschen. Um daher zu einem besseren Verständnis der Problematik der DDR-Forschung, ihres Entstehungszusammenhangs, ihrer Einbettung in das Feld der Politikberatung und der Strategieplanung und nicht zuletzt der in ihr wirksamen politisch-ideologischen Beharrungskräfte zu gelangen, geben wir im folgenden zunächst einen Abriß der Ostforschungs-Tradition.

Von ihrer Geburtsstunde an stand die deutsche Ostforschung im Dienst imperialistischer Expansionspolitik. 1913 wurde eine "Deutsche Gesellschaft zum Studium Rußlands" gegründet, die sogleich ihre Tätigkeit auf der Grundlage der Kriegsziele des Deutschen Reichs entfaltete.[1] Der Geist, der damals herrschte, wird in dem öffentlichen Ausspruch eines "alldeutschen"

---

1) Vgl. R. Goguel, Über Ziele und Methoden der Ostforschung, in: Ostforschung und Slawistik, Kritische Auseinandersetzungen, Berlin 1960, S. 18ff.

Professors aus dem Jahre 1915 spürbar: "Breitere und sichere Grundlagen für unser Bestehen sind ohne Ausdehnung unserer Macht nach dem Osten nicht zu gewinnen. Der Russe muß zurück hinter Ladoga, Peipus, Beresina und Dnjepr."[2] Nach der Kriegsniederlage Deutschlands stellte besagte Russland-Gesellschaft ihre Tätigkeit ein, fand jedoch Nachfolger in den Osteuropa-Instituten in Breslau, Königsberg und Berlin. Zwar gab es in der Ostforschung der Weimarer Republik durchaus Fürsprecher einer Verständigungs- und Friedenspolitik gegenüber Sowjetrußland - so schrieben z.B. in der 1925 gegründeten Fachzeitschrift "Osteuropa" auch prominente sowjetische Autoren[3] -, am Ende stand dann aber doch wieder die Unterordnung unter die Eroberungsstrategie der herrschenden Kräfte Deutschlands. Zunächst waren es unter anderem die "Ostpolitischen Beratungen" des "Deutschen Schutzbundes für das Grenz- und Auslandsdeutschtum" in den Jahren 1927 und 1928, auf denen Großindustrie, Großagrarier und Weimarer Staatsbürokratie ihre Pläne für die "Neuordnung Europas" entwickelten.[4] Dann wurde aus diesen Plänen wirkliche Praxis, und die deutsche Ostforschung marschierte in die "dunklen Jahre der Anpassung an das nationalsozialistische Regime".[5] Die Tätigkeit der Ostforschungs- (bzw. Südosteuropa-) Institutionen erschöpfte sich fortan nicht allein im Sammeln von Informationen über das ökonomische Potential der Zielgebiete, sondern bekam auch Züge direkter organisierter

---

2) Zit. nach K.H. Roth/N. Neumann/H. Leib, Invasionsziel DDR. Vom Kalten Krieg zur Neuen Ostpolitik, S. 15

3) Vgl. die Wiederabdrucke im Jubiläumsheft "50 Jahre Osteuropa", osteuropa 8-9/1975

4) Vgl. K. H. Roth u.a., Invasionsziel DDR, S. 16

5) D. Geyer in einer Besprechung des genannten Jubiläumshefts von "osteuropa", in: FAZ v. 6.11.1875

Spionage. In den Ländern mit deutschen Minderheiten waren Beauftragte der Ostforschungs-Institute unmittelbar mit dem Aufbau von Spionageorganisationen betraut. Die gesamte Tätigkeit wurde gesteuert vom Reichssicherheitshauptamt; die Ostforschungseinrichtungen waren ihm, über die Koordinationsstelle der "Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft", unterstellt. Die Verquickung von Forschung und Geheimdiensttätigkeit wurde später noch verstärkt mit der Gründung des "Wannsee-Instituts", das sich im Verlauf des Krieges zur Zentrale für alle nachrichtendienstliche Tätigkeit der Ostforschung entwickelte.[5a)] Übrigens bediente sich auch das Militär, speziell die von Gehlen geleitete Abteilung Fremde Heere Ost, in steigendem Maße der ostwissenschaftlichen Recherchen, wie aus dem Bericht "Pullach intern" von Höhne und Zolling hervorgeht: "Neben dem Forschungsdienst Ost wußte Gehlen noch andere Institute und Sammelstellen der SS zu nutzen. Das... Wannsee-Institut, die Reichsstiftung für Länderkunde, die Publikationsstellen Wien, Dahlem, Frankfurt/Main, die Forschungsstelle Orient, das Havel-Institut - ihre Materialien kamen auch der FHO zugute."[6)]

Die Verquickung von Geheimdienst und Ostforschung war 1945 keineswegs zuende. Gerade die Organisation Gehlen, die nun unter amerikanischer Schirmherrschaft rekonstruiert wurde und später (1956) zum offiziellen Bundesnachrichtendienst avancierte, wurde zu einer der Auffangstellungen der Ostexperten.[7)] Der rasch einsetzende Kalte Krieg war Rechtfertigung genug für diese neuerliche

---

5a) Vgl. hierzu insgesamt J. Mader, Hitlers Spionagegenerale sagen aus, Berlin 1970

6) Höhne/Zolling, Pullach intern, Hamburg 1971, S.90f.

7) Die 1946 gegründete "Organisation Gehlen" "rekurierte sich im wesentlichen aus früheren Mitarbeitern der Abteilung 'FHO' (Fremde Heere Ost, O.C.)" (FAZ v. 2.4.1977). Vgl. auch T. Walde, ND-Report - Die Rolle der geheimen Nachrichtendienste im Regierungssystem der BRD, München 1971, S. 76ff.

Zusammenarbeit. Die alten diskreditierten Ostexperten machten sich unentbehrlich mit ihren Kenntnissen über die osteuropäischen Länder und ihren Erfahrungen im ideologischen Kampf. Die geheimen Nachrichtendienste, schon frühzeitig wieder in festen Positionen, waren behilflich mit Geld, Beziehungen und Fürsprache bei den staatlichen Stellen.[8)]

Mit der Gründung der DDR bekam die geschilderte Aufgabenstellung der Ostwissenschaft eine neue Konkretion: es ging um die "Rückgewinnung" der DDR. Um hierfür alle Vorbereitungen zu treffen, wurde 1952 beim Gesamtdeutschen Ministerium der "Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands" gegründet. In der Gründungsrede erklärte der damalige Minister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser: "Es liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß dieser Tag 'X' rascher kommt, als die Skeptiker zu hoffen wagen. Es ist unsere Aufgabe, für alle Probleme bestmöglich vorbereitet zu sein... Grundsätzlich wird es darauf ankommen, in der Sowjetzone die Gedanken des Rechts und der Freiheit im Geiste abendländischer Kultur zu verwirklichen."[9)] Im "Forschungsbeirat" fand sich praktisch ein repräsentativer Querschnitt der gesamten bundesdeutschen Elite aus Wirtschaft, Politik und Ostforschung zusammen: Vertreten waren die wichtigsten Unternehmerverbände, einschließlich der "Interessengemeinschaft der in der Zone enteigneten Betriebe", die bürgerlichen Parteien, Flüchtlingsverbände und Landsmannschaften; auch DGB und DAG hatten sich in dieser "Konzertierten Aktion" angeschlossen.

Zum Kreis der Forscher zählten so vorbelastete Experten wie Prof. Dr. Georg Blohm, der bei der Okkupation Polens

---

8) Siehe auch Haagen, Der heimliche Krieg auf deutschem Boden seit 1949, Düsseldorf-Wien 1969, S. 50

9) Zit. nach K.H. Roth, Invasionsziel DDR, S. 17

einschlägige agrarpolitische Erfahrungen gesammelt hatte, Dr. Hans Boeckh, mit ähnlicher Qualifikation aus der Zeit der Besetzung der Niederlande, Prof. Dr. Werner Bosch, ehemals Leiter in der Wirtschaftsinspektion in der besetzten Sowjetunion, Dr. Hanns Gareis, im besetzten Polen Abteilungsleiter im "Generalgouvernement" in Krakow, Prof. Dr. Karl C. Thalheim, ab 1938 Leiter des Weltwirtschafts-Instituts in Leipzig.[10] Diese geradezu provozierende historische Kontinuität kam auch bei den Vorsitzenden des "Forschungsbeirats" zum Vorschein: Friedrich Ernst begann seine Karriere 1935 als "Reichskommissar für das Kreditwesen" und sezte sie 1939 als "Reichskommissar für die Verwaltung des Feindvermögens" fort. Johann B. Gradl, der ihn 1958 im Vorsitz ablöste, hatte im Dritten Reich hohe Positionen in der "Reichsgruppe Banken" inne.[11]

Der "Forschungsbeirat" entwickelte detaillierte Pläne für die wirtschaftliche und politische Restauration der Verhältnisse in der DDR. Anfangs hielt man hierfür noch ein "Sofortprogramm" für praktikabel, im weiteren Verlauf der 50er Jahre sah man sich jedoch gezwungen, den geplanten Restaurationsprozeß in mehrere Etappen zu gliedern. An die Stelle einer abrupten Reprivatisierung der Eigentumsverhältnisse sollten Übergangsformen treten: zunächst eine "Modifizierung der VEB", ihre Ausgliederung aus dem zentralen Planungsapparat mit dem Ziel, aus ihnen "rechtlich und wirtschaftlich selbständige Unternehmen"[12] zu machen; im nächsten Schritt dann sollten die "Eigentumsprätendenten", sprich die alten Eigentümer, durch sogenannte "Betriebsnutzungsver-

---

10) Vgl. K.H. Roth, Invasionsziel DDR, S. 47, Anm. 6; zu Thalheim siehe auch FAZ v. 24.5.1975: "Karl C. Thalheim 75 Jahre". Roths Angaben sind, soweit wir sehen, von den in Frage stehenden Forschern nie dementiert worden.

11) Vgl. K.H. Roth, Invasionsziel DDR, S. 25

12) Dritter Tätigkeitsbericht 1957/1961, S. 166

träge" wieder in besondere Positionen gelangen. Von da bis zur "Geltendmachung von Eigentumsansprüchen an in VEB befindlichen Vermögenswerten"[13] war es dann nicht mehr weit. Die am meisten ausgereifte Gestalt erhielten diese Restaurationspläne im 1965 veröffentlichten Tätigkeitsbericht. Später erlegte man sich im Zuge der "Neuen Ostpolitik" ein höheres Maß an Zurückhaltung auf; Restaurationsabsichten traten nun nur noch in der objektivierten, geläuterten Form von Konvergenzerwartungen offiziell in Erscheinung. Der Tätigkeitsbericht von 1969 sieht nun plötzlich Wege, "die zu einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kooperation, zur Wiederannäherung und schließlich zum Zusammenwachsen... führen können."[14]

Wenn der "Forschungsbeirat" auch lange Zeit das Zentrum ostwissenschaftlichen Engagements bildete, so war seine Aufgabe doch zu eng begrenzt, als daß er allen weiteren Erfordernissen hätte genügen können. Seit Anfang der 60er Jahre insbesondere, als an der Stabilität der sozialistischen Länder kaum mehr zu zweifeln war, begann ein bemerkenswerter Ausbau der "Kommunismusforschung". 1961 wurde in Köln das staatliche "Bundesinstitut zur Erforschung des Marxismus-Leninismus (Institut für Sowjetologie)" gegründet. Wie sein Name schon andeutet, war ihm ein vergleichsweise umfassender Auftrag zugeteilt, mit besonderem Schwerpunkt auf der ideologischen Auseinandersetzung. Bei der Gründung des Bundesinstituts wurden namentlich folgende Forschungsaufgaben genannt:

"1. Erfassung und Analyse wissenschaftlicher Erkenntnisse, die für die Auseinandersetzung zwischen Ost und West von Bedeutung sind;
2. Systematische wissenschaftliche Durchdringung der marxistisch-leninistischen Lehre sowie des dialektischen und historischen Materialismus durch eigene

---

13) ebda., S. 171

14) Zit. nach R. Graf, Ein Konkurs besonderer Art, S. 61

Forschung oder durch Erteilung von Forschungsaufträgen;

3. Erforschung der kommunistischen Weltbewegung in- und außerhalb des Ostblocks... unter besonderer Berücksichtigung der Problematik der afrikanischen und asiatischen Entwicklungsländer".[15]

Zu den Neugründungen gehörte ferner 1962 das Seminar für Wirtschaft und Gesellschaft Osteuropas an der Münchener Universität, 1963 die "Studiengesellschaft für Fragen mittel- und osteuropäischer Partnerschaft", Wiesbaden, 1965 das Erlanger "Institut für Gesellschaft und Wissenschaft in Mitteldeutschland"; 1967 begann man in Tutzing mit der Abhaltung regelmäßiger DDR-Forscher-Tagungen; 1969 wurden durch die Gründung des "Gesamtdeutschen Instituts - Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben" verschiedene Splitter-Institutionen zusammengefaßt.

Mit diesem Ausbau der ostwissenschaftlichen Kapazitäten ging ein Wandel des fachwissenschaftlichen Profils einher. Politikwissenschaftliche und soziologische Ansätze bekamen die Oberhand über die bis dahin dominierenden geschichts- und "geistes"wissenschaftlichen (oft auch im Rahmen der Slawistik betriebenen) Methoden. Dies hatte seinen Grund nicht nur einfach in der zu jener Zeit allgemein zu beobachtenden Expansion der politologischen und Sozialwissenschaften; die neuen Realitäten im Ost-West-Verhältnis, die schon die Strategie des frontalen "roll back" zum Scheitern gebracht hatten, verlangten auch in der Ost- bzw. Kommunismusforschung nach neuen Fragestellungen und Methoden. Hier nun erwiesen sich die Herangehensweisen der hergebrachten Ostforschung als unzureichend. Legte man es früher in starkem Maße nur auf eine ideologisch effektvolle Schwarzweißmalerei an, so bedurfte es jetzt soliderer Informationen über den Entwicklungsstand der sozialistischen

---

15) Zit. nach K. Zeisler, Genesis und Funktion der imperialistischen 'Kommunismusforschung', S. 1164

Systeme. War man früher stark an Phänomenen der politischen und ideologischen Sphäre fixiert, so knüpfte man jetzt Hoffnungen auf "Transformationen" an soziale Prozesse. Betrachtete man früher, in der Tradition des deutschen Geschichtsidealismus, die Wirklichkeit des "Ostens" als eine schlechthin einzigartige, mit nichts zu vergleichende Welt, so lag unter den veränderten Bedingungen den Kommunismusforschern daran, über den Nachweis allgemeingültiger gesellschaftlicher Gesetzmäßigkeiten den letztendlichen Untergang dieser Welt abzuleiten. Hatte die traditionelle Ostforschung ein eher statisches Bild von der sozialistischen Wirklichkeit gehegt, so konnte nunmehr der sich real vollziehende gesellschaftliche Wandel nicht länger ignoriert werden, wie er zugleich auch zur einzig übrigbleibenden Chance wurde, daß der "Westen" am Ende doch noch zu seinem Ziel komme. Dazu brauchte man ein gesellschaftstheoretisches Modell, das nicht wie das alte Totalitarismus-Modell "innerhalb des Systems keine Veränderung möglich" erscheinen läßt, so daß "nur seine Zerstörung von außen durch überlegene Kräfte" als Möglichkeit bleibt, sondern "ein dynamisches Modell", das "für verschiedene denkbare Zukunftsentwicklungen und Tendenzen offenstehen oder sogar auf sie gerichtet" sein muß. 16)

Solchen neuen methodischen und ideologischen Anforderungen waren viele der Ostforscher alten Zuschnitts nicht gewachsen. Das lag teilweise an der einseitig "geisteswissenschaftlichen" Qualifikation, die sie mitbrachten, teilweise an ihrem Verhaftetsein in

---

16) R. V. Burks, Neue Wege der Kommunismusforschung in Amerika, S. 402.

irrationalen "Abendland"-Ideologien[17], teilweise auch direkt an ihrem persönlichen Horizont: viele von ihnen stammten selbst aus osteuropäischen Ländern und lebten nun in der Ostforschung ihre Verbitterung aus. Das mochte in der Phase des Kalten Kriegs noch eine hinreichende Voraussetzung sein, genügte nun aber nicht mehr, wo es darum ging, neue Konzepte zu entwickeln. Fritz Schenk schrieb gewissermaßen im Namen dieser Gruppe von Ostforschern: "... wir haben zu konzedieren, daß es sich hier für uns 'Ehemalige' vielleicht um ein echtes psychologisches Problem handelt, und wir haben uns gleichzeitig zu fragen, ob uns die in unangenehmen Erlebnissen wurzelnde Anti-Haltung zum Kommunismus vielleicht den Blick für politisch bedeutende Veränderungen versperrt".[18] Und für den amerikanischen Bereich weist M. Parenti auf den charakteristischen Umstand hin, daß es sich bei den zahlreichen osteuropäischen Emigranten und oft auch Ex-Kommunisten unter den Ostforschern - Parenti erwähnt Z.K. Brzezinski und B. Wolfe - gewöhnlich um Leute handelt, "die scharf antisowjetisch eingestellt waren lange bevor sie sich entschlossen, Sowjetforscher zu werden."[19] Freilich, das zeigen

---

17) Vgl. solche Schriften wie H. Aubin, Der deutsche Osten und das Abendland, München 1953; W. Markert, Osteuropa und die abendländische Welt, Göttingen 1966. Dysfunktional mußte auch ein Standpunkt wie der des Marxismus-Experten und Jesuitenpaters G.A. Wetter werden, "daß es sich im titanischen Weltenringen der Gegenwart letztlich nicht um einen Kampf... zwischen Kapitalismus und Kommunismus" handele, sondern zwischen Kommunismus und Kirche (Der dialektische Materialismus, Freiburg 1956; zit. nach K. Zeisler, Genesis und Funktionen,... S. 1178).

18) F. Schenk, Zwei Richtungen in der Ostforschung, S. 259

19) M. Parenti, The Anti-Communist Impulse, S. 79 (Übers. O.C.). Vgl. H. König, Ostforschung - Bilanz und Ausblick: "Mit der zweiten Welle (von osteuropäischen Emigranten, O.C.) erst kamen die bewußten und engagierten Antikommunisten." (S. 796)

auch bereits Parentis Beispiele, mußte ein derartiges pesönlich-politisches Profil keineswegs immer hinderlich für eine kontinuierliche Karriere als Kommunismusforscher, über alle Paradigma-Umbrüche hinweg, sein. So war es auch in der Bundesrepublik für alle diejenigen Ostexperten keine Schwierigkeit, ihren führenden Einfluß über die 60er Jahre und in die 70er Jahre hinein zu bewahren, die zu einer gewissen methodischen Vielseitigkeit befähigt waren: "In Lehre und Tätigkeit von unverwechselbaren Persönlichkeiten wie Boris Meissner, Richard Löwenthal, Klaus Mehnert usw. greifen Ostrechtsforschung, Osteuropakunde und politische Wissenschaft schon seit langem in einander über." 20)

Gleichwohl wurde, insgesamt gesehen, die herkömmliche Ostforschung im Laufe der 60er Jahre zunächst einmal in den Hintergrund gedrängt von der aufstrebenden Kommunismusforschung. Zwischen beiden Strömungen bestand auch lange Zeit ein recht entfremdetes Verhältnis, das bis heute noch nicht gänzlich überwunden scheint. "Wir diskutieren vielleicht Dinge, die den wissenschaftlichen Nachwuchs nicht mehr interessieren", klagte vor nicht langer Zeit ein Ostforscher. Und: "... an den Universitäten ist eine neue Generation von Politologen nachgewachsen, die eine andere Sprache spricht."[21] Die gleiche Situation entstand in den USA: "... leider haben lange Zeit hindurch von denen, welche sich mit den kommunistischen politischen Systemen befaßten, die methodologischen Neuerungen ignoriert, die von den Politikwissenschaftlern entwickelt wurden. Eine breite Kluft zwischen diesen beiden Gruppen von Gelehrten tat sich auf."[22] Zugleich war nun die systematische

---

20) H. König, Ostforschung - Bilanz und Ausblick, S. 794

21) ebda.

22) R.E. Kanet, Neue Tendenzen in der amerikanischen Kommunismusforschung, S. 245

Kommunismusforschung als Strategieberaterin bei den politischen Führungskreisen weit stärker gefragt als die einigermaßen konzeptionslose herkömmliche Osteuropaforschung.[23] Das beweist schon ein flüchtiger Blick auf die außenpolitischen Spitzenberater in den USA der 60er Jahre, die wissenschaftlich-ideologische allesamt zu den Vertretern und teilweise auch Begründern der modernisierten Kommunismusforschung gehören: George F. Kennan, Walt W. Rostow und John K. Galbraith, führende Konvergenz. bzw. Industriegesellschaftstheoretiker, hatten alle hohe Beraterfunktionen in der Kennedy-Regierung, Z.K. Brzezinski, Mitbegründer der Evolutionstheorie, gehörte unter Johnson zum Planungsstab und ist nunmehr Sicherheitsbeauftragter unter Präsident Carter[24], usw.[25] Auch wenn die Verflechtung von Wissenschaft und Politik in der Bundesrepublik nicht diesen Grad erreicht hat, so geht die Tendenz doch auch hier in die Richtung, daß die sozialwissenschaftliche, auf der Industriegesellschafts-Doktrin basierende Kommunismusforschung als Potential der Politikberatung favorisiert wird. In den Kreisen der traditionellen Ostforschung wird dementsprechend über den "Rückgang der Konsultation von Ostwissenschaftlern durch die Politiker" geklagt.[26] Es muß allerdings sogleich hinzugefügt werden, daß dieser Bedeutungsrückgang der Ostforschung so dramatisch nicht

---

23) Kanet charakterisiert deren Methode u.a. als "impressionistisches Herangehen" (ebda., S. 241). H. König bestätigt sogar ausdrücklich: "Die Ostforschung... hat keine eigene Methodologie und kann sie auch gar nicht haben." (Ostforschung - Bilanz und Ausblick, S. 791)

24) Vgl. etwa FAZ v. 18.12.1967 ("Carters Falke")

25) Vgl. zusätzlich auch G. Rose, Konvergenz der Systeme ..., S. 35ff.

26) H. König, Ostforschung..., S. 799

ist; wie wir weiter unten noch darlegen werden, spricht vieles dafür, daß ihr Einfluß nur relativ, gegenüber den neu hinzugekommenen Strömungen, nicht aber absolut zurückgegangen ist.

Etwas anders liegen die Dinge im speziellen Bereich der DDR-Erforschung. Hier war von Anfang an das Engagement der klassischen deutschen Ostforschung geringer, so daß sich schon frühzeitig die verschiedensten Disziplinen, namentlich Sozial- und Politikwissenschaft, auf diesem Felde ausbreiteten. So ist die "Verzahnung der DDR-Forschung mit der Ostforschung ... bis heute peripher" geblieben.[27] Dieser Umstand ersparte der DDR-Forschung einige besonders irrationale Auswüchse und verschaffte der moderneren Strömung einen leichteren Durchbruch. Die traditionelle Ostforschung konnte infolge ihrer Osteuropa-Orientierung (in der die DDR nicht miteingeschlossen ist) den wachsenden Bedarf nach Forschungen über die DDR in den 60er Jahren gar nicht decken, so daß der nachrückenden Forschergeneration hier von vornherein günstigere Entfaltungsmöglichkeiten offenstanden. Gleichwohl vollzog sich auch dieser Wandel alles andere als konfliktlos. Wie wir bereits anhand des 'Forschungsbeirats für Fragen der Widervereinigung Deutschlands" sahen, hatten sich ja in den 50er Jahren durchaus etliche Ostforscher der alten Schule der Beschäftigung mit der DDR zugewandt; ihr Einfluß war zusätzlich noch dadurch potenziert, daß sie einflußreiche Positionen an Universitäten und selbständigen Instituten innehatten.

So dominierte in den 50er Jahren und auch noch einige Zeit darüber hinaus eine erbaulich-kämpferische "Schwarweißmalerei"[28] in Sachen DDR bzw. "Ostzone":

---

27) ebda., S. 790

28) P.C. Ludz, Situation, Möglichkeiten und Aufgaben der DDR-Forschung in der Bundesrepublik, S. 153

"Mit einer Fülle von Material suchte die unmittelbar angesprochene Wissenschaftlergeneration die Unterlegenheit des politischen Gegenspielers zu beweisen".[29] Die Behandlung der DDR als ein Forschungsobjekt, das gar "nicht sein darf", wie E. Richert es in einem später erschienenen Buch apostrophiert[29a], verbaute im Grunde von vornherein eine ernsthafte wissenschaftliche Beschäftigung. Auch die Akribie und Nüchternheit der Arbeiten des "Forschungsbeirats" war nicht gesellschaftswissenschaftliche Forschung im eigentlichen Sinne, denn sie gründete sich auf das doppelte Vorurteil von der eigenen ordnungspolitischen Überlegenheit und der Nichtswürdigkeit und Vergeblichkeit der Entwicklung auf der Gegenseite. Die gesellschaftlichen Erscheinungen in der DDR waren nur interessant als Objekte der früher oder später zu erwartenden Liquidierung, mithin an und für sich uninteressant.

Diese Ausrichtung der "DDR-Forschung" (der Name sollte erst einige Jahre später aufkommen) verfehlte seit den frühen 60er Jahren zunehmend die neuen politischen Realitäten, ebenso wie sie von den jüngeren Forschern als wissenschaftlich unbefriedigend empfunden wurde. "Der Konflikt zwischen denen, die aus persönlichem Engagement und mit tatkräftiger Unterstützung offizieller Stellen die DDR-Forschung in den Jahren des Kalten Kriegs getragen haben, und einer Anfang der sechziger Jahre noch kleinen, inzwischen jedoch beachtlichen Gruppe von Soziologen, Politologen und Historikern, die die DDR-Forschung für sich weitgehend als freies Feld der Wissenschaft entdecken, war unausweichlich."[30]

---

29) L. Auerbach, DDR-Forschung im Spannungsfeld der Politik, S. 325

29a) E. Richert, Das zweite Deutschland, Ein Staat, der nicht sein darf, Gütersloh 1964

30) W. Malbaum, Konzeptionen und Schwierigkeiten der DDR-Forschung, S. 3

Dieser Konflikt betraf mehrere Aspekte: Er entzündete sich zunächst einmal an den "stark divergierenden politischen Einschätzungen des Gebildes DDR"[31], womit Ludz allerdings weniger auf die Frage der positiven oder negativen Bewertung der DDR anspielt - über die nach wie vor weitgehende Einigkeit bestand - als vielmehr auf die Frage der Funktionstüchtigkeit, der Stabilität und Lebensfähigkeit der politischen und gesellschaftlichen Ordnung der DDR als solcher. Die alten Repräsentanten der DDR-Forschung waren nur sehr zögernd bereit, sich der Tatsache dieser Funktionstüchtigkeit und Stabilität zu stellen, während die jüngeren Forscher einem Realismus zuneigten, wie er um dieselbe Zeit auch bei Politikern der SPD keimte, und dem das Ziel vorschwebte, "die Realitäten zu überwinden trotz der Realitäten."[32]

Den konfligierenden Enschätzungen der Systemstabilität und -dynamik entsprach ferner ein weites Feld von Meinungsverschiedenheiten über die zu bevorzugenden theoretischen Leitkonzeptionen, Fragestellungen und Methoden. Im Endergebnis setzte sich hier die Industriegesellschaftskonzeption als allgemein theoretisch-ideologische Grundlage durch (die freilich wiederum recht verschiedenartigen Ansätzen Platz bietet); dagegen büßten das stark institutionenbezogene herkömmliche Totalitarismusmodell wie auch der neoliberalistische Ansatz der "Zentralverwaltungswirtschaft" (K.P. Hensel) an Bedeutung ein.[33]

---

31) P.C. Ludz, Situation, Möglichkeiten und Aufgaben..., S. 159

32) Egon Bahr, zit. nach H. Portisch, Die deutsche Konfrontation, S. 60

33) Vgl. die distanzierten Bemerkungen von Ludz, in: Situation, Möglichkeiten und Aufgaben..., S. 156. Zur Totalitarismustheorie siehe unten, Kapitel V.

Ein weiterer Streitpunkt betraf die Frage des öffentlichen Auftretens der DDR-Forschung. Manche Vertreter der älteren Garde befürworteten ein unmittelbares propagandistisch-politisches Engagement der DDR-Forschung im Sinne der Einwirkung auf die DDR.[34] Dagegen wandten sich insbesondere Carola Stern und P.C. Ludz. Sie warnten vor dem Image-Verlust, den eine solche unseriöse Vermischung von Wissenschaft und Politik, von Analyse und propagandistischer Einmischung sowohl für die DDR-Forschung selbst wie auch für die gerade anlaufende neue Ostpolitik unweigerlich nach sich ziehen würde. Diese DDR-Forscher fanden, daß es an der Zeit sei, ihre Forschungsdisziplin vom Odium des Kalten Kriegs zu befreien. Ludz hatte sogar auch Veranlassung zu der Warnung, die DDR-Forschung möge sich von "den Methoden und Mitteln der Nachrichtendienste"[35] fernhalten. Aus der gleichen Sorge um den guten Ruf und die Seriosität der DDR-Forschung heraus kritisierte Ludz den rüden Kampf-Stil mancher Veröffentlichungen; so schrieb er über ein Buch des "Forschungsbeirat"-Mitglieds Bruno Gleitze: "... Demgegenüber erstaunt die bisweilen äußerst polemische Diktion des Verfassers. Sie trägt dazu bei, daß seine wissenschaftlich vertretbaren Aussagen in einem falschen Licht erscheinen."[36] Ähnliches muß sich der Verfasser eines Werkes über die Nationale Volksarmee der DDR sagen lassen: "Kritisch sei hier angemerkt, daß diese

---

34) Etwa E. Förtsch, der "Lösungsvorschläge an die Adresse der DDR... offerieren" wollte (Deutschland-Archiv 2/1968, S. 149).

35) P.C. Ludz, Aktuelle oder strukturelle Schwächen der DDR-Forschung?, S. 256

36) P.C. Ludz, Situation, Möglichkeiten und Aufgaben..., S. 156

Pauschalurteile im Widerspruch zu der vorangegangenen differenzierenden und sachlichen Untersuchung stehen. Es scheint, daß Begriffe wie 'Freier Westen' und 'totalitäres System des Ostens' auch für den 'unzuverlässigen' NVA-Angehörigen an Bedeutung verloren haben."[37] Dieses letzte Zitat belehrt uns im übrigen sinnfällig, daß Ludz' Plädoyer für die Versachlichung der DDR-Forschung gerade auch um deren ideologischen Wirksamkeit willen, keineswegs aus dem Wunsch nach politischer Enthaltsamkeit schlechthin, erfolgt. Auch in den 70er Jahren sind solche taktischen Ermahnungen immer wieder zu hören. So bekannte sich etwa H. Weber zu dem Ziel der DDR-Forschung, "auf das Klima der DDR einzuwirken", was aber voraussetze, daß die DDR-Forschung "den zweifelhaften Ruf ..., ein Produkt des 'kalten Krieges' zu sein", überwinde. "Daher muß sie... jeden Propagandaverdacht vermeiden."[38]

Mittlerweile haben sich diese Konflikte innerhalb der DDR-Forschung weitgehend relativiert; ein gewisser Minimalstandard formaler Seriosität hat sich allgemein eingepegelt. DDR-Forscher wie H. Lades, der noch 1966 öffentlich Ratschläge gab, wie man jetzt "nach der Ignorierung und der Isolierung zu der Politik der Präparierung der DDR überzugehen" habe[39], oder der schon genannte E. Förtsch, sind politisch zurückhaltender geworden; sie haben sich inzwischen auf die "neue Qualität des Systemwettstreits"[40] zwischen BRD und DDR

---

37) P.C. Ludz/J. Kuppe, Literatur zum politischen und gesellschaftlichen System der DDR, S. 365

38) H. Weber, Die DDR-Forschung nach dem Grundvertrag, S. 587

39) Die Welt v. 29.7.1966 (zit. nach H. Heitzer, Andere über uns, S. 234)

40) C. Burrichter/E. Förtsch, DDR-Forschung im Systemwettstreit, S. 1037. Vgl. auch die Erwiderung von C. Burrichter und E. Förtsch auf D. Herrmann, der sich offen auf die Position eines "heuristischen Antikommunismus" stellt: Orientierungshilfen für Detlef Herrmann. (Näheres dazu unten, Kapitel IV).

eingestellt. Auch der Konflikt um die Frage, ob sich die DDR-Forschung empiristisch-"wertfrei" oder auch klar parteilich darbieten solle, erwies sich als nicht so dramatisch, wie es zuerst geschienen hatte. Zunächst war der empirisch-soziologisch orientierte Flügel um P.C. Ludz - vor allem nach dem Erscheinen von dessen Untersuchung über die SED-"Parteielite im Wandel"[41] - von der konservativen Schule verdächtigt worden, daß "der totalitäre Charakter der SED im Verlauf solcher Untersuchungen verdampft"[42]; auch die "Materialien zum Bericht zur Lage der Nation" von 1971 und 1972 sahen sich derartigen Vorwürfen ausgesetzt. J.B. Gradl beispielsweise verurteilte die Tendenz, "sich auf reine Sammlung von Tatsachen und ihren politisch sterilisierten Vergleich (zu) beschränken".[43] Aber eine politische Sterilisierung der DDR-Forschung hatten Ludz und seinesgleichen niemals im Sinn gehabt. Spätestens die "Materialien" 1974 räumten dieses Mißverständnis klar beiseite. Selbst H. Hupka, Bundestagsabgeordneter der CDU und Vorsitzender der Landsmannschaft Schlesien, fand hierüber lobende Worte: "Erfreulich ist auch, daß von den Professoren die fehlende demokratische Legitimation des sich DDR nennenden Teiles von Deutschland herausgearbeitet worden ist. Dies ist... eine längst überfällige Handreichung in der allgemeinen politischen Auseinandersetzung in der Welt."[44] Aufmerksamen Kollegen von Ludz war denn auch schon an dessen "Parteielite im Wandel" aufgefallen, daß damit

---

41) Köln-Opladen 1968

42) D. Grille, Was ist objektiv? Die DDR als Gegenstand der wissenschaftlichen Forschung.

43) J.B. Gradl, DDR-Forschung als eigene Aufgabe, S. 487

44) Der Schlesier v. 12.9.1974 (zit. nach Neue Kommentare 19/1974, S. 13)

keineswegs eine unpolitische Forschung beabsichtigt[45] und daß sein industriegesellschaftlicher und konfliktsoziologischer Ansatz sehr wohl mit den alten Totalitarismuskategorien zu versöhnen war. "Immerhin geht auch Ludz vom Totalitarismus aus", bemerkte H. Weber.[46]

Mildernd auf die Rivalität zwischen den zwei Flügeln der DDR-Forschung wirkte auch der Umstand, daß ihre staatliche Finanzierung auch seit Antritt der sozialliberalen Regierung durchaus in "ausgewogener" Art weiterlief, ungeachtet manch interessierter Wehklagen.[47] So wirken inzwischen die unterschiedlichen Strömungen relativ friedlich nebeneinander. Und wie sich bei Vertretern wie Ludz die politische Stoßrichtung ihrer DDR-Forschung weiter verdeutlicht hat, so reformieren die Experten der älteren Generation ihr methodisches Instrumentarium und Vokabular. Man ist, wie H. Bertsch schrieb, "im Alltagsgeschäft gar nicht so weit voneinander entfernt".[48] Vertreter des "Forschungsbeirats" beeilten sich zu versichern, sie wären von Anfang an für nüchtern-wissenschaftliche Forschung eingetreten. "Die Ausarbeitung von Vorschlägen für das ... Handeln im Falle der Wiedervereinigung", erklärte K.C. Thalheim, "bildete aber von vornherein nur die eine Seite seiner (des "Beirats", O.C.) Tätigkeit. Die andere Seite war die Analyse und Dia-

---

45) Ilse Spittmann spekulierte im Zusammenhang mit Ludz' Untersuchung über eine "Machtergreifung der Gegenelite" in der SED und stellte dann fest: "Trotz aller politischen Zurückhaltung schimmert diese Möglichkeit auch durch die Analyse von Ludz" (DDR-Forschung im Wandel, S. 40).

46) H. Weber, Rezension zu Ludz, "Parteielite im Wandel", S. 286

47) So behauptet L. Bress eine "systematische Eingrenzung und Eintrocknung des Forschungsbeirates sowie die Abdrängung einer werturteilsbestimmten Wissenschaft in eine Ghettosituation." (Hat die 'DDR-Forschung' eine Zukunft?, S. 720) Zur Finanzierung siehe unten, nächsten Abschnitt.

48) H. Bertsch, Rolle und innere Konflikte..., S. 9

gnose der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Mitteldeutschland, und diese Aufgabe erhielt mehr und mehr das Übergewicht. Heute steht sie - auch ... unter nachdrücklicher Berücksichtigung der komparativen Forschung - durchaus im Vordergrund."[49] Und Gradl sekundierte: "Wer ... (die) Tätigkeitsberichte unvoreingenommen nachliest, wird sehen, daß er (der Forschungsbeirat, O.C.) bei aller Klarheit des politischen Standpunktes sich um äußerste intellektuelle und sachliche Redlichkeit als Basis seiner feststellenden und wertenden Aussagen bemüht hat."[50] Da in der DDR-Forschung das wissenschaftstheoretische Problembewußtsein ohnehin kaum über die ständige Ermahnung hinausreichte, man müsse seinen politischen Standpunkt aus der wissenschaftlichen Forschung "heraushalten", so daß als Kriterien der Wissenschaftlichkeit bloß solch subjektiv-moralische Begriffe wie Gradls "Redlichkeit" auftauchten, nimmt es nicht wunder, daß die Legitimierungsbemühungen der im "Forschungsbeirat" repräsentierten Kräfte auf fruchtbaren Boden fielen. Niemand erhob ernstlich Widerspruch gegen Gradls einschränkungslose Rechtfertigung des "Forschungsbeirats" als des geradezu bis heute unübertroffenen seriösesten wissenschaftlichen Unternehmens der DDR-Forschung. Außer daß vielleicht "der Name etwas antiquiert"[51] wirkte, schien der DDR-Forschung keine Kritik vonnöten. Selbst wenn der "Forschungsbeirat" sich mit seinen Begriffen und Methoden nicht auf dem neuesten Stand

---

49) K.C. Thalheim, Bemerkungen zum Stand und zu den Aufgaben der 'DDR'-Forschung, S. 144 (Man beachte die Anführungszeichen im Titel).

50) J.B. Gradl, DDR-Forschung als eigene Aufgabe, S. 487

51) P. Hort in FAZ v. 23.6.1973 ("Kein Geld mehr für scharfe Blicke nach drüben")

befunden hatte, so war das offenbar weniger seine Schuld als die der Verhältnisse in der DDR, die auch nach Ansicht von Ludz "in den vierziger und fünfziger Jahren... vor allem mit Terror und Zwang"[52] gesättigt waren. Mithin blieb dem "Forschungsbeirat" seitens der jüngeren Strömung der DDR-Forschung eigentlich so gut wie nichts vorzuwerfen.[53]

Die schließliche Auflösung des "Forschungsbeirats" im Herbst 1974 war denn auch keineswegs nur eine Auflösung schlechthin, sondern ein Aufgehen in dem neu geschaffenen "Arbeitskreis für vergleichende Deutschlandforschung", in dem sich vermutlich die beiden Strömungen der DDR-Forschung noch näher kommen werden. Ludz erklärte zur selben Zeit, daß die "Forschungsstelle" des alten Beirats "ohnehin bestehen bleibe".[54] Die Frankfurter Allgemeine Zeitung, welche sich in den Jahren zuvor als Sprachrohr der vermeintlich um ihre Existenz ringenden "Beirats"-Forscher betätigt hatte, sprach nun gar nur von einem "Namenswechsel" und davon, daß "die Tätigkeit des Beirats auf eine neue Basis gestellt werden" solle.[55] Man muß zudem im Auge behalten, daß es nie irgendeine offizielle Distanzierung von den Aussagen und Zielstellungen der Tätigkeitsberichte des Beirats gegeben hat. Im Gegenteil stellte

---

52) P.C. Ludz, Politische Ziele der SED und gesellschaftlicher Wandel in der DDR, S. 1268

53) Es kann daher als mehr als nur eine unbedeutende Geste genommen werden, wenn dem "Beirats"-DDR-Forscher Karl C. Thalheim anläßlich seines 75. Geburtstags bescheinigt wurde: "Für die wissenschaftlich versierten DDR-Forscher in der Bundesrepublik und West-Berlin ist er der Nestor und der väterliche Lehrer." (FAZ v. 24.5.1975)

54) FAZ v. 28.9.1974

55) FAZ v. 18.9.1974

Gradl im 1969 erschienenen Fünften Tätigkeitsbericht noch heraus, daß "die bisherigen Stellungnahmen des Forschungsbeirats ohne allzu große Mühe neuen Situationen angepaßt werden" könnten, unabhängig davon, ob nun "die Zusammenfügung der beiden Teile Deutschlands in einem gedrängten oder in einem langen Prozeß, in wenigen oder vielen Stufen, mit Zwischenlösungen und Kompromissen verschiedener Art oder wie auch sonst zu vollziehen sein wird".[56] Das heißt: die alten Ausarbeitungen des "Forschungsbeirats" bleiben abrufbereit, sie gehen sozusagen als Erbmasse in die institutionell neugestaltete DDR-Forschung ein.

Die eben dargestellte Vereinheitlichungstendenzen in der DDR-Forschung bedeute selbstverständlich nicht, daß die inneren Widersprüche dieser Disziplin schlechthin eliminiert würden. Auf der erreichten neuen Stufe der wissenschaftspolitischen Formierung, im Rahmen des neuen Grundkonsenses sowohl hinsichtlich der zu verwendenden theoretisch-ideologischen Kategorien (Industriegesellschaftskonzeption) als auch hinsichtlich der gebotenen (relativen) Distanz zur direkten politisch-propagandistischen Praxis bleiben Meinungsverschiedenheiten und Rivalitäten vielmehr auf der Tagesordnung. Zum großen Teil reflektieren sie letztlich den anhaltenden politischen Streit um die Ost- und Deutschlandspolitik sowie, kaum davon zu trennen, um die bundesdeutsche Innenpolitik.[57] Gerade seit

---

56) Forschungsbeirat, Fünfter Tätigkeitsbericht, S. 17f.

57) "In einem geteilten Land, in dem sich die zwei beherrschenden Gesellschaftssysteme der Welt unmittelbar gegenüberstehen, wird die Frage nach der künftigen Gestaltung der Gesellschaft automatisch auch zur Frage nach dem künftigen Verhältnis der beiden Staaten zueinander. So ist also die deutsche Gesellschaftspolitik letzten Endes von der Außen- und Deutschland-Politik der Bundesrepublik nicht zu trennen." (H. Portisch, Die deutsche Konfrontation, S. 76)

Abschluß des Grundlagenvertrages zwischen beiden deutschen Staaten hat diese innere Verunsicherung der DDR-Forschung zugenommen.[58] Die Konflikte unterscheiden sich von denen der 60er Jahre aber insofern, als sie nicht mehr wesentlich mit einer personellen und disziplinären Umschichtung und einem generellen politischen Umschwung verbunden, sondern mehr zu einer schwelenden Dauerkrise geworden sind. In welche Richtung sie sich entwickeln wird, ob es wieder zu einer stärkeren Polarisierung kommen und welche Strömung dabei das größere Gewicht erhalten wird, ist eine noch ebenso offene Frage wie die nach der politischen Perspektive in der Bundesrepublik insgesamt; und von dieser letzteren Frage hängen eben die anderen maßgeblich ab. Einzig sicher scheint nur, daß sich am Rande bzw. ganz außerhalb der etablierten DDR-Forschung allmählich eine marxistische Alternative (weiter)entwickeln wird, freilich stark gehandicapt aufgrund politischer und materieller Restriktionen.

Wenn wir nun Ostforschung, Kommunismusforschung und DDR-Forschung noch einmal zusammenfassend überblicken, ergeben sich etwa folgende Hauptlinien: Die Tätigkeit der besonders durch ihre Rolle in der Annexionspolitik des faschistischen Deutschland diskreditierten Ostforschung setzte sich nach 1945 unter den Vorzeichen von Abendlandideologie und Kaltem Krieg relativ ungebrochen fort. Ab der Wende von den 50er zu den 60er Jahren ist ein erheblicher Ausbau der Ostwissenschaften zu beobachten, in dessen Verlauf sich, bei gleichzeitiger verstärkter Einbeziehung der modernen bürgerlichen politik- und sozialwissenschaftlichen Metho-

---

58) C. Burrichter/E. Förtsch schreiben, "daß ein ursächlicher Zusammenhang zwischen dem Abschluß des Grundvertrages und den Verunsicherungen ... im funktionalen Selbstverständnis der DDR-Forschung besteht." (DDR-Forschung im Systemwettstreit, S. 1037)

den und Konzepte, die Disziplin der Kommunismusforschung herausbildet. Diese neue Entwicklung geschah teils in Konkurrenz zur herkömmlichen Ostforschung, teils aber auch aus dieser selbst heraus, wie sich an Meissner, Thalheim, Ronneberger und zahlreichen anderen Ost- und Kommunismusforschern belegen läßt.[60] Derselbe Modernisierungsprozeß vollzog sich speziell auch in der DDR-Forschung, wobei diese in der Bundesrepublik seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre - als Reflex des Übergangs zu einer neuen Ostpolitik - überproportional anwuchs.[61] Die alte Strömung, vom "Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands" repräsentiert, passte sich den neuen Bedingungen an und ging mit der neuen Strömung eine widersprüchliche Einheit ein. Im Rahmen dieser pragmatischen Einheit dauern die, letztlich politisch motivierten, theoretischen Kontroversen an. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit der DDR dürfte in Zukunft weiter zu-

---

60) Vgl. Meissner und Thalheims Teilnahme an der internationalen Konferenz zur "Integration der Sowjetforschung" im Jahre 1965 (siehe K. Zeisler, Genesis und Funktionen..., S. 1178f.) Franz Ronneberger nahm die typische Laufbahn eines klassischen deutschen Ostforschers: 1935-39 war es Assistent am Südosteuropa-Institut München, 1939-45 Leiter der Korrespondenzstelle Wien (Südost) des Auswärtigen Amtes; heute vertritt er einen systemtheoretischen, funktionalistischen Ansatz der Kommunismusforschung (vgl. Versuch einer systemtheoretischen Analyse des Reformkommunismus, in: A. Domes (Hrsg.), Reformen und Dogmen in Osteuropa, Köln 1971; Vergleichbarkeit östlicher und westlicher politischer Systeme, in: A. Domes (Hrsg.), Ost-West-Polarität, Köln 1972 (ebda., S. 254 die Angaben zur Person)).

61) Für den Ausbau der DDR-Forschung polemisierte 1967 L. Bress mit den Worten: "Der Anachronismus in der Beurteilung der innerdeutschen Möglichkeiten zeigt sich vollends an der Existenz eines Forschungsinstituts für Sowjetologie, obwohl sich langsam abzeichnet, daß die Kombination zwischen industrieller Struktur und Kommunismus vor der Haustür unzweifelhaft gefährlicher für West-Europa ist als der sowjetisch-chinesische Konflikt." ("deutsche studien", 5. Jg., Heft 20, Oktober 1967, S. 403; Herv.heb.: O.C.)

nehmen, sowohl im Bereich unmittelbarer staatlicher Regie als auch in vergleichsweise unabhängigeren Kreisen der Sozialwissenschaften.

Ostforschung, Kommunismusforschung. bzw. Sowjetforschung und DDR-Forschung sind historisch und aktuell vielfach untereinander vermittelt.Sie bewegen sich auf einen gewissen gemeinsamen theoretisch-ideologischen Standard zu. Auch die Ostforschung stellt zunehmend wieder den Anschluß her, von ausgesprochen historiographisch oder schöngeistig orientierten Unterdisziplinen abgesehen. Eine Art Schmelztiegel der verschiedenen Strömungen ist beispielsweise das Kölner Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Bemerkenswert ist auch, daß eine zunehmende Zahl von traditionellen Ostforschern "gleichzeitig der Arbeitsgemeinschaft 'Sozialistische Länder' des politikwissenschaftlichen Fachbereichs an(gehört), in der wiederum auch Soziologen mitarbeiten."[62] Zusätzlichen Aufschluß über die Entwicklungstendenzen im Komplex der auf die sozialistischen Länder bezogenen Disziplinen und über den realen Einfluß der unterschiedlichen Gruppierungen sonn der nun folgende Überblick über einschlägige Forschungsinstitutionen erbringen.

---

62) H. König, Ostforschung - Bilanz und Ausblick, S. 793

2. Hauptinstitutionen der DDR- und Ostforschung und ihre Rolle zwischen Wissenschaft und Politik

"Die Beobachtung und Erforschung der DDR durch westdeutsche Wissenschaftler ist zersplittert, lückenhaft, unökonomisch und einigermaßen konzeptionslos."[63] Dieser Umstand macht die Bestandsaufnahme von Strukturen und Tendenzen der DDR-Forschung zu einem einigermaßen mühsamen Unterfangen. Im Rahmen unserer Studie - in deren Mittelpunkt nicht die beschreibende Erfassung der institutionell greifbaren Seite der DDR-Forschung steht, sondern die Problematisierung ihrer wesentlichen inhaltlichen Fragen - können wir uns aber damit begnügen, einen groben Überblick über die maßgebenden und repräsentativen Forschungseinrichtungen zu geben. Für die Darstellung der wesentlichen Zusammenhänge und Probleme erscheint uns dies auszureichen. Ein Versuch, vollständiges Licht in das Dickicht von weit über 100 einschlägigen Institutionen der Kommunismusforschung zu bringen[64], hätte sich dagegen unweigerlich verselbständigt. Eine solche Durchleuchtung und Bestandsaufnahme kann man dem offiziösen "Arbeitskreis für vergleichende Deutschlandsforschung" und dem Innerdeutschen Ministerium überlassen, die sie denn auch seit einiger Zeit in Angriff genommen haben.[65]

Der folgende Überblick bezieht bewußt auch einige Institutionen der übergreifenden Osteuropa- bzw. Kommunismusforschung mit ein, um eine Vorstellung von deren

---

63) J. Nawrocki, Wohin mit der DDR-Forschung? In: Die Zeit v. 30.4.1977

64) I.M. - Kaiser schätzt die Zahl der in der bundesdeutschen Kommunismusforschung tätigen Mitarbeiter auf 2000-2500 (Tendenzen der imperialistischen 'Kommunismusforschung' in der BRD, S. 1420).

65) Vgl. J. Nawrocki, a.a.O. (siehe Anm. 63), sowie H. Rudolph, Keine Länderforschung neben anderen, in: FAZ v. 11.11.1976

wissenschaftlich-politischem Potential im Verhältnis zu den speziellen Einrichtungen der DDR-Forschung zu geben. Die Reihenfolge unserer Darstellung folgt in groben Zügen dem politischen Spektrum, von der Orientierung an der ostpolitischen Linie der CSU bis hin zur engen Kooperation mit der Sozialdemokratie. Der Konflikt zwischen diesen Strömungen prägt in mannigfacher Version umd Schattierung auch die einzelnen Institutionen der Ost- und DDR-Forschung.

Beginnen wir bei der traditionellen Ostforschung. Bald nach dem zweiten Weltkrieg kam sie von neuem zu beachtlichem Einfluß. Die verschiedenen Osteuropa-Institute sind inzwischen über einen Koordinationsausschuß zusammengeschlossen.[66] Besonders hervorzuheben sind die "Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde", Stuttgart/Westberlin, und die Südosteuropa-Gesellschaft in München. Bei beiden Organisationen fällt die starke, aus der Zeit vor 1945 hinüberreichende Kontinuität sowie die Verflechtung mit Wirtschafts- und Parteiinteressen ins Auge. Die "Gesellschaft für Osteuropakunde" hat die längste Tradition unter ihresgleichen; mit ihr verbindet sich besonders der Name Klaus Mehnert - ein Mann, "der die Kontinuität deutschen Osteuropa-Interesses über alle Umbrüche hinweg in eigener Person repräsentiert", wie ein Kollege voller Anerkennung feststellte.[67] Die Gesellschaft widmet sich vor allem der Erforschung der Sowjetunion. Sie ist eine Organisation,"in der noch heute Wissenschaftler und Amateure, Diplomaten, Ministerialbeamte und Journalisten, Unternehmer und Bankiers beisammen sind, entschlossen, über den Osten nachzudenken und Ostpolitik womöglich gar ein wenig mitzu-

66) Vgl. H. König, Ostforschung - Bilanz und Ausblick, S. 801

67) D. Geyer, in: FAZ v. 6.11.1975

machen."[68] Der Gesellschaft steht derzeit Wolff von Amerongen als Präsident vor.[69]
Auch die andere von uns genannte Gesellschaft, die 1952 gegründete "Südosteuropa-Gesellschaft", knüpft an ältere Traditionen an, in diesem Fall an das 1930 in München gegründete (und 1951 wiedererstandene) Südost-Institut.[70] Dieses Anknüpfen war kein abstraktes, sondern vollzog sich auch direkt über solche Personen mit belasteter Vergangenheit wie Hans Hartl, Prof. M. Bernath, Prof. H. Groß und Prof. H. Raupach. Hartl, seinerzeit geschäftsführender Direktor des Südost-Instituts und auch Mitbegründer der Südosteuropa-Gesellschaft, stand nach eigener Aussage in Kontakt mit den bundesdeutschen Nachrichtendiensten.[71] Bernath, damals einer der beiden offiziellen Leiter des Südost-Instituts, hatte seinen wissenschaftlichen Werdegang unter dem Reichsicherheitshauptamt, Abteilung für weltanschauliche Forschung und Auswertung, begonnen.[72] Groß, der außer im Südost-Institut und der damit verknüpften Gesellschaft seit den 60er Jahren noch in einer wachsenden Zahl weiterer einschlägiger Körperschaften vertreten ist - so als Professor im Vorstand des Seminars für Wirtschaft und Gesellschaft Osteuropas an der Münchener Universität, im Ausschuß zum Studium der Ost-

---

68) ebda.

69) Vgl. FAZ v. 22.10.1975

70) Vgl. Studienführer durch die Münchner Institutionen der Ost- und Südosteuropaforschung, München 1967, S. 43; J. Hacker, Die Ostforschung in der Bundesrepublik, in: Aus Poltik und Zeitgeschichte, B 37/1960, S.593, 604

71) Vgl. Mitteilungen der Südosteuropagesellschaft, SH 1 (1970), S. 22

72) Vgl. Ost-West-Kurier, 1. Dezemberwoche 1960

fragen, Frankfurt am Main, im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Essen, in der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, in der Studiengesellschaft für Fragen Mittel- und Osteuropäischer Partnerschaft, Bonn, usw.[73] -, war während der NS-Zeit als stellvertretender Direktor des damaligen Instituts für Mittel- und Südosteuropäische Wirtschaftsforschung wesentlich mitverantwortlich für die forschungsmäßige Vorarbeit für die kolonialistische Expansion in den "entstehenden europäischen Großraum" Südosteuropa, in dem "das nationalsozialistische Großdeutschland einen stabilen und schlechthin entscheidenden Ordnungsfaktor" bilden sollte, wie er 1941 in einer Veröffentlichung schrieb.[74] Raupach schließlich, der wie Groß eine Professur am Institut für Wirtschaft und Gesellschaft Osteuropas und darüber hinaus viele weitere Positionen innehatte - u.a. als Direktoriumsmitglied des Ost-Kollegs in Köln (gehört zur Bundeszentrale für Politische Bildung), in der Gesellschaft für Osteuropakunde und als Leiter des mit Stiftungsgeldern unterhaltenen "Postgradualen Aufbaustudiums Osteuropa-Wirtschaft" -, betätigte sich zunächst als Schulungsleiter beim Reichsarbeitsdienst, dann, nach seiner Habilitierung 1938, u.a. als Leiter des Stützpunktes Halle der NS-Dozentenschaft.[75]

---

73) Vgl. Mitteilungen der Südosteuropagesellschaft Nr. 3-4/1970 und Nr. 3-4/1972

74) Die wirtschaftliche Bedeutung Südosteuropas für das Deutsche Reich, Stuttgart - Berlin 1941, S. 5

75) Raupachs Rolle vor 1945 wird im Anhang seines Buches über die "Geschichte der Sowjetwirtschaft" (Reinbek bei Hamburg, 2. Aufl. 1970, S. 276) folgendermaßen umschrieben: "Durch die Teilnahme an der Arbeitslagerbewegung und Übernahme der Leitung der Volkshochschule Boberhaus in Löwenberg/Schles. (1930) fühlte er sich den Versuchen einer sozialen Neuordnung der krisenbedrohten Jugend verpflichtet und übernahm ... eine Mittelstelle in Berlin. Das Jahr 1933 beendete die Autonomie dieser Bestrebungen." "In Arbeiten zur politischen Soziologie der Tschechen versuchte er, der Vernunft gegen das Ressentiment zu dienen. Bei Kriegsbeginn eingezogen, nahm er am Feldzug bis zur Wolga teil und war auf dem Rückzug Leutnant in einem höheren Stabe."

Ungeachtet ihre konservativen Tradition und Ausrichtung spielt die Südosteuropa-Gesellschaft auch nach dem Regierungswechsel 1969 eine nicht zu unterschätzende Rolle im Vorfeld der offiziellen (Süd-)Ostpolitik. Sie hat sich nämlich zu einer Beratungs-, Konsultativ- und Nebenkontaktstelle für das Auswärtige Amt in Sachen Südosteuropa profiliert. Ihr Spezialgebiet ist dabei die Kulturpolitik geworden. Mithilfe eines 1970 gebildeten Kulturbeirats entwickelte die Gesellschaft eine rege Tätigkeit auf dem Feld der kulturellen Kontakte und des Kulturaustausches mit den südosteuropäischen sozialistischen Ländern.[76] Bald kontrollierte sie die gesamten diesbezüglichen Aktivitäten in der Bundesrepublik und gelangte damit in eine gewisse Monopolstellung gegenüber dem Auswärtigen Amt. Somit kann man sagen, daß CDU/CSU-Kreise beträchtlichen Einfluß zumindest auf die Entscheidungsvorbereitung in der Außenpolitik der sozialliberalen Regierung gewannen und noch immer ausüben.[77] Dieser Einfluß ist umso ernster zu nehmen, als er Nachdruck erhält durch das Gewicht von über 70 Konzernen und Banken - darunter der Dresdner Bank, der Daimler-Benz-AG, der Klöckner-Humboldt-Deutz AG und verschiedenen Chemieunternehmen -, die als Förderer der Gesellschaft fungieren.[78]

---

76) Vgl. Mitteilungen der Südosteuropagesellschaft Nr. 3-4/1971

77) Ähnliche Erscheinungen finden wir auch in anderen Bereichen. So bezeugt G. Wettig z.B. "Spannungen zwischen der SPD/FDP-Koalition in Bonn und den überwiegend CDU/CSU-orientierten Leuten in der Osteuropa-Abteilung der 'Deutschen Welle'" (Freiheit oder Unfreiheit im Äther, S. 17).

78) Vgl. Mitteilungen der Südosteuropagesellschaft Nr. 3-4/1968, S. 40f.

Eine ähnliche Konstellation begegnet uns in der "Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik" (Sitz: Frankfurt/Main). In ihr sind ebenfalls führende Vertreter des Industrie- und Bankkapitals, der Bundestagsparteien, der Staatsbürokratie sowie der Kommunismusforschung und Politikwissenschaft vereint. "Allein in den Führungsgremien der 'Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik' wirken zusammen der ehemalige Berufsdiplomat, Geschäftsführender Teilhaber der Klöckner & Co. und Bundestagsabgeordneter der CDU, Günter Henle (Ehrenpräsident); der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie Kurt Birrenbach (Präsident); Marion Gräfin Dönhoff (Stellvertretender Präsident); Hermann.J. Abs; der Berufsdiplomat Gebhard v. Walther sowie Rainer Barzel; Walter Hallstein; Kurt Georg Kiesinger; Karl Mommer; Hans Speidel; Otto Wolff von Amerongen; Hans-Günther Sohl; Berthold Beitz; Carlo Schmidt; Gerhard Schröder; Karl Carstens usw."[79] Dem Forschungsinstitut, welches der Gesellschaft angeschlossen ist, steht seit einigen Jahre Prof. Karl Kaiser vor (er löste Carstens ab).

In verschiedenen Studiengruppen arbeitet die Gesellschaft seit den 60er Jahren jeweils auf den aktuellen Stand der Ostpolitik bezogene Konzepte aus, so z.B. Mitte der 60er Jahre Memoranden zur Wiedervereinigung, später dann zu Problemen, möglichen politischen Vorbedingungen und Auswirkungen einer Anerkennung der DDR, dann zum Vorgehen in den Verhandlungen über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa u.a.m.[80] Die Gesellschaft und ihr Forschungsinstitut betreiben

---

79) I.M.-Kaiser, Tendenzen..., S. 1424. Der Förderkreis der Gesellschaft zählt rund 150 Unternehmen (vgl. "10 Jahre Fritz-Thyssen-Stiftung", Köln 1970).

80) Vgl. I.M.-Kaiser, Tendenzen..., S. 1422f.; K.-H. Roth, Invasionsziel DDR, S. 277, Anm. 6; "10 Jahre Fritz-Thyssen-Stiftung", a.a.O.

einerseits eine breite Öffentlichkeitsarbeit; so geben sie die Publikationen "Europa-Archiv", "Internationale Politik", "Aktuelle Politik" sowie die Schriftenreihe "Rüstungsbeschränkung und Sicherheit" heraus. Andererseits unterliegt ein großer Teil ihrer Papiere der Geheimhaltung. In der bereits erwähnten Jubiläumsschrift der Fritz-Thyssen-Stiftung heißt es bezüglich einer dieser Ausarbeitungen, "daß die Brisanz dieser Tätigkeit es angezeigt erscheinen läßt, die Veröffentlichung der Dokumentation auf einen künftigen, der politischen Lage angemessenen Zeitpunkt zu übertragen." 81) Einen Eindruck von dieser "Brisanz" vermitteln die wenigen bekanntgewordenen Passagen aus den internen Thesen von C.F. v. Weizsäcker zur "Wiedervereinigung Deutschlands und Europas" aus der Mitte der 60er Jahre; darin entwirft Weizsäcker das Programm für "ein wiedervereinigtes Europa ... im engeren Sinn vom Atlantik bis zur russischen Westgrenze, im weitesten Sinn von San Francisco bis Wladiwostok".[82)]

Somit präsentiert sich uns in der "Gesellschaft für Auswärtige Politik" ein weiteres, im Vergleich zur "Südosteuropa-Gesellschaft" noch gewichtigeres Zentrum der Politikberatung und formell-informellen Einflußnahme auf die Formulierung bundesdeutscher Außen- und Ostpolitik. Aufgrund ihrer personellen Zusammensetzung, ihrer sich weit in die amtliche Politik erstreckenden Beziehungen, kann davon ausgegangen werden, daß die

---

81) "10 Jahre Fritz-Thyssen-Stiftung", S.

82) Zit. nach K.-H. Roth, Invasionsziel DDR, S. 273. Im Dokumentenanhang von Roths Buch ist der Platz für den Abdruck der Weizsäckerschen Thesen leer geblieben; stattdessen findet sich dort der Vermerk: "Fotokopie im Besitz des Verfassers" (ebda., S. 279).

Forschungsergebnisse und strategischen Optionen der "Gesellschaft für Auswärtige Politik'" wirkungsvoll und rasch in die praktische Politik gelangen. Die politische Besonderheit besteht dabei wiederum darin, daß hier auch Gegner der Neuen Ostpolitik erheblichen Einfluß erhalten.[83]

Der Einfluß der "Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik" läßt sich auch in anderer Richtung weiterverfolgen. Er reicht direkt in eine weitere bedeutende Forschungs- und Beratungsinstitution hinein: in die "Stiftung Wissenschaft und Politik, Forschungsinstitut für internationale Politik und Sicherheit", Ebenhausen. Die Verflechtung beider Einrichtungen realisiert sich durch gemeinsame Tagungen, Forschungsaufträge an die Stiftung, informelle Kontakte und nicht zuletzt durch Personalunion; so ist z.B. der erwähnte K. Birrenbach zugleich im Vorstand der "Stiftung" vertreten.[84] Die "Stiftung" betreibt fast ausschließlich Auftragsforschung für das Bundeskanzleramt, das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für Verteidigung. Entsprechend wird es hauptsächlich vom Bund finanziert, und zwar seit den 70er Jahren in der nicht unerheblichen Größenordnung von gut 5 Millionen DM jährlich. Diesem hohen Umsatz steht allerdings,

---

83) Nichtsdestoweniger sollten über die Gesellschaft bzw. ihr Forschungsinstitut keine vorschnellen politischen Einschätzungen getroffen werden. Immerhin war beispielsweise das Forschungsinstitut Organisator des halboffiziellen "Ersten deutsch-polnischen Forums" im Sommer 1977, welches (auch nach Meinung der polnischen Seite) zur weiteren Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten beigetragen hat. Vgl. FAZ v. 15.6.1977

84) Vgl. Bundesbericht Forschung IV/1972, Drucksache IV/3521.

geradezu umgekehrt proportional, eine weitgehende publizistische Enthaltsamkeit in der Öffentlichkeit gegenüber. Im Bundeshaushaltsplan 1971 heißt es: "Die Forschungsergebnisse sind grundsätzlich nicht zur Veröffentlichung bestimmt, es sei denn, die Stiftung oder die Auftraggeber verfügen die Veröffentlichung." 85) Ein Einblick in die Forschungstätigkeit der Stiftung, ihrer Schwerpunkte und inhaltlichen Ausrichtung bleibt uns infolgedessen verwehrt.

Uns scheint aber diese Institution nicht trotz, sondern gerade wegen dieser Verschwiegenheit, die sie umgibt, der Aufmerksamkeit wert zu sein: Offenbar vollzieht sich ein beträchtlicher Teil der Kommunismusforschung und sicherlich auch speziell der DDR-Forschung (unbeschadet der Tatsache, daß sich die Stiftung, genauso wie die "Gesellschaft für Auswärtige Politik", auch mit anderen Themen befaßt) völlig abgeschirmt und unkontrolliert von der Öffentlichkeit. Gegenüber dieser Dunkelzone müssen in mehrerer Hinsicht Bedenken erhoben werden: Wie wird garantiert, daß hier nicht Tätigkeiten kaschiert werden, die nichts mit dem öffentlichen Interesse zu tun haben? (Immerhin gibt es in der Geschichte der Bundesrepublik erwiesenermaßen Verbindungen zwischen Nachrichtendiensten und Ost- bzw. Kommunismusforschung.) Wie ist unter den Bedingungen uneingeschränkter Geheimhaltungskompetenzen die Freiheit der Forschung, insbesondere der Publizierung neuer Ergebnisse, gesichert? Inwieweit bleibt der großen Zahl von Forschern in diesem "grauen" Bereich faktisch noch das Recht auf freie Meinungsäußerung, insbesondere wo diese mit der herrschenden Meinung nicht konform geht?

---

85) Bundeshaushaltsplan 1971, Titel 68 501, Erläuterungen

Schließlich erscheint die Abschirmung großer Bereiche der Forschung auch geeignet, den Arbeitsstil in der gesamten Kommunismusforschung abträglich zu beeinflussen, indem sie die einseitige, unkritische Ausrichtung der Wissenschaft auf die jeweiligen Geld- und Auftraggeber fördert, damit zur Ausbreitung eines Typs unreflektierter, pragmatischer Beschäftigung mit dem Gegenstand beiträgt.[86] Schließlich steht das Faktum der Nichtöffentlichkeit beträchtlicher Bereiche der Kommunismusforschung auch in bedenklichem Kontrast zu der allgemein beklagten Uninformiertheit der breiten Öffentlichkeit über die Wirklichkeit in den sozialistischen Ländern. Dieses Problem haben auch C. Burrichter und E. Förtsch aufgegriffen: "Das Verhältnis von DDR-Forschung und gesellschaftlicher Öffentlichkeit scheint uns vor allem von seiten der Wissenschaft verbesserungswürdig zu sein. Schließlich gehört es immer noch zu den Anachronismen heutiger Wissenschaft, ihrer Ergebnisse zunächst der scientific community vorzulegen, sie dann allenfalls an die Politik weiterzureichen... Aber kaum wird vom Selbstverständnis des Wissenschaftlers her der Versuch unternommen, die problembetroffenen gesellschaftlichen Bereiche und Subjekte mit seinen Erkenntnissen direkt zu erreichen. Das hat dazu geführt, daß sich oft popularisierende Medien zwischengeschaltet haben, über deren

---

86) Vgl. zur Illustration auch folgende Ausführungen über das amerikanische "Institut zur Erforschung der UdSSR" in München: "Zwar bestreitet Direktor Heinrich Schulz (Russe trotz des Namens), Geld und Aufträge auch vom CIA zu erhalten. Aber er gibt zu, daß sein Institut alle eingehenden Aufträge sofort ausführt, ohne lange zu fragen, von wem sie erteilt werden." (R. Leick, Der politische Stellenwert bleibt unbestimmt, in: FR v. 25.3. 1972)

Qualität der Vermittlung man streiten kann."[87]

Übrigens wird trotz der praktisch vollständigen Ausrichtung der Stiftung Ebenhausen auf Regierungsinstitutionen ein gewisser Schein von Unabhängigkeit aufrechterhalten. Bei ihrer Gründung 1962 erhielt sie den Anstrich einer privaten Stiftung, indem der Stiftungszweck "gemäß den Zielen der Arbeitsgemeinschaft Wissenschaft und Politik e.V." bestimmt wurde.[88] Als der Bundestag Mitte der 60er Jahre die Einrichtung einer unabhängigen Forschungsstelle für Fragen der Strategie, Sicherheit u.ä. beschloß, griff die Regierung auf die bereits bestehende Stiftung "Wissenschaft und Politik" zurück und deklarierte sie als die gewünschte "unabhängige Forschungsstelle".[89] Es fragt sich, wie real unter den gegebenen Bedingungen die Unabhängigkeit ist.[90]

Um eine auch unmittelbar als solche ausgewiesene Anstalt des Bundes handelt es sich im Falle des "Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien", Köln. Es ist das schon erwähnte, 1961 gegründete "Bundesinstitut zur Erforschung des Marxismus-Leninismus (Institut für Sowjetologie)", dessen

---

87) DDR-Forschung im Systemwettstreit, S. 1039f. Übrigens teilen Marchetti/Marks mit, daß in den USA manche Untersuchungen über die sozialistischen Gesellschaften "in zwei Versionen veröffentlicht" wurden: "die eine war klassifiziert (für die CIA und die Politiker der Regierung) und die andere nichtklassifiziert (für die Öffentlichkeit)." (V. Marchetti/J.D. Marks, CIA, S. 223)

88) § 2 der Satzung der Stiftung Wissenschaft und Politik Ebenhausen, Haus Eggenberg

89) Bundestagsdrucksache V/612 v. 11.5.1966

90) Übrigens erscheint P.C. Ludz neuerdings als "Mitglied der Forschungsleitung in der Stiftung Wissenschaft und Politk, Ebenhausen/Isar" (siehe Europa Archiv 4/1977, S. 113).

Namen man fünf Jahre später umänderte, und dürfte das größte auf Kommunismusforschung spezialisierte Institut der Bundesrepublik sein. Sein Charakter wurde entscheidend geprägt von Boris Meißner, der während der gesamten 60er Jahre Vorsitzender des Direktoriums war. Auch Meißner hatte "seine Kenntnisse schon in die Dienste des 'Dritten Reichs' gestellt."[91] In den 60er Jahren hielt er eine imponierende Zahl von Fäden in der Hand; außer im Kölner Bundesinstitut hatte er Positionen inne u.a. am Institut für Ostrecht der Universität Köln, im Ostkolleg der Bundeszentrale für Politische Bildung, im Studienkreis des Auswärtigen Amtes für Ost-West-Fragen in Bonn, in der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, in der Studiengesellschaft für Fragen Mittel- und Osteuropäischer Partnerschaft, in der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik u.a.m.[92] 1970 unterwarf die inzwischen sozialliberale Bundesregierung das Kölner Institut neuen gesetzlichen Regelungen.[93] Meißner wurde im Direktoriumsvorsitz abgelöst von Richard Löwenthal.[94] Im Vergleich zur Stiftung Ebenhausen ist die Forschungstätigkeit des Bundesinstitus stärker öffentlichkeitsorientiert.[95] Im Erlaß des Bundesinnenmini-

---

91) Fr. v. 25.3.1972

92) Vgl. J.M.-Kaiser, Tendenzen..., S. 1434, Anm. 13

93) Erlaß über das Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien vom 18.3.1970, Gesetzl. Mitteilungsblatt S. 210; vgl. Gestzl. Mitteilungsblatt v. 6.4.1961 sowie v. 4.4.1962.

94) Über R. Löwenthal schrieb der "Industriekurier" v. 16.4.1973, daß er seinen Einfluß "seiner Härte im Klassenkampf gegen die Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst sowie seiner Mitgliedschaft im Bund Freiheit der Wissenschaft verdankt."

95) Vgl. etwa die Reihe "Abhandlungen des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien" (alle Titel sind aufgeführt z.B. im Gesamtverzeichnis 1976/77 des Verlages Wissenschaft und Politik, Köln).

steriums vom März 1970 heißt es, daß die Forschungsergebnisse des Instituts "in der Regel" publik zu machen seien.[96]

Mit dem "Gesamtdeutschen Institut - Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben" (Bonn/Westberlin) entstand, diesmal von vornherein unter sozialliberaler Schirmherrschaft, eine weitere staatliche Einrichtung auf dem Feld der DDR-Forschung und ostpolitischen Beratung. Es faßt verschiedene, bis zu seiner Gründung im Jahre 1969 zersplittert und parallel arbeitende Institutionen zusammen, darunter auch solche wie den "Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen" und das "Informationsbüro West (IWE)".[96a] Neben der Öffentlichkeitsarbeit dominiert die staatliche Auftragsforschung; die Bundesanstalt "soll wissenschaftlich fundiertes Material für politische Entscheidungen bereitstellen und eine Informationslücke der tagespolitischen Arbeit schließen."[97]

Das bedeutendste unter den formell privatrechtlich organisierten DDR-Forschungs-Einrichtungen ist das Erlanger "Institut für Gesellschaft und Wissenschaft". Es ist in den letzten Jahren von der sozialliberalen Regierung stark gefördert worden und hat sich zu einer unentbehrlichen Beratungsinstanz in bildungs- und wissenschaftspolitischen Fragen der Ostpolitik profiliert. Sein enges und offensichtlich weitgehend

---

96) Vgl. Anm. 93

96a) Der Gründungserlaß erging am 25.6.1969 (vgl. Gesetzliches Mitteilungsblatt 1969, S. 310)

97) Vgl. Wetzel, in: A. Adam, Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1971, S. 85. In letzter Zeit ist vom Gesamtdeutschen Institut auch eine Kartei über Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der DDR-Forschung erstellt worden (vgl. FAZ v. 11.11.1976).

reibungsloses Verhältnis zu den derzeitigen Regierungskräften versteht sich nicht von selbst, wenn man auf seine frühere Geschichte und auf die seines langjährigen Leiters Prof. Dr. Hans Lades zurückblickt. Lades muß sich mit den Machthabern im "Dritten Reich" zumindest gut arrangiert haben; in einer 1938 erschienenen Arbeit über "Die Tschechen und die Deutsche Frage" bewies er aktive Anpassungsbereitschaft mit Aussagen wie: "Das Münchner Abkommen hat nach einer schweren Krise das letzte Bollwerk des Versailler Systems zum Einsturz gebracht und den Weg zur Neuordnung Mitteleuropas freigelegt".[98] 1951 wurde Lades Professor für mittlere und neue Geschichte in Erlangen; seit etwa dieser Zeit datiert auch seine Beschäftigung mit der DDR: u.a. betreute Lades aus der DDR übergesiedelte Studenten und wertete ihre Berichte und Angaben aus.[99] Später betätigte sich Lades zusätzlich als Referent des bayerischen Kultusministeriums sowie als Ministerialrat im Bundesinnenministerium.[100] 1965 gründete er das "Institut für Gesellschaft und Wissenschaft in Mitteldeutschland", wie es zunächst noch hieß. 1968 bekam das Institut durch die Gründung der "Deutschen Gesellschaft für zeitgeschichtliche Fragen e.V.", als deren Forschungsinstitut es seither deklariert wird, einen klaren rechtlichen Status. Heute wird es vornehmlich durch das Bundesministerium für Forschung und Technologie gefördert.

Sein heutiges wissenschaftliches Profil, sowohl was den Schwerpunkt Wissenschaftspolitk als auch was die

---

98) Die Tschechen und die Deutsche Frage, Erlangen 1938

99) Vgl. Die Welt v. 6.2.1957

100) FAZ v. 19.10.1957

theoretische und ideologisch-politische Orientierung an der Industriegesellschaftskonzeption und an der Bonner "neuen Ostpolitik" betrifft, bildete sich erst im Übergang zu den 70er Jahren heraus, woran der seit dieser Zeit geschäftsführende Direktor C. Burrichter maßgeblich Anteil hatte und hat. Zuvor dominierte der militantere Arbeitsstil von Lades, von dem wir bereits weiter oben eine Probe zitiert haben ("Politik der Präparierung der DDR").[101] Auch P.C. Ludz sparte seinerseits nicht mit herber Kritik an Lades' DDR-Forschung, der er vorwarf, "hinter dem Stand der Forschung zurück(zu)bleiben"[102] und "unter dem Deckmantel der Wissenschaftlichkeit eine bestimmte politische Programmatik in die DDR-Forschung hinein" zu tragen[103].

Die Weichenstellung von der Vorherrschaft des Ladesschen Typs von DDR-Forschung zu dem wissenschaftlich reflektierteren Herangehen von C. Burrichter geschieht im Jahr 1969; sie dokumentiert sich paradigmatisch in zwei Aufsätzen aus diesem Jahr, die wir hier kurz streifen möchten. In dem einen beschäftigt sich Lades mit den Möglichkeiten des "Wandels kommunistischer Regime"[104], den er ausdrücklich als in erster Linie "eine Frage der politischen Praxis"[105] auffasst,

---

101) Vgl. oben, S. 127

102) P.C. Ludz, Situation, Möglichkeiten und Aufgaben der DDR-Forschung, S. 159. In ihrem Literaturbericht zum politischen und gesellschaftlichen System der DDR, 1969, lassen sich Ludz und J. Kuppe in unzweideutig ironisierender Kritik über Lades' Schrift "Reformen in der modernen Industriegesellschaft - ein 'Modus der Revolution'?" von 1966 aus und weisen ihm Banalitäten und Schematismus in der Analyse nach (vgl. Ludz/Kuppe, S. 351f.) Auch R. Mann, Lades-Schüler und heute Mitglied der Institutsleitung in Erlangen, kommt in der damaligen Besprechung von Ludz und Kuppe nicht günstig weg (vgl. ebda., S. 352).

103) P.C. Ludz/J. Kuppe, a.a.O., S. 352

104) H. Lades, Prag und das Problem des Wandels kommunistischer Regime.

105) ebda., S. 114

und rät in diesem Zusammenhang an, "sich auch immer wieder einmal der ursprünglichen Konzeption der Containment policy (zu) erinnern", die "Stärke des Westens" 106) in die Waagschale zu werfen, usw. Von einer geistigen Nähe zur heraufziehenden "neuen Ostpolitik", zur Idee der Entspannung, ist hier weiterhin nichts zu verspüren. Auch die Kategorien (und Vokabeln), mit denen Lades sein Forschungsobjekt faßt, sind die der 50er Jahre geblieben: so spricht er etwa vom "durch den Stalinismus geformten Rußland" [107] und erklärt apodiktisch, daß für die Länder westlich der Sowjetunion "das sowjetische Lenkungsmodell weder vor 20 Jahren paßte noch heute paßt." [108]

In dem anderen Aufsatz von Burrichter dagegen findet sich z.B. der Gedanke, daß die DDR-Forschung "möglicherweise aus einer kritischen Beobachtung des gesellschaftlichen Systems der DDR Erkenntnisse gewinnen (könnte), die für uns selbst - nach Maßgabe unserer ordnungspolitischen Selbstverständnisses - fruchtbar gemacht werden könnten." [109] Weiterhin fordert Burrichter hier, wenn auch in sehr allgemein gehaltener Form, von der bundesdeutschen DDR-Forschung den "Wille(n) zur politischen Mitarbeit", was zum damaligen Zeitpunkt im Grunde nur heißen konnte: zur Zusammenarbeit mit den Kräften der "neuen Ostpolitik", und entwirft in diesem Zusammenhang das Modell einer "pragmatischen Kooperation" zwischen Wissenschaftlern und Politikern. 110) Auch die folgende Passage wird man als vorsichti-

---

106) ebda., S. 121

107) ebda., S. 119

108) ebda.

109) C. Burrichter, Fragen zu einer soziologischen Theorie der DDR-Gesellschaft, S. 704

110) ebda., S. 703

ges Plädoyer für eine fällige politische Neuorientierung der DDR-Forschung zu verstehen haben: "Auch der Wissenschaftler muß sich mit politischen Zielen mehr oder weniger identifizieren, wenn er einen Partner innerhalb des politischen Geschehens finden will. Einen Partner, der die vom Wissenschaftler erarbeiteten Ergebnisse in die politische Praxis übersetzt." 111) Wissenschaftlich legt Burrichter mit diesem Aufsatz einen im Vergleich zu Lades wesentlich differenzierteren und methodenbewußteren Theorieentwurf vor, versucht er doch, Kategorien der Totalitarismus-, der Konflikt- sowie der strukturell-funktionalen Theorie miteinander zu verbinden.[112] Tatsächlich erwies sich Burrichters modernisierter DDR-Forschungsansatz denn auch bald als der für die weitere Entwicklung des Erlanger Instituts bestimmende. Das Institut wurde zu einem wichtigen Lieferanten von Analysen für mehrere Bundesministerien und entfaltete auch anderweitig, etwa in Form von Veröffentlichungen und Tagungen, eine rege Aktivität. Es war beteiligt an der Erstellung der "Materialien zum Bericht zur Lage der Nation".[113]

Als ein Gradmesser der Bedeutung des Erlanger Instituts muß auch seine staatliche finanzielle Förderung betrachtet werden: Während es 1969 nur etwa 115 000 DM erhielt, waren es 1973 schon 857 000 DM; 1975 standen dem Institut annähernd 1,3 Mio DM zur Verfügung.[114]

---

111) ebda.

112) Im nächsten Kapitel kommen wir - unter wissenschaftstheoretischer Fragestellung - auf diesen Aufsatz von Burrichter noch ausführlicher zu sprechen.

113) Vgl. Bundesbericht Forschung IV, Bd. 3, Bundestagsdrucksache VI/32/51, S. 19

114) Vgl. Bundeshaushaltsplan 1973, EPL 3002, Titel 68 598; "Aufgaben und Tätigkeiten des IGW", April 1976, S. 5

Diese Steigerung der Zuschüsse ist zwar beachtlich, doch muß man freilich auch die Relationen im Auge behalten: So erhielt, um ein willkürliches Vergleichsbeispiel herauszugreifen, der "Johann-Gottried-Herder-Forschungsrat e.V." in Marburg vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen im Jahr 1975 mit 2 766 000 DM mehr als das Doppelte der Erlanger Summe.[115] Die Tatsache, daß das Erlanger Institut auch nicht mehr als 14 Wissenschaftler beschäftigt[116], verdeutlicht ebenfalls, auf welch relativ bescheidenem Posten die DDR-Forschung noch steht, verglichen mit der kaum übersehbaren Fülle von Ostforschungseinrichtungen, für die alle die staatlichen Quellen weiterfließen. So gesehen hat L. Bress nicht unrecht, wenn er klagt, daß das Erlanger Institut "mehr als bescheiden ausgestattet" sei.[117]

Speziell im Rahmen der bundesdeutschen DDR-Forschung gesehen, bleibt dennoch gültig, daß das Erlanger Institut eine der maßgeblichen Leitinstitutionen darstellt. In dem seit jüngerer Zeit bestehenden "Arbeitskreis für vergleichende Deutschlandforschung" ist es dementsprechend auch verankert - und zwar über die Person von Prof. Lades.[118] Gerade in der Frage des System-Vergleichs von BRD und DDR wird man in nächster Zeit sicher von den Erlanger Forschern hören; eine Projektgruppe des Instituts befaßt sich seit

---

115) G. Herde, Zur anhaltenden Förderung der Vertriebenenverbände aus Steuermitteln, S. 11

116) "Aufgaben und Tätigkeiten...", S. 5

117) L. Bress, Hat die "DDR-Forschung" eine Zukunft?, S. 720. Andererseits wiederum kann die linke DDR-Forschung in der BRD von solch einer "bescheidenen" Ausstattung nur träumen.

118) Vgl. "Aufgaben und Tätigkeiten...", S. 12

Anfang 1976 mit dem Thema: "Wissenschaftlich-technische Determinanten der Systemkonkurrenz - Studien zum Vergleich von Industriestaaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland und der DDR."[118a)]

In geraffter Form sei noch auf folgende wichtige DDR- und Kommunismusforschungseinrichtungen hingewiesen:

Das "Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung" (DIW) in Westberlin unterhält seit 1967 eine Forschungsabteilung "DDR und östliche Industrieländer" (Leitung: P. Mitzscherling), die tonangebend in der ökonomischen DDR-Forschung ist. Die Abteilung, in der etwa 20 Mitarbeiter beschäftigt sind, erstellt "als unmittelbare Entscheidungshilfe für politische und wirtschaftliche Entscheidungsträger operative Analysen" 119) sowie einschlägige Prognosen. Einer breiteren Öffentlichkeit wurde sie bekannt durch die Gesamtdarstellung der "DDR-Wirtschaft. Eine Bestandsaufnahme." 120) Auch an der Erstellung der "Materialien" 1971 war sie maßgeblich beteiligt. Erinnert sei noch daran, daß das DIW seinerzeit starken Anteil an der Gründung und Tätigkeit des "Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands" hatte.[121)]

Auch an der Freien Universität Berlin ist die Kommunismus- und DDR-Forschung stark verankert. Das "Osteuropa-Institut", dem auch R. Löwenthal angehört, wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft als Sonderforschungsbereich unterstützt. Maßgebliche Initiativen

---

118a) ebda., S. 8

119) P. Mitzscherling, Forschungsgebiet DDR-Wirtschaft. Anmerkungen aus der Sicht des DIW, S. 1035

120) 1. Aufl. Frankfurt/Main 1971

121) Vgl. K.-H. Roth, Invasionsziel DDR, S. 17

leistete und leistet auf dem Gebiet der DDR-Forschung das FU-Institut für politische Wissenschaft. Hier machte man sich z.B. schon relativ frühzeitig an die Entwicklung deutsch-deutscher Systemvergleichs-Studien.[122]

Rege Aktivität entfaltet die "Studiengesellschaft für Fragen mittel- und osteuropäischer Partnerschaft". Sie arbeitet eng mit amerikanischen Kommunismusforschern zusammen, namentlich mit der "Foundation for Foreign Affairs", mit welcher zusammen sie regelmäßig Konferenzen durchführt.[123] Die Studiengesellschaft steht der CDU nahe und hält über führende Mitglieder Kontakte mit verschiedenen bundesdeutschen Landsmannschaften.[124] Ihren Vorsitzenden Prof. Gotthold Rhode finden wir auch im Präsidium der 1973 gegründeten "Gesellschaft zur Förderung der tschechoslowakischen Forschung e.V.", die ein entsprechendes Forschungsinstitut unterhält. Es will "mit einem interdisziplinären Team von deutschen und tschechischen Politologen, Historikern, Soziologen, Ökonomen die Entwicklung der Tschechoslowakei ... besonders ... seit 1945 ....erforschen".[125] Zu den dabei grundlegenden Fragestellungen gehört die nach den Bedingungen einer "Etablierung des Sozialismus in einem fortgeschrittenen Industrieland", eine Fragestellung, deren politisches Motiv die FAZ mit den Worten umreißt:

---

122) Vgl. P.C. Ludz, Situation, Möglichkeiten und Aufgaben..., S. 159. Ludz selbst gehörte zeitweilig diesem Institut an.

123) Vgl. die unter Anm. 60 genannten, von A. Domes hersg. Bände.

124) Vgl. I.M.-Kaiser, Tendenzen,... S. 1429f.

125) FAZ v. 25.5.1973. - G. Rhode hat auch seit 1972 an den Schulbuchverhandlungen zwischen der Bundesrepublik und Polen teilgenommen (vgl. seinen Artikel in: FAZ v. 31.1.1977).

"Das könnte für die westliche Gesellschaft von besonderer Bedeutung sein in einer Situation, wo sich auch im Westen sozialistische und sozialisierende Kräfte etablieren".[126] Es sei schließlich auch erwähnt, daß die "Gesellschaft zur Förderung der Forschung über die Tschechoslowakei" maßgeblich gefördert wird von der Carl-Friedrich-v.-Siemens-Stiftung in München.[127]

Mehr mit Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit als mit primärer Forschung befassen sich das "Ostkolleg" der "Bundeszentrale für politische Bildung" und die der SPD nahestehende "Friedrich-Ebert-Stiftung".[128]

Schließlich muß noch die "Akademie für Politische Bildung" in Tutzing genannt werden, die seit 1967 zusammen mit dem "Deutschland Archiv" (als dem führenden Organ der DDR-Forschung) jährliche DDR-Forscher-

---

126) FAZ v. 25.5.1973

127) Vgl. SPD-Pressedienst v. 5.6.1973

128) Immerhin hat aber das Forschungsinstitut der F.-Ebert-Stiftung - sein Jahresetat 1974 betrug über 12 Millionen DM - auch eine Abteilung für außenpolitische Fragen und DDR-Forschung (vgl. H.v. Vieregge, Zur politischen Bildungsarbeit der parteinahen Stiftungen, S. 49f.), Die "Arbeitsgruppe für innerdeutsche Beziehungen" in diesem Forschungsinstitut "hat bis Ende 1975 insgesamt 30 Hefte einer Reihe 'Die DDR, Realitäten - Argumente' und 55 Stichwortkarten einer Reihe 'Schnell informiert für den innerdeutschen Dialog', in einer Auflage von je 20 000 Exemplaren, verfertigt." (ebda., S. 50) Wie der Jahresbericht 1975 der F.-Ebert-Stiftung ausweist, wird im Institut auch operative Forschung getrieben: "Als Beurteilungs- und Entscheidungshilfe für die Politik ... erarbeitete die Abteilung 'Außenpolitische Fragen und DDR-Forschung' mehr als zehn Studien und Analysen zu aktuellen Entwicklungen in der Außenpolitik kommunistischer Länder." (Zit. nach R. Albrecht, Die Rolle der Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 48)
Das Projekt eines speziellen SPD-eigenen Kommunismusforschungs-Instituts bestand eine Zeit lang, ist dann aber aufgegeben worden. Für die Leitung hatte man Richard Löwenthal ins Auge gefaßt (vgl. konkret v. 6.9.1973).

Tagungen durchführt und durch die damit einhergehende wissenschaftliche Selektion nicht unwesentlich das offizielle Bild der DDR-Forschung in der Bundesrepublik mitbestimmt.

Betrachten wir kurz noch die staatliche Förderungspolitik auf dem Gesamtfeld der Ost- und DDR-Forschung. Wie schon an Einzelbeispielen deutlich wurde, ist die fällige Neubestimmung der Schwerpunkte im Übergang von den 60er zu den 70er Jahren ausgeblieben. Betont konservative "Erbhöfe" der Ostforschung erhalten weiterhin erhebliche Zuschüsse. Beispielsweise erhielt die Stiftung für wissenschaftliche Südosteuropa-Forschung, München, aus dem Bundeshaushalt 1975 eine halbe Million, vom Freistaat Bayern nochmals eine Viertelmillion, ungeachtet der Vielzahl spendenwilliger Interessenten aus Industriekreisen. Gewiß steigen die Mittel für den traditionellen Flügel der Ostforschung nicht mehr mit jener Selbstverständlichkeit und Üppigkeit der 50er und 60er Jahre, als er "mit Mitteln gespickt"[129] wurde, wie ein Vertreter der Ostforschung selbst einräumt; aber von ernstlichen Kürzungen war bis jetzt nichts zu vernehmen.[130] Lediglich das Dickicht der wissenschaftlichen Beiräte bei den Ministerien wurde gelichtet - eine Maßnahme freilich, die sich nicht speziell gegen die Ostforschung richtete, sondern allgemein gegen das unkontrollierte, ineffiziente Beraterwesen, welches vom Bundesrechnungshof Anfang der 70er Jahre kritisiert wurde. Keinen anderen Grund dürfte etwa die Schließung der Bonner "Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen" beim Ministerium für innerdeutsche Beziehungen gehabt haben.[131] - eine Maßnahme, die zudem noch dadurch gemildert

---

129) H. König, Ostforschung - Bilanz und Ausblick, S. 795

130) Auch H. König (ebda., S. 799) sagt nur, daß die "Mittel stagnieren" würden.

131) Vgl. FAZ v. 23.6.1973

wurde, daß man die parallele Westberliner "Forschungsstelle" weiter aufrechterhielt.[132]

An die Stelle der alten Beiräte traten Ad-hoc-Arbeitsgruppen, die mit zeitlich befristeten Projekten beauftragt wurden. Hier sind besonders die mit der Erstellung der "Materialien" betrauten Arbeitsgruppen zu erwähnen. Freilich rührten sich in DDR-Forscherkreisen gegen eine einseitige Bevorzugung solcher kurzfristiger Projektgruppen auch bald warnende Stimmen, die nicht zu Unrecht geltend machten, daß die DDR-Forschung ohne langfristig angelegte Grundlagenforschung nicht auskomme. So schrieb Ludwig Auerbach: "Der Hinweis, Projektforschung sei hinreichend ergiebig, wie es die Arbeitsgruppe unter Leitung von Professor Ludz ja beweise, ist nicht stichhaltig. Gerade die an dieser Gruppe jeweils beteiligten Wissenschaftler konnten nur deshalb konstruktiv und wirkungsvoll arbeiten, weil sie sich auf langjährige Analysen und Studien in ihren Institutionen stützen konnten, in denen DDR-Forschung seit Jahren und mit einer gewissen Systematik betrieben worden war."[133] Doch gerade diese Grundlagenforschung liegt im Argen und leidet unter einer starken Zersplitterung.[134]

---

132) Vgl. FAZ v. 28.9.1974. Die unverminderte staatliche Förderung der konservativen Ostforschung muß parallel zur Problematik der Vertriebenenorganisationen gesehen werden. Der Präsident des "Bundes der Mitteldeutschen", Dorenburg, zog für seinen Verband z.B. den Schluß: "Aus unseren Gesprächen mit Regierungsseite wissen wir, daß unsere Verbandsarbeit positiv beurteilt wird. Wir werden angemessen gefördert." (Zit. nach DVZ v. 18.11.1976)

133) L. Auerbach, Die DDR-Forschung in Gefahr, in: Die Zeit v. 8.3.1974

134) "Ohne auch nur minimale Koordination, Kooperation und Konzeption lenken fünf Ministerien ... die ... Mittel in eine verwirrende Zahl von grösseren und kleineren und zum Teil winzigen Töpfchen..." (H. Rudolph, in: FAZ v. 11.11.1976).

Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen mußte sich vom Rechnungshof sagen lassen, es besitze "weder einen umfassenden Überblick über den Bedarf an DDR-Forschung noch über das mögliche, von der Förderung bisher nicht erfaßte Forschungspotential. Es mangelt an einer Analyse der Forschungslücken und einer fundierten Vorstellung, wie diese Lücken mit einer gezielten, nach Prioritäten gewichteten Förderung behoben werden könnten."[135] Hierbei soll nun der neue "Arbeitskreis für vergleichende Deutschlandforschung" Hilfestellung leisten. Ob dieser sich bei seiner inneren Heterogenität auf klare Prioritäten wird einigen können, ist allerdings fraglich. Wohl nicht zufällig finden seine Sitzungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.[136]

Soweit der grobe Überblick über die institutionelle Struktur der DDR- und Ostforschung. Die wesentlichen Resultate seien hier noch einmal zusammengefaßt: Erstens verfügt die traditionelle Ostforschung weiterhin über stabile materielle, organisatorische und personelle Grundlagen. Zweitens ist damit eine starke Präsenz von Vertretern der ostpolitischen Linie der CDU/CSU auf dem Feld der offiziösen Politikberatung verbunden. Drittens ist der gesamte Bereich der DDR- und Kommunismusforschung generell gekennzeichnet durch seine auffallende Nähe zu den staatlichen Instanzen, was sich sowohl an den personellen Beziehun-

---

135) Zit. nach J. Nawrocki, Wohin mit der DDR-Forschung? In: Die Zeit v. 30.4.1976

136) Vgl. ebda., H. Rudolph stellte bereits einen Alternativvorschlag in den Raum: "Wenn man nach Wegen sucht, der DDR-Forschung neue Impulse und eine andere Gestalt zu geben, so wäre vielleicht besser an eine Institution in der Art der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik zu denken, also eine unabhängige und überparteiliche Vereinigung, in der Politiker, Männer der Wirtschaft und Wissenschaftler gleichermaßen vertreten sind." (FAZ v. 11.11.1976)

gen (auch den vielfachen Personalunionen) als auch am großen Ausmaß staatlicher Auftragsforschung zeigt. Schon von daher ist zu erwarten, daß in dieser Forschungsdisziplin das Denken in den vorgegebenen Kategorien "westlicher Strategie" weit verbreitet ist. Viertens vollzieht sich ein erheblicher Teil dieser unmittelbar politik-bezogenen wissenschaftlichen Tätigkeit unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Dadurch verstärkt sich die Tendenz zur Herrschaftswissenschaft. Fünftens unterliegt der Bereich der DDR- und Kommunismusforschung trotz aller staatlichen Vereinnahmung und Lenkung weiterhin einer starken, unkontrollierten Eigendynamik. Bis heute fehlt es an einer klaren Abstimmung und Schwerpunktsetzung.

3. Wandel im Selbstverständnis und Verschiebung der Tätigkeitsschwerpunkte der DDR-Forschung

Von einer DDR-Forschung im heutigen Sinne konnte lange Zeit nicht die Rede sein. Das Hoffen und Hinarbeiten auf eine Restauration verhinderte, daß die DDR überhaupt als ein vollwertiger Forschungsgegenstand mit eigenen Gesetzmäßigkeiten und Entwicklungsperspektiven akzeptiert wurde. "Eine auf allen Forschungssektoren kontinuierliche, vor allem aber systematische Untersuchung der DDR schien zunächst angesichts ihrer vermuteten kurzlebigen Existenz nicht nötig zu sein."[137] Das Umdenken begann vor allem nach dem August 1961, wenn auch "erst nach und nach".[138] Die Konsequenzen, die nun gezogen werden mußten, waren vor allem folgende: Erstens galt es, wie in der Politik, so auch wissenschaftlich, den groben "Alleinvertretungsanspruch" gegenüber dem Gegenstand zu überwinden: "Die bisherigen Motive der DDR-Forschung reichten so wenig aus wie die Wertung der DDR-Wirklichkeit an westlichen Maßstäben. Es wurde immer dringlicher, zunächst einmal nach der Bedeutung der untersuchten Tatbestände innerhalb der Ordnung der DDR zu fragen".[139] Dies implizierte zweitens die Notwendigkeit, den Gegenstand DDR überhaupt "in seiner Gesamtheit zu analysieren und zu verstehen" - Reflex der Tatsache, daß die DDR zu einem funktionierenden Ganzen geworden war, daß sie Systemcharakter angenommen hatte.[140] Drittens

---

137) L. Auerbach, Die DDR-Forschung in Gefahr, in: Die Zeit v. 8.3.1974

138) ebda.; daß der August 1961 eine entscheidende Zäsur auch für die DDR-Forschung darstellt, ist fast allgemein anerkannt. Vg. P.C. Ludz, Situation, Aufgaben und Möglichkeiten der DDR-Forschung, S. 154; W. Pfeiler, Über den politischen Wert..., S. 494;

139) L. Auerbach, Die DDR-Forschung in Gefahr; vgl. P.C.Ludz: "...Deutung des Regimes aus seinen eigenen Gegebenheiten heraus" (Situation, Aufgaben..., S. 154).

140) W. Pfeiler, Über den politischen Wert..., S. 494 (Herv.heb.: O.C.)

genügten hierfür nicht mehr die bis dahin dominierenden wirtschafts-, rechts- und erziehungswissenschaftlichen Methoden. "Sozialwissenschaftliche Ansätze mußten hinzukommen".[141] Und schließlich viertens erforderte die Aussicht auf ein langfristiges deutsch-deutsches Nebeneinander eine ebenso langfristige, kontinuierliche und systematische Anlage der gesamten DDR-Forschung. Während sich die DDR-Forschung in den 60er Jahren noch recht zögernd auf diese neuen Erfordernisse einstellte - dies ist allein schon an gewissen Namensgebungen ablesbar: noch das 1965 gegründete Erlanger Institut sollte nicht die DDR, sondern "Mitteldeutschland" erforschen, bis ins Jahr 1968 nannte sich das heutige "Deutschland Archiv" "SBZ-Archiv", usw. -, setzte etwa mit dem Jahr 1969 ein neuer Schub ein. Wie die Bonner Regierungspolitik ab diesem Zeitpunkt nun Kurs auf die Anerkennung der DDR nahm, so trat in der DDR-Forschung die Strömung in den Vordergrund, die ihrem Gegenstand entsprechende wissenschaftliche "Anerkennung" zollte, indem sie sich an die nüchterne Aufarbeitung dessen, was ist, machte. "Versachlichung" war das große Motto. Inbegriff solcher Versachlichung wurden die "Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1971". Wurden diese wegen ihrer bis dahin ungewohnten Zurückhaltung mit Werturteilen auch von vielen DDR-Forschern zunächst scharf angegriffen, so machte die Versachlichung, was immer das hieß, doch weithin Schule. Man hielt nun vordergründige Wertungen und Verwünschungen tunlichst aus der Analyse heraus. Die "neue Ostpolitik" war angewiesen auf realistische Einschätzungen der Situation. Das "verhängnisvolle Selbstbelügen"[142] mußte aufhören.

---

141) L. Auerbach, Die DDR-Forschung in Gefahr

142) H. Lippmann, Der Grundvertrag und die DDR-Forschung, S. 502

Andererseits war man sich aber auch darüber einig, daß die Versachlichung, die Verwissenschaftlichung der DDR-Forschung nicht Neutralität in der ideologischen Auseinandersetzung zu bedeuten habe: "hier besteht zunächst die Notwendigkeit der analytischen Trennung beider Dimensionen, im übrigen aber kein Entweder-Oder, sondern ein Sowohl-Als-Auch", schrieb Ludz.[143]

Einen neuen Anstoß gab dem Prozeß der Neuorientierung der DDR-Forschung der Abschluß des Grundlagenvertrages zwischen Bundesrepublik und DDR. Die DDR-Forschung hatte es nun sozusagen schwarz auf weiß, daß die DDR eine normale Gegebenheit darstellte, mit der es auf unabsehbare Zeit zu leben galt. Prompt intensivierte sich 1973 wieder die einschlägige Diskussion.[144] Unter dem Eindruck der Tatsache, "daß mit diesem Vertragswerk eine neue Etappe im Systémwettstreit auf deutschen Boden eingeleitet wurde"[145], rollte man abermals alle Grundfragen der DDR-Forschung auf. Wir wollen einige wesentliche Tendenzen dieses Selbstverständigungsprozesses skizzieren, indem wir sie vor dem Raster der Begriffe "Konflikt - Konkurrenz - Kooperation" betrachten; mit diesen Begriffen schlüsseln C. Burrichter und E. Förtsch in u.E. sinnvoller Weise das Verhältnis der beiden antagonistischen Weltsysteme auf. Im Zeitalter der Entspannung, so sagen Burrichter und Förtsch, ist "ein ausschließlich auf Konflikt ausgerichteter Wettkampf der Systeme ... keine Basis mehr für strategisch-politisches Denken."
146) "Die Systemauseinandersetzung ist heute dadurch gekennzeichnet, daß die Konfliktmomente mehr und mehr

---

143) P.C. Ludz, Die Zukunft der DDR-Forschung, S. 493

144) Vgl. Deutschland Archiv 5,6,7,8,9,10/1973

145) C. Burrichter/E.Förtsch, DDR-Forschung im Systemwettstreit, S. 1037

146) Ebda.

durch die Suche nach Möglichkeiten zur Kooperation und durch die verstärkte Berücksichtigung der gesellschaftspolitischen Konkurrenz überlagert oder doch zumindest ergänzt werden."[147] Diese Tendenzen stellen nun zugleich Imperative für die DDR-Forschung dar; für sie erwachsen aus der veränderten Konstellation von Konflikt, Konkurrenz und Kooperation spezifische Aufgaben und Anforderungen. Betrachten wir daraufhin die Selbstverständnis-Debatte der DDR-Forscher.

Das bei aller Wandlung des Ost-West-Verhältnisses fortdauernde Moment des Konflikts, des Gegensatzes, der "Unversöhnlichkeit" der beiden Gesellschaftssysteme und ihrer Ideologien schlägt sich in den Beiträgen der DDR-Forscher in der vielfach variierten Feststellung nieder, daß die neue Situation nicht "mit ideologischer Windstille"[148] zu verwechseln sei, daß die Aufgaben der DDR-Forschung "nicht im elfenbeinernen Turm zu leisten"[149], daß "ideologische Konfrontationen"[150] unvermeidlich seien. In theoretischer Hinsicht ist damit die Forderung verbunden, die qualitative Andersartigkeit der DDR-Gesellschaft nicht aus dem Auge zu verlieren. Allerdings wird diese Andersartigkeit meist nur auf der für sich genommenen Ebene der Ideologie bzw. der Politik gesucht: So besteht etwa für Burrichter die "intergesellschaftliche Konfliktsituation zwischen beiden Systemen" vor allem "auf Grund des Selbstverständnisses der politischen Führungsgruppe in der DDR"[151]; an anderer

147) Ebda.

148) H. Lippmann, Der Grundvertrag und die DDR-Forschung, S. 499

149) J.D. Gradl, DDR-Forschung als eigene Aufgabe, S. 487

150) H. Lippmann, Der Grundvertrag, S. 502

151) C. Burrichter, Fragen zu einer soziologischen Theorie der DDR-Gesellschaft, S. 701 (Herv.heb.; O.C.)

Stelle lokalisiert er den Systemgegensatz in der "machtpolitische(n) Dimension"[152]; ähnlich sieht es H. Weber als charakteristisch für die DDR an, daß sie "eine ausgesprochen politisch-verfaßte Gesellschaft" sei, weswegen denn auch "die politischen Bereiche der DDR ... im Mittelpunkt der Forschung stehen"[153] sollten. Der Gegensatz der Systeme wird also zwar betont, aber er wird häufig nur auf die subjektive politische Option der Führungsgruppe der Gegenseite begründet. Die extremste, vielleicht auch nur konsequenteste Auslegung dieser Position begegnet uns bei dem amerikanischen Kommunismusforscher J. H. Kautsky, für den "sich kommunistische Erscheinungen von nichtkommunistischen durch keinerlei Eigentümlichkeit unterscheiden; ... ausgenommen natürlich durch das Symbol des Kommunismus."[154] Hier hat sich jeder wirkliche Gegensatz der Gesellschaftsordnungen verflüchtigt und reduziert sich auf ein pures subjektives Postulat, auf ein Etikett. Ganz in dieser Sichtweise erklärte Golo Mann: "Die Zeit wird kommen, da der Gegensatz zwischen 'Kapitalismus' und 'Kommunismus', der ein paar Jahrzehnte angeblich die Menschheit beherrschte und bedrohte, als das verstanden wird, was er im Grunde immer war: als dogmatisches Mißverständnis eigentlich lächerlichen Charakters."[155] Doch dies stellt eine extreme, nicht allgemein geteilte Variante der geschilderten Auffassung von Gegensatz der Gesellschaftssysteme dar. Der Gegensatz der Systeme, auch wenn er von der Mehrheit der DDR-Forscher theoretisch weniger an materiellen gesellschaftlichen Grundsach-

---

152) ebda., S. 707

153) H. Weber, Die DDR-Forschung nach dem Grundvertrag, S. 588

154) J.H. Kautsky, Comparative Communism Versus Comparative Politics, S. 141f. (Übers. von mir,O.C.)

155) Golo Mann, Die europäische Moderne, in: Propyläen-Weltgeschichte, Summa historica - Die Grundzüge der weltgeschichtlichen Epochen, Berlin - Frankfurt - Wien 1965, S. 535

verhalten festgemacht als vielmehr als Folge der "ideologischen Dauerprägung"[156] der DDR gedeutet wird, wird gleichwohl faktisch sehr ernst genommen.

Darüber hinaus betrachtet es ein Teil der DDR-Forscher auch als seine Aufgabe, das Feld der unmittelbaren politischen Konflikte zwischen beiden deutschen Staaten zum Gegenstand der Forschung zu machen, und zwar im Sinne von politischer Strategieberatung. "Hier wären", schreibt Ludz, "u.a. folgende Fragen zu untersuchen: Wieviel Konflikt können sich die beiden Systeme in Deutschland leisten, ohne daß das Wort von den 'nachbarlichen Beziehungen' zur Phrase wird? Wieviel Konflikt können sie sich leisten, ohne daß die internationale Szene - über einen bestimmten Schwellenwert hinaus - tangiert wird? In welchen Bereichen können sie sich Konflikte leisten?"[157] Man erinnert sich hier an Ludz' Forderung, daß in der Ostpolitik immer auch "die Möglichkeiten der Abgrenzung vom politisch-ideologischen Gedankenaustausch bis hin zur harten politisch-ideologischen Auseinandersetzung erkannt und genutzt werden" müßten.[158] Der Bremer DDR-Forscher L. Bress rät jedoch davon ab, diese Art von Politikberatung "unmittelbar" unter der Flagge der DDR-Forschung laufen zu lassen; die "politische Belastung"[159], welche solche in Richtung auf "unmittelbare strategische Zweckstudien" gehende Aufträge darstellten, sei zu groß. Bress: "Das ist meines Erachtens eine Aufgabe der angewandten DDR-Forschung im Rahmen politischer Sandkastenspiele."[160] Diese

---

156) P.C. Ludz, Wie funktioniert die DDR?, S. 55

157) P.C. Ludz, Die Zukunft der DDR-Forschung, S. 491

158) P.C. Ludz, Deutschlands doppelte Zukunft, S. 52

159) L. Bress, Hat die 'DDR-Forschung' eine Zukunft?, S. 720

160) ebda.

Meinungsverschiedenheit zwischen Bress und Ludz dürfte nicht von grundlegender Art gewesen sein; da sie auch seither in der öffentlichen Diskussion keinerlei Rolle mehr gespielt hat, kann sie als praktisch beigelegt betrachtet werden: In der Praxis dürften ausgesprochene konfliktstrategische "Sandkastenspiele" einerseits, wie von Ludz gefordert, durchaus zur Tätigkeit vieler DDR-Forscher dazugehören (namentlich in den relativ abgeschirmten, stark auftragsbezogen arbeitenden Spezialinstituten), wie sie andererseits, wie von Bress empfohlen, nicht in das offizielle, veröffentlichte Bild von der DDR-Forschung eingehen. In diesem Zusammenhang ist noch einmal an den relativ breiten Sektor vertraulich gehandhabter Auftragsforschung zu erinnern.

Im Zusammenhang mit dem Konfliktverhältnis zwischen beiden Systemen hat sich unter den DDR-Forschern in jüngster Zeit eine neuerliche Diskussion entzündet, in welcher es um wissenschaftstheoretische Probleme geht. Den Anstoß gab der 1974 aus der DDR in die Bundesrepublik übergewechselte Sozialwissenschaftler D. Herrmann mit einem Beitrag im "Deutschland Archiv"[161], worin er erklärte, es habe sich an "der Qualität der Auseinandersetzung zwischen West und Ost ... mitnichten etwas geändert"[162], und es sei daher nach wie vor "ein essentieller und wohlverstandener Antikommunismus die beste Grundlage einer Analyse der Gegenseite"[163] Diese Aufforderung zu einer offenen antikommunistischen Parteilichkeit in der DDR-Forschung stieß bei den Forschern, die sich bisher zu Wort meldeten, freilich auf weitgehende

---

161) D. Herrmann, 'Verunsicherte' DDR-Forschung. Bemerkungen zu einem Aufsatz von C. Burrichter und E. Förtsch.

162) ebda., S. 29

163) ebda., S. 28

Ablehnung.[164] In den Repliken auf D. Herrmann wird u.a. - und dies interessiert in unserem Zusammenhang am meisten - geltend gemacht, daß das Verhältnis zum anderen Gesellschaftssystem, welches ja zugleich "das Bedingungsgefüge des erkennenden Subjekts"[165] sei, nicht hinreichend mit den Kategorien eines "schlichten Freund-Feind-Denken(s)" zu charakterisieren sei; eine solche Sicht, so erklären Burrichter und Förtsch, sei "versimpelt". "Lägen die Dinge so einfach, so könnte auf DDR-Forschung möglicherweise sogar - etwa zugunsten einer 'Feind-Aufklärung' - verzichtet werden, könnte man, was die eigene Gesellschaft anbetrifft, zur bloßen Affirmation zurückkehren."[166] Mit anderen Worten, durch die Verabsolutierung des Moments des Konflikts, der nackten Konfrontation im Verhältnis der Systeme - verbunden mit einer schlichten Gut-Böse-Wertung[167] - würde die tiefere wissenschaftliche Erkenntnis der DDR-Wirklichkeit verhindert und zugleich die Einsicht in die Notwendigkeit von Reformen der eigenen Gesellschaftsordnung blockiert. Diese letztere Forderung, nämlich daß die DDR-Forschung auch Impulse für die innergesellschaftliche Reformpolitik in der Bundesrepublik zu geben habe, taucht in der einschlägigen Diskussion immer häufiger auf. Sie sprengt die absolute Anti-

---

164) Zu den Ausnahmen zählen Thomas Ammer (Zu den Bemerkungen "'Verunsicherte' DDR-Forschung" von Detlef Herrmann) und Siegfried Köhler (Einige Gedanken zur Diskussion über die 'verunsicherte' DDR-Forschung'), die sich zumindest nicht klar von D. Herrmanns Ansinnen distanzieren. Wir gehen im nächsten Kapitel noch ausführlich auf diese Diskussion ein.

165) C. Burrichter/E. Förtsch, Orientierungshilfen für Detlef Herrmann, S. 239

166) ebda.

167) Für D. Herrmann sind "Amoralität und Pathologie" kennzeichnende Qualitäten der sozialistischen Gesellschaftsordnung, wohingegen das "westliche System" den gesellschaftlichen "Normalzustand" darstellt ("Verunsicherte' DDR-Forschung..., S. 28, 30).

Haltung[168] und die "arrogante Selbstsicherheit"[169] eines D. Herrmann und verweist auf die Konkurrenz-Dimension des Ost-West-Verhältnisses, auf die Dimension des Ringens um gesellschaftliche Qualitäten, die nicht zusammenfällt mit der von D. Herrmann absolutgesetzten Dimension des "machtpolitischen Wer-Wen"[170].

Aus dem zunehmenden Konkurrenz-Charakter des Verhältnisses der beiden Systeme erwachsen für die DDR-Forschung vor allem folgende Konsequenzen:

Erstens muß sie ganz allgemein zu größerer Sachlichkeit und Nüchternheit finden. "Das verhängnisvolle Selbstbelügen sollte aufgegeben und eine realistische Einschätzung ermöglicht werden."[171] Es gilt, schreibt Ludz, "Tabus und falsche Vorstellungen abzubauen, Wunschträume zu zerstören und politischen Entscheidungen ein Höchstmaß an Rationalität und Transparenz zu verleihen."[172] In diesem Zusammenhang muß auch der entstandene große Nachholbedarf an zuverlässiger Information über die DDR befriedigt werden: "Die lange Tabuisierung der DDR in der Forschung", darauf verweist H. Weber, "hat bewirkt, daß fast alle Gebiete und Probleme der DDR noch 'weiße Flächen' der Forschung sind. Monographien, Detailuntersuchungen, Vergleiche, historische und politische Darstellungen und ein Aufarbeiten der marxistisch-leninistischen Ideologie sind noch immer notwendig."[173] Die Forderung nach mehr Informationsgehalt und Nüchternheit entspringt vor allem den Bedürfnissen der Politik;

---

168) D. Herrmann plädiert für "ein kategorisches 'Anti'" gegenüber dem Sozialismus (ebda., S. 28).

169) C. Burrichter/E. Förtsch, Orientierungshilfen..., S. 159

170) D. Herrmann, "Verunsicherte" DDR-Forschung, S. 29 (Herv.heb.: O.C.)

171) H. Lippmann, Der Grundvertrag..., S. 502

172) P.C. Ludz, Die Zukunft der DDR-Forschung, S. 492

173) H. Weber, Die DDR-Forschung nach dem Grundvertrag, S. 589

allzu oft blieben in der Vergangenheit Politiker der Bundesrepublik "auf einem niedrigen Informationsstand" und wurden "von neuen Entwicklungen überrascht".[174]

Zweitens schlägt sich die neue Konkurrenzsituation zwischen den deutschen Staaten in der DDR-Forschung als Trend zur vergleichenden Analyse nieder. Solange die Kommunismus- bzw. Ostforschung in ihrem Objekt mehr eine pathologische denn eine wirklich funktionsfähige, ernstzunehmende Erscheinung sah, lag es fern, diese Erscheinung zusammen mit "westlichen" Gesellschaften in eine objektivierte Versuchs- bzw. Vergleichsanordnung und damit gewissermaßen methodologisch zunächst einmal auf ein und dieselbe Stufe zu stellen. Die zu jener Zeit vorherrschende Totalitarismus-Lehre ließ mit ihrer Betonung solcher Gegensatzpaare wie "Freiheit - Unfreiheit", "Individualismus - Kollektivismus" usw. so gut wie keinen Raum für eine distanziert-vergleichende Betrachtungsweise. Hauptziel war ihr vielmehr der Aufweis der diametralen Andersartigkeit "totalitärer" Systeme, wobei diese Andersartigkeit zuweilen Züge des Dämonischen erhielt.[175] Erst als der Sozialismus praktisch sein Entwicklungspotential unter Beweis stellte und die Stabilität einer unumstößlichen, langfristigen Herausforderung gewann, wurde die systemvergleichende Betrachtung zu einer Notwendigkeit.

Ein weiterer, damit eng verbundener Grund lag darin, daß die Dynamik der wissenschaftlich-technischen Revolution eine Fülle neuer Probleme, und zwar in beiden Gesellschaftssystemen, aufwarf, so daß sich zunehmend die Frage aufdrängte, wie jeweils die spezifischen Lösungs- bzw. Bewältigungsstrategien aussehen, über

---

174) K. Mattick, Politische Forderungen..., S. 585

175) Vgl. H.J. Berman, The Devil and Soviet Russia, in: American Scholar, Spring 1958, S. 147ff.

welche "Problemlösungskapazität"[176] die eine und die andere Gesellschaftsordnung, das eine und das andere politische System verfügt. Diese neue Fragestellung verlangte in theoretischer Hinsicht zumindest eine Relativierung des Totalitarismus-Ansatzes mit seiner immanenten Negierung der Vergleichbarkeit der gegensätzlichen Systeme: dies geschah durch die Einführung der Kategorie der Industriegesellschaft.

Die hier genannten Gesichtspunkte - Sozialismus als Herausforderung, wissenschaftlich-technische Prozesse als Medium des Systemwettbewerbs (bzw. dann des Systemvergleichs) und industriegesellschaftliche Sichtweise sind bei Burrichter schon 1969 deutlich angesprochen: "Im Bereich der DDR", schreibt er, "finden gesellschaftspolitische Großexperimente statt, die auch im Hinblick auf die Lösung von Problemen gesehen werden müssen und können, mit denen jede leistungsorientierte Industriegesellschaft konfrontiert ist ('Effizienzzwang')."[177] Die hieraus resultierende Notwendigkeit von Systemvergleichen verdeutlicht Burrichter 1973 am Beispiel der Wissenschaftsforschung: "Solange man die Wissenschaften in der DDR aus der Perspektive der Totalitarismustheorie sah und sie gleichzeitig mit den Kriterien des eigenen, eines tradierten Wissenschaftsverständnisses beurteilte, reduzierte sich das Erkenntnisinteresse vor allem darauf, die Dienstleistungsfunktion der Wissenschaft gegenüber der Politik zu untersuchen."[178] D.h., man konzentrierte sich auf den polemisch gefärbten Nachweis einer Indienstnahme der Wissenschaft für "fremde Zwecke". Diese

---

176) Vgl. C. Burrichter/E. Förtsch, DDR-Forschung im Systemwettstreit, S. 1037 ("Kreativitäts- und Problemlösungspotential")

177) C. Burrichter, Fragen zu einer soziologischen Theorie..., S. 704

178) C. Burrichter, Systemwettstreit und Systemvergleich, S. 820

Betrachtungsweise mußte jedoch an den realen Problemen desto mehr vorbeigehen, je größer der Stellenwert der Wissenschaft für die Gesellschaftspolitik sowohl im "Westen" wie im "Osten" wurde, je deutlicher sich also beide Gesellschaftssysteme vor die Aufgabe gestellt sahen, den Wachstumsfaktor Wissenschaft bewußt zu organisieren. Die Kritik der DDR-Wissenschaftspolitik am idealtypischen Maßstab freier Wissenschaft schlechthin entsprach nicht mehr der praktischen Sachlage, nämlich dem Bestehen einer "Problemanalogie"[179] in beiden deutschen Gesellschaften: "Beide Gesellschaftssysteme in Deutschland stehen gegenwärtig vor der Notwendigkeit, den neuen Stellenwert der Wissenschaften im sozialen Gesamtgefüge zu ermitteln und konzeptionell zu berücksichtigen."[180] Damit also entsteht für die DDR-Forschung die Aufgabe, "die spezifischen Lösungsversuche in beiden Gesellschaftssystemen auf dem Hintergrund der analogen Problemsituation"[181] vergleichend zu erforschen. Diese gewachsene Bedeutung von Systemvergleichen wird von allen DDR-Forschern generell anerkannt; Nuancen bestehen allerdings in der Frage, wie weit solche Vergleiche erkenntnismäßig letztlich tragen und welche Berechtigung andere, nicht-vergleichende methodische Ansätze weiterhin haben.[182]

Eine dritte Tendenz, die in der DDR-Forschung aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen zunimmt,

---

179) ebda.

180) ebda.

181) ebda., S. 821

182) Z.B. schreibt Zimmermann: "Nicht zwingend scheint mir in der bisherigen Diskussion über die Perspektiven der DDR-Forschung die Begründung, daß es der Systemvergleich sei, dem allein oder vornehmlich die Zukunft gehöre ... Der gegen sie erhobene Einwand, daß sie leicht dazu tendieren, Systemunterschiede einzuebnen (bedingt durch den hohen Grad an Formalisierung), ist durchaus einsichtig." (Zu einigen innenpolitischen Aspekten der DDR-Forschung, S. 716f.)

geht dahin, Impulse für notwendige innergesellschaftliche Reformen zu geben, "interessante Erkenntnisse auch eines Systems mit anderen ordnungspolitischen Vorzeichen für den eigenen Fortschritt zu nutzen."[183] Dies ist nicht zuletzt auch eine direkte Folge (wie auch selbst Ursache) des eben geschilderten Trends zur systemvergleichenden Analyse; denn Systemvergleiche bringen, wie Mattick einräumt, es mit sich, "daß dadurch auch bestimmte Erscheinungen in der Bundesrepublik in ein kritisches Licht geraten können."[184] So geben Erkenntnisse über die DDR eine Art "mittelbare Erfahrungsbasis ab, auf der Reformen präziser gesehen und in Angriff genommen werden können."[185] Umgekehrt kann sich ein Ignorieren entsprechender Erfahrungen in der DDR in der eigenen Gesellschaftspolitik rächen: Nach L. Bress "hätten viele Irrtümer in der Hochschulpolitik vermieden werden können, wenn man die Hochschulreform der DDR vorher studiert hätte."[186]

Innerhalb des Teils der DDR-Forscher, der solch eine reformerische Intention der DDR-Forschung gutheißt, scheint uns eine weitere Differenzierung angebracht. Im einen Fall nämlich dominiert dabei das Motiv, die eigene, "westliche" Gesellschaftsordnung besser zu rüsten für ihr Bestehen in der Systemkonkurrenz; Ausgangspunkt ist hier das Interesse an der Erhaltung der eigenen Ordnung als solcher. Für diese Tendenz kann stellvertretend C. Burrichter stehen. Seine reformpolitischen Plädoyers erfolgen vor allem aus dem Blickwinkel der Systemsicherung und Krisenvermeidung.

---

183) K. Erdmann, Kritische Analyse unerläßlich, S.599

184) K. Mattick, Politische Forderungen..., S. 586

185) H. Zimmermann, Zu einigen innenpolitischen Aspekten..., S. 715

186) L. Bress, Hat die 'DDR-Forschung' eine Zukunft?, S. 718

So warnt er etwa vor einer "revolutionäre(n) Situation", die eintreten könnte, wenn die "westlichen" Gesellschaften für die vielfältigen neuartigen Probleme keine angemessenen, gründlichen Lösungswege einschlagen. In diesem Sinne zitiert er H. Klages: "Es zeichnet sich die Gefahr ab, daß die industriellen Gesellschaften (des Westens) in eine krisenhafte Situation hineintreiben, weil ihnen die Sensibilität und die Kapazität für eine rechtzeitige Früherkennung von aufkommenden Problemen fehlen."[187] Die andere Variante reformierter DDR-Forschung ist etwa repräsentiert in H. Zimmermann. Sie begründet Reformpolitik nicht indirekt, über den Umweg des Gedankens der Systemsicherung, sondern eher direkt, aus sich selbst heraus. Dementsprechend ist hier das Erkenntnisinteresse am Forschungsobjekt DDR offener, unbefangener: Die Erforschung der DDR dient mit als Grundlage dafür, in der Bundesrepublik "alternative Gesellschaftspolitik zu diskutieren"[188]; die Auseinandersetzung mit der fremdartigen DDR-Gesellschaft verhilft dazu, "zu 'Vertrautem' im eigenen Erfahrungsbereich Distanz zu gewinnen, dieses als des Fragens würdig und manchmal auch als fragwürdig zu erkennen."[189] Der Unterschied in der Akzentsetzung gegenüber C. Burrichter ist unübersehbar: Verstehen sich bei diesem Reformmaßnahmen tendenziell als Überlebensnotwendigkeiten für das eigene System, so haben sie für Zimmermann eher einen originären Zweck im Sinne des ge-

---

187) C. Burrichter, Prämilinarien zu einer Theorie internationaler Wissenschaftskooperation, S. 11, bzw. H. Klages, Die unruhige Gesellschaft - Untersuchung über Grenzen und Probleme sozialer Stabilität, München 1975, S. 32

188) J. Straßburger/H. Zimmermann, Parteilichkeit in der DDR-Forschung?, S. 255

189) H. Zimmermann, Zu einigen innenpolitischen Aspekten..., S. 715

sellschaftlichen Fortschritts.[189a)] Dennoch sind die Grenzen zwischen beiden Herangehensweisen fließend; so wie Zimmermann gegen "utopische 'Revolutionshoffnungen'"[190)] Front macht, so hindert Burrichters Ansatz diesen andererseits nicht, etwa ein "Überdenken" der "Eigentumsfrage"[191)] in der kapitalistischen Gesellschaft zu fordern.

Eine vierte Tendenz im Gefolge der wachsenden System-Konkurrenz sehen wir darin, daß diejenigen Interpretationsmethoden verstärkt Eingang in die DDR-Forschung finden, die man als "linke Kritik" bezeichnen kann. Immer stärker ruft und rief die traditionelle DDR-Forschung den Einwand hervor, sie beurteile ihren Gegenstand mit dem fremden Maßstab des eigenen Gesellschafts- und Politikverständnisses; die Prozesse in der DDR müßten jedoch vielmehr "am Eigenmodell analysiert werden"[192)], schrieb H. Lippmann. Von hier aus eröffnet sich nun die Möglichkeit, in kritischer Absicht die DDR "konkret auf ihren Sozialismus hin zu befragen".[193)] W. Bruns spricht die Erwartung aus, daß diese Version der DDR-Kritik in Zukunft stark an

---

189a) Burrichter wünscht sich in Anlehnung an den Brooks-Report über "Science, Growth and Society" (Paris 1971) eine neuartige Einrichtung zur Krisenfrüherkennung, "a sort of watchdog" (Zit. in: Präliminarien zu einer Theorie..., S. 12). Auf der anderen Seite handeln sich J. Straßburger und H. Zimmermann den Vorwurf ein, DDR-Forschung "nicht primär als Erkenntnis der DDR, sondern als Veränderungswissenschaft der Bundesrepublik (zu) verstehen." (J.-P. Picaper, Pluralisierung in der DDR-Forschung. Oder die Furcht vor dem Kronzeugen, S. 589)

190) Zu einigen innenpolitischen Aspekten..., S. 715

191) Präliminarien zu einer Theorie..., S. 10

192) H. Lippmann, Der Grundvertrag..., S. 502

193) M. Ackermann, Die Normalisierung..., S. 590

Boden gewinnen werde.[194] Freilich ist nicht zu erwarten, daß sich die Mehrzahl der bundesdeutschen DDR-Forscher diesen Ansatz zueigen machen wird, da er doch zumindest formell eine Aufwertung marxistischer Begriffe und Konzepte impliziert. Immerhin finden sich aber zunehmend gewisse Argumentations- und Analysemuster der "linken Kritik" in Untersuchungen von DDR-Forschern eingestreut wieder, die insgesamt eher eine "Kritik von rechts" repräsentieren.[195] Ein Zusammenhang zwischen der neuen Stufe der Systemkonkurrenz und diesem verstärktem Gebrauch der "linken Kritik" scheint uns insofern gegeben, als ja die Bereitschaft, den Anspruch des Sozialismus in der wissenschaftlichen Analyse ernstzunehmen, nicht zuletzt aus einem realen politischen Klima entspringt, in welchem der Sozialismus selbst als konkrete gesellschaftliche Herausforderung ernstgenommen wird, bzw. wo sein Anspruch, seine Idee zu einer akzeptablen Diskussionsgrundlage wird. Selbstverständlich ist dies ein ebensosehr innergesellschaftlich-innenpolitisch bedingter Vorgang. Entsprechend bleibt er auch hart umstritten. In jüngster Zeit melden sich in der DDR-Forscher-Debatte wieder stärker Stimmen zu Wort, die einer immanent-sozialismus-theoretisch argumentierenden DDR-Forschung und -Kritik scharfe Absagen erteilen, weil dadurch "Denkstrukturen, Sprachgewohnheiten und langfristige Zielsetzungen des SED-Systems" 196) übernommen würden. Die Kritik der DDR an ideal-

---

194) W. Bruns, Richtungen und Probleme..., S. 598

195) Beispielsweise bei R. Furtak, Interessenpluralismus in den politischen Systemen Osteuropas, S. 780

196) J.-P. Picaper, Pluralisierung in der DDR-Forschung ...; Picaper hat jüngst ein Buch über "Kommunikation und Propaganda in der DDR" vorgelegt (Stuttgart 1976), in dem er ausdrücklich betont: "Unsere Methode... steht im Gegensatz zur systemimmanenten DDR-Analyse des letzten Jahrzehnts... Sie beansprucht keine Wertfreiheit, sondern Offenheit."(S.198)

typischen sozialistischen Normen rücke implizit die Ordnung der Bundesrepublik in ein vergleichsweise noch schlechteres Licht, weil die DDR ja "immerhin näher 'dran'"[197] sei an jenen zugrundegelegten Idealnormen. So erweist sich die Tendenz zur "linken Kritik" teils als ideologisch-theoretische Notwendigkeit (Forderung nach stärkerer Immanenz der Sozialismusforschung), teils jedoch als Risikofaktor ("Verbeugung vor den Werten des anderen Systems"[198]).

Mit den skizzierten vier Aspekten - Versachlichung, Systemvergleich, Reformpolitik, "linke Kritik" - dürften die hauptsächlichen Wirkungstendenzen, die von der qualitativ neuen Konkurrenzlage der beiden deutschen Staaten auf die DDR-Forschung ausgehen, umschrieben sein.[199]
Zeichnen sich nun auch aus Erfordernissen der Kooperation der Systeme resultierende Wandlungen in der DDR-Forschung ab? - Im großen und ganzen fallen sie zusammen mit solchen soeben als Ausfluß der Systemkonkurrenz beschriebenen Tendenzen wie Versachlichung, Systemvergleich, längerfristige Prognosen u.ä.. Dies alles sind ebenso Gebote der anlaufenden Systemkooperation. Verschiedentlich wird von Seiten der bundesdeutschen DDR-Forschung auch ein eigenes, unmittelbares Interesse an einer Zusammenarbeit, an wissenschaftlichen Kontakten mit DDR-Kollegen geäußert. Hermann Weber räumt zwar ein, daß "selbst bei einer

---

197) J.-P. Picaper, Schritt zur Realität. Neue Fragen für De-De-Errologen, in: Deutsche Zeitung v. 25.6.1976

198) J.-P. Picaper, Pluralisierung..., S. 589

199) Man könnte noch nachtragen die Tendenz zu stärker prognosehaltigen Aussagen über die DDR. Bress: "eine Grundlagenforschung über die Zukunftsaussichten verschiedener Sozialsysteme gewinnt an Bedeutung." (Hat die 'DDR-Forschung' eine Zukunft?, S. 718) Allerdings ist diese Tendenz noch weitgehend Postulat geblieben.

eventuellen 'Zusammenarbeit' der Gesellschafts- und Sozialwissenschaftler beider deutschen Staaten ... die bundesrepublikanische DDR-Forschung für jede geplante Kooperation ein heikles Problem bleiben" dürfte, plädiert aber in jedem Fall, um die Kooperationschancen optimal wahrnehmen zu können, für strikte "Objektivität der Analysen": "Die DDR-Forschung muß in erster Linie den zweifelhaften Ruf überwinden, ein Produkt des 'kalten Krieges' zu sein."[200]

Die zunehmenden Aussichten auf Kooperation der Systeme in einzelnen ökonomischen, technisch-wissenschaftlichen u.a. Gebieten evozieren in der DDR-Forschung in letzter Zeit verstärkt Überlegungen und Konzepte, in denen die Kooperation als Hebel grundlegender gesellschaftlich-politischer Wandlungsprozesse vornehmlich der Gegenseite gedacht wird. Für diese Tendenz kann stellvertretend ein Aufsatz aus dem Kreis der Erlanger DDR-Forscher über die Wissenschaftlich-technische Revolution (WTR) und ihre Konsequenzen stehen. 201) Hier wird der WTR eine im Bezug auf die sozialistische Gesellschaft tendenziell "strukturensprengende" 202) Qualität zugesprochen; "die Herrschaftsstruktur und der 'harte Kern' der Ideologie"[203] in der DDR, so wird postuliert (aber auch nur postuliert), stehe der Lösung der durch die WTR aufgeworfenen gesellschaftlichen Probleme im Wege. Die Kooperation auf dem wissenschaftlich-technischen Fels solle in diesem Sinne "auch einen Beitrag zum politischen und sozialen Wandel... leisten"[204], solle eine Eigen-

---

200) H. Weber, Die DDR-Forschung nach dem Grundvertrag, S. 587

201) C. Burrichter/E. Förtsch/H.-J. Müller, Die wissenschaftlich-technische Revolution - Kriterien und Konsequenzen.

202) ebda., S. 529

203) ebda., S. 528

204) ebda.

dynamik der Problembearbeitung" in Gang setzen "und dabei etablierte Strukturen... in Frage ... stellen." 205) Aus der Tatsache systemübergreifender WTR-Probleme, der Internationalisierung der Ökonomie u.ä. wird - entgegen auch mannigfachen bürgerlichen Bekundungen[205a] - der Schluß gezogen, die Aufrechterhaltung der ideologischen Auseinandersetzung zwischen den Systemen sei "ein Anachronismus"[206].

Diese Konzeption - deren wissenschaftliche Substanz hier nicht zur Diskussion steht - könnte man, auf einen groben Nenner gebracht, als Konzeption eines "Wandels durch wissenschaftlich-technische Kooperation" charakterisieren, also als eine Spezifizierung des "Wandels durch Annäherung". Sie steht in einer Linie mit älteren Konzepten, in denen der Ost-West-Handel als Instrument politischer Einwirkung fungiert: "Wir müssen den Handel ausnutzen", empfahl z.B. schon 1965 ein vom amerikanischen Präsidenten eingesetztes Komitee, "um die innere Evolution in den kommunistischen Ländern ... zu beeinflussen."[207] Das "Wandel-durch-Kooperation"-Konzept von Burrichter und Mitarbietern ist auch verwandt mit Vorstellungen von G. Wettig, der durch die Entwicklung der Kontakte und der Kommunikationsprozesse zu "Systemveränderungen" in den sozialistischen Partnerländern gelangen will 208). Eine weitere Variante stellt F. Vilmars Konzept

---

205) ebda.

205a) "Schließt ... eine Politik der Entspannung, wenn sie erfolgreich sein will, auch einen gewissen Abbau des ideologischen Anti-Kommunismus ein? Das Gegenteil ist der Fall... Die Gesetze der Ideologiepolitik sind andere als die Gesetze der Politik". H. Lübbe, in: Deutsche Zeitung v. 6.2.1976)

206) C. Burrichter/E. Förtsch/H.-J. Müller, Die WTR..., S. 529

207) Zit. nach J.S. Nowopaschin, Strategie..., S. 164

208) G. Wettig, Kontakt und Kommunikation..., S. 276

der sog. "Kommutation" dar; darunter versteht er einen langfristigen Prozeß der "Annäherung durch gemeinsame Gesellschaftsreform"[209]. Etwas ähnliches meinen offensichtlich auch Burrichter und Mitarbeiter, wenn sie erklären, "daß die aktuelle Entwicklungsdynamik von Wissenschaft und Technik zum Überdenken der traditionellen ökonomischen und gesellschaftlichen Ziele und Grundstrukturen in allen hochentwickelten Industriegesellschaften zwingt."[210] Faktisch wenden sich ihre Überlegungen freilich nur gegen die Ziele und Grundstrukturen des Sozialismus, keineswegs gegen solche des Kapitalismus, und zwar selbst nicht andeutungsweise. Die Beteuerung, die WTR setze in beiden Typen von Industriegesellschaften tiefgreifende soziale und politische Konsequenzen auf die Tagesordnung, bleibt somit leer, zumindest in dem genannten Aufsatz. Das Konzept weist dieselbe uneingestandene "Schlagseite" auf wie die meisten Varianten der Konvergenztheorie, die "in Wirklichkeit nicht eine Konvergenz der Systeme, sondern den Untergang des snderen Systems" postulieren, wie Brzezinski/Hutington[211] bemerken.

Die Auffassung der Erlanger Autoren über Perspektiven und Konsequenzen der (wissenschaftlich-technischen) Kooperation der Systeme dürfte auch innerhalb der bürgerlichen DDR-Forschung umstritten bleiben. So bekannte sich - jedenfalls im Jahre 1973 - W. Pfeiler

---

209) F. Vilmar, Kein Frieden ohne Gesellschaftsreform in West und Ost, in: Wochenschau für politische Erziehung, 24. Jg., April/Mai 1973, Ausgabe O, Nr. 8/9, S. 171; vgl. F. Vilmar/W. Möller, Sozialistische Friedenspolitik für Europa, Reinbeck 1972.

210) C. Burrichter/E. Förtsch/H.-J. Müller, Die WTR..., S. 524

211) Z.K. Brzezinski/S.P. Hutington, Politische Macht. USA/UdSSR. Ein Vergleich, Köln/Berlin 1966, S. 450

zur Theorie von der "antagonistischen Kooperation"; die DDR-Forschung solle im Geiste einer solchen Kooperation arbeiten, "die die Wertordnung und Motive der anderen Seite nicht anzweifelt, sondern als vorgegeben respektiert."[212] Das bedeutet für Pfeiler zugleich, auf eine strategisch denkende, die Änderung des Status quo anstrebende DDR-Forschung zu verzichten.[213] Dies aber ist eine Forderung, die in diametralem Gegensatz zu dem steht, was etwa Burrichter und Mitverfasser in ihrem genannten Aufsatz anzielen; Kooperation soll bei ihnen nicht unter Akzeptierung der Tatsache des Antagonismus der Systeme entfaltet werden, sondern dazu instrumentalisiert werden, diesen Antagonismus, diese "widersprüchliche(n) Wertsysteme ... zu unterlaufen"[214] mit dem Ziel, daß sich der Sozialismus "qualitativen Wandlungen unterzieht"[215]. Leider ist in der Diskussion der DDR-Forscher dieser Frage - also: Soll DDR-Forschung den (sozialistischen) Status quo in Frage stellen oder als Grundlage akzeptieren? - nie systematisch nachgegangen worden, obwohl sie in der Tat eine Kernfrage für die DDR-Forschung darstellt. Nur L. Bress widersprach W. Pfeiler seinerzeit dezidiert, indem er erklärte, "die langfristige Kooperation von Ost und West sollte umgekehrt interpretiert werden, nämlich daß jene Theorien an Bedeutung gewinnen, die langfristige Entwicklungen freisetzen und nicht verhindern."[216]

---

212) W. Pfeiler, Über den politischen Wert..., S. 499

213) Vgl. ebda., S. 497

214) C. Burrichter et al., Die WTR..., S. 528 (zit. G. Zellentin, Intersystemare Kooperation und Frieden in Europa, in: Aus Pol. u. Zeitgesch., 36/1973, S. 31ff.)

215) C. Burrichter et al., Die WTR..., S. 525

216) L. Bress, Hat die 'DDR-Forschung' eine Zukunft?, S. 721 (Herv.heb.: O.C.)

Soviel zu den Auswirkungen der Konflikt-, Konkurrenz- und Kooperationslage der beiden Gesellschaftssysteme auf die DDR-Forschung. Betrachten wir nun die Selbstverständnis-Diskussion der DDR-Experten unter der Fragestellung, ob und inwieweit sich die DDR-Forschung als eigenständige Disziplin wird bewahren können, oder ob die Entwicklung eher in Richtung auf die Integration in eine übergreifende Kommunismus- bzw. Sozialismusforschung geht.

In den fünfziger Jahren und noch länger bemühte man sich so gut wie gar nicht, die DDR als ein relativ eigenständiges Gebilde zu behandeln. R. Löwenthal nannte sie ein "Quislingregime"[217], und für Ludz war die SED eine "'Filialpartei' der KPdSU"[218] - um nur zwei beliebige Beispiele zu nennen. Solange eine solche gewissermaßen "frontale" Auffassung vom "Ostblock" vorherrschte, bestand verständlicherweise auch keine Notwendigkeit zu einer spezialisierten DDR-Forschung sui generis. Diese etablierte sich, wie wir sehen, erst in den sechziger Jahren. "Wir interessieren uns heute für die DDR als einem Staatswesen eigener Prägung", schreiben K. Sontheimer und W. Bleek.[219] Wenn sie allerdings die Berechtigung und Notwendigkeit einer solchen eigenständigen DDR-Forschung aus der Behauptung ableiten: "dieser zweite deutsche Staat hat heute sein eigenes Profil, er ist nicht mehr bloßes Anhängsel der führenden Sowjetmacht, er besitzt ... innerhalb des Ostblocks eine größere Manövrierfähigkeit"[220], so werfen sie damit

---

217) R. Löwenthal, Der sichere Weg zur Niederlage, S. 11

218) P.C. Ludz, Das politische System in der DDR, S. 111

219) K. Sontheimer/W. Bleek, Die DDR. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Hamburg 1971 (1. Aufl.), S. 11

220) ebda.

mehr Fragen auf als sie beantworten. Erstens behaupten Sontheimer/Bleek damit implizit, daß die DDR irgendwann einmal tatsächlich kein "eigenes Profil" besaß[221] und in der Eigenschaft eines "bloßen Anhängsels" der Sowjetunion aufgegangen sei. Wollen sie damit ernstlich sagen, daß die ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Prozesse in der DDR zu irgendeinem historischen Zeitpunkt einmal kein ernstzunehmendes, taugliches Objekt konkreter, spezieller (DDR-) Forschung gewesen wären? Sollte die Realität in der DDR tatsächlich erst irgendwann im Laufe der 60er Jahre jene "eigene unverwechselbare Individualität und Identität"[222] erlangt haben, die Sontheimer/Bleek ihr heute zugestehen und die sie als die Voraussetzung wissenschaftlicher DDR-Forschung ansehen? Die Vorstellung ist absurd.

Wenn jedoch Sontheimer und Bleek - was wahrscheinlich ist - mit ihren Hinweisen auf "Profil" und "Individualität" (bzw. negativ: "Anhängsel") nur auf die Frage der politischen Beziehungen zwischen DDR und Sowjetunion anspielen wollen, dann stellt sich die Frage, was dies zu tun hat mit der Frage nach der Möglichkeit wissenschaftlicher DDR-Forschung. Wird ein Staat erst dadurch zum vollgültigen Gegenstand der Wissenschaft, daß er, zugespitzt gesagt, "Moskauunabhängigkeit" an den Tag legt? (Eine BRD-Forschung wird von der BRD als ihrem Gegenstand sicher auch nicht verlangen müssen, daß sie ihre engen Beziehungen zur amerikanischen Regierung lockert.) Auch dies erscheint absurd.

---

221) Vgl. auch den Satz: "das 'Phänomen' ... hat längst feste politische und soziale Konturen angenommen." (ebda.) Bis wann war es konturlos gewesen?

222) ebda.

Drittens erhebt sich hier auch von der Sache her der Einwand, ob sich denn das staatlich-politische Verhältnis zwischen DDR und Sowjetunion im Laufe der letzten Jahrzehnte überhaupt tatsächlich in der unterstellten Weise gewandelt hat. Ist die Bindung an die Sowjetunion heute etwa lockerer geworden im Vergleich zu früher? Ist nicht im Gegenteil z.B. die ökonomische Integration weiter vorangeschritten? Müßte man also nicht von demjenigen ideologischen Standpunkt aus, von dem aus die DDR früher einmal als "bloßes Anhängsel der führenden Sowjetmacht" erschienen war, heute sogar erst recht zu diesem Befund kommen? In der Tat schrieb etwa die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" anläßlich der Verfassungsänderung in der DDR 1974: "Der deutsche Nationalist Ulbricht hielt, so gut es ging, Distanz zur Sowjetunion und versuchte, der DDR wenigstens eine geringe Eigenständigkeit zu bewahren."[223] Somit bestünde, nach der Logik von Sontheimer und Bleek, heute weniger denn je Grund für eine eigenständige wissenschaftliche DDR-Forschung, - Man entgeht diesem Dilemma offensichtlich nur, wenn man anerkennt, daß ein staatliches und gesellschaftliches System auch dann durchaus "seine eigene unverwechselbare Individualität und Identität besitzt" (so Sontheimer/Bleek über die DDR von heute), wenn es in engem Verhältnis zur Sowjetunion und deren Gesellschaftsstrukturen steht. Das bedeutet auch, daß die DDR von Anbeginn durchaus etwas anderes war als jenes "bloße Anhängsel", mit welchem plausibel gemacht werden soll, daß die DDR-Forschung der 50er Jahre gar kein höheres wissenschaftliches Niveau haben konnte als dasjenige, das sie tatsächlich hatte. Alle Versuche, die Wandlung der DDR-

---

223) "Die getilgte Nation", in: FAZ v. 30.9.1974

Forschung hin zu einer Disziplin, welche anerkennt, daß ihr Gegenstand aus sich selbst heraus erklärt werden muß, welche ihm ein "eigenes Profil" zugesteht - alle Versuche, diese Verwissenschaftlichung der DDR-Forschung aus einer angeblichen Wandlung des Gegenstandes selbst, also der DDR, zu erklären, bleiben somit uneinsichtig. Vielmehr hat man die Gründe hierfür wesentlich auf Seiten des Erkenntnis-Subjekts zu suchen. Sontheimer/Bleek liefern dazu selbst entscheidende Gesichtspunkte, auch wenn sie andererseits zu der eben kritisierten Haltung neigen, das Objekt selbst für die früheren Schwächen der DDR-Forschung verantwortlich zu machen. "'DDR-Forschung' stand ... in der Bundesrepublik von Anfang an unter politischen Vorzeichen, d.h. sie diente im wesentlichen den politischen Zielen der Bundesregierung"[224], schreiben sie und führen aus: "Fast zwanzig Jahre lang hat die Bundesregierung an der angesichts der Realität der DDR absurd erscheinenden Auffassung festgehalten, daß dieser Staat kein Staat sei."[225] Und diese Einstellung, so Sontheimer/Bleek weiter, prägte entsprechend die DDR-Forschung: Man weigerte sich oft "auch nur den Versuch zu machen, die politischen und rechtlichen Begriffe des kommunistischen Staats- und Gesellschaftsverständnisses in ihrer Eigenart und ihrem Systemzusammenhang zu begreifen." 226) Damit ist der entscheidende Gesichtspunkt genannt, der im Grunde auch alle Spekulationen überflüssig macht, ob nicht die DDR in der Vergangenheit einmal ein "eigenes Profil" vermissen ließ, ob sie nicht ein "bloßes Anhängsel" war usw. -

---

224) K. Sontheimer/W. Bleek, Die DDR, S. 12

225) ebda., S. 13

226) ebda., S. 14

Entscheidend war vielmehr die Weigerung auf Seiten der Bundesrepublik, diesen Staat mit seinen neuen Strukturen und Prozessen adäquat zur Kenntnis zu nehmen. Unverständlich allerdings, warum Sontheimer/Bleek damit dennoch "nicht behauptet" haben möchten, daß diese von ihnen selbst als stark ignorant qualifizierte DDR-Forschung von damals "im Grunde unwissenschaftlich gewesen" sei.[227] Was ist an der Weigerung noch wissenschaftlich, einen Gegenstand "in seiner Eigenart und seinem Systemzusammenhang zu begreifen"?

Wenn Sontheimer und Bleek in ihrem Plädoyer für eine DDR-Forschung, die die Eigenständigkeit ihres Objekts ernstnimmt, relativ stark den Gedanken der politischen "Manövrierfähigkeit" der DDR, namentlich gegenüber der Sowjetunion, ins Spiel bringen[227a], so bestätigen sie damit indirekt, daß auch hinter der Entwicklung der DDR-Forschung zu einer speziellen, eigenständigen Disziplin nicht zuletzt Motive der "großen Politik" standen und stehen. Die von Sontheimer/Bleek vermerkte Tatsache, daß die DDR-Forschung "in der Bundesrepublik von Anfang an unter politischen Vorzeichen" stand, hatte selbstverständlich nicht nur solange Gültigkeit, wie die Bundeskanzler Adenauer, Erhard oder Kiesinger hießen. Die neue Betonung der Eigenständigkeit und "unverwechselbaren Identität" der DDR durch die DDR-Forschung entsprach auch den neuen ostpolitischen Bestrebungen, Differenzierungsprozesse im osteuropäischen sozialistischen Staatenbündnis zu fördern - eine Strategie, die seit der frühen 60er Jahre von den USA ihren Ausgang nahm und unter dem Stichwort von der "Erosion"

---

227) ebda., S. 13

227a) Vgl. oben, Anm. 220

bekanntgeworden ist[228] - sowie, im besonderen deutschen Fall, die DDR in besondere gesamt- oder innerdeutsche Bezüge zu involvieren, um so "den in den deutschen Verhältnissen enthaltenen Veränderungsdruck zu entbinden, freilich in kalkulierbarer Form." 229)

Wotschak schreibt, unter dem Eindruck des Erosionskonzepts sei die DDR-Forschung seit Anfang der 60er Jahre von dem einen Extrem der 50er Jahre - "der Nichtberücksichtigung aktueller Entwicklung in der DDR" (zugunsten der Doktrin vom totalitären "Quislingregime") - in ein anderes geraten: "Die Spezifik der DDR wurde von den allgemeinen Prozessen sozialistischer Entwicklung losgelöst und verabsolutiert,"[230] In dieser Form erscheint uns Wotschaks These allerdings bei weitem übertrieben: Dagegen spricht schon, daß sich die Bonner Ost- bzw. Deutschlandpolitik bekanntlich bis in die zweite Hälfte der 60er Jahre hinein durchaus gegen einen Kurswechsel im Sinne der amerikanischen neuen flexiblen Strategie sträubte. Ihr hartnäckiges Bestreben, die DDR staatlich zu ignorieren und zu isolieren, stellte für die DDR-Forschung schwerlich ein Stimulans dafür dar, die Spezifik des Systems der DDR zu verabsolutieren; eher förderte jener ostpolitische Hintergrund die

---

228) In einem richtungsweisenden Artikel formulierten Z. Brzezinski/ W. Griffith als strategische Aufgaben: "1) weitere Meinungsverschiedenheiten im kommunistischen Block stimulieren; 2) die osteuropäischen Staaten bei ihrer Befreiung von der sowjetischen Abhängigkeit unterstützen." (Peaceful Engagement in Eastern Europe, Foreign Affairs 7-9/1961, S. 644; (zit. nach J.S. Nowopaschin, Strategie..., S. 145)

229) H. Rudolph, Der Grundvertrag nicht als Ende, sondern als Anfang, in: FAZ v. 18.6.1974

230) W. Wotschak, DDR-Forschung unter Anpassungszwang, S. 30 .

Perpetuierung der alten, an DDR-Spezifika wenig interessierten Betrachtungsweise. Was die seit Anfang der 60er Jahre beginnende Revision der alten Totalitarismuskonzeption und die stärkere Hinwendung zu Industriegesellschafts-Kategorien betrifft, so stellte sie einen Vorgang in der Kommunismusforschung insgesamt dar und implizierte ebenfalls nicht per se die von Wotschak apostrophierte Überbetonung der Besonderheiten der DDR. Alles in allem dürfte Wotschak also Schwierigkeiten haben, seine These zu belegen - was er denn auch von vorherein unversucht läßt. [231]

Man wird wohl den Tatsachen besser gerecht, wenn man als Zeitpunkt der eigentlichen Neuorientierung und Profilierung der DDR-Forschung - und auch der Tendenz zur besonderen Betonung der Spezifik der DDR - die späten 60er Jahre ansetzt. [232] Erst die Eröffnung der Perspektive auf staatliche Anerkennung der DDR ebnete einer ungezwungeneren Betrachtungsweise den Weg. Und dadurch, daß nun die "Einheit der Nation" wieder zu einem realen Inhalt konkreter Politik zu werden schien, dadurch, daß die DDR durch "innerdeutsche" Politik vermeintlich doch noch aus ihrer festen Verzahnung mit den übrigen sozialistischen Staaten herausgelöst werden zu können schien, entstand für die DDR-Forschung verstärkt Anlaß, das Spezifische an der DDR zu entdecken und zu würdigen. "Will man also mit der DDR zu einem besonderen Verhältnis kommen, muß man sich mit ihrer spezifischen kommunistischen Struktur und Entwicklung, ihren aktuellen Gegebenheiten, Problemen und Vorstellungen vertraut

---

231) Vgl. ebda.

232) So auch Sontheimer/Bleek, Die DDR, S. 11 und W. Pfeiler, Über den politischen Wert..., S. 493

machen", schreibt Gradl und folgert daraus: "Dazu gehört eigene, auf die DDR speziell ausgerichtete Forschung."[233] Genau denselben Zusammenhang bekräftigen Sontheimer/Bleek mit den Worten, "daß eine gesamtdeutsche Politik nicht an der DDR vorbei getrieben werden kann sondern in Auseinandersetzung mit ihr Schritt für Schritt entwickelt werden muß. Nur wenn man weiß, womit man es zu tun hat, kann man diese Auseinandersetzung erfolgreich und im Interesse aller Deutschen führen."[234]

Somit stellt der Wille zu "gesamtdeutscher Politik" (Sontheimer/Bleek), zu "aktiver Deutschlandpolitik" (Gradl) ein wesentliches Stimulans zur Pflege und Erhaltung einer eigenständigen, ausgeprägten, nicht mit Sowjet- oder Kommunismusforschung verschwimmenden DDR-Forschung dar. "Wenn die DDR für uns in der Bundesrepublik ein fremdes Land, Ausland wäre, wie etwa die Sowjetunion oder Ungarn, dann wäre sie nicht Gegenstand eines besonderen Forschungsbereichs. Man würde bei uns die DDR-Entwicklung genauso zu verstehen, zu analysieren, zu interpretieren, zu beurteilen und zu vergleichen haben wie bei allen anderen Staaten, in denen Staat und Gesellschaft nach kommunistischen Ordnungs- und Wertvorstellungen gestaltet werden."[235]

Mit dieser Aussage erweckt Gradl den Eindruck, als tangiere die postulierte Besonderheit der DDR-Forschung selbst noch deren wissenschaftliche Grund-

---

233) J.B. Gradl, DDR-Forschung als eigene Aufgabe, S. 486 (Herv.heb.: O.C.).

234) K. Sontheimer/W. Bleek, Die DDR, S. 22. (Herv. heb.: O.C.) Auch H. Rausch und T. Stammen, die Autoren des ebenfalls populären Einführungswerks "DDR - Das politische, wirtschaftliche und soziale System", 2. Aufl. München 1974, bekennen sich vorweg zur "Einheit der deutschen Nation" (S. 13).

235) J.B. Gradl. DDR-Forschung als eigene Aufgabe, S. 485

prinzipien; die Analyse der DDR, so gibt er zu verstehen, habe anders zu verfahren als beispielsweise die Analyse von Ungarn oder der Sowjetunion. Nun fragt sich natürlich, worin diese Besonderheit, diese Andersartigkeit von Analyse, Interpretation usw. im Falle der DDR bestehen soll. Gradl beantwortet diese (doch im Grunde von ihm selbst aufgeworfene) Frage interessanterweise nicht. Die einzige spezielle Forderung, die er an die DDR-Forschung stellt, betrifft einen höheren Grad an Detailliertheit, als er für die sonstige Kommunismusforschung nötig sei: "Für die Erkenntnis und Bewertung des kommunistischen Denk- und Entwicklungsstandes in der Sowjetunion und anderswo mögen Erkenntnisse der ordnungspolitischen Grundlinien und der hauptsächlichen wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und sonstigen Daten und Zusammenhänge genügen. Bei der DDR muß man sich darüber hinaus um die Einzelbereiche bis in die Einzelheiten bemühen, wenn man verstehen, sachgerecht beurteilen und argumentierend zu beeinflussen suchen will."[236]

Die Forderung an die DDR-Forschung, es so genau wie möglich mit ihrem Gegenstand zu nehmen, kann Gradl unbenommen bleiben. Jeder Sowjetunion-, Polen- oder Ungarn-Fachmann wird ihm aber entschieden und mit vollem Recht darin widersprechen, daß man in seinem Forschungszweig allemal nur das Gröbste wissen müsse, wenn man "verstehen" und "sachgerecht beurteilen" wolle. Vollends ein französischer oder englischer Sozialismusforscher wird den wissenschaftlichen Sonderstatus, den Gradl der DDR-Forschung zuteilt, nicht nachvollziehen können. Alles, was Gradl wohl sagen will, ist, daß sich aus bundesdeutscher Perspektive

---

236) ebda., S. 486

gerade an der DDR ein überdurchschnittlich starkes wissenschaftliches, weil politisches, Interesse festmacht. Daß aber seiner Ansicht nach die Entwicklung in der DDR, beispielsweise die Entwicklung der Produktionsdemokratie, nicht "genauso zu verstehen, zu analysieren, zu interpretieren ... (sei) wie bei allen anderen (sozialistischen, O.C.) Staaten", wie also beispielsweise die Entwicklung der Betriebsdemokratie in der Sowjetunion, d.h. nach denselben wissenschaftlichen Maßstäben, ist schwerlich anders interpretierbar denn als Plädoyer dafür, ein bestimmtes "gesamtdeutsches" Wunschdenken in die Forschung einfließen zu lassen. Denn daß die DDR "in den Gesamtzusammenhang der Nation"[237] gehöre, diese zentrale These Gradls bildet nicht etwa eine Frage an die DDR-Forschung, wird nicht selber abhängig gemacht von konkreter empirischer Untersuchung, sondern vielmehr als das Credo postuliert, dem sich die Forschung unterzuordnen habe. Dadurch wird die Tendenz heraufbeschworen, daß alle Tatbestände und Entwicklungen in der DDR, die das Raster der gesamtdeutschen Nation sprengen und in Frage stellen, ebendiesem Raster zuliebe nicht in ihrer tatsächlichen Bedeutung und Tragweite wahrgenommen werden. Die DDR-Forschung zwingt sich dann willkürlich, eine Erscheinung in der DDR anders "zu verstehen, zu analysieren, zu interpretieren" als eine gleichartige etwa in Ungarn, nur weil der Staat, in dessen Rahmen sie existiert, eben "DDR" heißt. So wie F. Oldenburg in der Diskussion mit dem sich zu einem explizit antikommunistischen Forschungs-Credo bekennenden D. Hermann diesem einen wissenschaftsfremden "weltanschaulichen Essentialismus" vorwirft, so wäre Gradl ein "gesamtdeutscher Essentialismus" anzulasten: "Weltanschau-

---

237) ebda.

licher Essentialismus aber, der von unveränderlichen Wesensinhalten (im Falle Gradls vom unveränderlichen gesamtdeutschen Wesensinhalt der DDR, O.C.) ausgeht, unterliegt der Gefahr, statt zu einer Erklärung der Phänomene zu einer Position des trotzigen alles schon Vorher-Wissens zu gelangen."[238]

Welche reale Rolle spielen nun in der konkreten DDR-Forschung, jenseits bloß allgemeiner programmatischer Willensbekundungen, jene nationale Besonderheiten, welche Gradl so unterstreicht, jener besondere Blickwinkel, durch welchem sich nach seinem Dafürhalten die DDR-Forschung so grundsätzlich von der sonstigen Kommunismusforschung abhebt? Die Beantwortung dieser Frage wird uns gleichzeitig der Klärung des Ausgangsproblems näherbringen, ob nämlich die DDR-Forschung einen irgendwie gearteten wissenschaftlichen Sonderstatus auch perspektivisch wird beanspruchen und aufrechterhalten können, oder ob sie sich zu einem normalen Unterfall der Kommunismus- bzw. Sozialismusforschung entwickeln wird.

Um es vorwegzunehmen: Dominierend sind, aufs Ganze gesehen, die Versuche in der DDR-Forschung, auf ihren Gegenstand gewissermaßen ein besonderes (gesamt-) deutsches Licht zu werfen, nicht. Zwar trifft man, besonders in Globaldarstellungen, gelegentlich auf Deutungen, wonach die DDR-Gesellschaft in erheblichem Maß, um nicht zu sagen in allererster Linie, die Eigenschaft trage, deutsch zu sein. So ist sie etwa für Sontheimer und Bleek "weniger ... eine sozialistische Gesellschaft im Sinne der Ideologie als ... ein eigentümliches Amalgam deutscher Gesellschaftstradition mit universalen industriegesellschaftlichen Tendenzen." (239) Entsprechend sind nach Meinung derselben Ver-

---

238) F. Oldenburg, Vom Elend der DDR-Forschung, S. 475

239) K. Sontheimer/W. Bleek, Die DDR, S. 142

fasser für die ökonomischen Erfolge des DDR-Systems "deutscher Fleiß und deutsche Tüchtigkeit in Verbindung mit den vorhandenen Traditionen eines entwickelten Industrielandes"[240] ausschlaggebend. Und folglich sei auch das neue "Selbstwertgefühl" in der DDR mehr "der Aktivierung traditioneller deutscher Werthaltungen" zuzuschreiben denn der Wirkung sozialistischer Ideologie.[241] Auch H. Rudolph betont den Gedanken, die DDR-Gesellschaft sei "eine deutsche Gesellschaft", und zwar "auch noch in den Grundmauern und dem Grundriß der DDR-Gesellschaft".[242] Gerade auch in ihrer nunmehr gewonnenen Eigenständigkeit und Stabilität stütze sich die DDR vor allem auf "jenes Konglomerat von Lebensformen, Verhaltensmustern und Wertvorstellungen, durch das sich die Deutschen in ihrer Geschichte als deutsch empfanden".[243] Rudolph bezeichnet es selbst ausdrücklich als Sinn dieser seiner These, "die Eigenständigkeit der DDR-Gesellschaft ernst zu nehmen und dennoch auf der Fortdauer der Nation zu bestehen."[244]

Es gibt also in bundesdeutschen Schriften über die Gesellschaftsordnung der DDR zwar gelegentlich solche Ansätze, die das traditionell-deutsche Element geradezu zum Schlüssel zum Verständnis dieses Systems erklären und damit, in ideologischer Hinsicht, sozusagen eine gewisse Genugtuung in Sachen Einheit der Nation verbreiten. Schon in denselben Schriften aber werden diese Ansätze nicht durchgehalten und erweisen damit ihre Fragewürdigkeit und mangelnde

---

240) ebda., S. 203 (Herv.heb.:O.C.).

241) ebda., S. 68f.

242) H. Rudolph, Die Gesellschaft der DDR - eine deutsche Möglichkeit?, S. 40

243) ebda.

244) ebda., S. 137

Tragfähigkeit. Sontheimer/Bleek müssen, nachdem sie die DDR-Gesellschaft als deutsch-industriegesellschaftliches "Amalgam" gekennzeichnet haben, sogleich die analytische Unbrauchbarkeit ebendieser Kategorie zugeben, indem sie erklären, es sei "schwer auszumachen, was an der DDR-Gesellschaft spezifisch sozialistisch ist und was auf andere ... Ursachen zurückgeht"[245]. Freilich machen sie sich auch gar nicht systematisch an den Versuch, dies zu ergründen; wenn sie jedoch z.B. en passant feststellen, in der DDR seien "ganze Klassen verschwunden und neue soziale Schichten entstanden"[246], es würde dort "ein entschiedenes Konzept der Gesellschaftsumgestaltung" 247) verfolgt, so legen sie uns damit zumindest sehr nahe, hierin wieder eine spezifisch deutsche, noch eine spezifisch industriegesellschaftliche, sondern wohl doch eine spezifisch sozialistische Entwicklung zu sehen.

Wie wenig ernst Sontheimer und Bleek ihre Formel vom teils deutschen, teils allgemein-industriegesellschaftlichen "Amalgam" nehmen, wird vollends daran deutlich, daß es im Verlauf ihres Buches einem anderen "Amalgam" Platz macht, in dem die Komponente der deutschen Gesellschaftstradition nicht mehr auftaucht: da ist dann nur noch davon die Rede, "daß die DDR weder ein von allgemeinen industriegesellschaftlichen Entwicklungen abgehobener Staat des Sozialismus noch ein dem Sozialismus entfremdeter Industriestaat ist.

---

245) K. Sontheimer/W. Bleek, Die DDR, S. 141
246) ebda., S. 140
247) ebda., S. 139

Seine Wirklichkeit ist komplexer und fragiler..." 248) Wenn hier, offenbar recht spontan, das Attribut "deutsch" als Bestimmungsmerkmal des in der DDR herrschenden Gesellschaftstyps entfallen ist, so wohl aus dem berechtigten Eindruck heraus, daß diese zwei Ebenen methodologisch überhaupt nichts miteinander zu tun haben. Würde man allgemeine Gesellschaftstypen nur unter Einbeziehung der jeweiligen nationalen Spezifik definieren können, dann gelangte man in Wirklichkeit zu überhaupt keinen allgemeinen Typen, sondern nur zu einer chaotischen Vielfalt von deutsch, ungarisch, mexikanisch oder sonstwie geprägten Gesellschafts-"Amalgamen". Das aber wäre die Absage an die Möglichkeit gesellschaftswissenschaftlicher Abstraktion, damit an Gesellschaftswissenschaft überhaupt. Die Ratlosigkeit von Sontheimer/Bleek, inwiefern die DDR nun im einzelnen sozialistisch und inwiefern sie etwas anderes, also etwa traditionell-deutsch, sei, beruht unmittelbar auf jener kategorialen Konfusion, die hieraus diese fruchtlose, verkehrte Alternative macht, die dann in der Tat nicht sinnvoll zu entscheiden ist. Demselben Dilemma erliegt H. Rudolph, für den die DDR-Gesellschaft "irgendwo dazwischen" liegt zwischen den garnicht einander gegenüberstellbaren Polen; konsequenterweise ist für Rudolph dann die ganze Frage auch "nicht exakt zu beantworten und ein Feld für Spekulationen"[249] - eine Not, aus der seine gesamte Abhandlung eine Tugend zu machen versucht.

---

248) ebda., S. 176

249) H. Rudolph, Die Gesellschaft der DDR..., S. 24. In ähnlicher Weise entziehen sich Sontheimer/Bleek einer eindeutigen Definition der DDR-Gesellschaft mit Allerweltsaussagen wie etwa: "Die DDR-Gesellschaft ist genausowenig wie andere Gesellschaften eine fertige Gesellschaft" (S. 142). Oder: Die DDR-Gesellschaft sollte ... als ein in sich komplexes und widersprüchliches Sozialgebilde verstanden werden." (S. 141)

Über Sontheimer/Blecks Rückgriff auf "deutschen Fleiß und deutsche Tüchtigkeit" brauchen nicht viel Worte verloren zu werden. Die meisten anderen DDR-Forscher bemühen solche Gedankengänge für die Erklärung ökonomischer Prozesse inzwischen nicht mehr. Sontheimer/Bleek sollten sich dem aus demselben Grunde anschließen, aus dem sie etwa das von ihnen selbst vermerkte Faktum, das wirtschaftliche Wachstum komme in der DDR "gleichmäßiger allen Bürgern zugute, als das für die Bundesrepublik mit ihren großen Einkommens- und Vermögensdisparitäten der Fall ist"[250] nicht daraus zu erklären versuchen, daß im Sächsisch-Mecklenburgisch-Thüringischen ein besonderer Gerechtigkeitssinn verankert sei; was prinzipiell kein anderes Erklärungsverfahren wäre als im Fall des "deutschen Fleißes".

Was generell die angeführten Autoren über den Anteil typisch deutscher Lebensformen und Werte an der gesellschaftlichen Wirklichkeit der DDR behaupten - wir zitierten oben auszugsweise -, so geht es wohlgemerkt nicht darum, diesen überhaupt abzustreiten; wohl aber um den prinzipiellen Stellenwert solcher Beobachtungen für die Grunddiagnose des Gesellschaftssystems der DDR. Auch hier mag es für unseren Zusammenhang vollauf genügen, die vielfältigen Einschränkungen, Gegenbelege, Zweifel anzuführen, die die angeführten Versuche direkt begleiten, das Wesen der DDR-Gesellschaft in ihrem hergebracht deutschen Charakter festzumachen. In der Summe und beim Wort genommen, entwerten diese Einschränkungen und gegenläufigen Hinweise die Grundthese der Verfasser bis in die Substanz. Da spricht H. Rudolph davon, "daß

250) K. Sontheimer/W. Bleek, Die DDR, S. 211

ein knappes Vierteljahrhundert verschiedener politischer und sozialer Ordnungen ausgereicht hat, in die beiden deutschen Teile tiefgreifende Unterschiede einzugraben"[251]; da bezeichnet er "die Verschiedenheit der ökonomischen und sozialen Zusammenhänge" hüben und drüben als "eklatant"[252]; da finden sich zwischen Versuchen, möglichst sämtliche Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens der DDR zu schlichten Emanationen sei es der Industriegesellschaft, sei es einer "deutsche(n), das heißt auf Einordnung und Fleiß bedachte(n) Gesellschaft"[253] zu nivellieren, plötzlich wiederum Beobachtungen wie die, daß im "sozialen Gewebe ... vor allem die solidarischen Züge hervor"treten würden[254], daß man heute in der DDR "auf einen relativ massiven Grundstock von Vorbehalten gegenüber der Verfassung und dem Zustand westlicher, 'kapitalistischer' Gesellschaften"[255] stoße; allen gegenteiligen analytischen Bemühungen H. Rudolphs zum Trotz erfaßt ihn so angesichts der DDR-Realität immer wieder die "Ahnung von der Verformbarkeit von Menschen und Verhältnissen, Mentalität und Gewohnheit bis in den Grundstock des zivilen Verhaltens hinein"[256]; und wie er schon im Laufe seiner Studie wiederholt seine Grundthese von der nur sehr oberflächlichen sozialistischen Prägung der DDR bis zur Fragwürdigkeit relativiert [257], so

---

251) H. Rudolph, Die Gesellschaft der DDR..., S. 22

252) ebda., S. 27

253) ebda., S. 64

254) ebda., S. 56

255) ebda., S. 62

256) ebda., S. 23

257) Nachdem er z.B. auf S. 44 die Vergeblichkeit der Bemühungen zur Entwicklung einer originär sozialistischen Lebensweise und -einstellung in der DDR postuliert hat, läßt er dann doch alles

(Forts. nächste Seite.)

setzt er am Schluß seines Buches noch einmal ein massives Fragezeichen, damit sein gesamtes Unternehmen in Zweifel ziehend: Womöglich sei die heutige DDR-Gesellschaft eben doch, "was vielen nach Lage der Dinge wahrscheinlicher erscheinen mag, ... der Anfang einer Entwicklung ..., die über kurz oder lang nicht mehr unter einen Begriff nationalen Selbstverständnisses gebracht werden kann, an dem wir für uns Verbindliches erkennen."[258]

Bei Sontheimer und Bleek scheint die Überzeugtheit von der Realitätstüchtigkeit ihrer "gesamtdeutschen" Thesen ebenso gering: Schreiben sie einerseits, das neue DDR-Selbstbewußtsein sei im Kern von traditionell deutscher Art[259], so hindert sie dies dennoch nicht, wenige Seiten später die pessimistische Warnung anzustimmen, das Selbstbewußtsein sei "ein politisch höchst relevantes Phänomen, das je länger je mehr der von der Bundesrepublik behaupteten Einheit der deutschen Nation die Grundlage entzieht."[260]

Damit scheint uns in der Tat die Richtung der weiteren historischen Entwicklung benannt. Die DDR-Wirklichkeit nötigt, je länger je mehr, dem bundesdeutschen Betrachter dieselbe Distanz auf, mit der er die übrigen sozialistischen Länder sehen und begreifen muß. Für die DDR-Forschung tritt damit in der Tendenz ebenjener Fall ein, den Gradl bei seinem Versuch, für die DDR-Forschung einen Sonderstatus in der Kommunismusforschung zu reklamieren, a priori

---

Forts. Anm. 257)
wieder offen: "Doch es gibt hier keine Einbahnstraßen und die Grenzen sind fließend. Die Einbindung in die Formen des politischen Systems, sei es noch so gebrochen und leer, verändert auch Bedürfnisstruktur ... und überlieferte Verhaltensmuster" (S. 44).

258) ebda., S. 138 (Herv.heb.: O.C.)

159) siehe oben, Anm. 241

260) K. Sontheimer/ W. Bleek, Die DDR, S. 73

ausschloß: die DDR wird Ausland. 1961 konnte R. Löwenthal noch apodiktisch erklären, die "entscheidende Besonderheit" im Falle der DDR sei, daß "die unterworfene Zonenbevölkerung ... keinen Augenblick lang die Sache des Regimes mit der Sache der Nation identifizieren (kann)..., wie das selbst für Polen und Tschechen mindestens in einigen Fragen möglich geworden ist."[261] Heute, nach über anderthalb Jahrzehnten der Entwicklung, beginnt die DDR-Forschung auch der DDR jene Identität einzuräumen, die Löwenthal seinerzeit nur den anderen sozialistisch lebenden Völkern zugestand. Diese Normalisierung des Verhältnisses zum Forschungsgegenstand DDR stellt zweifellos einen komplizierten, langwierigen, für manchen DDR-Forscher verständlicherweise auch subjektiv schmerzhaften Prozeß dar. Aber daran, daß er notwendig ist, scheint auch H. Rudolph nicht mehr zu zweifeln, wenn er die widersprüchlichen deutsch-deutschen Beziehungen, die ja gleichzeitig die Erkenntnishaltung des DDR-Forschers gegenüber der DDR bestimmen, mit den Worten umschreibt: "Die Entfremdung ist noch immer von zu viel Zusammenhang bestimmt, die Ferne von zu viel Nähe durchsezt..., und die Einsicht in die zunehmende Unabänderlichkeit der Verhältnisse hat, um nüchtern zu bleiben, mit zu vielen Empfindlichkeiten zu tun, die uns Herkunft, Erziehung und Erfahrung eingepflanzt haben."[262]

---

261) R. Löwenthal, Der sichere Weg zur Niederlage, S. 8. Zur Veranschaulichung der damals verbreiteten Auffassung über die Sonderstellung der DDR mag auch folgendes Zitat von Löwenthal dienen: "In jener rostigen Kette, die das osteuropäische Kolonialreich der Sowjets zusammenhält, ist das Zonenregime das schwächste Glied." (ebda.)

262) H. Rudolph, Die Gesellschaft der DDR..., S. 21

Die Tendenz, daß der bundesdeutschen DDR-Forschung die DDR in dieselbe objektivierte Distanz rückt, wie das entsprechend bei den anderen sozialistischen Staaten der Fall ist, hat sich zumindest insofern längst durchgesetzt, als die Suche nach und die Betonung von Überbleibseln spezifisch deutscher Gesellschaftstradition, aufs Ganze der DDR-Forschung gesehen, faktisch kaum eine Rolle spielen. Ein Buch wie das von H. Rudolph stellt eher einen Einzelfall dar. In der großen Mehrzahl der Untersuchungen über die DDR, seien sie thematisch enger oder weiter gesteckt, bleibt Gradls Formel, die DDR sei "ein Teil Deutschlands"[263], faktisch ohne eine sichtbare Auswirkung auf Fragestellung, Analyse und Interpretation. Man untersucht diese Gesellschaft nicht anders als die sowjetische oder die polnische. Bei P.C. Ludz beispielsweise, der bekanntlich eine breite Strömung in der DDR-Forschung repräsentiert, wird man vergeblich nach Anzeichen dafür suchen, daß er H. Rudolphs so gewichtig gemeinter Feststellung: "Die DDR-Gesellschaft ist eine deutsche Gesellschaft"[264] eine wirkliche analytische Bedeutung zumißt. Das ist selbst nicht der Fall in seiner Studie über "Deutschlands doppelte Zukunft", in der man derartiges am ehesten zu erwarten gehabt hätte.[265] Die bundesdeutsche DDR-Forschung, so kann man sagen, verfährt in ihrer konkreten Praxis also längst nach der Erkenntnis von Egon Bahr, daß "die deutsche Frage ... keine natibnale Frage, sondern eine Frage zwischen zwei Gesellschaftsordnungen"[265a] ist.

---

263) J.B. Gradl, DDR-Forschung als eigene Aufgabe, S. 186

264) H. Rudolph, Die Gesellschaft der DDR..., S. 40

265) Dasselbe gilt für Ludz' Aufsatz "Politische Ziele der SED und gesellschaftlicher Wandel in der DDR", in dem er eine Art Bilanz der ersten 25 Jahre der DDR zieht.

265a) Zit. nach H. Portisch, Die deutsche Konfrontation..., S. 71

Womit wohlgemerkt noch nichts darüber ausgesagt ist, wie dies im einzelnen wissenschaftlich geschieht.

Zwischen der DDR-Forschung einerseits und solchen Untersuchungen, welche sich speziell um den Nachweis der Einheit der Nation bemühen, andererseits, klafft also eine deutliche Lücke. Was die letzteren postulieren, wird von ersterer in concreto so gut wie nicht bestätigt oder zum Ausgangspunkt genommen. Ein gutes Beispiel hierfür sind die "Materialien" von 1974; die dort gezogene Bilanz deutsch-deutscher Gemeinsamkeiten fällt in einem Grade positiv aus, wie man es angesichts des Gesamteindrucks, den in dieser Frage die DDR-Forschung vermittelt, kaum nachvollziehen kann. Während es in einschlägigen Untersuchungen beispielsweise über Wirtschaft oder über Kultur in der DDR in der Regel nicht gerade zu den hervorstechenden Befunden gehört, auf diesen Gebieten bestünden ausgesprochene Gemeinsamkeiten mit der Bundesrepublik, gilt den "Materialien" in ihrem Abschnitt über die "Einheit der Nation" ebendies als erwiesen.[266] Halten wir hier etwa die Gesamtdarstellung von H. Rausch und T. Stammen entgegen: Über das schon erwähnte einleitende Bekenntnis zur "Einheit der deutschen Nation"[267] hinaus hält dieses Werk die Frage nach nationalen Gemeinsamkeiten von BRD und DDR offenbar für nicht erwähnenswert. Ganz augenscheinlich sieht es die DDR-Forschung nicht als ihre Aufgabe an, forciert nach gesamtdeutschen Gemeinsamkeiten zu suchen. Diese Forderung

---

266) "Materialien" 1974 (Deutschland Archiv 10/1974), bes. S. 1095 ("... kann nach wie vor von der Einheit der Kultur in beiden deutschen Staaten ausgegangen werden...") und S. 1096ff. ("Gleichheit der ökonomisch-sozialen Lebensverhältnisse").

267) Siehe Anm. 234.

stellen DDR-Forscher explizit nur äußerst selten, so wie F.C. Schroeder für den Zweig, der sich mit dem Recht der DDR beschäftigt: "War in den ersten Jahren der Rechtsentwicklung in der DDR der Ausweis des materiellen Abbaus der deutschen Rechtseinheit vordringlich, so erscheint es heute angesichts der evidenten Beseitigung der formellen Rechtseinheit als Aufgabe der Wissenschaft, die gleichwohl noch vorhandenen Gemeinsamkeiten aufzuspüren."[268] Es fällt schwer, hierin keine wissenschaftliche Willkür zu sehen. Was würde man dazu sagen, wenn ein Verhaltensforscher es als die Aufgabe der Verhaltenswissenschaft erklärte, angesichts der evidenten Verschiedenheit zwischen Mensch und Affe deren gleichwohl noch vorhandene Gemeinsamkeiten "aufzuspüren"? Die Aufgabe der Wissenschaft kann es doch in beiden Fällen nur sein, durch konkrete Untersuchung festzustellen, wieviel Verschiedenheit und wieviel Gemeinsamkeit es gibt. Schroeders Forderung dagegen erinnert stark an jenes von Marx kritisierte Verfahren, "die Wissenschaft einem nicht aus ihr selbst (wie irrtümlich sie auch immer sein mag), sondern von außen, ihr fremden, äußerlichen Interessen entlehnten Standpunkt zu akkomodieren".[269] Zur Tendenz, daß die bundesdeutsche DDR-Forschung faktisch ihre - deutschlandpolitisch bedingten - Eigentümlichkeiten abstreift und sich eingliedert in die allgemeine Kommunismusforschung, trägt nicht zuletzt auch die im westlichen Ausland betriebene DDR-Forschung bei, die allmählich,

---

268) in: FAZ v. 25. Mai 1976. Bei Schroeder ist denn auch von einer noch vorhandenen "gemeinsamen ... sozioökonomischen Struktur" in BRD und DDR die Rede.

269) K. Marx, Theorien über den Mehrwert, Zweiter Teil, MEW Bd. 26.2, S. 112

parallel zum internationalen Prestigezuwachs der DDR, an Bedeutung gewinnt.[270] Denn hier spielt gesamtdeutsches Denken von vornherein eine weit geringere Rolle. So erscheint in der Sicht eines unlängst erschienenen Werkes englischer Forscher über die westdeutsche Ostpolitik, wie ein hiesiger Rezensent feststellte, die "Formel 'zwei deutsche Staaten, eine Nation'... lediglich als schal werdender Propaganda-Slogan."[271] Darüberhinaus übt auch generell die internationale Kommunismusforschung mit ihren Konzeptionen und Methoden einen Sog auf die westdeutsche DDR-Forschung aus, was ebenfalls zu einer Bedeutungsminderung der besonderen nationalen Komponente in der DDR-Forschung beiträgt; denn in der internationalen, besonders der amerikanischen Kommunismusforschung wurde bereits seit Ende der 60er Jahre - die Ereignisse in der CSSR 1968 spielten hierbei eine auslösende Rolle - die bis dahin stark praktizierte "Betonung des Nationalismus (bzw. des 'Nationalkommunismus'), z.B. in Bezug auf die DDR und Jugoslawien, ... unter das Konzept der 'reformkommunistischen Evolution' sozialistischer Länder in ihrer Gesamtheit subsumiert."[272] Man geht nun, anders

---

270) Vgl. M. Croan, Zur Lage der DDR-Forschung in den USA.

271) FAZ v. 29.9.1976. Gelegentlich führt dies in der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit zu direkten Konflikten. So schreibt H. König: "Neuerdings wird in den USA auch die DDR-Forschung in die Ostforschung einbezogen. Nach unserem Dafürhalten hat dabei der pragmatische Sinn der Amerikaner zu Auswüchsen geführt. In einer Bibliographie zur Osteuropaforschung haben sie z.B. auch die DDR aufgenommen, samt einem historischen Teil. Zwei namhafte westdeutsche Ostwissenschaftler haben sich geweigert, am historischen Teil mitzuarbeiten." (Ostforschung - Bilanz und Ausblick, S. 793)

272) W. Wotschak, DDR-Forschung unter Anpassungszwang, S. 34 (Herv.heb.: O.C.)

gesprochen, verstärkt davon aus, daß "essentielle, das Wesen des sowjetischen Kommunismus verändernde Reformen ... zum Mißerfolg verurteilt (sind), wenn sie lediglich von der Peripherie des Ostblocks und nicht vom Zentrum selbst ausgehen."[273] Von diesem Grundsatz geht auch die sozialliberale Ost- und Deutschlandpolitik der letzten Jahre aus.[274]

Zahlreiche DDR-Forscher plädieren dafür, daß sich die DDR-Forschung dem Trend hin zu übergreifenden Ansätzen anpassen soll. P.C. Ludz forderte schon 1967/68, die DDR-Forschung solle sich sowohl "zur Deutschlandforschung (Ost-West-Vergleich) wie zur Ostblockforschung (Ost-Ost-Vergleich)" erweitern.[275] Später ergänzte er diesen Gedanken dahingehend, die DDR-Forschung füge sich zunehmend in den Rahmen "einer Systemforschung (ein), welche die beiden deutschen

---

273) FR v. 16.10.1976

274) Damit werden freilich andererseits praktische und theoretische Bemühungen um eine Lockerung der engen Bindungen der DDR an das sozialistische Staatenbündnis nicht hinfällig. Die DDR-Forschung ist und bleibt wohl auch vorerst reich an Konzepten und Empfehlungen, wie die DDR auf den Weg "einer Profilierung, einer behutsamen Absetzung von der UdSSR" (P.C. Ludz, Deutschlands doppelte Zukunft, S. 181) gebracht werden könnte. In der Regel erfolgen aber solche Überlegungen nicht von einer speziellen gesamt<u>deutschen</u>, sondern von einer allgemeineren, "gesamt<u>europäischen</u>" Position aus. So glaubt z.B. Ludz in diesem Zusammenhang in der DDR-Führung eine Art Fraktionierung in "ein eher auf die Integration mit der Sowjetunion und ein eher auf die gesamteuropäischen Probleme bezogenes Denken" erkennen zu können (Die nationale Frage im Spannungsfeld von Integration und Koexistenz, S. 85). Vgl. Brzezinskis strategischen Rat, "sowohl Osteuropa als auch die Sowjetunion in ein engeres Verhältnis zum Westen zu bringen und dadurch die allmähliche Wiedervereinigung des deutschen Volkes zu fördern." (Entspannungspolitik im Schatten Prags, S..50)

275) P.C. Ludz, Situation, Möglichkeiten und Aufgaben der DDR-Forschung in der Bundesrepublik, S. 160

Gesellschaften in den Rahmen der europäischen Gesellschaftsordnungen stellt und sie unter europäischen Perspektiven untersucht."[276] "Dazu gehöre auch die Einbeziehung der Nachbarstaaten, etwa Polens, der Tschechoslowakei, wie auch Ungarns."[277] Auch für L. Bress beispielsweise ist es "klar ..., daß Deutschlandpolitik nur auf dem Hintergrund der weltpolitischen Konstellationen betrieben werden kann, dazu bedarf es aber eines Forschungsansatzes, der global ist."[278]

Ein Übriges in Richtung Integration der Sozialismusforschung bewirken, wenn auch auf ihre Weise, die marxistische Forschung und die verschiedenen vom Marxismus beeinflußten Strömungen. Denn sie verweisen durch ihre grundsätzliche Orientierung am Begriff des Sozialismus - der ja in der herrschenden Kommunismus- und DDR-Forschung keineswegs eine entscheidende konzeptionelle Rolle spielt - auf wesentliche gemeinsame Gesetzmäßigkeiten in allen betreffenden Ländern und tragen damit zu einer System-Betrachtungsweise bei. In diesem Zusammenhang ist z.B., zumindest vom Programmatischen her, W.v.Bredow

---

276) P.C. Ludz, Die Zukunft der DDR-Forschung, S. 493 (Herv.heb.: O.C.)

277) FAZ v. 28.9.1974

278) L. Bress, Hat die DDR-Forschung eine Zukunft?, S. 719 (Herv.heb.: O.C.). Aus jüngsten Angaben über die politische Bildungsarbeit der einflußreichen Friedrich-Ebert-Stiftung geht hervor, daß dort seit etwa Mitte der 70er Jahre das Interesse am Thema DDR rückläufig ist. Führte die Stiftung 1974 noch 195 (von insgesamt 984) Seminare zum Thema "BRD/DDR-Vergleich" durch, so waren es 1975 nur noch 125 (von insgesamt 1152) und 1976 sogar nur noch 99 Veranstaltungen über dieses Thema (vgl. H.v. Vieregge, Politische Bildungsarbeit parteinaher Stiftungen, S. 44, Tabelle 5).

zu nennen, der "die DDR-Forschung in die Sozialismusforschung ... integrieren" will.[279] K.v. Beyme hat den bemerkenswerten Versuch eines Gesamtüberblicks über alle sozialistischen Länder vorgelegt, der von der "historische(n) Eigenständigkeit der sozialistischen Gesellschaftsformation" ausgeht und durch vergleichende Erforschung sowohl "die historische Besonderheit der einzelnen sozialistischen Umgestaltungsprozesse" herausarbeiten als auch "nach generalisierbarem Wissen streben" will.[280]

Aus all dem kann geschlußfolgert werden, daß die bundesdeutsche DDR-Forschung ihren lange gepflegten Sonderstatus innerhalb der Kommunismusforschung allmählich zu verlieren im Begriff ist und zu einem gewöhnlichen Anwendungsfeld einer übergreifenden, relativ einheitlichen Kommunismusforschung wird. Die DDR-Forschung dürfte sich allmählich v. Bredows schon 1973 getroffene Feststellung zueigen machen: "Das ganz und gar und alle anderen Überlegungen zunächst einmal aus dem Felde schlagende Besondere an der DDR ist mit dem Grundvertrag und seinem politischen Milieu ja nun aufgehoben."[281] Daß dieser Normalisierungsprozeß in der DDR-Forschung längst in Gang ist, wird aus dem Widerspruch ersichtlich, daß einerseits noch häufig "besondere Beziehungen" zwischen BRD und DDR postuliert werden[282], daß aber andererseits die DDR-Forschung sehr wenige Ergebnisse produziert, die dieses Postulat rechtfertigen; dieser Widerspruch be-

---

279) W.v. Bredow, Die DDR als Forschungsobjekt, S. 824

280) K.v. Beyme, Ökonomie und Politik im Sozialismus, S. 15, 16.

281) W.v. Bredow, Die DDR als Forschungsobjekt, S. 823

282) Beispielsweise P.C. Ludz, Deutschlands doppelte Zukunft, S. 152; nachdrücklich auch K.C. Thalheim, Zur Notwendigkeit und zu den Aufgaben der DDR-Forschung, bes. S. 917f.

steht anders ausgedrückt darin, daß sich die These von den besonderen Beziehungen in erster Linie auf die (deutsche) Vergangenheit beruft, während die DDR-Forschung sich naturgemäß in erster Linie für Gegenwart und Zukunft interessiert. Das heißt, daß die Betonung einer Besonderheit der DDR bzw. der Beziehungen zu ihr in der DDR-Forschung zu einer nurmehr äußerlichen Zutat wird, zu einem abstrakten politischen Bekenntnis ohne inneren Zusammenhang zur konkreten Forschung.[283]

Andererseits schließt diese "Säkularisierung" der DDR-Forschung nicht aus, daß sie weiterhin und vielleicht noch zunehmend der Schwerpunkt bundesdeutscher Sozialismusbeschäftigung bleiben, daß zur DDR als Forschungsobjekt, wenn auch kein besonderes Verhältnis, so doch ein besonders intensives Verhältnis weiterbestehen wird. Dies einmal wegen des einfacheren sprachlichen Zugangs zu diesem Gegenstand, zum andern aber vor allem deshalb, weil die DDR objektiv der intensivste, direkteste Systemkonkurrent für die Bundesrepublik bleibt.

---

283) Auch H. Rudolph sieht deutlich die "Gefahr", daß die DDR-Forschung "zu einer Länder-Forschung neben anderen zu werden droht." Rudolph empfiehlt als Gegenmaßnahme, die DDR-Forschung institutionell "in der Nähe politischer Praxis" anzusiedeln, "mithin bei dem sie bewegenden und vor allen anderen Forschungen auszeichnende Thema des deutsch-deutschen Verhältnisses mit seinem ganzen schicksalhaften Hintergrund." (FAZ v. 11.11.1976)

Kapitel 4

ZUR DISKUSSION ÜBER ERKENNTNIS UND INTERESSE IN DER DDR-FORSCHUNG

1. Zwischen Wertfreiheit und Interessengebundenheit: Der Ansatz von C. Burrichter

Unumstritten ist unter den DDR-Forschern, daß ihre wissenschaftliche Disziplin in unlöslichem Bezug zur Politik steht, ist ihre "genuine ... Politikorientiertheit und Politik-Verbundenheit"[1]. DDR-Forschung bezieht ihre Motivation vor allem aus der politischen Sphäre, läßt sich in der Themenwahl und Fragestellung von politischen Erwägungen leiten (ganz besonders im Fall der Auftragsforschung), ihre Ergebnisse haben politische Bedeutung, sei es im Fall der Politikberatung, sei es in der öffentlichen politischen Bildungsarbeit: all das gehört zu den oft wiederholten Selbstverständlichkeiten in der Theoriediskussion der DDR-Forscher. Auf dieser Ebene - der der allgemeinen Konstatierung, daß DDR-Forschung nicht im politisch luftleeren Raum betrieben wird - gibt es Diskussionen allenfalls um solche mehr pragmatischen Fragen wie der nach dem adäquaten Verhältnis von Grundlagenforschung und kurzfristiger, auftragsbezogener, nach der organisatorischen Gestaltung der Politikberatung, nach den Implikationen staatlich-finanzieller Abhängigkeit von Forschungseinrichtungen usw.[2] Zweifellos sind damit wichtige

---

1) P.C. Ludz, Die Zukunft der DDR-Forschung, S. 492

2) Kennzeichnend für diese Betrachtungsebene ist etwa Ludz' Erörterung über die wünschenswerte geographische Lage neuzuerrichtender DDR-Forschungseinrichtungen: "M.E. sollten Plätze, an denen die Gefahr besteht, daß die Analyse von der Tagespolitik überlagert wird, gemieden werden. Diese Gefahr scheint in Bonn wie in Berlin gegeben zu sein." (Die Zukunft der DDR-Forschung, S. 492)

Probleme angesprochen; aber sie betreffen noch nicht die innere wissenschaftliche Struktur der - in solchen äußeren politischen Zusammenhängen eingebetteten - DDR-Forschung selbst; sie zielen, um mit der üblich gewordenen Begrifflichkeit zu sprechen, nur auf den Entstehungs- und Verwertungszusammenhang, nicht auf den Begründungszusammenhang der Forschung.

Die Diskussion über die letztere, recht eigentlich wissenschaftstheoretische Frage - "Schließt die politische Motivation der DDR-Forschung Wissenschaftlichkeit aus?"[3] - ist bisher nie ausführlich in Gang gekommen. Meist betrachtet man diese Frage mit der Mahnung als bewältigt, politische Motive und Bewertungen müßten von der eigentlichen wissenschaftlichen Analyse peinlichst getrennt gehalten werden. Voraussetzung sachlicher Forschung, so schreibt H. Lippmann, ist "die strenge Trennung der DDR-Forschung ... von der durchaus legitimen politischen Auseinandersetzung mit dem anderen System."[4] Für Ludz hat analog "die DDR-Forschung als Forschung zunächst keine direkten politischen Aufgaben."[5] Für J.B. Gradl soll die DDR-Forschung "Sacherkenntnisse und abgewogene Urteile leisten, nicht Propaganda liefern."[6]

In diesem Verständnis ist die Frage nach der Wissenschaftlichkeit gleichbedeutend mit derjenigen nach "leidenschaftslose(r) Forschung"[7]; d.h., sie reduziert sich hier auf das Problem der persönlichen wissenschaftlichen Unbestechlichkeit des individuellen Forschers, auf die Forderung, er möge in der

---

3) W. Bergsdorf, Eine dritte Phase der DDR-Forschung?, S. 592

4) H. Lippmann, Der Grundvertrag und die DDR-Forschung, S. 500

5) P. C. Ludz, Die Zukunft..., S. 492

6) J.B. Gradl, DDR-Forschung als eigene Aufgabe, S.487

7) F. Oldenburg, Vom Elend der DDR-Forschung, S. 474

Forschung "gefühlsmäßig getönter Verhaltenssteuerung" 8) entsagen. Mit dieser Fixierung auf die individuelle, psychologische Ebene des Problems bleibt freilich die Frage nach möglichen überindividuellen, sich "hinterrücks" durchsetzenden Determinanten parteilicher Erkenntnis unbeantwortet. Man postuliert stattdessen, daß es ohne weiteres möglich sei, eine Sphäre sachlicher Forschung schlechthin zu konstituieren, welche von der Sphäre der Werturteile nicht tangiert würde, wie umgekehrt diese Werturteile "mit Wissenschaft nicht das geringste zu tun"[9] hätten, weshalb von ihnen auch als von "Glaubensfragen"[10] gesprochen wird, die "in den vorwissenschaftlichen Bereich" gehörten und gewissermaßen "Privatsache" des Forschers seien[11].

Nun führen bereits einige der hier zitierten Darlegungen selbst die Problematik einer schlichten Trennung von "Informationen und Werturteile(n)"[12] deutlich vor Augen. Das gilt besonders für den Artikel von F. Oldenburg. Einerseits erkennt Oldenburg an, daß jeder "wissenschaftlichen Untersuchung ... letztlich eine Wertentscheidung zugrunde" liegt; andererseits bildet diese Wertentscheidung für ihn nur eine Art äußeren Anstoß für die Forschung, sie geht also seiner Ansicht nach "weder in den Objektbereich noch in das Aussagesystem der Wissenschaft" ein.[13] F. Oldenburgs Konkretisierung dessen auf die DDR-Forschung stellt jedoch den behaupteten strikten

---

8) ebda.

9) ebda., S. 475

10) S. Köhler, Einige Gedanken zur Diskussion über die 'verunsicherte DDR-Forschung', S. 476

11) F. Oldenburg, Vom Elend..., S. 474

12) ebda., S. 475

13) ebda.

Dualismus von werthafter Motivation der Forschung und ihrer wertfreien Durchführung selbst in Frage. So führt er den Gedanken von der werthaften Motivation der DDR-Forschung mit folgenden Worten aus: "Eine Wertentscheidung liegt bereits dort vor, wo der Forscher angesichts der existenziellen Nöte der Menschen im anderen Teil Deutschlands, angesichts der tagtäglichen Verletzungen der Menschenwürde im sowjetdeutschen System, dessen Spielregeln analysiert."[14] Es ist schwer vorstellbar, daß die so geartete politische Grundhaltung - F. Oldenburg benutzt übrigens selbst diesen Begriff - tatsächlich nicht mehr als einen unbeteiligten Hintergrund für den wissenschaftlichen Erkenntnisprozeß darstellen soll. Immerhin beinhaltet sie ja bereits ein bestimmtes Bild von der DDR, eine gewisse Vorstellung von der Qualität dessen, was sich dort ereignet. Die Rede von der "Menschenwürde" verweist auf das Vorhandensein ganz bestimmter Kategorien und Maßstäbe der Betrachtung. Mehr noch, F. Oldenburg beansprucht hier allem Anschein nach nicht nur beliebige, sondern durchaus wesentliche Sachverhalte der DDR-Gesellschaft hervorzuheben.[15] Ein solches Vorverständnis vom

---

14) ebda., S. 474

15) So wiederhalt Oldenburg z.B. seine Klage über die chronischen "Verletzungen menschlicher Würde" auf S. 475 eigens noch einmal. Er spricht auch mehrfach von den "freien Gesellschaften" des Westens, vom "freie(n) Deutschland" usf., woraus geschlossen werden darf, daß für ihn der Begriff der "Unfreiheit" eine wichtige Rolle im Verständnis der sozialistischen Gesellschaften spielt. Daß wir es hier mit wesentlichen Momenten seines Bildes vom Gegenstand zu tun haben, erhellt auch daraus, daß er D. Herrmanns Auffassung von der "Amoralität und Pathologie jener Gesellschaftsform", nämlich der sozialistischen, für mindestens "diskutierbar" hält (S. 473, Anm. 4), wohlgemerkt: der Gesellschaftsform selbst. Vgl. dazu die schon über anderthalb Jahrzehnte alte Kritik von P.C. Ludz

(Forts. nächste Seite)

Erkenntnisobjekt aber - wobei wir hier nicht dieses Vorverständnis kritisieren sondern den Umstand, daß F. Oldenburg es in seiner erkenntnismäßigen Tragweite nicht wahrhaben möchte - präjudiziert unweigerlich die Art und Weise, Fragen an den Gegenstand zu stellen, Probleme zu formulieren und Hypothesen aufzustellen.

Nun mag man entgegenhalten, daß zwar die vom Vorverständnis beeinflußte Fragestellung sicher nur eine unter vielen möglichen sei, daß aber immerhin das Ergebnis einzig und allein von der (leidenschaftslosen) Erforschung der tatsächlichen Fakten abhänge, nicht von der Fragestellung als solcher. Dabei wird jedoch verkannt, daß wissenschaftliche Forschung nie eine "Faktensammlung" schlechthin ist, da auch "in die begriffliche Fassung der Fakten bereits ein Stück von der Theorie der betreffenden Gesellschaft ein" geht[16], ein Stück von demselben Vorverständnis also, welches schon hinter der Formulierung des Forschungsproblems stand. Ferner zielt Forschung immer auf eine Synthese der sog. Fakten, auf Erklärung durch Aufzeigen ihres Zusammenhangs - andernfalls bliebe sie "eine Sammlung toter Fakta", wie es in der "Deutschen Ideologie" heißt[17]; dazu aber

---

Forts. Anm. 15

an der Totalitarismustheorie: "Die... These Friedrichs, daß der Totalitarismus nur ... Perversion der Demokratie sei, ... verhindert schon im Ansatz eine Konzeption bolschewistischer Herrschafts- und Gesellschaftssysteme als historisch-politische Realitäten ... mit eigenen sozialen und historischen Gesetzmäßigkeiten..." (Offene Fragen in der Totalitarismus-Forschung, S. 328).

16) U. Koch, Bürgerliche und sozialistische Forschungsmethoden?, S. 53

17) K. Marx/F. Engels, Die Deutsche Ideologie, MEW Bd. 3, S. 27

ist Theorie erst recht notwendig. Diese Unverzichtbarkeit von Theorie im Forschungsprozeß kommt auch in F. Oldenburgs Ausführungen zum Ausdruck, und zwar wenn er von den "hermeneutischen Leerstellen"[18] spricht, die durch bloß empirische Forschung nicht gefüllt werden könnten. Oldenburgs Lösung dieses Problems ist allerdings ebenso schlicht wie theoretisch vage: "Hier wird man ohne Intuition nicht auskommen, die allerdings besonders die eigenen traumatischen Erfahrungen aufarbeiten muß."[19] Näheres über die wissenschaftliche Substanz dieser Intuition führt F. Oldenburg nicht aus, was aber wohl dem Wesen von "Intuition" ohnehin entspricht. Jedenfalls ist festzuhalten: die Vermittlung der "Fakten" zu einem Gesamtbild geschieht in F. Oldenburgs wissenschaftstheoretischem Modell u.a. über sog. "Intuition". (Von einer eigentlichen, den Forschungsprozeß unterstützenden Theorie ist hingegen im gesamten Aufsatz nicht die Rede.) Damit drängt sich aber der Schluß auf, daß Oldenburgs "Intuition" eben der Punkt ist, an dem die vermeintlich im "vorwissenschaftlichen Raum" verbliebenen Prämissen nun doch hineingelangen in den vermeintlich wertfreien Forschungsprozeß, so wie es an Max Webers Wissenschaftskonzept demonstriert worden ist: "Bei einer solchen auf Wertfreiheit pochenden Wissenschaft ... kommen die am Hauptportal abgewiesenen Wertungen durch die Hintertür herein."[20] F. Oldenburg scheint sich

---

18) F. Oldenburg, Vom Elend..., S. 475

19) ebda., (Herv.heb.: O.C.)

20) R. Sorg, Ideologientheorien. Zum Verhältnis von gesellschaftlichem Bewußtsein und sozialer Realität, S. 74. Vgl. das Urteil von C.J. Friedrich, daß ungeachtet aller Wertfreiheits-Beteuerungen Max Webers und anderer Vertreter seiner Richtung ihr Werk "klar und eindeutig von ihrem liberalistischen Wertsystem positiv, von ihrem antisozialistischen Wertsystem negativ bestimmt" sei. (C.J. Friedrich, Die politische Wissenschaft, S. 12)

des "Schönheitsfehlers" seiner Konzeption bewußt zu sein, wenn er gleichsam entschuldigend schreibt: "Ohne sinnverstehende Methoden wird es bedauerlicherweise nicht gehen".[21] Was ist daran bedauerlich? Doch nur die Tatsache, daß hier Oldenburgs Konzept der wertfreien Wissenschaft seine Brüchigkeit erweist.

Einen konsequenteren Ansatz vertritt C. Burrichter in einem schon 1969 erschienenen Aufsatz.[22] Er versucht nicht wie F. Oldenburg, die Wertentscheidungen des Forschers strikt und mechanisch aus dem "reinen" Forschungsprozeß zu verbannen, sondern gesteht ihnen von vornherein eine den Erkenntnisprozeß mitprägende Rolle - nämlich in Gestalt von "theoretischen Präliminarien der Analyse"[23] - zu. Burrichter geht dabei aus von dem politischen und gesellschaftlichen Bedingungsrahmen, in welchem die DDR-Forschung steht: von der "intergesellschaftliche(n) Konfliktsituation zwischen beiden Systemen", die noch ergänzt wird durch eine "Konkurrenzssituation".[24] "Der in der Bundesrepublik angesiedelte DDR-Forscher kann sich dieser Tatsache nicht entziehen. Er wird ... als Mitglied der einen am Konflikt beteiligten Gesellschaft davon auch in seiner wissenschaftlichen Arbeit tangiert."[25] Mit dieser Interpretation setzt sich Burrichter deutlich ab von einem autonomisti-

---

21) F. Oldenburg, Vom Elend..., S. 475

22) C. Burrichter, Fragen zu einer soziologischen Theorie der DDR-Gesellschaft

23) ebda., S. 700

24) ebda., S. 701

25) ebda., S. 704

schen Wissenschaftsbegriff.[26]

Allerdings fällt auf, daß Burrichter zwar immer wieder nachdrücklich von jener objektiv bedingten "subjektive(n) Betroffenheit" des DDR-Forschers, von seinem hieraus resultierenden besonderen "erkenntnisleitende(n) Interesse", seiner "Ausgangsentscheidung" usw. spricht[27], daß man aber ausgesprochen wenig ausgeführt findet über den konkreten Inhalt solcher "Betroffenheit", solchen "Interesses" und solcher "Ausgangsentscheidung". Immerhin läßt sich dies aus verschiedenen Andeutungen bei Burrichter präzisieren. So stellt Burrichter die von ihm gemeinte "Ausgangsentscheidung" oder Erkenntnishaltung unzweideutig einer denkbaren anderen gegenüber, nämlich einer Haltung, die "sich mit den Zielen des anderen Systems", d.h., mit sozialistischen Zielen, identifiziert; er bezeichnet diese, alternativ zu der von ihm vertretenen stehende Haltung auch als "wohlwollende Einstellung zu den gesellschaftspolitischen Reali-

---

26) Vgl. aus jüngster Zeit seine pointierte Kritik: "Wenn Politiker der Auffassung sind, daß 'der Nutzen, den die Politik aus der Wissenschaft ziehen kann, dann am größten ist, wenn die Wissenschaft ganz sie selbst ist...' (Zit. Egon Franke, O.C.), dann ist zu vermuten, daß das Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft von einem Wissenschaftsbegriff her verstanden wird, der heute aufgrund des in ihm verabsolutierten Autonomieprinzips allenthalben ad absurdum geführt ist." (C. Burrichter/E. Förtsch, DDR-Forschung im Systemwettstreit, S. 1038f.) Im Grunde fällt unter diese Kritik aber auch P.C. Ludz, der sich von dem Wissenschaftsverständnis von marxistischen BRD-Forschern der DDR distanziert, wonach "wissenschaftlich relevante Probleme, die sich bei der Analyse der BRD ergeben, stets auch schon politische" sind und dem die - freilich etwas vage formulierte - Auffassung entgegenstellt: "Nach meiner Auffassung hat die DDR-Forschung als Forschung zunächst keine direkten politischen Aufgaben." (Die Zukunft der DDR-Forschung, S. 492). Burrichters eigenes Verständnis entspricht da viel eher dem genannten marxistischen, offen "politikbejahenden".

27) C. Burrichter, Fragen..., S. 701

täten ... dieses Systems"[28]. Daraus kann gefolgert werden, daß Burrichters eigene Ausgangsentscheidung die Identifizierung mit dem bundesdeutschen Gesellschaftstyp und die grundsätzliche Ablehnung der Gesellschaftsordnung der DDR beinhaltet. In der Tat schreibt Burrichter einige Abschnitte weiter: "Auch der Wissenschaftler muß sich mit politischen Zielen mehr oder weniger identifizieren..."[29], ihm muß "ein irgendwie geartetes politisches Engagement (Wollen) unterstellt werden"[30]. Daß die politische Identifikation und das politische Engagement, welches Burrichter für seine eigene und für die gängige DDR-Forschung in der Bundesrepublik in Anschlag bringt, tatsächlich nichts anderes darstellen als eben Identifikation mit dem "Westen" und Engagement für ihn, wird auch dadurch bekräftigt, daß Burrichter beispielsweise von "unsere(m) ordnungspolitischen Selbstverständnis"[31] spricht, dem er die bundesdeutsche Nutzanwendung positiver DDR-Erfahrungen prinzipiell unterordnen möchte; seinen hohen Grad an Identifikation mit dem bundesdeutschen Gesellschafts- und Herrschaftssystem demonstriert auch etwa die Aussage, durch die "Entwicklung des Staatswesens DDR" - und die dort stattfindenden "gesellschaftspolitische(n) Großexperimente" - seien "wir in unserer eigenen gesellschaftlichen Existenz tangiert."[32] Burrichter bezieht also, auch wenn er dies in solcher Direktheit selbst nie sagt, den Standpunkt der prinzipiellen Verteidigung des in der Bundesrepublik herrschenden Systems; die Ziele der anderen Ordnung lehnt er

---

28) ebda., S. 701 (Herv.heb.: O.C.)

29) ebda., S. 703 (Herv.heb.: O.C.)

30) ebda., S. 704

31) ebda.

32) ebda., S. 710, S. 704

ab, er betrachtet sie als "Herausforderung"[33] im Sinne von Bedrohung. Seine "Anerkennung des Postulats nach 'Nützlichkeit' wissenschaftlicher Ergebnisse" [34], mit welcher Formulierung die Frage nicht beantwortet wird, wer, welche gesellschaftlichen Interessen den Nutzen haben sollen, wird man ganz im obigen Sinne zu verstehen haben - als Vereidigung der Wissenschaft, hier der DDR-Forschung, auf die herrschenden Werte und Zwecke der BRD-Gesellschaft,

Nun wird vielleicht Burrichter selbst dieser Verdeutlichung seines Standpunkts noch zustimmen. Hat er sich doch auch in jüngerer Zeit unmißverständlich zu der Auffassung bekannt, "daß die eigene wissenschaftliche Arbeit Bestandteil der umfassenden Auseinandersetzung der Systeme in Ost und West ist". [35] In Anbetracht dieser Offenheit seines Wissenschaftsbekenntnisses gilt es darum weniger die Tatsache herauszuarbeiten, daß er auf einer bürgerlichen Ausgangsposition steht (dies ist oben geschehen), als vielmehr zu verfolgen, welche Konsequenzen diese Position konkret im Forschungsansatz hat. Wir können dabei von Burrichters eigener Einsicht ausgehen, daß in der Tat "der analytische Ansatz unabdingbar schon von hier (nämlich von der Ausgangsposition und dem entsprechend geprägten Erkenntnisinteresse des Forschers, O.C.) mitdeterminiert wird."[36] Und da Burrichter in dem hier zugrundegelegten Aufsatz auch unmittelbar auf die Frage nach der wissenschaftlichen Analyse der DDR-Gesellschaft eingeht, können wir einigermaßen konkret untersuchen, wie dieser Prozeß der Umsetzung von Interesse in Erkenntnis, von Wertmotiven in theoretische Prämissen bei Burrichter abläuft.

---

33) ebda., S. 701

34) ebda., S. 702

35) C. Burrichter/E. Förtsch, DDR-Forschung im Systemwettstreit, S. 1040

36) Fragen zu einer soziologischen Theorie..., S. 701

Sein Gedankengang läßt sich auf folgenden Nenner bringen: Die DDR ist nicht irgendein beliebiges Forschungsobjekt, sondern auch, wie schon skizziert, eine politisch-gesellschaftliche Herausforderung für die Bundesrepublik und damit auch für die bundesdeutsche DDR-Forschung, die angesichts dessen nicht in "absolute(r) Neutralität"[37] verharren kann. Aus dieser "politischen Geladenheit"[38] der Situation entspringt das dringende Interesse bzw. "die Notwendigkeit einer Beschäftigung mit der immanenten Situation der DDR-Gesellschaft"[39], einschließlich selbstverständlich ihrer "immanenten Entwicklung"[40] - eine noch sehr allgemeine Feststellung. Ferner verlangt Burrichter von dieser wissenschaftlichen Beschäftigung Erkenntnisse, die tatsächlich relevanter Natur sind, die eine realistische Einschätzung der Entwicklungstendenzen in der DDR und eine entsprechende realistische Orientierung der bundesdeutschen Politik gestatten - gleichfalls eine unanfechtbare, weil allgemeine Forderung. Konkret wendet sich Burrichter mit dieser Forderung gegen einen Typus von DDR-Forschung, der infolge seines überzogenen Abstraktionsgrades die wirkliche konkrete "Qualität des Systems" [41] übergeht und verkennt. In diesem Sinne kritisiert er an der in der DDR-Forschung angewandten Konflikt-Theorie, daß sie "bisher im wesentlichen im Hinblick auf 'westliche Gesellschaften' konzipiert wurde und zugleich noch ein Abstraktionsniveau hat, das

---

37) ebda., S. 700

38) ebda.

39) ebda., S. 702

40) ebda., S. 710 (Herv.heb.: O.C.)

41) ebda., S. 707

bei der Übernahme zur Analyse totalitär verfasster Gesellschaften einer spezifischen Konkretisierung bedarf."[42] Und wie die "pure Feststellung sozialer Konflikte" in den zu untersuchenden Gesellschaften eine "Banalität" bleibe, solange nicht die zugrundeliegenden sozialen "Inhalte und Intentionen"[43] miteinbezogen würden, so sei auch die pure Feststellung eines (industriegesellschaftlichen) sozialen Wandels, ohne dessen konkrete Qualifizierung, ohne wirkliche Aussagekraft; "sozialer Wandel ist in modernen Gesellschaften kein hervorragendes Phänomen ..., auf das allein und an sich wissenschaftliches Interesse sich bereits richten kann."[44]

Gegen all dies ist wenig einzuwenden, stellt es doch einfach die Forderung nach Konkretheit und Immanenz der DDR-Forschung dar. Aber wie sieht nun Burrichters eigene Einlösung dieser Forderung aus? Nun, für ihn läuft alles direkt darauf hinaus, daß der totalitarismustheoretische Ansatz nicht preisgegeben werden dürfe. Dieser unvermittelte Sprung von der Ebene allgemeiner erkenntnistheoretischer Reflexion in ein bestimmtes, sehr dezidiertes gesellschaftstheoretisches Konzept stellt sich nicht etwa nur in unserer Nachzeichnung als so unvermittelt dar, sondern ist es auch im Original.[45] Wie begründet Burrichter

---

42) ebda., S. 706

43) ebda.

44) ebda., S. 699

45) Einen direkten Zusammenhang zwischen seinen Ausführungen über Erkenntnis und Interesse der DDR-Forschung einerseits und über den (wesentlich totalitarismustheoretischen) Analyseansatz andererseits stellt Burrichter nirgends her. Letzteres bewegt sich nur irgendwie "auf dem Hintergrund" (S. 704) von ersterem. Symptomatisch scheint auch, daß der Begriff "totalitär" im ganzen ersten Teil des Aufsatzes nicht vorkommt, umso häufiger aber im zweiten Teil (S. 704ff.).

die Bedeutsamkeit des totalitarismustheoretischen Ansatzes? - In erster Linie tut er dies indirekt, indem er, wie schon gestreift, auf Schwächen einer nur-industriegesellschaftstheoretischen, von Herrschafts- und Machtfragen abgehobenen, formal-sozialwissenschaftlichen Herangehensweise hinweist. Ein solcher Ansatz entspricht seiner Ansicht nach nicht dem besonderen, durch die Systemkonkurrenz bedingten Erkenntnisinteresse bzw. generell dem herrschenden Interesse in der Bundesrepublik, weil er tendenziell eine Verkennung der "harten" herrschaftsmäßigen Realitäten in der DDR und illusionäre Hoffnungen auf einen sich sachzwanghaft durchsetzenden Wandel im Grundgefüge dieser Gesellschaft mit sich bringt.[46]

Eine direkte Begründung dafür, daß nun gerade der totalitarismustheoretische Ansatz die erforderte adäquate Bestimmung der "Qualität des Systems", seiner "Inhalte und Intentionen"[47] zu leisten vermöge, daß gerade er der entscheidende Beitrag zu jener "Herrschaftstheorie" sei, die zu entwickeln für Burrichter "doch wohl die Aufgabe der DDR-Forschung" [48] darstellt, eine solche direkte Begründung findet sich nicht. Vielmehr erscheint die Totalitarismustheorie von vornherein als einzig denkmögliche Alternative zu den kritisierten abstrakten Ansätzen. Deren Unhaltbarkeit fällt dadurch geradewegs zusammen mit der "Rehabilitierung" der Totalitarismustheorie. Burrichter prüft nicht kritisch, wie denn die Totalitarismustheorie "Inhalte(n) und Intentionen" der sozialistischen Gesellschaft gerecht werden kann, wenn doch die "fundamentalen und existentiellen Kriterien" ihrer Gesellschaftsanalyse gerade nicht

---

46) Vgl. bes. S. 706f.

47) ebda., S. 707, 706

48) ebda., S. 705

auf Inhaltliches abstellen, sondern ausgesprochen formale Abstraktionen darstellen : "absolute Ausschließlichkeit des Herrschaftsanspruches" sowie "grundsätzliche gesellschaftliche Unbegrenztheit des Herrschaftsbereiches"[48a] sind Bestimmungen, die absolut keine Auskunft geben über Subjekt und Objekt, Inhalt und Ziel solcher Herrschaft. Burrichter fragt nicht kritisch, wie denn die Totalitarismustheorie zu einer angemessenen Würdigung jener "gesellschaftspolitische(n) Großexperimente"[49] in der DDR, von welchen sich Burrichter so herausgefordert fühlt, gelangen kann, wenn sie den Blick doch weitgehend auf die "machtpolitische Dimension" 50) ihres Objekts fixiert hält und ihr Hauptbemühen immer von neuem darauf richtet, aufzuzeigen, daß - was ja prinzipiell niemand bestreitet - der "Primat der Partei" noch immer herrscht, noch immer "ihr gesellschaftspolitisches Ziel fixiert ist", noch immer keine "qualitative Änderung des Systems" stattgefunden hat.[51] Generell bleibt bei Burrichter das Verhältnis von Sozialem und Politischem in der Analyse ungeklärt; auffallend ist der Widerspruch zwischen dem schon im Titel gesteckten Ziel "einer soziologischen (! O.C.) Theorie der DDR-Gesellschaft" und der Option für den totalitarismustheoretischen Ansatz mit seiner - vielfach kritisierten[52] - ein-

---

48a) ebda., S. 707 (in Anlehnung an H.-J. Lieber, Ideologie und Wissenschaft im totalitären System, in: W. Hofer (Hrsg.), Wissenschaft im totalen Staat, München 1964, S. 11ff.).

49) Fragen zu einer soziologischen Theorie..., S. 704

50) ebda., S. 707

51) ebda., S. 711, 707, 708

52) Siehe wiederum besonders die Aufsätze von P.C. Ludz aus der ersten Hälfte der 60er Jahre zur Kritik und Modifikation der Totalitarismustheorie. Zur theoretischen Verselbständigung politischer Gegebenheiten in der Totalitarismustheorie siehe auch E. Hennig, Theorie der Totalitarismustheorien, S. 8. Ausführlich zu diesem Problem Kapitel 5 unserer Arbeit.

seitigen Ausrichtung auf politische Phänomene. (Dieser Widerspruch wird auch noch nicht dadurch beseitigt, daß Burrichter zum einen seinen Begriff von totalitärer Gesellschaft nicht lediglich auf die "augenfälligen und provozierenden Herrschaftsmethoden und -techniken"[53] gründen will und daß er zum andern für die Hinzuziehung von Konflikttheorie und strukturell-funktionaler Betrachtung plädiert; ersteres läuft nur darauf hinaus, den Totalitarismus-Begriff von Kriterien wie "Terror" zu befreien und ihn stattdessen auf die oben genannten Lieberschen abstrakt-politischen "Fundamentalkriterien" zu gründen, und letzteres - die Anleihen bei Konflikt- und struktural-funktionaler Theorie - beläßt der totalitarismustheoretischen Interpretation ihren dominierenden Rang innerhalb des Gesamtkonzepts, insofern als es Burrichter nur um die Integration dieser sozialwissenschaftlichen Konzepte in die Totalitarismustheorie geht: "Der Konflikt ... ist ... auch dem herkömmlichen Totalitarismus-Modell nicht fremd", lautet einer der Kernsätze, und analog versteht Burrichter die strukturell-funktionale Theorie auch nur "als theoretisches Appendix zur Theorie des Totalitarismus".[54])

Somit erweist sich Burrichters Entscheidung für den totalitarismustheoretischen Ansatz zwar zweifellos als Ausfluß seiner vorwissenschaftlichen, politischen Grundhaltung, seines (von prinzipieller Identifizierung mit dem BRD- und prinzipieller Verurteilung des DDR-Systems geprägten) Erkenntnisinteresses, aber dieser theoretische Ansatz selbst wird kritisch-wissenschaftlich kaum mehr geprüft. Burrichter praktiziert seinen Satz von der interessenbedingten

---

53) Fragen zu einer soziologischen Theorie..., S. 705
54) ebda., S. 706, 708

Prägung des theoretischen Bezugsrahmens in dem Sinne, daß durch die Offenlegung des Interesses im Grunde auch schon der theoretische Ansatz wissenschaftlich gerechtfertigt sei. Er spricht sich für die Beibehaltung der Totalitarismustheorie primär deshalb aus, weil sie von ihrer besonderen Betrachtungsweise her gute Dienste im Sinne des vorgegebenen politischen Interessenstandpunktes leistet: vor allem indem sie durch ihre pointierte Betonung der Andersartigkeit der sozialistischen Länder im Gegensatz zu "westlichen" einer - politisch unerwünschten - "Verharmlosung" sowie voreiligen Spekulationen etwa auf eine Konvergenz vorbeugt. Ob aber diese Theorie damit auch schon das Wesen ihres Gegenstands trifft, ob sie tatsächlich "bis zu den ursächlichen Bereichen des Erkenntnisgegenstandes"[55] vordringt, wie es Burrichters Anspruch ist, wird nicht ernsthaft mehr gefragt. Burrichter thematisiert zwar auf allgemeiner Ebene den Zusammenhang von Interesse und Erkenntnis in der DDR-Forschung, er thematisiert aber nicht dessen konkrete wissenschaftliche/unwissenschaftliche Qualität. Da ohnehin "der analytische Ansatz unabdingbar ... mitdeterminiert"[56] wird vom jeweiligen Interesse, so erscheint die Logik seines Vorgehens, handelt es sich nur noch darum, den analytischen Ansatz optimal dem gegebenen Interesse anzupassen. Da es ohnehin unvermeidlich ist, daß die Forschung einem bestimmten Prinzip von "Nützlichkeit"[57] gehorcht, handelt es sich nur noch darum, dieser Nützlichkeit besonders bewußt und konsequent durch die Wahl des entsprechenden theoretischen Ansatzes nachzukommen. Genau in diesem Sinne lautet ja Burrichters Vorwurf gegen allzu

---

55) ebda., S. 706

56) ebda., S. 701

57) ebda., S. 701, 702

abstrakt-industriegesellschaftliche Ansätze, daß sie keine angemessene Konsequenz zögen aus der - objektiv bedingten - "politischen Geladenheit"[58] der Forschungssituation, genauer gesagt: aus der bürgerlich gerichteten Interessengeladenheit, wie sie Burrichter konkret voraussetzt. Unter "konsequente(r) Reflexion der erkenntnistheoretischen Präliminarien" 59) versteht er, das beweist sein ganzer Aufsatz, nicht mehr als eben jene Kontrolle darüber, daß die interessenmäßigen Präliminarien, die bürgerlichen Intentionen im Forschungsansatz nicht etwa abhanden kommen. Eine ebenso konsequente Reflexion über die Auswirkungen der Interessen auf den wissenschaftlichen Wert der Erkenntnis unterbleibt. Offenbar wähnt sich Burrichter hier a priori im Einklang mit den Geboten der Wissenschaftlichkeit. Er beruhigt sich bei dem Gedanken von R. Mayntz, daß das Bemühen um Wissenschaftlichkeit, das "Bemühen um Begriffe mit klarem empirischem Bezug ... viel eher von einer implizierten (aber unbewußten) als von einer bewußten Wertung verhindert"[60] werde; einem Gedanken, der zweifellos seine Berechtigung hat[61], der aber nicht klärt, ob denn nun die Bewußtheit eines Wertstandpunkts bereits hinreichende Garantie für die Wissenschaftlichkeit der Analyse ist,und ob denn überhaupt das grundlegende wissenschafts- bzw. ideologietheoretische Problem durch die bloße Tatsache subjektiver Bewußtheit über den eigenen Wertstandpunkt erledigt

---

58) ebda., S. 700

59) ebda., S. 702

60) Zit. ebda., S. 701

61) Über die Implikationen von Wertverleugnung in der Wissenschaft vgl. W. Hofmann, Vom Werturteil in der Gesellschaftslehre, bes. S. 69f.; damit befürwortet Hofmann jedoch keinen Wertrelativismus, wonach jeder "für sich stets recht" habe (ebda., S. 77, Anm. 9).

werden kann.[62]

Die Verkürzung des Problems von Erkenntnis und Interesse in der DDR-Forschung besteht bei Burrichter darin, daß er das, was er Erkenntnisinteresse oder Ausgangsentscheidung oder Wertidee nennt, nicht in seiner inneren Struktur und seiner erkenntnisdeterminierenden Tragweite voll erfaßt. Erkenntnisinteresse bedeutet bei ihm nämlich im Grunde nicht mehr als die politisch-gesellschaftlich motivierte Entscheidung für einen Standpunkt, von dem aus sich bestimmte Fragestellungen bezüglich des Forschungsobjektes ergeben, die an sich nicht mehr berechtigt oder weniger berechtigt und sinnvoll sind als denkbare andere Fragestellungen. Unterschiede zwischen verschiedenen Interessenstandpunkten laufen demzufolge nur auf unterschiedliche Fragestellungen hinaus; das Problem verkehrter Erkenntnis infolge einer bestimmten Erkenntnisdetermination taucht damit gar nicht auf - ähnlich wie in der Konzeption Max Webers[63]

Besonders deutlich wird Burrichters Reduzierung des Problems der Erkenntnisinteressen auf den Aspekt der jeweiligen Fragestellung in seinem zusammen mit E. Förtsch verfaßten Aufsatz von 1975, in dem er

---

62) Diese Auffassung, der es lediglich um eine gewisse Offenheit des Wertstandpunkts an sich geht, vertritt besonders deutlich F. Ronneberger: Der Forscher kann welches Interesse auch immer verfolgen oder "zu überwinden trachten" - "Hauptsache, er definiert dieses Interesse und macht es somit für jeden offenbar." (Vergleichbarkeit östlicher und westlicher politischer Systeme, S. 19) Freilich zeigt sich dann auch, daß Ronneberger "Erkenntnisinteresse" eher auf der Oberfläche disparater Fragestellungen faßt.

63) Vgl. R. Sorg, Ideologietheorien, S. 71f.

nochmals an die 1969 erörterte Problematik anknüpft. Hier erscheint die interessenbestimmte Prägung der DDR-Forschung schlicht als der Vorgang "des Transfers von Problemen aus Politik und Gesellschaft in DDR-Forschung"[64]; "die Problemstellungen - als Input für die DDR-Forschung - (stehen) im Zentrum der Überlegungen"[65]. Davon, daß sich Gesellschaftliches und Politisches auch über "die theoretischen Präliminarien der Analyse"[66] durchsetzt, wie Burrichter seinerzeit wenigstens in allgemeiner Form zu verstehen gegeben hatte, ist nun nicht mehr die Rede. Dieses Problem verschwindet hinter der wenig aussagekräftigen Formel von der "relative(n) Autonomie bzw. Eigengesetzlichkeit"[67] der DDR-Forschung. Burrichters Antwort auf die Grundfrage: "Schließt die politische Motivation der DDR-Forschung Wissenschaftlichkeit aus?"[68] läuft nur darauf hinaus, daß es in erster Linie darauf ankomme, Klarheit über die relevanten Problemstellungen zu erlangen, die sich heute aus dem Stand des Verhältnisses zwischen BRD und DDR ergäben. Die Frage der Theorie wird einmal mehr vertagt.[69] Dabei drängt sie sich um so unab-

---

64) C. Burrichter/E. Förtsch, DDR-Forschung im Systemwettstreit, S. 1037

65) ebda., S. 1036 (Herv.heb.: O.C.)

66) C. Burrichter, Fragen zu einer soziologischen Theorie..., S. 700

67) DDR-Forschung im Systemwettstreit, S. 1036 (Ähnlich S. 1041)

68) ebda., S. 1038 (Zit. W. Bergsdorf)

69) Indem er wieder bei der äußerlichen Gegenüberstellung von "externer ... Inanspruchnahme" der DDR-Forschung und "notwendige(r) Autonomie kognitiver Prozesse" (ebda., S. 1041) anlangt, stellt der Aufsatz von 1975 einen Rückschritt gegenüber erkenntniskritischen Überlegungen von 1969 dar. Immerhin werden aber entsprechende Probleme noch gesehen, indem sie erklärtermaßen von vornherein ausgeklammert werden (vgl. S. 1035).

weisbarer auf, wenn man den 1969er und den 1975er Aufsatz nebeneinanderhält: von der im ersteren so nachdrücklich betonten analytischen Bedeutung der Totalitarismustheorie ist im letzteren so gut wie nichts mehr zu bemerken; entsprechende Begriffe tauchen nirgends mehr auf. Offensichtlich liegt also hier, beim Übergang vom Problemverständnis in die gesellschaftstheoretische Konzeption, der dunkle Punkt in Burrichters Konzept.

Nun zeigt sich an Burrichters Ausführungen selbst, daß es zu kurz greift, wenn man als einzigen Ausfluß der politischen Motivation bzw. des Erkenntnisinteresses die Problemstellung betrachtet. Die "politische Geladenheit" der Forschung geht tiefer. Sie betrifft außer der Problemstellung auch das theoretische Material, das in die wissenschaftliche Beantwortung derselben eingeht. Burrichter sagt selbst: Der Forscher bringt immer schon ein bestimmtes "politisch bedingte(s) Vorverständnis vom Erkenntnisgegenstand"[70] mit. Er ist diesem Gegenstand nicht nur äußerlich-politisch, sondern auch "weltanschaulich konfrontiert"[71]; was nichts anderes heißt, als daß in sein Vorverständnis bestimmte weltanschauliche Prämissen eingehen, die, fast überflüssig zu sagen, natürlich auch die Art und Weise der Gesellschaftsbetrachtung tangieren. Bei Burrichter lassen sich Momente eines solchen Vorverständnisses unschwer finden: Da sieht er die Ursache für die Konfrontation der beiden deutschen Systeme wesentlich im (klassenkämpferischen) "Selbstverständnis ... der politischen Führungsgruppe in der

---

70) Fragen zu einer soziologischen Theorie..., S. 705 (Herv.heb.: O.C.)

71) DDR-Forschung im Systemwettstreit, S. 1036 (herv. heb.: O.C.)

DDR"[72] - eine höchst bedeutsame gesellschaftstheoretische Prämisse (welche denn auch im totalitarismustheoretischen Ansatz mit seiner Schwäche für selbstgenügsame politische Kategorien durchaus ihre Konkretisierung erhält). Da setzt er ein ganz bestimmtes Verständnis von Freiheit in seiner gesellschaftstheoretischen Interpretation voraus.[73] Da mißt er die Gesellschaft der DDR am Maßstab des herrschenden bundesdeutschen "ordnungspolitischen Selbstverständnisses"[74], an einem bestimmten Begriff von "emanzipatorische(r) Entwicklung"[75], usw. Man sieht, der politische, interessenmäßige Standort Burrichters bedingt nicht nur abstrakt die Wahl bestimmter Problemstellungen, sondern hat auch einen Inhalt: die von Burrichter apostrophierte politische Geladenheit der DDR-Forschung ist gleichzeitig und untrennbar auch ideologische Geladenheit. Erst durch die Ergänzung des Begriffs des Erkenntnisinteresses durch den der Ideologie - verstanden als mehr oder weniger strukturierter konzentrierter Ausdruck bestimmter gesellschaftlicher Interessen[76] - wird der Vermittlungszusammenhang zwischen Interesse und Erkenntnis deutlich. Erst über den Begriff der Ideologie bekommt Burrichter sehr allgemein bleibende Feststellung, daß "bei einer ... Analyse dieser Gesellschaft der notwendige theoretische Bezugsrahmen aus den Implikationen des erkenntnisleitenden

---

72) Fragen..., S. 701 (Herv.heb.: O.C.)

73) vgl. ebda., S. 706f.

74) ebda., S. 704

75) ebda., S. 706

76) Vgl. E. Hahn, Ideologie; R. Sorg, Ideologietheorien.

Interesses der DDR-Forschung gespeist"[77] werde, einen konkreteren Inhalt; das, was vage als Implikationen des erkenntnisleitenden Interesses umschrieben wird, ist eben die Ideologie; eben sie ist der Inhalt jener "subjektiven Erkenntnisdetermination", von der Burrichter nach eigenem Eingeständnis "nur die Konturen"[78] angedeutet hatte.

Nun scheint jedoch Burrichter diese grundsätzliche ideologische Fundierung von DDR-Forschung, wiewohl sich dies in sein erkenntnistheoretisches Konzept, wie gezeigt, zwanglos einfügt, zu bestreiten. Ideologische Bedürfnisse hätten nur der DDR-Forschung einer vergangenen Phase, nämlich im Kalten Krieg, zugrunde gelegen; im Zeichen friedlicher Systemkonkurrenz und Kooperation wichen sie Motiven, die gewissermaßen der Sphäre ideologischen Haders enthoben seien. Mit Burrichters Worten: "Das Wesen dieser Probleme (von denen die DDR-Forschung bewegt wird, O.C.) hat sich gewandelt: Waren es früher beispielsweise die Wiedervereinigungserwartungen, die Immunisierung der eigenen Ordnung durch ein Gegenbild oder auch nur die Bewältigung der tiefgreifenden Verunsicherung, die die Etablierung eines anderen Gesellschaftsmodells mittels Klassenkampf hierzulande hervorrufen mußte, so wird sie heute im Bereich des Systemwettstreits, d.h. der positiven Bewältigung der intergesellschaftlichen Konflikt-, Konkurrenz- und Kooperationslage angesiedelt."[79] An anderer Stelle heißt es: "Der mit der WTR für alle hochindustrialisierten Gesellschaften gegebenen Herausfor-

---

77) C. Burrichter, Fragen..., S. 702

78) ebda., S. 702. Zur Abstraktheit des "Erkenntnisinteresses" bei J. Habermas vgl. E. Hahn, Historischer Materialismus und marxistische Soziologie, S. 53f.

79) C. Burrichter/E. Förtsch, DDR-Forschung..., S. 1036

derung ist nicht mehr mit dem Raster vorhandener ordnungspolitischer Prämissen angemessen zu begegnen."[80]

Dieser Darstellung der Dinge genügt es im Grunde eine andere Feststellung von Burrichter selbst entgegenzuhalten: daß nämlich bei allem Bedeutungszuwachs "übernationale(r) Problemsituationen"[81], bei aller Notwendigkeit und Möglichkeit intersystemarer Kooperation die "Auseinandersetzung der Systeme ... allerdings ... nicht aufgehoben"[82] wird. Damit erweisen sich aber alle von Burrichter so sehr herausgestellten Wandlungen der Ost-West-Situation - und daraus abgeleitet der besonderen Herangehensweise der DDR-Forschung - als relativ. Burrichters (und E. Förtschs) Aufsatz zerstreut denn auch selber auf Schritt und Tritt die Vermutung, es könnte den Autoren gelungen sein, aus ihrer grundsätzlichen Parteinahme gleichsam "auszusteigen" und, jeglichen "ordnungspolitischen Prämissen" entsagend, über den (obsoleten) ideologischen Lagern zu schweben. Erklären sie zunächst ein solches Motiv wie das der ideologischen "Bewältigung der tiefgreifenden Verunsicherung" durch das andere Gesellschaftssystem für überholt und überwunden - wir zitierten oben die Passage -, so taucht es wenige Seiten später an durchaus zentraler Stelle, wenn auch wortreich umschrieben, als höchst aktuelles Gebot der Stunde wieder auf.[83] Auch daß das ideologische Bedürfnis nach "Immunisierung der eigenen Ordnung durch ein Gegenbild" - ebenfalls als Relikt einer vergangenen Phase des Systemkonflikts dargestellt - in der DDR-Forschung von C. Burrichter seine Wirksamkeit ver-

---

80) C. Burrichter/E. Förtsch/H.-J. Müller, Die WTR..., S. 525

81) DDR-Forschung..., S. 1038

82) ebda., S. 1037 (Herv.heb.: O.C.)

83) Vgl. ebda., S. 1040

loren hätte, läßt sich schwerlich bestätigen, wenn man etwa den schon mehrfach erwähnten Aufsatz über die Konsequenzen der wissenschaftlich-technischen Revolution betrachtet, der mit einer solchen Entschiedenheit und Ausschließlichkeit einen Gegensatz zwischen WTR und sozialistischen Produktions- und Machtverhältnisses postuliert, daß sich nur der Eindruck aufdrängen kann, hier würde mit Hilfe eines "Gegenbildes" die kapitalistische Ordnung entlastet von der allenthalben aufbrechenden Kritik an ihrer eigenen Problemlösungsschwäche und somit gewissermaßen "immunisiert".[84] Obendrein gestehen Burrichter und Förtsch auch ganz unversteckt die Parteilichkeit ihrer Forschung ein, indem sie W. v. Bredow darin recht geben, "daß die eigene wissenschaftliche Arbeit Bestandteil der umfassenden Auseinandersetzung der Systeme in Ost und West ist".[85] In diesem Sinne ordnen sie die DDR-Forschung nachdrücklich der Aufgabe unter, "neue Strategien" gegenüber dem sozialistischen System zu entwickeln, "langfristige Konzeptionen zu entwickeln" mit dem Ziel, daß das sozialistische System "sich qualitativen Wandlungen unterzieht - und dies nicht nur im Bereich des wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Fortschritts, sondern auch im System der gesellschaftlichen Leitung und im Bereich normativer Grundprämissen."[86] Wer aber eine Strategie hat, der hat auch seine eigenen "normativen Grundprämissen"; erst diese veranlassen ihn überhaupt zu strategischen Überlegungen. Wer die Grundprämissen des Sozialismus in Frage stellt, tut dies von eigenen Grundprämissen aus. Daran ändert auch die Tatsache

---

84) Vgl. Die WTR..., bes. S. 525f.

85) DDR-Forschung..., S. 1040 (Zit. Bredow)

86) ebda., S. 1037, 1039; Die WTR..., S. 525

nichts, daß diese Infagestellung sich auf vermeintlich reine Sachzwänge der wissenschaftlich-technischen Revolution beruft, daß sie den intendierten Wandel des Sozialismus als "Verwissenschaftlichung der Gesellschaft"[87] schlechthin ausgibt. Auch diese Interpretation entspringt einer ganz bestimmten Sichtweise des Verhältnisses von Gesellschaft und Wissenschaft, einer ganz bestimmten Bewertung der Rolle der Wissenschaft, die sich selbst nicht als ideologieenthoben behaupten kann. Im Übrigen wußte es C. Burrichter sechs Jahre früher selbst besser, als er nicht nur betonte, "daß auch moderne Industriegesellschaften bei zunehmender Rationalisierung des politischen Entscheidungsbereiches weiterhin und wesentliche (! O.C.) Elemente der reinen Dezision aufweisen", sondern sogar von einer allgemeinen Tendenz der "zunehmenden Politisierung weiter Lebensbereiche" in allen heutigen Gesellschaftssystemen sprach.[88] Wie kann er da heute auch nur den Begriff einer abstrakten "Verwissenschaftlichung der Gesellschaft" aufstellen? Um es mit Burrichter 1969 zu sagen: "Es hat den Anschein, als wenn hier zu stark technokratische Überlegungen in das Grundmodell eingegangen sind."[89]

Um zum Kern des Problems zurückzukehren: Auch Burrichter kann also nicht glaubhaft machen, daß die DDR-Forschung infolge gewandelter Ost-West-Bedingungen eine "Entideologisierung" erfahren habe. Sie bleibt vielmehr hineingestellt in die "umfassende Auseinandersetzung der Systeme" (v. Bredow), ihre Theoreme bleiben den weltanschaulichen und politischen Grundprämissen und strategischen Optionen der

---

87) Die WTR..., S. 529

88) Fragen..., S. 708

89) ebda., S. 707

einen Partei in dieser Auseinandersetzung verbunden. Was sich infolge der neuen Phase der Systemauseinandersetzung aber auch nur teilweise gewandelt hat, sind, wie Burrichter/Förtsch im Grunde ja präzise sagen, die konkreteren "Problemstellungen", der situationsgemäße Aufgaben- bzw."Funktionskatalog" der DDR-Forschung im einzelnen.[90] Hier gilt es neuen Momenten Rechnung zu tragen, etwa den Kooperationsmöglichkeiten, aber etwa auch dem Verlust der "ungetrübte(n) Selbstsicherheit"[91] der bundesdeutschen Gesellschaft im Systemstreit. Daß jedoch infolge solcher neuer Momente die DDR-Forschung sich auch ihrer politisch-ideologischen Grundpositionen entschlagen würde, ist nicht plausibel zu machen. Die DDR-Forschung ist, auch laut Burrichter und Förtsch, ihrem Gegenstand "politisch und weltanschaulich konfrontiert"[92]; solche Konfrontation aber setzt voraus und bedingt auch auf Seiten der DDR-Forschung weltanschauliches und politisches Position-Beziehen. (Anders gesagt: wer sich "konfrontiert" fühlt, hat immer schon einen eigenen - auch ideologischen - Standort). Etwas anderes ist es, daß die eigene Position heute nicht mehr in solch unkomplizierter, frontaler Art und Weise geltend gemacht werden kann wie vormals zu Zeiten des Kalten Krieges. "Die Verabsolutierung des jeweils eigenen Standpunktes ... (ist) keine Basis mehr für strategisch-politisches Denken."[93] Mit dieser Formulierung fassen Burrichter/Förtsch im Grunde die Dialektik von prinzipieller Parteilichkeit und aktueller Flexibilität zusammen. Denn deutlich wird ausgedrückt: Es geht in der Tat um eine politische Strategie, es geht um den eigenen Standpunkt; nur

---

90) DDR-Forschung..., S. 1036,1040 (Herv.heb.: O.C.)
91) ebda., S. 1040
92) ebda., S. 1036
93) ebda., S. 1037

läßt sich der Standpunkt, läßt sich die Strategie nicht nach dem Prinzip des "Alles oder Nichts" in die Tat umsetzen. Und entsprechend ist, was die Forschung selbst betrifft, die DDR nicht mehr ausreichend "mit den Kategorien der 50er Jahre zu bemessen."[94])

Burrichter siedelt also einerseits die DDR-Forschung durchaus in der Realität der umfassenden Auseinandersetzung der Systeme an, ja, ordnet ihr auch bewußt die Aufgabe zu, das "strategisch-politisches Denken" und Handeln der herrschenden Politiker der Bundesrepublik zu befruchten, lehnt es aber andererseits letztlich ab, die inhaltliche Parteilichkeit, die Ideologiehaftigkeit anzuerkennen, die sich über theoretische Prämissen der Analyse und sonstige innerwissenschaftliche Mechanismen Geltung verschafft. ("Letztlich" deshalb, weil es bei Burrichter zwar Ansätze gibt, wo er das Problem dieser immanenten Determination berücksichtigt, weil er aber, besonders in jüngerer Zeit, doch wiederum einer Art "Entideologisierung" der DDR-Forschung das Wort redet.) Der Charakterisierung seines Forschungsansatzes etwa als konstitutiv prokapitalistisch bzw. antikommunistisch würde Burrichter demgemäß entschieden widersprechen.)

---

94) ebda., S. 1039. Burrichter/Förtsch geben zu, daß in ihren Überlegungen "funktionale Erfordernisse (der DDR-Forschung, O.C.) ... und normative Desiderate noch nicht immer säuberlich getrennt sind." (ebda., S. 1037" Herv.heb.: O.C.) 'Wir haben uns um den Nachweis bemüht, daß solche "säuberliche Trennung" überhaupt ein irreales Unternehmen ist.

2. "Heuristischer Antikommunismus": D. Herrmann

Ganz anders hingegen die Auffassung eines Theoretikers, der sich seit jüngerer Zeit in die Debatte der DDR-Forscher eingeschaltet hat und durch seine pointierten Thesen zu einer gewissen Belebung des "Werturteilsstreits" in dieser Disziplin beigetragen hat: Detlef Herrmann. Er plädiert für eine offen parteiliche Forschung: "Nach wie vor ist ... ein essentieller und wohlverstandener Antikommunismus die beste Grundlage einer Analyse der Gegenseite". 95) Die DDR-Forschung solle sich der DDR-Wirklichkeit und deren "selbstgefälligen Selbstdarstellungen" prinzipiell vom Standpunkt eines "antikommunistischen Vorurteils" nähern, zu dessen Elementen, wie D. Herrmann selber schreibt, Alltags-Leitsätze gehören wie: "Die Kommunisten hauen doch die Leute nur übers Ohr."[96] (Wenn Herrmann solche Vorurteile auch "in differenzierter Form" angewandt wissen will.)[97] Von dieser parteilich-antikommunistischen Herangehensweise verspricht er sich "erhebliche heuristische Bedeutung für die wissenschaftliche Analyse des Kommunismus."[98] Dies versucht er an einem konkreten Beispiel zu demonstrieren: Es geht um die Frage, warum das SED-Zentralkomitee den Entwurf eines neuen Parteiprogramms nicht schon gegen Ende 1975, gleichzeitig mit den stattfindenden Parteiwahlen, sondern erst Mitte Januar 1976 veröffentlichte und zur Diskussion stellte. D. Herrmanns kraft seines "heuristischen Antikommunismus" gewonnene

---

95) D. Herrmann, "Verunsicherte" DDR-Forschung, Bemerkungen zu einem Aufsatz von C. Burrichter und E. Förtsch, S. 28

96) D. Herrmann, Vom Nutzen des Antikommunismus, S.372

97) ebda.; inwiefern "differenzierter", wird nicht gesagt.

98) ebda.

Erklärung - mit welcher er sich gegen eine andere unscheinbarere, von F. Oldenburg aufgestellte Erklärung wendet - hierfür lautet: Es handele sich um eine "präzise ... Verzögerung" der öffentlichen Aussprache über die Entwürfe, zurückzuführen auf die in der SED-Führung grassierende "Furcht vor Basisdemokratie"; erst einmal mußten SED-intern "sämtliche Basis-Wahlen (Gruppen und Abteilungsparteiorganisationen) ... abgeschlossen" sein (Januar 1976). "Damit schien die Gefahr des Entgleitens der 'Volksaussprache' in die Spontaneität gebannt."[99] Worauf stützt sich diese These? - Nun, unmittelbar nur auf ein Honecker-Zitat aus dem "Neuen Deutschland" von Mitte Februar 1976, welches zwar zur Frage der angeblichen oder wirklichen "Verzögerung" der Volksaussprache überhaupt nichts aussagt, aus dem D. Herrmann - der "DDR-Forscher in der Bundesrepublik muß ... ein gewiefter Zwischen-den-Zeilen-Leser sein"[100] - aber Verdachtsmomente herausliest. Honecker erklärt dort, die Volksaussprache dürfe nicht dem Selbstlauf überlassen, sondern müsse durch SED-Kreisleitungen und Grundorganisationen auf Schwerpunkte konzentriert werden. D. Herrmann hebt im Zitat auf suggestive Weise durch Unterstreichung die Worte "... zielstrebiger organisiert werden ...", "... nicht dem Selbstlauf überlassen ...", "... festzulegen, welche Fragen ..."[101] hervor, welche dunklen Andeutungen ihm sodann - im Sinne des "gewieften Zwischen-den-Zeilen-Lesens" - bereits genügen, um zu schlußfolgern: "Dies ist nichts weniger als das offene Eingeständnis der Furcht vor Basisdemokratie. Selbst die mit präziser Verzögerung ein-

---

99) ebda., S. 373

100) ebda.

101) ebda.

geleitete 'Volksaussprache' drohte der SED-Führung noch über den Kopf zu wachsen."[102] Wobei anzumerken ist, daß Herrmann die spezielle These von der "präzisen Verzögerung" der Aussprache nur dadurch stützt, daß er seine Interpretation des (zeitlich späteren) Honecker-Zitats rückprojiziert auf die fragliche Zeit: mit anderen Worten, indem er auf die heuristische Unfehlbarkeit seines antikommunistischen A priori an und für sich baut.

Wenn auch das konkrete in Frage stehende Problem recht belanglos ist - geht es doch zunächst bloß um die Frage, warum die Programm- und Statutenentwürfe nicht etwa einen Monat früher erschienen als sie erscheinen[103] -, bietet es doch eine gute Gelegenheit, Wert oder Unwert von Herrmanns "heuristischem Antikommunismus" im Detail nachzuprüfen. Gegen seine apodiktisch vorgetragene, keinerlei Möglichkeit eines Zweifels einräumende These ("Als ... Veröffentlichungszeitpunkt konnte einzig Mitte Januar in Frage kommen ..." [104]) stehen mindestens folgende Überlegungen und Widersprüche: Erstens widerlegt Herrmann nicht die völlig simple und realistische Möglichkeit (sondern schiebt sie beiseite), daß das ZK-Plenum Ende November 1975 eben tatsächlich, wie dies auch F. Oldenburg annimmt, eine letzte Umarbeitung der Entwürfe beschloß, womit

---

102) ebda.

103) Ende November wurden die Entwürfe vom 16. ZK-Plenum "behandelt", Mitte Januar veröffentlicht. F. Oldenburg hatte daraus gefolgert, daß das ZK noch einige Überarbeitungen beschlossen hätte (vgl. DA 2/1976, S. 113ff.) 14 Tage muß man ohnehin noch für die Herstellung zubilligen.

104) D. Herrmann, Vom Nutzen..., S. 373. Herrmann beschließt seinen Aufsatz mit der erhaben-selbstgewissen Formel: "Quod erat demonstrandum - Was zu beweisen war." (ebda.)

dann der Veröffentlichungszeitpunkt zwanglos und plausibel erklärt wäre.[105] Zweitens ignoriert D. Herrmann einen weiteren möglichen Grund, obwohl dieser ebenfalls sehr plausibel wäre (sich mit dem erstgenannten auch nicht ausschlösse) und obendrein bei Herrmann selbst schon genannt ist: Die Parteiwahlen und die breite Volksaussprache über die Dokumenten-Entwürfe, so stellt er fest, seien jeweils Kampagnen, "die jede für sich schon fast die gesamte Kraft der Organisation beansprucht".[106] Wenn dem so ist, dann hätte es aber weiter nichts Ominöses an sich, wenn die Partei diese beiden Schwerpunktaufgaben nicht gleichzeitig, sondern eher nacheinander anginge, zumal die eine eindeutig innerparteilichen, die andere dagegen mehr massenpolitischen Charakter hat. Herrmann fände doch sicher auch nichts Verfängliches daran, daß eine bürgerliche Partei eines kapitalistischen Landes ihre internen Wahlen nicht gerade während eines Wahlkampfes stattfinden ließe. Drittens leuchtet auch Herrmanns eigene Erklärung - erst mußten die neuen SED-Gruppenleitungen gewählt sein, um nicht "die Gefahr des Entgleitens der 'Volksaussprache' in die Spontaneität" aufkommen zu lassen - nicht sonderlich ein. Hätten denn die Parteigruppen unter ihren alten Leitungen dieser "Gefahr" weniger zuverlässig gegensteuern können als unter den neugewählten? Oder meint Herrmann überhaupt nur, daß die

---

105) Etwas anderes ist es, wenn F. Oldenburg aus der nochmaligen Überarbeitung der Entwürfe sogleich auf regelrechte Meinungsgruppierungen im ZK schließt. Diese Mutmaßung ist in diesem Zusammenhang völlig entbehrlich.

106) Vom Nutzen..., S. 373

Parteigruppen, solange sie von der Vorbereitung und Durchführung ihrer internen Wahlen absorbiert waren, selbst nicht in die öffentliche Diskussion hätten eingreifen können? Wenn er nur dies meint, dann heißt das, daß er unter einer "spontanen" Diskussion in der DDR nur eine solche versteht, an der die SED nicht teilnimmt. Welchen Sinn sollte es aber haben, daß die SED einen Entwurf zur Diskussion stellt, ohne selbst Diskussionspartner zu sein? Beweist es "Furcht vor Basisdemokratie", wenn die SED der Diskussion ihres eigenen Programm-Entwurfs nicht unbeteiligt zuschauen möchte? Viertens wäre Herrmanns Interpretation noch nicht einmal dann in sich befriedigend, wenn man die in ihr enthaltene - oben genannte - Zumutung an die SED akzeptierte: Denn wieso sollte es, unter Herrmanns Prämisse, daß die SED eine autoritär geführte Partei ist, bereits eine genügende Absicherung gegen die "Gefahr des Entgleitens" der Volksaussprache darstellen, daß in der SED die Parteiwahlen auf der Ebene der Basis abgeschlossen sind? Könnte sich denn die SED, immer unter Herrmanns eigenen Prämissen, in einer solchen Situation eine durch die Parteiwahlen bedingte zeitweise Führungsschwäche auf übergeordneten Ebenen erlauben? Und in der Tat ist doch Herrmann selbst der Meinung, daß mit abgeschlossenen Basiswahlen die spontaneistische Gefahr mitnichten gebannt worden sei (indem er Honeckers Februar-Zitat wie dargestellt interpretiert). Damit aber stellt Herrmann seine eigene Erklärung der Motive für den Veröffentlichungszeitpunkt Mitte Januar 1976 ungewollt in Frage; denn soviel "präzise Vor-Ort-Kenntnis"[107], wie sie Herrmann für sich reklamiert[108], kann man der SED

---

107) ebda.

108) D. Herrmann lebte bis 1974 als Wissenschaftler in der DDR.

selber zubilligen, was die Abwägung der Folgen betrifft, die eine innere Schwächung der Partei auf allen Ebenen für ihre äußere Handlungsfähigkeit hätte. Mit anderen Worten: Wenn Herrmann recht hätte bezüglich der existenziellen "Furcht vor Basisdemokratie" in der SED-Führung, dann wäre zugleich auch seine Erklärung für den Veröffentlichungszeitpunkt der Dokumentenentwürfe sinnwidrig. Viel eher tauchte dann die Frage auf, weshalb die SED, wenn sie doch von "Furcht vor Basisdemokratie" geschüttelt wird, sich überhaupt einer solchen Prozedur wie der breiten Volksaussprache unterzieht; wieso sie sich vorsätzlich auf Unternehmungen einläßt, die ihr dann doch nur "über den Kopf zu wachsen"[109] drohen. Und andersherum fragt sich, wie reell denn tatsächlich Herrmanns Diagnose der "Furcht vor Basisdemokratie" ist, ja, was er darunter überhaupt exakt versteht.

Damit werden wir nochmals auf D. Herrmanns bevorzugte Methode verwiesen, "mit äußerster Skepsis und mit Eigeninterpretation" zwischen den Zeilen zu lesen.[110] Wenn er Honeckers Mahnung, die Volksaussprache "nicht dem Selbstlauf (zu) überlassen", bereits als "nichts weniger als das offene Eingeständnis der Furcht vor Basisdemokratie" einstuft, so zeigt das lediglich, daß in Herrmanns heuristisch-ideologischem "Vor-Urteil"[111] "Basisdemokratie" bzw. "Demokratie" überhaupt definiert ist als all das, was sich ohne oder gegen die SED im "Selbstlauf" abspielt, wie für ihn umgekehrt alles planmäßige Agieren der SED per definitionem als im Gegensatz zur ("Basis"-)Demokratie stehend zu be(vor)urteilen ist. Darin erschöpft sich der ganze Mechanismus seiner Interpretationsmethode. Es ist nicht

---

109) Vom Nutzen..., S. 373

110) ebda.

111) ebda., S. 372

so, als "bestätigte Honecker selbst" im fraglichen Zitat "sämtliche antikommunistischen Vorurteile" Herrmanns.[112] Vielmehr ist dessen Interpretationsmethode so beschaffen, daß sie sich in derartigen Zitaten (und beliebigen anderen auch) immer wieder mühelos die eigenen Vorurteile selbstbestätigt. Daran ändert auch nichts die Berufung Herrmanns darauf, daß diese antikommunistischen Vorurteile sozusagen in langen Jahren geronnene Erfahrungstatsachen seien ("Dies ist so, seit es Kommunisten gibt..."[113]), die "nicht täglich neu" bewiesen werden müßten und "bis zum Erweis des Gegenteils"[114] getrost die Forschung leiten könnten. Eine solche Berufung ist nur die Berufung auf die tausendmal mithilfe ebenjener aprioristischen Interpretation selbst gewonnenen "Ergebnisse"; denn schließlich existiert auch diese Interpretationsmethode schon, "seit es Kommunisten gibt". Auf den "Erweis des Gegenteils" zu warten, ist unter solchen Umständen völlig risikolos: das "antikommunistische heuristische Vorurteil" eines D. Herrmann verhindert per se derartige Gegenerweise und immunisiert die Wissenschaft gegen sie.

Ebenso wie D. Herrmann schon mit seinem Detailbeispiel ungewollt die wissenschaftlich unfruchtbare und fehlleitende Wirkung seines "heuristischen Antikommunismus" demonstriert, der ihn nicht über eine suggestive Selbstbestätigung der eigenen vorgefaßten Ideen hinausgelangen läßt, ebenso und erst recht so muß sich dieses sein Herangehen da erkenntnishemmend auswirken, wo es um grundlegende Fragen geht, wo das Problem der Gesellschaftsanalyse im großen und ganzen aufgeworfen ist. Zwar liegt uns keine

---

112) ebda., S. 373
113) ebda., S. 372
114) ebda., S. 373

ausführliche wissenschaftliche Erörterung Herrmanns in dieser Problemdimension vor, anhand derer man sozusagen seine antikommunistische Parteilichkeit in konkreter Aktion erleben und untersuchen könnte, doch läßt auch schon diese parteiliche Grundposition selbst, wie sie Herrmann formuliert, einige Schlußfolgerungen zu, die ihre Implikationen im wissenschaftlichen Erkenntnisprozeß betreffen. Erstens erklärt Herrmann, er betrachtete "das westliche System" als den "Normalzustand einer hochindustrialisierten Gesellschaft, wie sie sich geschichtlich organisch entwickelt hat."[115] Zweitens ist für ihn die Gesellschaftsform des Sozialismus zutiefst amoralisch und pathologisch: "an Amoralität und Pathologie jener Gesellschaftsform (hat sich) kein Deut geändert".[116] Mit diesen Setzungen, die nur dogmatisch genannt werden können, da sie nirgends näher begründet werden, möchte Herrmann der DDR-Forschung die Marschrichtung vorschreiben: Jeder Forschungsansatz, der seinem Gegenstand, dem Sozialismus, Normalität und Existenzberechtigung zugesteht, und sei es nicht einmal aus einer kapitalismuskritischen Sicht, soll bereits als Brunnenvergiftung des "Westens" geächtet sein. Umgekehrt entsprechend: schon die leisesten Zweifel an der dekretierten Gesundheit des kapitalistischen Systems werden als Verrat gebrandmarkt. Mit Herrmanns Worten: "internes Abschlaffen bei uns wird in der erbitterten West-Ost-Auseinandersetzung objektiv zu einem Bonus für die Gegenseite."[117] Auch Burrichter und Förtsch geraten in diesen Verdacht des "internen Abschlaffens", weil sie gewagt hatten, an gewisse Probleme der Bundesrepublik zu rühren: "Wenn Burrichter/Förtsch schreiben: 'Die ungetrübte Selbst-

115) D. Herrmann, "Verunsicherte" DDR-Forschung, S.30
116) ebda., S. 28
117) ebda., S. 29

sicherheit früherer Jahre ist durch die konfliktreiche Entwicklung unserer eigenen Gesellschaft erheblich abgebaut worden', so ist diese Einschätzung zutiefst im individuellen Gefüge der Betroffenen selbst begründet. Es ist ihr spezielles Problem, nicht ein objektives... Die Betreffenden haben offensichtlich Identitätsschwierigkeiten mit der Bundesrepublik..."[118]. Aus dem Axiom, die Bundesrepublik verkörpere schlechthin den "Normalzustand" von Gesellschaft - weshalb es folglich normal sei, als Wissenschaftler "einem klaren Wertstandpunkt ..., der zuförderst eine Entscheidung für das westliche System bedeutet"[119], zu huldigen - geht also für D. Herrmann konsequenterweise hervor, daß derjenige, der irgendwie an dieser Doktrin vom Normalzustand rüttelt, selber innerlich, in seinem "individuellen Gefüge", nicht ganz normal sei.

Um auf die Frage der DDR-Forschung zurückzukommen: Herrmanns Grundhaltung, kein "internes Abschlaffen" des "westlichen" Lagers zu dulden, führt ihrer eigenen Logik gemäß zur Verwerfung all solcher Forschungsansätze, die von ihren Prämissen oder auch nur Ergebnissen her nicht in das Konzept der moralischen Aufrüstung à la Herrmann passen. Alle Kategorien und Befunde sollen unterbunden werden, mit denen ein "Bonus für die Gegenseite" (s.o.) verbunden sein könnte. So beanstandet D. Herrmann selbst Aussagen des sicherlich besonderer Sympathien zur DDR unverdächtigen Herrmann Weber wie etwa, die DDR habe "schon heute bewiesen, daß in einer hochindustrialisierten Gesellschaft auch andere als kapitalistische Wirtschaftsformen möglich und erfolgreich" sein könnten, oder dessen Bemerkung: "viele in der

---

118) ebda., S. 30

119) ebda.

DDR durchgeführte Reformen entsprechen durchaus dem Geist unseres Jahrhunderts", usw.[120] Und wenn nach D. Herrmanns Maßstäben bereits solche harmlosen Allgemeinbewertungen unter das Verdikt "etwas krampfige(r) Wertfreiheit" fallen, durch die die "Herrschaft der Kommunisten in der DDR ... ungewollt verharmlost und quasi sanktioniert"[121] werde, dann läßt sich ausmalen, mit welchen Vorwürfen gar eine mit materialistischen Kategorien arbeitende DDR-Forschung zu rechnen hat, spiegelt diese doch vollends "Identitätsschwierigkeiten" mit der kapitalistischen Gesellschaft wider, ja mehr noch, teilt sie direkt ihre theoretischen Prinzipien (oder Teile davon) mit der "Gegenseite". Nach allem, was D. Herrmann ausführt, dürfte für ihn eine materialistische DDR-Forschung sozusagen nichts als einen theoretischen Dolchstoß in den Rücken des "freien Westens" darstellen, mit dem eine wissenschaftliche Auseinandersetzung zu führen sich von daher erübrigt.

Die Frage, auf welchen theoretischen Grundlagen denn nun seine eigene DDR-Forschung fußt, bildet bei D. Herrmann keinen Gegenstand der Erörterung. Bei ihm hat es den Anschein, als erledige sich das Problem einer "möglichst adäquate(n) Darstellung des Gegenstandes"[122], um das es auch ihm zu tun ist, schon durch das Bekenntnis zur antikommunistischen Parteilichkeit schlechthin. Offenbar braucht sich der Forscher nur von solchen Leitprämissen wie der Einsicht in die "Amoralität und Pathologie" der zu

---

120) Vgl. D. Herrmann, Mit der Stange im Nebel. Eine wertneutrale Betrachtung erfaßt die Wirklichkeit nicht.

121) ebda.

122) "Verunsicherte" DDR-Forschung, S. 27

untersuchenden Gesellschaft leiten zu lassen, um eine adäquate Analyse zu bewerkstelligen. Wir konnten dieses - gelinde ausgedrückt - unkomplizierte gesellschaftswissenschaftliche Verständnis oben bereits beobachten, wo es um den konkreten Fall der SED-Dokumenten-Entwürfe von 1976 ging; dort genügte Herrmann für "eine adäquate DDR-Sicht" bereits die Anwendung gewisser gewohnheitsmäßiger Vorurteile auf ein Zitat aus dem "Neuen Deutschland". Aber wenn auch bei D. Herrmann die Frage nach seinem gesellschaftstheoretischem Konzept im präzisen Sinne des Wortes nicht an die Oberfläche tritt, sondern überspielt wird durch Empfehlungen von der Art, man müsse "kommunistischer Selbstdarstellung ... mit äußerster Skepsis und mit Eigeninterpretation aus Kenntnis kommunistischer Prinzipien ... begegnen"[123], so ändert das freilich nichts an der Tatsache, daß auch er nicht ohne ein solches, einigermaßen klar zu umreißendes, gesellschaftstheoretisches Konzept auskommt. "Man mag noch so viel Geringschätzung hegen für alles theoretische Denken, so kann man doch nicht zwei Naturtatsachen in Zusammenhang bringen oder ihren bestehenden Zusammenhang einsehn ohne theoretisches Denken", schreibt F. Engels.[124] Herrmann spricht ja auch selbst von notwendiger "Eigeninterpretation" - die Frage ist eben "nur", von welchen gesellschaftsanalytischen Grundlagen aus diese "Eigeninterpretation" erfolgt.

Hier nun bleibt angesichts Herrmanns Ausführungen kein Raum außer für die Diagnose, daß sich seine Forschung im theoretischen Bannkreis der Totalitarismustheorie bewegt. Dabei kann im einzelnen jedoch

---

123) Vom Nutzen des Antikommunismus, S. 373

124) MEW Bd. 20, Berlin 1962, S. 346

kaum eindeutig gesagt werden, ob es sich bei einer bestimmten These um ein Moment der Totalitarismustheorie oder einfach um die Formulierung des parteilichen "Wertstandpunktes", der "weltanschaulichen und politischen Position"[125] als solcher handelt. So ist z.B. Herrmanns Prämisse, daß Kapitalismus der gesellschaftliche "Normalzustand" sei, nicht nur Ausgangsentscheidung, die dem eigentlichen Forschungsprozeß vorausgeschickt wird, sondern im Grunde auch schon Bestandteil totalitarismustheoretischer Betrachtungsweise. Herrmann macht selbst deutlich, daß für ihn Wertung (d.h. Wertung nach Maßgabe des "antikommunistischen Vor-Urteils") und wissenschaftliche Analyse in der DDR-Forschung weitgehend zusammenfallen; denn die Wirklichkeit der DDR sei zutiefst durch Ideologie geprägt, von Ideologie durchdrungen; deshalb nötige die Konfrontation mit dieser Wirklichkeit dem Forscher zwangsläufig "eine prinzipielle Stellungnahme und Kritik" ab: "das Ideologische kann nur wertend geknackt werden."[126] Richtig hieran dürfte soviel sein, daß jede wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Gegenstand DDR letztlich unweigerlich in eine Wertung, eine Stellungnahme übergeht (auch wenn der Forscher sie unmittelbar nicht formuliert); Herrmann übergeht jedoch ganz und gar die Frage, wie die Forschung überhaupt zu einem adäquaten Abbild der Wirklichkeit gelangen soll, welches ihr dann im zweiten Schritt "eine prinzipielle Stellungnahme und Kritik" abverlangt. Nach welchen Gesetzen die Gesellschaft der DDR funktioniert, hat man ja noch nicht damit ergründet, daß man stets die eigene "prinzipielle" Gegnerschaft dieser Gesellschaft gegenüber herausstreicht.

---

125) "Verunsicherte" DDR-Forschung, S. 30

126) Mit der Stange im Nebel...

Und bei aller Bedeutung, die die marxistisch-leninistische Ideologie im Leben der DDR-Gesellschaft hat, sind doch ideologische Sphäre einerseits und materielle gesellschaftliche Verhältnisse andererseits ohne weiteres auseinanderzuhalten. Die sozial- und politikwissenschaftliche Analyse der letzteren fällt daher nicht, wie man bei D. Herrmann leicht glauben könnte, schlechthin zusammen mit ideologisch-politischer Auseinandersetzung.

3. Zur Substanz der Repliken auf D. Herrmann

Interessanter im Grunde als das Herrmannsche Konzept der offenproklamierten antikommunistischen Parteilichkeit, mit dem dieser, zumindest in solcher Pronon-ciertheit, ziemlich allein dasteht, sind die Reaktionen, die Herrmann mit seinem Vorstoß bei etablierten Vertretern der DDR-Forschung hervorgerufen hat. Das Spektrum der Erwiderungen reicht von einer Kritik, die vom Selbstverständnis des "demokratischen Sozialismus" motiviert wird, über Positionen, die an sich mit D. Herrmanns politisch-ideologischer Option mehr oder weniger übereinstimmen und ihn nur aufgrund seiner Leugnung des Wertfreiheits-Prinzips kritisieren, bis hin zu unmittelbarer Zustimmung für Herrmanns Konzept. Betrachten wir nun das Spektrum der Positionen in dieser Reihenfolge.

Die relativ entschiedenste Ablehnung erfährt Herrmann durch J. Straßburger und H. Zimmermann.[127] Sie widersetzen sich der von Herrmann geforderten pauschalen und blinden "Option für den Westen

127) J. Straßburger/H. Zimmermann, Parteilichkeit in der DDR-Forschung? Zu einem polemischen Beitrag von Detlef Herrmann.

(gibt es den?)".[128] Stattdessen verstehen sie sich, auch als DDR-Forscher, zu einer differenzierteren Position im Rahmen dieser Gesellschaft: ihr Ziel ist es, "die demokratischen Grundrechte und -freiheiten als strukturierende Grundprinzipien unseres Systems zu erhalten und allen Gesellschaftsmitgliedern zugute kommen zu lassen".[129] Entsprechend dieser ihrer Haltung gegenüber der Wirklichkeit der Bundesrepublik - sie bezeichnen dies als "demokratischen Sozialismus"[130] - gelangen sie gegenüber der DDR als ihrem Forschungsgegenstand zu einer Haltung, die nicht sogleich deren sozialistischen Eigenanspruch verwirft und ignoriert (wie etwa bei D. Herrmann der Fall), sondern ihm zumindest mit einer gewissen analytischen Aufgeschlossenheit gegenübersteht; was nicht heißt, daß die DDR bei ihnen sonderlich gut abschnitte: sie sprechen von "der DDR als einer - und das mag die Analyse ergeben - verfehlten sozialistischen Entwicklung".[131] Immerhin ist das Attribut des Sozialistischen nicht gänzlich aus der Bestimmung des Gegenstandes getilgt; die DDR repräsentiert eine "verfehlte sozialistische Entwicklung", nicht eine "verfehlte Entwicklung" schlechthin wie bei D. Herrmann, für den sie gleichsam systemgewordene "Amoralität" darstellt. Straßburger/Zimmermann sind entsprechend diesem ihrem Vorverständnis bestrebt, die DDR "nur aus ihren eigenen Bedingungen zu analysieren", um dann erst auf dieser Basis eine "kritische Bewertung" folgen zu lassen[132] - anders als D. Herrmann, der die DDR-Wirklichkeit sogleich "wertend knacken"[133] zu müssen

---

128) ebda., S. 153

129) H. Zimmermann, zu einigen innenpolitischen Aspekten der DDR-Forschung, S. 714

130) J. Straßburger/H. Zimmermann, Parteilichkeit..., S. 254

131) ebda., S. 255

132) J. Straßburger/H. Zimmermann, Auf welche Weise und in welcher Absicht? Bemerkungen zu Jean-Paul-Picaper, S. 943

133) D. Herrmann, Mit der Stange im Nebel...

meint. Allerdings führen sie nichts aus über die besonderen theoretischen Voraussetzungen solcher "systemimmanente(r) Analysen"[134]. Ähnlich wie bei anderen bürgerlichen DDR-Forschern wird eine Sphäre von Wissenschaftlichkeit schlechthin postuliert, welche nichts zu tun habe mit der Sphäre der Wertungen: Straßburger/Zimmermann fordern, letztere "nicht in die eigentliche Analyse einzubringen".[135] Demgemäß lehnen sie jegliches Prinzip von Parteilichkeit der DDR-Forschung ab.[136] Es muß aber betont werden, daß ihnen diese Ablehnung der Parteilichkeit, dieses Beharren auf dem Prinzip der Wertfreiheit der Analyse dazu dient, den bisher erreichten Fortschritt an Sachlichkeit in der DDR-Forschung zu verteidigen gegen den Versuch von D. Herrmann, sie wieder in einen "Büttel der Politik"[137] nach Art der 50er Jahre zurückzuverwandeln. Hier wiederholt sich in der DDR-Forschung, wenn auch modifiziert, die Konstellation des Werturteilsstreits zu Beginn des Jahrhunderts: auch Max Weber vertrat hier, indem er sich für strikte Trennung zwischen Analyse und Stellungnahme, zwischen Sachurteil und Werturteil und für die Unabhängigkeit der wissenschaftlichen Forschung von äußeren Ansprüchen etwa der staatlichen Politik aussprach, "gegenüber seinen konservativeren Kontrahenten (z.B. Schmoller) historisch eine fortgeschrittenere Position."[138]

---

134) J. Straßburger/H. Zimmermann, Auf welche Weise..., S. 943

135) Parteilichkeit..., S. 253 (Herv.heb.: O.C.)

136) Vgl. J. Straßburger/H. Zimmermann, Auf welche Weise..., S. 942

137) Vgl. G. Neugebauer, DDR-Forschung nur Büttel der Politik? (G. Neugebauer arbeitet wie Zimmermann und Straßburger am Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung (ZI 6) der FU Westberlin)

138) R. Sorg, Ideologietheorien, S. 69

Bereits etwas anders gewichtet und motiviert erscheint die Replik von Burrichter und Förtsch.[139] Zum einen werfen sie Herrmann vor, die DDR-Forschung auf das Niveau einer theorielosen, schlicht beschreibenden "Feind-Aufklärung"[140] herunterzubringen. Diese Kritik hat zweifellos insofern Berechtigung, als Herrmann die Bedeutung "präziser Vor-Ort-Kenntnis"[141] - womit er besonders seine eigene meint - für die wissenschaftliche Analyse hypostasiert. Sie geht jedoch insofern am Kern des Problems vorbei, als Herrmanns Ansatz ja durchaus nicht schlechterdings theorielos ist; vielmehr basiert sein sog. "heuristischer Antikommunismus" gerade auf theoretischen, nämlich totalitarismustheoretischen Voraussetzungen. Herrmann könnte also Burrichter schlicht entgegenhalten, er stehe lediglich auf demjenigen theoretischen Boden, den Burrichter selbst 1969 explizit verteidigt hat. Und in der Tat: indem Burrichter gegenüber Herrmann lediglich den Vorwurf erhebt, ihm gerate die DDR bloß "zum Objekt der Beschreibung, nicht aber zum Objekt der Forschung"[142], demonstriert er, daß ihm das Problem von Herrmanns totalitarismustheoretischen Prämissen überhaupt nicht zum Problem wird - erkennt er doch damit Herrmanns Beschreibung zumindest als Beschreibung als stichhaltig an, ohne zu bemerken, daß diese vermeintliche Beschreibung durchaus von kräftiger "Eigeninterpretation"[143] durch-

---

139) C. Burrichter/E. Förtsch, Orientierungshilfen für Detlef Herrmann.

140) ebda., S. 259

141) D. Herrmann, Vom Nutzen..., S. 373

142) C. Burrichter/E. Förtsch, Orientierungshilfen..., S. 258

143) D. Herrmann, Vom Nutzen..., S. 373

drungen ist, mithin von "Theorie" - unabhängig, auf welchem Niveau sich diese befindet. Zwar äußern Burrichter/Förtsch den Verdacht, daß die DDR-Wirklichkeit in Herrmanns Beschreibung "durch Affekte 'gebrochen' wird"[144], aber sie führen dies nur auf Herrmanns Hypostasierung des individuellen Erfahrungswissens und der damit angeblich einhergehenden Theorieabstinenz zurück; daß sich Affekte und Vorurteile nicht nur über die Person des Forschers (und beispielsweise sein direktes Wunschdenken) in der wissenschaftlichen Forschung geltend machen können, sondern auch vermittelt über ganz bestimmte theoretische Prämissen, also gewissermaßen über wissenschaftlich-sublimierte, theorie-gewordene Affekte und Vorurteile, bleibt außerhalb der kritischen Überlegungen von Burrichter und Förtsch (- wiewohl doch dieses Problem in Burrichters Aufsatz von 1969 zumindest gesehen wurde).

Der Eindruck, daß die Replik von Burrichter/Förtsch auf D. Herrmann eine nur oberflächliche Distanzierung von dessen Konzept der antikommunistischen Parteilichkeit enthält, verstärkt sich noch, wo Burrichter/Förtsch auf ihr Verhältnis als DDR-Forscher zu den "normativen Grundelemente(n) unseres Gemeinwesens" 145) zu sprechen kommen. Alles was sie in dieser Beziehung Herrmann vorzuwerfen haben, ist die "arrogante Selbstsicherheit"[146], mit der er auf jene Grundnormen pocht. Nicht bezüglich der prinzipiellen Anerkennung dieser Grundnormen besteht die Differenz, sondern bezüglich der Frage, ob man bereit und flexibel genug ist, die "Grundnormen vor dem Hintergrund historischer Veränderungen zu diskutieren (nicht sie

---

144) C. Burrichter/E. Förtsch, Orientierungshilfen..., S. 258

145) ebda.

146) ebda., S. 259

gleich auf- oder abzulösen; diesen wichtigen Unterschied vermag Herrmann offensichtlich nicht zu erkennen)".[147] So weisen denn auch Burrichter/Förtsch Herrmanns Vorwurf, ihre Entscheidung für die "westliche" Position sei verunsichert und gebrochen, weit von sich.[148] T. Ammer nimmt sie ebenfalls in diesem Punkt gegen Herrmann in Schutz: "Den Hintergrund der ... Thesen von Burrichter/Förtsch bilden mit Sicherheit nicht 'Gebrochenheit der eigenen Entscheidung für die Grundwerte des Westens und der Bundesrepublik...'"[149]. Den tatsächlichen Hintergrund haben wir weiter oben skizziert: es sind vor allem a) die neuen Momente im Verhältnis der antagonistischen Systeme (woran sich "neue Strategien"[150] knüpfen, etwa das Konzept des Brückenschlags durch wissenschaftlich-technische Kooperation) sowie b) die komplizierter gewordene Lage innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftssysteme selbst (aufgrund derer die DDR-Forschung nicht mehr umhinkommt, auch über "Probleme und Konflikte des eigenen Gesellschaftssystems"[151] zu diskutieren); und vor diesem Hintergrund erweist sich eben Herrmanns Konzeption als zu unflexibel: weder genügt sein "schlichtes Freund-Feind-Denken"[152]

---

147) ebda. (Herv.heb.: O.C.). Noch deutlicher brachten P.C. Ludz/J. Kuppe die Scheinhaftigkeit solcher selbstkritischer Offenheit auf den Begriff, indem sie einen Autor für dessen Tugend lobten, "den eigenen Standpunkt immer wieder kritisch zu analysieren, ohne ihn deshalb aufzugeben." (Literatur zum politischen und gesellschaftlichen System der DDR, S. 343)

148) Vgl. C. Burrichter/E. Förtsch, Orientierungshilfen..., S. 258

149) T. Ammer, Zu den Bemerkungen "'Verunsicherte' DDR-Forschung" von Detlef Herrmann, S. 255

150) C. Burrichter/E. Förtsch, DDR-Forschung im Systemwettstreit, S. 1037

151) ebda., S. 1040

152) C. Burrichter/E. Förtsch, Orientierungshilfen..., S. 259

als theoretische Basis zur Entwicklung zeitgemäßer, "langfristige(r) Konzeptionen"[153] der Strategie, noch stellt seine Rückkehr "zur bloßen Affirmation"[154] der kapitalistischen Gesellschaftsordnung einen gangbaren Weg dar, um deren "Grundnormen" zu verteidigen: nur wer hier eine gewisse Diskussionsbereitschaft an den Tag legt, wird die Chance haben, sich zu behaupten. Alles in allem: Burrichter und Förtsch beziehen gegenüber Herrmann weder in theoretischer Hinsicht noch bezüglich der grundsätzlichen politischen Stoßrichtung eine klar antithetische Position. Wie ihre Kritik im Theoretischen peripher bleibt, so bleibt sie im Politisch-Ideologischen nur taktisch. In Herrmanns spezieller Konzeption von antikommunistisch-parteilicher DDR-Forschung wird nach Ansicht von Burrichter/Förtsch "der wissenschaftliche Gegenstand" nicht etwa verfälscht; er wird lediglich "versimpelt".[155]

Ausführlicher als die eben untersuchte Erwiderung auf Herrmann ist die von F. Oldenburg.[156] Aber sie macht die bestehende grundsätzliche theoretisch-ideologische Verwandschaft mit Herrmanns Position - aller Abgrenzungsversuche zum Trotz - nur noch offensichtlicher. Beginnen wir bei dem von Herrmann zum Prüfstein adäquater Interpretation erhobenen Einzelbeispiel, der Frage der SED-Dokumentenentwürfe und ihres Veröffentlichungstermins. Oldenburgs Entgegnung beschränkt sich zum einen auf die Klarstellung, auch er wisse durchaus um die Demokratiefeindlichkeit der SED - Herrmann habe lediglich eine ironisch

---

153) C. Burrichter/E. Förtsch, DDR-Forschung im Systemwettstreit, S. 1039

154) C. Burrichter/E. Förtsch, Orientierungshilfen..., S. 259

155) ebda.

156) F. Oldenburg, Vom Elend der DDR-Forschung.

gemeinte Formulierung falsch aufgefaßt - zum anderen auf die Feststellung, er (Oldenburg) habe das von Herrmann angeführte Honecker-Zitat schließlich nicht kennen können, weil der Redaktionsschluß seines Artikels drei Wochen früher lag.[157] Einspruch gegen Herrmanns im Zeichen des "heuristischen Antikommunismus" stehende Interpretationstechnik dagegen erhebt er nicht, sondern setzt ihr - ironisch? - im Gegenteil noch die Spitze auf.[157a]

Und die Übereinstimmung ist nicht zufällig: sie wurzelt in der gemeinsamen politischen Grundhaltung. Sieht Herrmann im Sozialismus/Kommunismus Freiheit und Würde des Individuums "offen verhöhnt"[158], so fühlt sich Oldenburg durch die "tagtäglichen Verletzungen der Menschenwürde im sowjetdeutschen System"[159] provoziert. Herrmanns Verdikt, "Amoralität und Pathologie"[160] seien die unveränderten Qualitätsmerkmale sozialistischer Gesellschaftsform, hält Oldenburg für eine "durchaus diskutierbare Auffassung"[161].

---

157) ebda., S. 473

157a) Auf Herrmanns These von Honeckers "Furcht vor Basisdemokratie" erwidert Oldenburg: "Wie kann aber der ostdeutsche Parteichef etwas fürchten, was es doch nach Lenins und damit seinem Parteikonzept überhaupt nicht geben dürfte. Man sollte vielleicht auch die Artikulationsmöglichkeiten der Genossen an der Basis nicht überschätzen." (ebda.) Das Ganze wirkt weniger wie ein Streit über Nutzen und Verwerflichkeit des "heuristischen Antikommunismus" als eher wie ein Wetteifern um dessen besonders zielstrebigen Einsatz.

158) "Verunsicherte" DDR-Forschung, S. 28

159) Vom Elend..., S. 474

160) "Verunsicherte" DDR-Forschung..., S. 28

161) Vom Elend..., S. 473, Anm. 4

Sein Aufsatz bietet keinen Anhaltspunkt, der es verböte zu verdeutlichen: er teilt diese Auffassung. Oldenburg stimmt grundsätzlich auch mit Herrmanns Bekenntnis zum "westliche(n) System ... als dem Normalzustand einer hochindustrialisierten Gesellschaft" 162) überein; denn weder erhebt er an irgendeiner Stelle Einspruch gegen dieses Dogma, noch ist sein ubiquitärer Gebrauch des Wortes "frei" im Zusammenhang mit dem "westlichen" Gesellschaftssystem dazu angetan, Zweifel daran aufkommen zu lassen, daß seine Identifikation mit diesem System die von Herrmann geforderte Hundertprozentigkeit erreicht.

Was bleibt Oldenburg unter solchen Umständen gegenüber Herrmann vorzuwerfen? - Nun, er kritisiert, bei Herrmann würden Forschungsansatz und politische Grundhaltung, Wissenschaft und Politik, "Erkenntnis und Wertung bewußt vermischt." "So geraten normativ-emotionale Begriffe bereits in die Analyse, die doch vordringlich Information und Beobachtung bieten sollte."[163] Mit dieser Kritik jedoch macht es sich Oldenburg zu leicht. Denn Herrmann behauptet ja gerade, daß man zu adäquater "Information und Beobachtung" überhaupt nur gelangt, wenn man die DDR-Selbstdarstellungen "durch das Prisma eines skeptischen Vor-Urteils"[164], des "heuristischen Antikommunismus" bricht. Der Vorwurf der "Vermischung" von Erkenntnis und Wertung verfehlt Herrmanns Anliegen, dem es gerade darum geht, zu zeigen, daß letztere eine Bedingung ersterer sei. Zudem kann Herrmann nicht schlechterdings vorgeworfen werden, er "vermische" beides in der Weise, daß der Analyse notwendig die Gefühle

---

162) "Verunsicherte"..., S. 28

163) Vom Elend..., S. 474

164) Vom Nutzen des Antikommunismus, S. 372

durchgingen, was unweigerlich zu subjektiver Selektion der Fakten, zur "Blindheit vor den Tendenzen der Realität"[165] führe. Oldenburg versteht seine Kritik in genau diesem Sinn, wenn er meint, bei Herrmann verschwinde die "Differenz von Information und gefühlsmäßig getönter Verhaltenssteuerung".[166] Herrmann könnte hier völlig zu Recht darauf verweisen, daß sein Verständnis von Parteilichkeit durchaus nicht so platt und irrational sei wie unterstellt. Immerhin legt er doch besonderen Wert auf "präzise Vor-Ort-Kenntnis", und immerhin - was besonders wichtig ist - steht sein "antikommunistisches Vor-Urteil" im Zusammenhang mit gewissen gesellschaftstheoretischen Überlegungen, als deren Kern man die Totalitarismuskonzeption betrachten kann. (Man könnte sogar hinzufügen, daß Herrmann von dieser theoretischen Warte aus bestimmte reale Schwächen der anderen, stärker soziologisch orientierten Strömung der bürgerlichen Kommunismusforschung aufdeckt, dieser also partiell überlegen ist.[167])

Wenn also Oldenburg Herrmanns Parteilichkeitskonzeption schlicht als wissenschaftlich unstatthafte Gefühlsorientiertheit abtun will, so wird er dem Wesen dieser Konzeption mitnichten gerecht. Herrmann kann sich durchaus darauf berufen, auch bei ihm stünde "die kognitive Absicht im Vordergrund".[168]

---

165) Vom Elend..., S. 474

166) ebda., (Herv.heb.: O.C.)

167) So etwa, wenn er sich gegen das einfache Überstülpen "westlicher" soziologischer Kategorien über die DDR-Wirklichkeit wendet (vgl. D. Herrmann, Mit der Stange im Nebel). Nicht anders hatte C. Burrichter 1969 argumentiert (s.o.).

168) F. Oldenburg, Vom Elend..., S. 475

Und was noch entscheidender ist: Oldenburgs eigener Ansatz kann - umgekehrt - nicht ernstlich beanspruchen, jener Parteilichkeit enthoben zu sein, wie sie bei Herrmann offen vorliegt. Denn auch Oldenburg kann die von ihm zum Kriterium der Unparteilichkeit erhobene Trennung von Erkenntnis und Wertung nicht durchhalten. Auch bei ihm "geraten normativ-emotionale Begriffe ... in die Analyse".[169] Oldenburg räumt dies im Grunde selbst ein; zwar betont er gegenüber Herrmann immer wieder den Aspekt, daß man auf der Ebene der Aneigung der empirischen "Daten" nur durch "leidenschaftslose Forschung"[170] zu einem unverzerrten Bild gelange, doch weiß er auch, daß die Analyse sich nicht in unvermittelter Empirie erschöpfen kann, sondern auch verallgemeinernde Interpretation einschließt. "Hier", meint nur Oldenburg, "wird man ohne Intuition nicht auskommen, die allerdings besonders die eigenen traumatischen Erfahrungen aufarbeiten muß."[171] Was Oldenburg Intuition nennt, das nennt Herrmann Eigeninterpretation. Es deutet absolut nichts darauf hin, daß Oldenburgs Interpretation ihre Prämissen, Leitvorstellungen und Maßstäbe etwa aus einer anderen Quelle bezöge als eben seiner politischen Grundhaltung, die, wie festgestellt, dieselbe ist wie bei Herrmann. Es deutet mithin nichts darauf hin, daß Oldenburgs DDR-Forschung nicht auf demselben antikommunistischen "Vor-Urteil" basiert. Und Oldenburg wird auch schwerlich den Nachweis führen können, er habe die eigenen Traumata besser aufgearbeitet als Herrmann - er, der sich vor der "Macht der Waffen des kommunistischen Lagers" "zutiefst fürchtet".[172]

Oldenburgs Versuch, sich von Herrmanns Konzept der Parteilichkeit abzusetzen, scheitert, weil der Ver-

---

169) ebda., S. 474
170) ebda.
171) ebda., S. 475
172) ebda., S. 473

such, "Informationen und Werturteile ... ersichtlich zu trennen"[173], scheitern muß. Nicht daß diese Unterscheidung gänzlich irreal wäre; aber sie ist eben relativ.[174] Selbst die "Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1972" stellen dies, zumindest für ihr spezielles Thema, fest: "eine strikte Trennung von Wertung und Beschreibung (ist) bei der Darstellung und Interpretation des positiven Rechts nicht möglich. Dies liegt am Charakter des Rechts selbst, dessen Normen wertbezogen sind..."[175] Was jedoch hier die "Materialien" für ein Spezifikum des Rechts als eines Teilbereichs der gesellschaftlichen Beziehungen ausgeben, das gilt durchaus für die übrigen Sphären der sozialen Wirklichkeit auch: auch sie sind "wertbezogen", manifestiert sich in ihnen doch immer

---

173) ebda., S. 473

174) "Ohne Zweifel gibt es zwischen Urteilen über Fakten und Werturteilen einen bestimmten Unterschied, wenn vorausgesetzt wird, daß der Akzent in ersteren auf die Feststellung der Tatsachen der Wirklichkeit gelegt wird, in letzteren jedoch auf die Bewertung dieser Tatsachen oder auf die Einstellung, die das erkennende Subjekt ihnen gegenüber bezieht. In dieser Hinsicht trägt die Abgrenzung beider voneinander zum besseren Verständnis des Ganges der soziologischen Untersuchung bei und vermag zu verhindern, daß die konkrete Untersuchung der Realität durch subjektive Bewertungen, das Wirkliche durch das Erwünschte usw. ersetzt wird. Außer Zweifel steht jedoch auch, daß man zwischen diesen Urteilen keine unüberbrückbare Kluft aufreißen darf, daß man sie nicht als unvereinbare Gegensätze ansehen darf." (L.N. Moskwitschew, "Entideologisierung" - Illusion und Wirklichkeit, S. 119) - Auch etwa W. Hofmanns Aufsatz "Vom Werturteil in der Gesellschaftslehre" zielt auf den Zusammenhang und die Übergänge zwischen Werturteilen und Sachurteilen: "Wertmeinungen entstehen nicht unabhängig von Sacheinsichten; sie sind von ihnen deriviert." (S. 74) Ähnlich auch, wenngleich von einer anderen wissenschaftstheoretischen Position her, C.J. Friedrich: "Die politische Wissenschaft kann sich der wissenschaftlichen Bemühung um die Wertungen... nicht entziehen ... Werturteile ergeben sich aus den Seinsurteilen, die in dieser Wissenschaft zu fällen sind." (Die politische Wissenschaft, S. 12).

175) Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1972, S. 18

auch ein bestimmter politischer und gesellschaftlicher Wille. Gerade dies betonen bürgerliche DDR-Forscher - freilich in anderem Zusammenhang, nicht wenn es um die Frage der "Wertfreiheit" geht - durchaus mit Nachdruck: Sei es, daß die DDR als "eine ausgesprochen politisch verfaßte Gesellschaft"[176] bezeichnet wird, sei es, daß gesagt wird: "Die einzelnen Subsysteme der DDR-Gesellschaft sind funktional nicht allein und isoliert auf die höchstmögliche Effektivität des Systems zugeordnet, sondern auch auf angebbare ideologische Zielstellungen..."[177] Es liessen sich zahllose derartige Äußerungen anführen, die alle zeigten, daß Herrmann mit seiner Kernaussage, wonach das "Ideologische" nicht Beiwerk, sondern real "in Institutionen und zwischenmenschlichen Beziehungen geronnen und bestimmend geworden"[178] sei, ganz und gar nicht allein steht. Erst vor Herrmanns hieraus an sich sehr konsequent gezogenem Schluß, daß die DDR-Forschung eine solche objektiv "werthafte" gesellschaftliche Realität gar nicht anders als selbst wiederum wertend analysieren kann - Herrmann: "Um eine prinzipielle Stellungnahme ... kommt man dabei nicht herum"[179] - , erst vor dieser Schlußfolgerung schreckt die Mehrzahl der DDR-Forscher zurück, bedacht auf die Erhaltung des Nimbus der Wertfreiheit. "Der Forschungsprozeß selbst ... hat so weit wie möglich nach den Regeln des kritischen Rationalismus zu erfolgen"[180], schreibt Oldenburg und meint, damit wären weltanschauliche Werturteile

---

176) H. Weber, Die DDR-Forschung nach dem Grundvertrag, S. 18

177) C. Burrichter, Fragen zu einer soziologischen Theorie..., S. 710

178) D. Herrmann, Mit der Stange im Nebel

179) ebda,

180) F. Oldenburg, Vom Elend der DDR-Forschung, S.475

auch schon aus der Forschung eliminiert. Bereits die Formulierung "so weit wie möglich" aber verrät etwas von der inneren Widersprüchlichkeit des Konzepts - einmal ganz abgesehen, wie sich hier der "kritische Rationalismus" sozusagen eigenmächtig für identisch erklärt mit Wissenschaftlichkeit schlechthin.[181] Dieses "so weit wie möglich" markiert die Grauzone, in der die uneingestandene Parteilichkeit letztlich doch zum Zuge kommt. Daran ändert das Bekenntnis zum Prinzip der "leidenschaftslose(n) Forschung"[182] nichts. Die - oben dargelegte - objektive "Wertbezogenheit" der zu untersuchenden gesellschaftlichen Realität, die von den bürgerlichen Forschern bemerkenswerterweise als solche durchaus gesehen wird, bedeutet für das erkennende Subjekt unweigerlich eine "Herausforderung" (Burrichter) dieser oder jener Art, auf die es ebenso unweigerlich wertend reagiert, und zwar angefangen von der Festlegung des Problems über die Formulierung der Begriffe bis hin zu wesentlichen verallgemeinerten Aussagen. Gerade bei letzteren wird diese nicht zu eliminierende Werthaftigkeit resp. Parteilichkeit besonders greifbar: "Verallgemeinernde Formulierungen (über die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung, ihre Tendenzen, Probleme, die sich für die Klassen und für die Menschheit insgesamt ergeben) sind überhaupt unmöglich, ohne daß das Subjekt eine wertende Einstellung zu ihnen bezieht."[183] Oder anders gesagt: "Wenn jemand auf dieser Stufe

---

181) Vgl. dazu M.v. Brentano, Wissenschaftspluralismus. Zur Funktion, Genese und Kritik eines Kampfbegriffs

182) F. Oldenburg, Vom Elend..., S. 474

183) L.N. Moskwitschew, "Entideologisierung" - Illusion und Wirklichkeit, S. 120 (Herv.heb.: O.C.). P.C. Ludz plädiert zwar auch für ein striktes Auseinanderhalten von vermeintlich wertfreier politik- und sozialwissenschaftlicher Analyse einerseits und Philosophie ("weltanschaulichen Hintergrundkonzeptionen") andererseits. Aber er muß die Philosophie dann doch zu ihrem Recht kommen lassen, nämlich "wenn es sich um globale

(Forts. nächste Seite.)

der Forschung bestimmten Werturteilen ausweichen will, so führt das dazu, daß andere Werturteile an ihre Stelle treten."[184] Dieser von marxistischer Seite vertretenen Auffassung kommt, wie wir sahen, Burrichter in seinem Aufsatz von 1969 sehr nahe, wo er feststellt, daß sich das erkennende Subjekt "nur scheinbar dem Spannungsfeld zwischen Subjekt und Objekt und seiner Einwirkungen auf das erkennende Subjekt" entziehen könne.[185] Und in einer ihrer jüngsten Veröffentlichungen rühren Burrichter u.a. sogar explizit an das Tabu der Parteilichkeit, indem sie eine Passage von N. Lobkowitz wiedergeben - wobei aus dem Gesamtzusammenhang, in welchem das Zitat bei ihnen steht, eindeutig hervorgeht, daß sie seinem Inhalt eher noch dezidierter zustimmen, als er bei Lobkowitz formuliert ist: "Westliche Gelehrte halten die Vorstellung von der Parteilichkeit in der Philosophie (aber auch in den übrigen Wissenschaften, d. Verf.) gewöhnlich für falsch; der marxistisch-leninistischen Konzeption von einer politisch engagierten Wissenschaft stellt man eine Wissenschaft entgegen, die die Wahrheit sucht und nur die Wahrheit und in keiner Weise an ein politisches Glaubensbekenntnis oder eine politische Bewegung gebunden ist. Westliche Gelehrte machen sich nur äußerst selten klar, wie fragwürdig ihre Position ist und wie schwierig es ist, sie gegen die kommunistische Anschuldigung zu verteidigen, daß nämlich diese angeblich losgelöste Objektivität nur eine eigenartige und besonders

---

Forts. Anm. 183

und/oder allgemein vergleichende Deutungen geistiger und politischer Situationen, unterschiedlicher Herrschaftssysteme usw. handelt..." (Parteielite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung, S. 17, 18). Solches aber sind gerade die wesentlichen, letztendlich entscheidenden Fragestellungen.

184) L.N. Moskwitschew, "Entideologisierung"..., S. 118

185) C. Burrichter, Fragen zu einer soziologischen Theorie..., S. 700

eigensinnige Form der bürgerlichen Parteilichkeit ist." 186) Dem ist nichts hinzuzufügen, handelt es sich doch im Grunde um die Quintessenz dessen, was hier dargelegt werden sollte.[187]

Der einzige wesentliche Unterschied zwischen den ideologisch-theoretischen Standpunkten eines - die Mehrzahl der DDR-Forscher repräsentierenden - F. Oldenburg und eines - relativ exponiert dastehenden - D. Herrmann liegt folglich in Verdecktheit bzw. Offenheit der Parteilichkeit. Herrmanns Standpunkt der kompromißlosen Offenheit erklärt sich dabei wohl nicht zuletzt aus der Eigentümlichkeit seines persönlichen Werdegangs: Aufgewachsen inmitten des offen-parteilichen Wissenschaftsverständnisses des Marxismus in der DDR, erscheint ihm nach seiner völligen politischen Kehrtwendung und Übersiedlung eine ebenso offene antikommunistische Parteilichkeit als das Selbstverständlichste und Konsequenteste. F. Oldenburg erklärt jedoch, solche Parteilichkeit habe "in der Wissenschaft einer freien Gesellschaft nichts

---

186) Zit. nach C. Burrichter/E. Förtsch/H.-J. Müller, Die wissenschaftlich-technische Revolution..., S. 518f. (Herv.heb.: O.C.); die Einfügung in Klammern stammt wohlgemerkt von Burrichter et al.

187) Die wissenschaftstheoretische Verdrängung des Wert- bzw. Parteilichkeitsproblems läßt immer wieder auch ausdrückliche Distanzierungen vom Antikommunismus zu unverbindlichen Beteuerungen geraten. So z.B. sehr deutlich bei K. Westen: "...Derartiges hat mit Wissenschaft nichts zu tun, wie auch ein vorgefaßter - wie auch immer ideologisch begründeter - Antikommunismus keine Basis für eine wissenschaftliche Arbeit... bilden kann. Der Wissenschaftler hat, welcher Motive er sich auch immer bedienen mag, von - wie auch immer gearteten - Fakten auszugehen..." (K. Westen, Methodische Vorfragen der Ostrechtsforschung, in: Macht und Recht im kommunistischen Herrschaftssystem, Köln 1965, S. 307f.). Westen fragt nicht: Was sind "Fakten"? Wie wählt der Wissenschaftler den Ausschnitt aus den Fakten? Was macht er mit den Fakten? usw.

zu suchen".[188] Auf die "brisante Konzeption" eines D. Herrmann könne man umsomehr verzichten, als der gewünschten politischen Tendenz in der DDR-Forschung allemal auch auf weniger vordergründige Art zum Ziel verholfen werden könne: "Angesichts der Fakten, wenn man diese seriös erforschen, strukturieren und durch die Öffentlichkeit zur Kenntnis nehmen würde, sind Euphorien (im Sinne eines "zu positiven" Abschneidens der DDR, O.C.) schon von selbst ausgeschlossen."[189]

Aus der Analyse der Debatte zwischen D. Herrmann und denjenigen DDR-Forschern, die gegenüber dessen Auffassung von der notwendigen Parteilichkeit des Forschungsprozesses auf einer "angeblich losgelösten Objektivität" (Lobkowitz) beharren möchten, geht hervor, daß Herrmann diesen letzteren im Grunde nur den Spiegel vorgehalten hat. Indem er den inneren Zusammenhang von parteilicher Grundhaltung und wissenschaftlicher Interpretation des Gegenstandes expliziert, bringt er den parteilichen Mechanismus in der herrschenden DDR-Forschung überhaupt auf den Begriff. Natürlich bleibt es den weiteren, auf der Ebene

---

188) F. Oldenburg, Vom Elend..., S. 474

189) ebda.; auch etwa für S. Köhler steht bereits vor aller rein "sachlicher Forschung" fest: "... die Wahrheit (ist) immer unangenehm und hart, besonders für den Wissenschaftler, der sich um die Wirklichkeit in der DDR bemüht." (Einige Gedanken zur Diskussion über die 'Verunsicherte DDR-Forschung', S. 476). Daß in der Form der "Wertfreiheit" durchaus alles gesagt werden kann, was gesagt werden soll, deutet auch J. Kellermeier in einer Besprechung der "Materialien" 1971 an: Die "Wertung bleibt dem Leser überlassen, und der hat es dabei nicht besonders schwer". Kellermeier bezeichnet eine solche Darstellungsweise sinnig als eine "sozusagen ideologiefreie". (J. Kellermeier, Die Lage der Nation, S. 116) G. Wettig empfiehlt "Verzicht auf konfrontative Polemik, nicht aber auf zwar fein differenzierte, aber zugleich klar entwickelte Wertungen" (Freiheit oder Unfreiheit im Äther, S. 22).

der Gesellschaftskonzeptionen (Kapitel 5 und 6) wie konkreter DDR-Darstellungen (Kapitel 7) durchzuführenden Analysen vorbehalten, diesen hier zunächst einmal auf der erkenntnis- und wissenschaftstheoretischen Ebene gewonnenen Eindruck zu bekräftigen oder zu modifizieren. So wird dann die Frage beantwortet werden können, ob es nur Forscher wie D. Herrmann sind, die der Gefahr unterliegen, "statt zu einer Erklärung der Phänomene zu einer Position des trotzigen alles schon Vorher-Wissens zu gelangen."[190]

Bemerkenswert ist, daß Herrmann zumindest von einem der an der Diskussion Beteiligten uneingeschränkte Unterstützung erhalten hat. Es handelt sich um J.-P. Picaper.[191] Er möchte, wie Herrmann, der DDR-Forschung ausdrücklich "den Westen" als "existenziellen Rahmen" und "realen Grundwert" schlechthin vorschreiben.[192] Wer differenzierter operiert, dem bescheinigt Picaper sogleich "Identitätsverlust", um nicht zu sagen eine kollaborateurhafte "Verbeugung vor den Werten des anderen Systems".[193] Der Einschwörung der DDR-Forschung auf eine solche irrationale Lagermentalität wird, nicht anders als bei Herrmann, durch nicht weniger irrationale Definitionen dessen, was als "normal" zu gelten habe, untermauert: "nicht die Veränderung, sondern die Kontinuität (der Institutionen, der Bräuche, der Persönlichkeit) (ist) das primäre Zivilisationsmerkmal"; allein eine Bundesrepublik, wie sie ist und bleibt, gilt Picaper als "rational normaler Zustand".[194] Nur als Kuriosum am Rande sei

---

190) F. Oldenburg, Vom Elend..., S. 475

191) J.-P. Picaper, Pluralisierung in der DDR-Forschung. Oder die Furcht vor dem Kronzeugen.

192) ebda., S. 590

193) ebda., S. 589

194) ebda., S. 590

vermerkt, daß sich Picaper mit diesen seinen Setzungen entschieden fern von aller Ideologie wähnt; dieser Makel haftet nur jenen an, die "nicht die existierende Bundesrepublik, sondern eine bessere Gesellschaft (eine Art strukturiertes Paradies)"[195] wollen. Auf der Basis seines militanten Konformismus zieht Picaper nun gegen alle Erscheinungen in der DDR-Forschung zu Felde, in denen er irgendwelche "Wertvorstellungen der SED"[196] wittert.

So wirft er den der SED wahrhaftig nicht nahestehenden Straßburger/Zimmermann vor, "ständig zumindest Denkstrukturen, Sprachgewohnheiten und langfristige Zielsetzungen des SED-Systems"[197] zu transportieren, und das in einem Zusammenhang, in dem es noch nicht einmal direkt um die Frage der wissenschaftlichen Bestimmung und Erforschung der DDR geht, sondern um das politische Selbstverständnis von Straßburger/Zimmermann als Bundesbürger (bzw. Bürger Westberlins). Diese allgemeinpolitische Denzunziation[198] reicht für Picaper aus, um auch Straßburgers und Zimmermanns DDR-Forschungs-Ansatz, ohne diesen direkt darzustellen und zu diskutieren, auf Verdacht als inadäquat abzutun. Picaper interessiert sich nur dafür, ob die DDR-Forschung auch wirklich den ideologischen Output erzielt, den er - angesichts des "Defizit(s) an Orientierungswerten in vielen Bereichen unserer Kultur und besonders in der politischen Bildung"[199] - ihr als Aufgabe vorschreibt. Das Problem, welcher Theorien

---

195) ebda., S. 588; "Instrumentalisierung der Wissenschaft im Dienste einer Ideologie" (S. 589) lautet Picapers Vorwurf gegen Straßburger/Zimmermann, den auf sich selbst anzuwenden ihm völlig fern liegt.

196) ebda., S. 589

197) ebda.

198) Vgl. die Replik von Straßburger/Zimmermann, Auf welche Weise und in welcher Absicht?, S. 942

199) J.-P. Picaper, Schritt zur Realität, Neue Fragen für De-de-Errologen.

und Methoden es in der DDR-Forschung bedarf, um dem Erkenntnisgegenstand wissenschaftlich gerecht zu werden, kümmert ihn nicht. "Übertrieben rigorose, ... entmenschlichte wissenschaftliche Ansprüche"[200] sind nicht sein Fall. Hauptsache ist, die DDR-Forschung hält sich weiterhin und verstärkt an die Methode, beherzt "die DDR mit westlichen Werten zu konfrontieren".[201] Andernfalls würden "die Konturen politischer Systeme in Ost und West derartig verwischt, daß sie weder nach Fisch noch nach Fleisch schmecken" und in der öffentlichen politischen Meinung der Bundesrepublik wüßte am Ende keiner mehr, "wo des Pudels Kern" sei.[202] Mit diesen Andeutungen kann Picaper im Grunde nur meinen, daß die DDR-Forschung sich weiterhin wesentlich an das Raster der totalitarismustheoretischen Kategorien halten möge. Einmal mehr begegnet uns hier also ein Plädoyer für das Totalitarismuskonzept, welches sich als solches unmittelbar nicht zu erkennen gibt, sich nicht auf der Ebene der Diskussion stellt, wo sie angemessen und notwendig wäre, nämlich auf der dezidierter Gesellschaftstheorien, sondern sich als Ausfluß des ("westlichen") common sense schlechthin präsentiert.

Für unseren Zusammenhang - Problem Parteilichkeit/Wertfreiheit - ist es besonders bemerkenswert, daß Picaper dieses sein Konzept von DDR-Forschung eingestandenermaßen nicht umstandslos mit dem Grundsatz der wissenschaftlichen Wertfreiheit zu vermitteln vermag, erklärt er doch, man solle es gewissermaßen nicht übertreiben mit diesem Grundsatz: "Selbstverständlich dürfen wir nicht die sowohl auf Max Weber als auch auf den Positivismus zurückführende Tradition der 'wertfreien Wissenschaft' leicht-

---

200) J.-P. Picaper, Pluralisierung..., S. 590

201) ebda.

202) J.-P. Picaper, Schritt zur Realität...

sinnig über Bord werfen. Dennoch sollten die Gefahren der Verabsolutierung der positivistischen Methode nicht verkannt werden. Für gewissenhafte Idealisten und gründliche Arbeiter ... birgt sie die Versuchung der Selbstverleugnung, der Selbstkasteiung durch das Arbeitsethos. Unbemerkt entsteht die Verbeugung vor den Werten des anderen Systems als geliebter Forschungsgegenstand."[203] Offenbar hat also Picaper die reale Befürchtung, daß der DDR-Forscher durch (allzu?) gewissenhafte und gründliche Beschäftigung mit dem Gegenstand die feste Überzeugung verlieren könnte, daß er doch strikt gegen diesen sein muß. Gegen diese Gefahr weiß Picaper immer wieder aufs neue nur die Anti-Werte des "Westens" zu mobilisieren. Diese Werte gilt es, mag die gewissenhafte und gründliche Forschung erbringen, was sie wolle, dem Gegenstand "entgegenzusetzen".[204] Das heißt: Die Bewertung, sprich die Negativbewertung der DDR muß feststehen vor aller konkreten Untersuchung; die Werturteile des DDR-Forschers müssen jeglicher Wechselwirkung mit sich ergebenden konkreten Sacheinsichten, jeglicher "Kommunikation mit der Wirklichkeit"[205] - welcher sie doch letztlich, und nirgendwoandersher, entspringen - enthoben bleiben, mithin als strikte Axiome gehandhabt werden. Umgekehrt "verbietet" Picapers Konzeption a priori die Möglichkeit, daß Werte und Sinngehalte des Gegenstands, also der DDR-Gesellschaft, in der konkreten Analyse ihres gesellschaftlichen Kontextes so etwas wie ihre reale Plausibilität erweisen. Picapers Konzept, so muß man folgern, ist das einer rigiden, immunisierten Parteilichkeit, welche es nötigenfalls mit dem Prinzip

---

203) J.-P. Picaper, Pluralisierung..., S. 589

204) ebda.

205) Vgl. W. Hofmann, Vom Werturteil in der Gesellschaftslehre, S. 75

"Umso schlimmer für die Tatsachen" hält.[206] Einer Parteilichkeit, welche ihre Berechtigung letztlich nicht aus wissenschaftlicher Fundierung, sondern tautologisch aus sich selbst zieht.[207] In dieser beziehungslosen Gegenüberstellung von Wertung einerseits und Wissenschaft andererseits ist Picapers Parteilichkeitskonzeption freilich nur die Konsequenz positivistischen Denkens, indem etwa F. Oldenburg schreibt, in der DDR-Forschung seien "Werturteile zweifellos bedeutsam, doch haben sie selbst mit Wissenschaft nicht das geringste zu tun"[208], deklariert er damit die Werturteile - zuvörderst seine eigenen - in derselben Weise für unantastbar und wissenschaftlicher Reflexion und Kritik unzugänglich wie Picaper. Der doppelte Effekt der positivistischen Trennung von Wertung und Wissenschaft läßt sich folglich so formulieren: erstens läßt sie die Forschung schlechthin unparteilich erscheinen, zweitens schottet sie die damit als Oberflächenphänomene erscheinende Parteilichkeit noch zusätzlich gegen wissenschaftliche Kritik ab.

Somit schließt sich auch mit Picapers Beitrag der Kreis der bürgerlichen DDR-Forscher-Debatte zum Parteilichkeitsproblem, wie sie D. Herrmann mit seinem Loblied auf den "Nutzen des Antikommunismus" provoziert hatte. Denn ob-

---

206) Vgl. hier konkret z.B. Herrmanns Schelte gegenüber H. Weber, weil dieser die Unbefangenheit besaß, anhand der DDR zu zu konstatieren, "daß in einer hochindustrialisierten Gesellschaft auch andere als kapitalistische Wirtschaftsformen möglich und erfolgreich" sein können (D. Herrmann, Mit der Stange im Nebel).

207) Die Forderung nach Wissenschaftlichkeit betrachtet Picaper pejorativ als "Verunsicherungsmechanismus 'Wissenschaftlichkeit'" (Pluralisierung..., S. 590).

208) F. Oldenburg, Vom Elend..., S. 475

wohl sich Picapers Beitrag im Gegensatz etwa zu dem Oldenburgs als klare Unterstützung von Herrmann versteht, sind sich beide, Picaper und Oldenburg, im Endeffekt dennoch einig. Denn Picapers Plädoyer für die "westliche" Grundentscheidung und Oldenburgs Forderung nach wissenschaftlicher Sauberkeit in der DDR-Forschung schließen sich nicht nur nicht aus, sondern treffen sich in der gemeinsamen Anerkennung des doppelten Postulats von der Wertfreiheit der Wissenschaft und der Außerwissenschaftlichkeit der Werte. Dabei ist es unerheblich, daß Oldenburg - gegen Herrmann zielend - eben mehr auf den Aspekt der wertfreien Forschung und Picaper - Herrmann unterstützend - mehr auf den Aspekt der "westlichen" Wertentscheidung abhebt, oder anders gesagt, daß der erstere eher die Wissenschaftlichkeit von der Parteilichkeit losreißt, der letztere die Parteilichkeit von der Wissenschaftlichkeit. Beide Male überlassen sie damit ihre vorgegebene Parteilichkeit einem unkontrollierten Eigenleben. Oldenburg und Picaper haben schließlich auch das gemein, daß sie beide die postulierte Trennung von Wertung und Wissenschaft nicht konsequent durchhalten können: Oldenburg kommt - "bedauerlicherweise" - ohne "Intuition" u.ä. nicht aus, Picaper möchte die Praxis der wertfreien Wissenschaft nicht verabsolutiert wissen. 209) Gegenüber derartigen Vagheiten muß man der Konzeption von D. Herrmann immerhin zugestehen, daß sie die größere innere Konsequenz für sich hat; seine Parteilichkeit gelangt nicht nachträglich durch die Hintertür, sondern von vornherein durch das Hauptportal in die Forschung (um nochmals an dem von R. Sorg gebrauchten Bild anzuknüpfen). Damit ist aber wohlgemerkt die entscheidende Frage nicht beantwortet - und sie erhebt sich

---

208) Vom Elend..., ebda.; Pluralisierung..., S. 589

gegenüber Herrmanns offener Parteilichkeit letztlich nicht anders als z.B. gegenüber Oldenburgs oder Burrichters implizierter Parteilichkeit: wie vermittelt sich solche Parteilichkeit mit den Anforderungen von Wissenschaft? Oder anders gefragt: inwieweit ist solche Parteilichkeit in sich selbst wissenschaftlich, sind in sie wissenschaftliche Prinzipien eingegangen? - Wir wollen einer Beantwortung dieser Frage dadurch näherkommen, daß wir zunächst einmal allgemein skizzieren, was wir unter "Parteilichkeit" verstehen, d.h. wie sie u.E. strukturiert ist und wie sie im Erkenntnisprozeß funktioniert.

4. Parteilichkeit und Stufen des Bewußtseins

Wir können ausgehen von der Feststellung v. Bredows - welche Burrichter und Förtsch ihrerseits unterstreichen -, "daß die ... wissenschaftliche Arbeit (der DDR-Forschung, O.C.) Bestandteil der umfassenden Auseinandersetzung der Systeme in Ost und West ist".[210] An dieser objektiven Polarisierung der Welt macht nun Burrichter - im Prinzip nicht anders als der Marxismus auch - zwei Grundmöglichkeiten des "Engagements", der "Ausgangsentscheidung des Wissenschaftlers" fest.[211] Oldenburg spricht in diesem Zusammenhang von "politische(r) Grundhaltung" 212), was im Grunde der marxistischen Kategorie der Parteilichkeit schon recht nahe kommt. Wenn hier von der Polarität zweier parteilicher Grundpositionen gesprochen wird, so soll das nicht heißen, daß diese in der realen wissenschaftlichen Szenerie stets in reiner Form auftreten und nicht auch in vielfältigen Mischformen und Mo-

---

210) W.v. Bredow, Abgrenzung und Entspannung, S. 255

211) C. Burrichter, Fragen zu einer soziologischen Theorie..., S. 704, 701

212) F. Oldenburg, Vom Elend..., S. 474 (Herv.heb.: O.C.)

difikationen.[213]

Mit der Feststellung, daß sich aus der Tatsache der Systemauseinandersetzung zwischen Ost und West eine grundsätzliche Wertalternative für den DDR- bzw. Kommunismusforscher ergibt, ist freilich noch nichts über das inhaltliche Wesen dieses Entweder-Oder ausgesagt. J. Straßburger und H. Zimmermann haben treffend zu verstehen gegeben, daß es "den Westen" schlechthin nicht gibt. In solcher Abstraktheit und Unbestimmtheit verharrt auch noch H. Lades, wenn er schreibt: "Sowjetologie und Kommunismusforschung vollziehen sich nicht im luftleeren Raum, sondern gehen von der Basis westlicher Gesellschaften aus."[214] Ob von "dem Westen" oder von "der westlichen Gesellschaft" die Rede ist - in jedem Fall wird auf eine Entität gepocht, über deren Bedeutungsinhalt angeblich Einigkeit besteht. Die eigene Gesellschaftsordnung wird nicht konkret aus sich selbst heraus definiert, sondern indirekt und äußerlich als Gegenstück zur Gegenseite.[215] Diese suggestive Definierung des eigenen "Lagers", diese Konstruktion der Frontlinie ist selbst nichts anderes als das Produkt einer Parteilichkeit, deren Standort sich durchaus konkreter als nur mit der Himmelsrichtung "West" angeben läßt: Interessiert an

---

213) "Ein und dasselbe Subjekt der Parteilichkeit kann in sich beide ... Formen der Parteilichkeit vereinigen..." (P.W. Alexejew/A.J. Iljin, Das Prinzip der Parteilichkeit, S. 53).

214) H. Lades, Prag und das Problem des Wandels kommunistischer Regime, S. 114

215) Schon 1961 kritisierte Ludz die Orientierung der Totalitarismuskonzeption "an bloßen Gegenbegriffen". "Das beliebteste Gegensatz-Paar ist das von Freiheit und Unfreiheit - ein Gegensatz-Paar, das ein Selbstverständnis des Westens aus der bloßen Negation des anderen Systems heraus virtuell bereits in sich trägt" (P.C. Ludz, Totalitarismus oder Totalität?, S. 133)

einer solchen "Hinausverlegung des fundamentalen Konflikts aus der eigenen Gesellschaft in den Außenraum" 216), wie W. Hofmann diesen Mechanismus bezeichnet hat, ist die herrschende, auf Beharrung der Verhältnisse dringende Seite dieses innergesellschaftlichen Konflikts, läßt sich doch dadurch der Konflikt bannen und in eine Art Burgfrieden verwandeln, wie umgekehrt die "soziale Bewegung des eigenen Landes ... im Brechspiegel der Agenten-Theorie" dargestellt werden kann: "Der landfremde Gegner sucht Zwietracht im Inneren der Gesellschaft zu säen."[217]

Eine treffende konkrete Bestätigung, wie sich hinter der Abstraktion des "Westens" eine sehr konkrete Parteilichkeit verbirgt, wie sich eine handfeste sozialpolitische Position ineinszusetzen sucht mit dem "existentiellen Rahmen" des "Westens", innerhalb dessen sie doch selbst nur die eine Partei ist - eine solche Konkretisierung stellen die Ausführungen von J.-P. Picaper dar. Er zieht gegen Straßburger/Zimmermann vehement zu Felde, allein weil diese die bundesdeutsche Verfassungswirklichkeit im Lichte der demokratischen Verfassungsnormen als veränderungswürdig betrachten, und erhebt gegen solches Engagement auch sogleich den Vorwurf, gemeinsame Sache mit dem Feind zu machen, "langfristige Zielsetzungen des SED-Systems" einzuschleppen.[218] Damit weist er sich freilich bloß selbst als bedingungsloser Verteidiger des innergesellschaftlichen Status quo samt dessen Nutznießern aus. Wir können daher die Parteilichkeit von Picaper, der hier nur exemplarisch steht, als bürgerliche Parteilichkeit qualifizieren.

---

216) W. Hofmann, Zur Soziologie des Antikommunismus, S. 152

217) ebda., S. 153, 152f.

218) J.-P. Picaper, Pluralisierung..., S. 589

Dies hat nichts mit einer moralischen und pejorativen Bewertung zu tun, sondern ergibt sich aus W. Hofmanns wertsoziologischer Überlegung: "Eine kritisch vorgehende Wertsoziologie wird sich ... vor der Notwendigkeit sehen, jeweils bestehende Wertungen nicht in ihrer fertigen Verallgemeinerung, mit der sie in der Regel auch an Substanz, an bestimmbarem Inhalt verlieren (vgl. "der Westen", O.C.) zu betrachten, sondern, indem sie deren eigentlichen Aussagegehalt wieder erschließt, sie zugleich den sozialen Gruppen zuzuweisen, deren Verhältnissen sie am nächsten kommen." [219] Übrigens akzeptieren viele bürgerliche Wissenschaftler selber den Terminus "bürgerlich" zur Kennzeichnung ihres geistigen Standorts.[220]

Halten wir fest: die Polarisierung der parteilichen Grundpositionen ist nicht erst Ausfluß der "intergesellschaftlichen Konfliktsituation zwischen beiden Systemen" 221), sondern entspringt bereits dem innergesellschaftlichen Interessengegensatz. Dieser bildet überhaupt logisch und historisch den Ausgangspunkt. Der Widerstreit der politisch-sozialen Grundpositionen, der

---

219) W. Hofmann, Vom Werturteil in der Gesellschaftslehre, S. 77f. (Herv.heb.: O.C.)

220) Etwa E. Nolte, Über das Verhältnis von "bürgerlicher" und "marxistischer" Geschichtswissenschaft; im Text dieses Aufsatzes selbst verzichtet Nolte auf die Anführungszeichen. Bürgerliche Wissenschaft zeichnet sich, wie Nolte etwas umständlich aber doch eindeutig erklärt, dadurch aus, daß sie "die Gesellschaft, in der sie lebt, stets von neuem, wenn auch nicht auf absolute Weise, in Frage stellt und doch auch gerade dadurch versteht und insoweit rechtfertigt." (ebda., S. 19) Max Weber hat einmal erklärt: "Ich bin ein Mitglied der bürgerlichen Klassen, fühle mich als solches und bin erzogen in ihren Anschauungen und Idealen." (Zit. nach R. Sorg, Ideologietheorien, S. 76)

221) C. Burrichter, Fragen zu einer soziologischen Theorie..., S. 701

sich zunächst hieran festmacht, verdoppelt sich und erscheint nun ebenfalls festgemacht am Gegensatz zweier Gesellschaftstypen. Die wechselseitige Verknüpfung beider Austragsebenen des politisch-sozialen Gegensatzes deutet C. Burrichter mit der Bemerkung an, daß sich der DDR-Forscher durch die Reflexion und öffentliche Artikulation von gesellschaftspolitischen Erfahrungen der DDR unter bestimmten Umständen "leicht auch in einen intragesellschaftlichen Konflikt - also zur eigenen Gesellschaft - verstricken kann."[222] Das heißt also, daß sich an die DDR-Betrachtung einander widerstreitende innergesellschaftliche Interessen heften. Diese Interessen existieren auch unabhängig von der Tatsache, daß es die DDR gibt. Und eben aus diesem Grunde ist auch die systemkritische, antibürgerliche Parteilichkeit ihrem Wesen nach nicht geistige Form einer "fünften Kolonne" des "Ostens", sondern notwendiger Ausdruck einer Gesellschaft, die "nicht nur eine 'pluralistische'... (sondern) auch eine herrschaftsbestimmte"[223] ist.

Wenn es also richtig ist, widerstreitende Klasseninteressen als objektive Grundlage und Triebkraft der widerstreitenden parteilichen Grundentscheidungen oder Grundhaltungen zu begreifen[224], dann stellt sich nun die

---

222) ebda.

223) W. Hofmann, Vom Werturteil..., S. 77

224) Damit vollziehen wir lediglich eine Konkretisierung im Rahmen der allgemeinen erkenntnissoziologischen Überlegungen von J. Habermas bzw. von Burrichter. Für Habermas müssen die erkenntnisleitenden Interessen "als objektive Interessen aus dem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang kritisiert oder legitimiert werden" (Analytische Wissenschaftstheorie und Dialektik, S. 309). Vgl. dazu auch E. Hahn: "Aber die Frage steht heute, Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts nicht mehr abstrakt. Der gesamtgesellschaftliche Zusammenhang der Gegenwart ist praktisch und theoretisch heute so weit identifiziert, daß ganz bestimmte 'erkenntnisleitende' Interessen ganz bestimmten sozialen Subjekten, Klassen zugewiesen werden können..." (Historischer Materialismus und marxistische Ideologie, S. 54).

Frage, über welchen Vermittlungsprozeß sich das Klasseninteresse bis in die wissenschaftliche Betätigung hinein geltend macht. Die Antwort ergibt sich erstens aus einer Untersuchung der Formen und Stufen des gesellschaftlichen Bewußtseins, in welche eine Wissenschaftsdisziplin wie die DDR-Forschung eingebettet ist und über welche sie mit dem Klasseninteresse in Kommunikation bleibt, sowie zweitens aus der Betrachtung des Forschungsprozesses und seines inneren Zusammenhangs mit jenen bewußtseinsmäßigen Voraussetzungen.[225]

Unter den konkreten Formen des gesellschaftlichen Bewußtseins, die für unseren Zusammenhang vor allem relevant sind[226], tritt uns auf einer grundlegenden, besonders eng mit den materiellen gesellschaftlichen Existenzformen bzw. mit dem jeweiligen Klasseninteresse verbundenen Stufe zunächst die politische Ideologie entgegen. Sie gibt eine mehr oder weniger systematisierte, klassenbezogene Deutung "über die politische Ordnung der Gesellschaft, die Staatsformen, die Beziehungen zwischen verschiedenen Klassen und sozialen Gruppen und deren Rolle im gesellschaftlichen Leben, die Beziehungen zu anderen Staaten und Nationen usw."[227] Auf dieser Ebene sind u.E. etwa solche Lehren angesiedelt wie die über den Pluralismus, über Demokratie und Diktatur, über die Nation, über "Grundwerte in Staat und Gesellschaft"[228] u.ä.. Hier, wo es letztlich vor allem um die Frage der politischen Macht geht, wird man Parteilichkeit in besonders direkter und deutlicher Weise zu erwarten haben.

---

225) Verständlicherweise können wir die komplexen Zusammenhänge hier nur grob andeuten.

226) Vgl. insgesamt A.K. Uledow, Die Struktur des gesellschaftlichen Bewußtseins, Berlin 1972; dazu auch E. Hahn, Ideologie, S. 116ff.

227) Grundlagen der marxistisch-leninistischen Philosophie, S. 446

228) Vgl. die Beiträge von H. Schmidt, H. Kohl und W.

(Forts. nächste Seite)

Die politische Ideologie vermittelt im Gesamtkomplex der gesellschaftlichen Bewußtseinsformen ihrerseits zwischen dem materiellen Klasseninteresse und der Philosophie als allgemeinerer, umfassenderer Lehre von der Welt. "Die Philosophie ist, im Unterschied zur politischen Ideologie, eine/der von der Basis am weitesten entfernten Formen des gesellschaftlichen Bewußtseins." 229) Es ist freilich auch nicht zu übersehen, daß die Übergänge zwischen politischer Ideologie und philosophischer Weltanschauung recht fließend sind; die letztere nimmt ihrerseits Hauptmomente der politischen Ideologie in sich auf, und diese wiederum folgt der allgemeinen Denkrichtung der jeweiligen Philosophie. So wird man, um dies mit einem willkürlichen Beispiel zu illustrieren, von einem Kommunismusforscher, der erklärt, "daß kommunistische Erscheinungen sich von nichtkommunistischen durch keinerlei Eigentümlichkeit unterscheiden; ... ausgenommen natürlich durch das Symbol des Kommunismus"[230], sagen können, daß er eine idealistische philosophische Denkrichtung teilt.

Einen für die Kommunismusforschung besonders wichtigen Bestandteil der Philosophie stellt die Geschichtsphilosophie, das allgemeine Geschichtsdenken und Geschichtsbild dar. Wie wir noch sehen werden, drückt es der Kommunismusforschung deutlich seinen Stempel auf, besonders natürlich, wenn es um Fragen geht wie nach dem Charakter der Gegenwartsepoche, den Perspektiven der Gesell-

---

Forts. Anm. 228
Maihofer im Rahmen einer Diskussionsreihe der Katholischen Akademie Hamburg über "Grundwerte in Staat und Gesellschaft", in: FR v. 27.7., 3.8. und 6.8.1976.

229) P.W. Alexejew/A.J. Iljin, Das Prinzip der Parteilichkeit, S. 55

230) J.H. Kautsky, Comparative Communism Versus Comparative Politics, S. 141f.

schaftssysteme usw. Ein bestimmtes Geschichtsdenken ist es, wenn D. Herrmann, wie wir oben schon sahen, den Kapitalismus als den "Normalzustand" gesellschaftlicher Organisation definiert; wenn R. Löwenthal es ihm gleichtut, indem er dem Sozialismus vorwirft, daß er "die Gesellschaft wiederholt von dem Wege fortreißt, den sie 'natürlicherweise' gehen würde, da alle natürlichen Wege von dem utopischen Ziel wegführen."[231] Ein bestimmtes Geschichtsdenken ist es, wenn R. Löwenthal dementsprechend die "Vision einer Gesellschaft ohne Klassen" [232] als Unmöglichkeit hinstellt, wenn D. Herrmann meint, daß das ganze der sozialistischen Theorie und Praxis "zugrunde liegende Menschenbild unsinnig"[233] sei. Dergleichen Thesen sind Ausdruck einer Grundhaltung des Sich-nicht-abfinden-könnens mit der Existenz des Sozialismus, derselben Haltung, die in der praktisch-politischen Sphäre anzutreffen ist.[234]

---

231) R. Löwenthal, Entwicklung kontra Utopie. Das kommunistische Dilemma, S. 72

232) ebda., S. 64

233) D. Herrmann, Von Deutschland nach Deutschland, in: FAZ v. 26.6.1976

234) S. Haffner schrieb, "daß sich die Bundesrepublik mit der Existenz der DDR eben doch nicht wirklich abgefunden hat," (Stern v. 13.8. 1972) Der schleswig-holsteinische Kultusminister Braun erklärte unlängst, die "Verwendung der Begriffe 'zwei deutsche Staaten' oder 'deutsche Zweistaatlichkeit' wolle die Landesregierung nicht hinnehmen." (FAZ v. 26.9.1977) Die Haltung des Sich-nicht-abfinden-könnens hat eine praktische und eine erkenntnismäßige Seite; es leuchtet ein, daß, wo der fragliche objektive Sachverhalt historisch-unvermeidlichen Charakter trägt, die Haltung des Sich-nicht-abfinden-könnens erkenntnismäßig darauf hinausläuft, eine historische Gesetzmäßigkeit zu ignorieren, zu leugnen, nicht wahrhaben zu wollen.

Bürgerliche DDR-Forscher bekennen sich nicht selten ausdrücklich zu einer solchen Zielstellung, einer solchen Parteilichkeit, wobei oft auf jegliche geschichtstheoretische Ableitung und Argumentation verzichtet und stattdessen die restaurative Wandlung des Sozialismus einfach als nacktes politisches Handlungsprogramm und Kampfziel proklamiert wird. Der Theorie wird also vielfach gar nicht mehr die Aufgabe zugemutet, durch objektive Erkenntnis historisch-gesellschaftlicher Gesetzmäßigkeiten die "Hoffnung auf Restauration" zu begründen, sondern sie wird von vornherein dafür eingespannt, "Versuche der Restauration" anzuleiten (um an eine Aussage von Lenin anzuknüpfen)[235]. Bürgerliche Parteilichkeit artikuliert sich hier in barer, unvermittelter Gestalt. So schreibt etwa H. Lades (zu einer Zeit, als der Diskretionszwang der "neuen Ostpolitik" noch nicht voll eingesetzt hatte): "in der Kommunismusforschung wird das erkenntnisleitende Interesse von der Frage nach der Wandlungsfähigkeit kommunistischer Regime bestimmt. Diese Frage ist nicht nur eine Frage der wissenschaftlichen Theorie. Sie ist eine Frage der politischen Praxis."[236] Und D. Grille wandelt gar Marxens elfte Feuerbach-These ab und formuliert so das pragmatische Credo der DDR-Forschung: "Die politischen Soziologen haben die 'DDR' nur verschieden interpretiert; es kömmt darauf an, sie zu verändern."[237]

---

235) In der Übergangsepoche vom Kapitalismus zum Sozialismus "behalten die Ausbeuter unvermeidlich die Hoffnung auf eine Restauration, und diese Hoffnung verwandelt sich in Versuche der Restauration". (Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, in: Lenin, Werke, Bd. 28, S. 253)

236) H. Lades, Prag und das Problem des Wandels kommunistischer Regime, S. 114

237) D. Grille, "DDR-Forschung" im Wandel?, S. 158 (Herv.heb.: O.C.)

Grille geht soweit, daß er die praktisch-restaurative Nützlichkeit der DDR-Forschung unmittelbar zum Kriterium ihrer Wahrheit oder Falschheit erhebt, verlangt er doch, daß ihre "Wahrheit oder Falschheit ... in jenem ... Sinne praktischer Bewährung erwiesen werden muß"[238], den er mit obiger Marx-Variation markiert. Demnach wären gerade solche Ansätze der DDR-Forschung wissenschaftlich wahr, die in der Praxis angewandt eine besonders nachhaltige, systemverändernde Wirkung entfalten würden. Es ist nicht zu erkennen, wie sich eine solche Position letztlich davor bewahren könnte, pragmatischen Lageberichten und Einwirkungsrezepten wissenschaftliche Priorität zu geben. Der Vorwurf, der Grille gemacht werden muß, ist, daß er sich erstens willkürlich auf ein pragmatisches Ziel festlegt ("es kömmt darauf an, sie zu verändern") und sodann ebenso willkürlich diese pragmatische Zielsetzung in den Rang des entscheidenden Maßstabs für die Wissenschaftlichkeit und Wahrheit der DDR-Forschung erhebt, deren Funktion als Erfüllungsgehilfin damit festgeschrieben ist. D. Grille demonstriert hier Parteilichkeit im schlechten, unvermittelten Sinne. Die Wissenschaft dient lediglich als Mittel zu einem Zweck, leistet aber keine Begründung dieses Zwecks selbst. Das Wahrheitskriterium der Praxis wird dementsprechend nur beansprucht für den Bereich der Mittelanwendung, nicht aber für die Hinterfragung des gesetzten Zwecks; es wird mithin nur auswahlweise, willkürlich herangezogen. Wahrheit erscheint tendenziell auf Nützlichkeit reduziert. Es verdient angemerkt zu werden, daß dieses Konzept von bürgerlicher Parteilichkeit weit hinter den philosophisch-theoretischen Ansprüchen zurückbleibt, die der Marxismus an sein eigenes

---

238) ebda.

Parteilichkeitsverständnis stellt. Hier ist nämlich die praktische Zielstellung, die Parteilichkeit selbst in den wissenschaftlichen Begründungszusammenhang einbezogen und aus ihm heraus entwickelt. Während D. Grille den (Wahrheits-)Wert der Wissenschaft an ihre "praktische Bewährung" im Sinne eines vorgefaßten Ziels - nämlich der "Veränderung gegenwärtiger gesamtdeutscher Grundgegebenheiten"[239], sprich: der Rückgängigmachung der Entwicklung in der DDR - kettet, heißt es bei F. Engels geradewegs umgekehrt: "... je rücksichtsloser und unbefangener die Wissenschaft vorgeht, desto mehr befindet sie sich im Einklang mit den Interessen und Strebungen der Arbeiter."[240]

Wie der forcierten Parteilichkeit bürgerlicher Provenienz eine außerordentlich starke Fixierung am Ziel der Veränderung des sozialistischen Status quo eigen ist, so erklärt sie umgekehrt mit ebenso großer Selbstverständlichkeit die Bewahrung des kapitalistischen Status quo zu ihrer leitenden Maxime. Nichts charakterisiert die Mutwilligkeit, mit der solcher Einerseits-andererseits-"Zielbewußtheit"[241] Geltung verschafft wird, den Dogmatismus, der hier offenbar vonnöten ist, besser als der Umstand, daß D. Grille dort, wo es um die DDR geht, Marxens elfte Feuerbachthese bemüht (und sie zu einer Leerformel macht, der man scheinbar beliebige politisch-gesellschaftliche Weltveränderungsbestrebungen unterschieben kann), daß J.-P. Picaper dagegen

---

239) ebda.

240) F. Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, in: MEW, Bd. 21, Berlin 1962, S. 307. Zum Verhältnis von Wissenschaft und Parteilichkeit im Marxismus siehe P.W. Alexejew/A.J. Iljin, Das Prinzip der Parteilichkeit, S. 62ff.; K. Berka/S. Bönisch et al., Die Wissenschaft von der Wissenschaft, S. 97; E. Hahn, Ideologie, S. 81ff., S. 122f.

241) D. Grille, "DDR-Forschung' im Wandel?, S. 158

aus genau der gleichen bürgerlich-parteilichen Haltung heraus diese Feuerbachthese für überholt erklärt - weil es in seinem Zusammenhang um die Bundesrepublik geht: "Statt die Welt zu betrachten, soll der Wissenschaftler sie verändern helfen. Dieser in der Zeit des philosophischen Idealismus signifikante Satz entbehrt heute jeder Grundlage."[242] Im einen Fall also dient Marx zur Rechtfertigung einer parteilich-"zielbewußten" DDR-Forschung, im andern Fall wird er zu den Akten gelegt, weil es um den Bestand der westdeutschen Gesellschaftsordnung geht. Auf der einen Seite wird die DDR-Forschung auf das Ziel der restaurativen Veränderung der DDR-Verhältnisse vereidigt, auf der anderen Seite macht man Straßburger/Zimmermann erregt den Vorwurf, sie betrieben ihre Forschung "als Veränderungswissenschaft der Bundesrepublik"[243], will heißen als Wissenschaft zur Veränderung der Bundesrepublik. Man nimmt für sich selber etwas mit größter Selbstverständlichkeit in Anspruch, was man dem Andersdenkenden ebenso selbstverständlich als "Instrumentalisierung der Wissenschaft im Dienste einer Ideologie"[244] übel anrechnet.[245]

---

242) J.-P. Picaper, Pluralisierung..., S. 589 (Picaper polemisiert hier gegen J. Straßburger/H.Zimmermann.)

243) ebda.

244) ebda.

245) Und während die DDR- und Kommunismusforschung (oder doch Teile von ihr) sich weiterhin zwanglos an D. Grilles Maxime hält, wonach es darauf ankommt, den Sozialismus praktisch-politisch zu überwinden, ist man andererseits im Begriff, die Aufgaben der Wissenschaft, sofern es um den innergesellschaftlich-innenpolitischen Hausgebrauch geht, auf die einer "Stabilisierungswissenschaft" zu reduzieren und festzuschreiben. So heißt es in einer Urteilsbegründung eines Westberliner Gerichts: "Der durch Artikel 5 Abs. 3 GG geschützte Freiheitsraum endet ... dort, wo wissenschaftliche Erkenntnisse in die politische Wirklichkeit umgesetzt werden sollen und zu politischem Handeln aufgerufen wird." (Zit. bei W.D. Narr, Der Professor - ein Superbeamter, in: FR v. 25.11.1976) Man vergegenwärtige sich im Licht dieser Aussage noch einmal die Ausführungen von D. Grille.

Wenn nun J.-P. Picaper aus der Tatsache, daß seine wissenschaftlichen und politischen Kontrahenten J. Straßburger und H. Zimmermann ihre Forschung mit einer (reform-)politischen Zielvorstellung verknüpfen, folgert, daß sie demnach über eine ganz bestimmte Auffassung vom Geschichtsprozeß verfügen[245a], so ist hiergegen schwerlich etwas einzuwenden; nur trifft dies um nichts weniger auch für D. Grille und die durch ihn repräsentierte DDR-Forschung zu, die, wie wir sahen, die Bezeichnung "Veränderungswissenschaft" mit mindestens genauso viel Recht verdient wie die Forschung eines Straßburger und Zimmermann. Auch Grille hat eine bestimmte Auffassung vom Geschichtsprozeß; auch er weiß, um einmal Picapers Polemik hierauf zu transponieren, um den "'richtigen' Geschichtsablauf" und will ihn erklärtermaßen mithilfe der DDR-Forschungsergebnisse "entsprechend ... fördern"[246] - nur daß sein Geschichtsziel eben die "Einheit Deutschlands" unter kapitalistischen Vorzeichen ist,[246a] was seinerseits voraussetzt davon auszugehen, daß dieses Ziel zumindest eine zukunftsträchtige Möglichkeit der geschichtlichen Entwicklung ist, dieser also zumindest nicht ins Gesicht schlägt.

Damit sind wir wieder zum Ausgangspunkt dieses Exkurses über die restaurative Grundhaltung in der bürgerlichen DDR-Forschung zurückgekommen: zur Frage der Geschichtsphilosophie. Wir konnten feststellen, daß der Titel "Geschichtsphilosophie" oftmals nicht angebracht er-

---

245a) "Eine Veränderungswissenschaft ist ... von Nutzen, um den 'richtigen' Geschichtsablauf zu 'erkennen' und entsprechend zu fördern." (J.-P. Picaper, Pluralisierung..., ebda.)

246) Vgl. Anm. 245a

246a) D. Grille, "DDR-Forschung" im Wandel?, S. 158. Vgl. erst jüngst H. Hupka: "Die Bundesrepublik Deutschland bleibt der Modellstaat für ein künftiges Deutschland in einem freien Europa" (zit. nach: Die Welt v. 26.9.1977).

scheint angesichts der anspruchslosen Form, in welcher sich das spezifische Geschichtsdenken in der Kommunismus- und DDR-Forschung häufig manifestiert. Nun muß jedoch auf der anderen Seite gesehen werden, daß sich Kommunismus- und DDR-Forschung außer auf solches diffuses Geschichtsdenken durchaus auch auf strenger konzipierte, eher nachprüfbare Geschichts- und Gesellschaftstheorien stützen, oder anders gesagt, daß sich ihr Geschichtsdenken auch die wissenschaftliche Form solcher ausgesprochener Gesellschaftstheorien gibt. Damit kommen wir in unserem Schema der Vermittlungsstufen (oder sozusagen theoretischen "Aggregatzuständen") von bürgerlicher Parteilichkeit zu einem zentralen Umschlagplatz. Wie D. Bergner und R. Mocek eingehend dargelegt haben, vermitteln die bürgerlichen Gesellschaftstheorien - die Hauptrolle spielt hier die Industriegesellschaftstheorie - zwischen Geschichtsphilosophie einerseits und Sozialwissenschaft andererseits: "Kennzeichnend für die bürgerlichen Gesellschaftstheorien ist ihre starke Einbettung in die wichtigsten geschichtsphilosophischen Grundgedanken der Bourgeoisie bei gleichzeitigem starkem Bezug zu den Theorien und Methoden der bürgerlichen Sozialwissenschaften."[247] Entsprechend vielschichtig sind diese Gesellschaftstheorien strukturiert; die Industriegesellschaftstheorie etwa vereinigt in sich sozialwissenschaftliche Traditionen eines Saint-Simon, Spencer, Comte, Weber und Sombart, einen technologisch-technokratischen Aspekt, den Veblen und Burnham entwickelten, dann im engeren Sinne sozialtheoretische Gedankengänge von Aron, Dahrendorf u.a., die historisch-ökonomischen Erklärungsversuche eines

247) D. Bergner/R. Mocek, Bürgerliche Gesellschaftstheorien. Studien zu den weltanschaulichen Grundlagen und ideologischen Funktionen bürgerlicher Gesellschaftsauffassungen, S. 36

Rostow und Galbraith, ferner anthropologische Auffassungen von Gehlen u.a., und schließlich dehnte Freyer die Industriegesellschaftskonzeption zu einer umfassenden Epochendeutung, einer "Theorie des gegenwärtigen Zeitalters"[248] aus.[249] Daß in den bürgerlichen Gesellschaftstheorien - auch wo sie sich u.U. auf den ersten Blick "philosophiefrei" geben - geschichtsphilosophische Motive tatsächlich eine wichtige Rolle spielen, vermerkt auch der englische Sozialwissenschaftler J.H. Goldthorpe: Im Hinblick auf bürgerliche Industriegesellschaftstheorien stellt er fest, "daß in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren in der 'orthodoxen' westlichen Sozialwissenschaft in der Tat eine bedeutsame neue Strömung eines historizistischen oder sozusagen 'krypto-historizistischen' Denkens hervorgetreten ist."[250]

Vermöge ihrer Mehrschichtigkeit, ihrer fließenden Grenze hin zur Soziologie und den anderen speziellen sozialwissenschaftlichen Zweigen übertragen die Gesellschaftstheorien die in ihnen enthaltenen geschichtsphilosophischen - und so auch immer parteilichen - Prämissen auf die sozialwissenschaftlichen Ansätze im engeren Sinne. D. Bergner und R. Mocek formulieren diese These so: "Eine ganz wesentliche ideologische Funktion der bürgerlichen Gesellschaftstheorien besteht darin, die bürgerlichen Sozialwissenschaften 'an die Kette zu legen'. Da die Gesellschaftstheorien dabei betont 'rational' vorgehen, d.h. auf die außerwissenschaftlichen und teilweise mystischen 'Methoden'

---

248) Vgl. H. Freyer, Theorie des gegenwärtigen Zeitalters, Frankfurt a.M. 1955

249) Vgl. D. Bergner/R. Mocek, Gesellschaftstheorien, S. 44

250) J. H. Goldthorpe, Theories of Industrial Society: Reflections on the Recrudescense of Historicism and the Future of Futurology, S. 263 (Übers.: O.C.)

bürgerlichen geschichtsphilosophischen Denkens verzichten, erwecken sie zugleich den Anschein, die legitime Theorie sozialwissenschaftlicher Forschung zu sein." 251)

Das (mehr oder minder) subtile Funktionieren bestimmter Gesellschaftstheorien als Instanzen, welche die speziellen sozialwissenschaftlichen Forschungsansätze ideologisch "an die Kette legen", d.h. sie in den parteilichen Gesamtzusammenhang integrieren, wollen wir kurz an P.C. Ludz exemplifizieren. In seiner SED-Untersuchung erklärt er eingangs, auf "globale Deutungszusammenhänge" und "weltanschauliche ... Hintergrundkonzeptionen" verzichten und vielmehr nur "drei soziologische Fragestellungen, die organisationssoziologische, die elitentheoretische, und die ideologiekritische", an seinem Gegenstand aufwerfen zu wollen.[252] Die Darlegung der entsprechenden drei soziologischen Ansätze läßt jedoch bereits auf den ersten Blick erkennen, daß sie sehr wohl auf eine dezidierte Hintergrundkonzeption bezogen sind. Ludz versteht sein Thema nämlich als "das Problem der bolschewistischen Partei in einer industriellen Gesellschaft"[253]; es gibt für ihn überhaupt nur eine Gesellschaft, eben die Industriegesellschaft; es gibt auch nur eine bestimmte "Dynamik" dieser Gesellschaft, die ohne Zutun sozialer Interessen abläuft, so daß es für die Partei nur "Anpassung" bzw. "Einpassung in die Dynamik der industriellen Gesellschaft" als historische Verhaltensmöglichkeit

---

251) D. Bergner/R. Mocek, Bürgerliche Gesellschaftstheorien, S. 37

252) P.C. Ludz, Parteielite im Wandel, S. 21, 17, 24

253) ebda., S. 28

gibt.[254]

Aus dieser Auffassung von der allgegenwärtigen, alternativlosen, einheitlichen Industriegesellschaft - Ludz an anderer Stelle: "Das abgegriffene Schema Kapitalismus-Sozialismus zeugt ... von einer bemerkenswerten ideologischen Verblendung"[255] - leitet sich Ludz' methodologische Annahme ab, es kämen in einer DDR-bezognen "organisationssoziologischen und sozialstrukturellen Analyse Fragestellungen und Begriffe der westlichen politischen Soziologie ... ohne weiteres zum Tragen".[256] Tatsächlich sind wichtige Kernbegriffe der Ludzschen DDR- bzw. SED-Analyse nicht am Gegenstand selbst gewonnen, sondern entstammen aus "westlichen" organisationssoziologischen, managementtheoretischen und politikwissenschaftlichen Untersuchungen, von wo aus Ludz sie ohne erkennbares Problembewußtsein geradlinig auf den sozialistischen Kontext überträgt. Das beginnt beim Begriff der "strategischen Clique", den Ludz aus der bürgerlichen Industriesoziologie übernimmt und auf die SED-Führung anwendet[257], setzt sich fort in der Vorstellung von einer Rivalität zwischen jener"strategischen Clique"

---

254) ebda., S. 25. - Allein auf den ersten vier Seiten von Ludz' Ausführungen zum organisationssoziologischen Aspekt (S. 25ff.) findet sich rund ein Dutzend Wendungen, in denen der Industriegesellschaftsansatz zum Ausdruck kommt: "Dynamik der industriellen Gesellschaft", "industriellen Organisationsformen" (25) "der arbeitsteiligen industriellen Gesellschaft", "Erfordernissen großgesellschaftlicher Organisation", "in einer sich wandelnden Gesellschaft"(26), "Industrialismus", "einer einzigen Form großgesellschaftlicher Organisation" (27), "in einer industriellen Gesellschaft", "in Industriegesellschaften bolschewistischen Typs", "unter den Bedingungen der Industriegesellschaft", "den von der industriellen Gesellschaft geforderten Organisationstyp", "Anpassung ... an die industrielle Gesellschaft" (28), usw.

255) Parteielite im Wandel, S. 278

256) ebda., S. 17

257) Vgl. ebda., S. 32, Anm. 99

einerseits und den fachlich höherqualifizierten Nachwuchskräften bzw. zwischen "Linien- und Stabsorganisation" - ebenfalls einer Problemstellung, wie sie typisch ist für eine gewisse Art "westlicher" Managementliteratur[258]; das Denken in solchen Kategorien reicht selbst noch in die Bestimmung des in der DDR gegebenen Herrschaftstyps: der Begriff der "autoritären" Herrschaft bzw. Organisation verdankt sich, einschließlich seiner Abstufungen ("benevolent autoritär", "konsultativ autoritär", "partizipativ autoritär") abermals der amerikanischen Industrie- und Organisationssoziologie.[259] Nirgends taucht die Erwägung auf, ob für das Begreifen einer kommunistischen Partei, ihrer gesellschaftlichen Determinanten, ihrer Rolle und ihrer Organisationsprinzipien nicht doch andere Kategorien notwendig(er) wären als diejenigen, mit welchen die amerikanische Soziologie die Führungsprobleme in Großkonzernen bzw. in den beiden großen amerikanischen Parteien reflektiert. Überständige Erscheinungen am Gegenstand vermögen diesen eindimensionalen Ansatz nicht zu verunsichern, sondern gelten ihm per se nur als Relikte aus der "vorindustriellen Gesellschaft"[260], als "Ideologie" im gleich vorweg pejorativ definierten Sinne[261], deren Stunde angesichts

---

258) Vgl. ebda., S. 34, 33. "Ähnliche Prozesse und Verhaltensmuster konnten für amerikanische Großkonzerne aufgewiesen werden", merkt Ludz an, verkehrt damit aber freilich die Richtung seiner Analogiebildung; denn die besagten amerikanischen Untersuchungen stellen gerade den Ausgangspunkt, das Modell seiner SED-Interpretation dar.

259) Vgl. ebda., S. 35f. Maßgeblicher Ausgangspunkt ist hier R. Likert, New Patterns of Management, New York-Toronto-London 1961.

260) Parteielite..., S. 25

261) Die marxistisch-leninistische Ideologie gilt Ludz per definitionem als "System von Glaubenssätzen", als "verzerrte(s) und verblendete(s) Selbstverständnis", usw. (Parteielite..., S. 45)

des Vormarsches des "technisch-wissenschaftlichen Zeitalters"[262] im Prinzip längst geschlagen habe.

Ludz' sozialwissenschaftlicher Untersuchungsansatz transportiert also allen Dementis zum Trotz einen dezidierten "globalen Deutungszusammenhang", eine normative, parteiliche Geschichts- und Gesellschaftskonzeption auf sein empirisches Material.[263] Die Geschichte nimmt bei ihm unabweisbar ihren industriegesellschaftlichen Lauf, und das Heil liegt für die sozialistischen Systeme in der möglichst zügigen "Anpassung ... an die industrielle Gesellschaft"[264], in deren idealtypischer Physiognomie sich freilich ausgesprochen "westliche" Züge wiederfinden.[265] Von diesem Geschichtsverständnis und -bekenntnis her kann Ludz schon überhaupt nicht mehr seinem Anspruch treu bleiben, "nicht werten , anklagen, und vorschnelle Schlüsse ziehen"[266] zu wollen. Denn die entscheidende

---

262) P.C. Ludz, Was die DDR erreichen soll, in: FAZ v. 3.10.1974

263) In einer Fußnote gibt Ludz auch zu, "ein theoretisches Konzept" zu verwenden, "das in den folgenden Kapiteln empirisch nicht voll eingelöst werden kann." (Parteielite..., S. 25, Anm. 67)

264) ebda., S. 28. Die Vorstellung von einem schicksalhaft-bewußtlosen industriegesellschaftlichen "Wandel", der dem Menschen nur noch die "Anpassung" an ihn zu vollziehen übrigläßt, bildet einen roten Faden in Ludz' Schriften. Vgl. z.B. auch P.C. Ludz, Deutschlands doppelte Zukunft, S. 91, 119.

265) Auf den Begriff gebracht erscheint die latente Ineinssetzung von Industriegesellschaft und Kapitalismus in der Formulierung von der "technisch-kapitalistisch bestimmten Gemeinschaft" (Parteielite..., S. 265; Herv.heb.: O.C.).

266) ebda., S. 12

Wertung der sozialistischen Bewegung ist mit diesem Interpretationsraster, welches definitionsgemäß den (vorindustriell-antiquierten) Sozialismus mit der (modernen und zukunftsträchtigen) Industriegesellschaft konfrontiert und ersteren gegen letztere ausgespielt, bereits vollzogen. Und im Grunde enthält damit auch jeder Verweis auf irgendein Phänomen, das dem Interpretationsraster gemäß in den Bereich der Ideologie, des Dogmatischen, Utopischen, Vorindustriellen usw. fällt, die allgemeine Anklage, daß sich hier eben immer noch etwas dem modernen industriegesellschaftlichen Zug der Zeit widersetzt. Wertung und Anklage sind daher auch keine Frage des Vokabulars, sondern des grundsätzlichen Interpretationsansatzes (- wiewohl bei Ludz auch das Vokabular selbst oft genug diese tieferliegende Parteilichkeit zum Ausdruck bringt).[267] Und wie dem Ludzschen Interpretationsrahmen Wertung und Kritik ("Anklage") immanent sind, so impliziert er auch notwendig so etwas wie "vorschnelle Schlüsse", worunter Ludz wohl weit über die empirischen Anhaltspunkte hinausschießende Voraussagen versteht; was ist es z.B. anderes als ein vorschneller Schluß, wenn Ludz mit A.G. Meyer der Überzeugung ist, daß "jedes Sowjetsystem sich durch seinen (industriegesellschaftlichen, O.C.) Erfolg schließlich selbst zerstört"[268]? Oder hat es sich, um das Beispiel einer kürzerfristigen

---

267) Z.B.: vom Marxismus-Leninismus "bis zur Gegenwart mitgeschleppte Konzeption eines einheitlichen gesellschaftlichen ... Subjekts" (Parteielite..., S. 322); "Auch die Parteidoktrin wird modernisiert werden müssen, um nicht in esoterischer Semantik für die Kaste der Herrschenden zu erstarren" (Politische Ziele der SED und gesellschaftlicher Wandel in der DDR, S. 1270); parteilich sind auch Begriffe wie "Dogmatiker" (Parteielite..., S. 291) oder "Zwangskollektivierung" (ebda., S. 64).

268) Parteielite..., S. 14 (Zit. A.G. Meyer)

Vorhersage zu nehmen, im Lichte der vergangenen acht Jahre nicht als vorschnell erwiesen, daß Ludz seinerzeit - und dies war nicht irgendeine, sondern die zentrale These seiner SED-Studie - eine "wachsende Elitenkonkurrenz"[269] auf die DDR-Gesellschaft zukommen sah? So erweist sich Ludz' Anspruch, "nicht werten, anklagen und vorschnelle Schlüsse ziehen" zu wollen, als gescheitert.[270]

Wenn wir hier die zentrale Rolle der bürgerlichen Gesellschaftstheorie(n) als eines Vermittlungsglieds zwischen Ideologie und Theorie, zwischen Parteilichkeit und positiver sozialwissenschaftlicher Forschung hervorheben, dann müssen wir sogleich die Ergänzung machen: in der Kommunismus- bzw. DDR-Forschung gilt dies analog auch für die bürgerlichen politischen Theorien. Sie beziehen sich auf den politischen Aspekt der zu untersuchenden Systeme und teilen sich so mit den Gesellschaftstheorien in die Gesamtinterpretation des Gegenstands. Im Unterschied zu letzteren sind die politischen (politikwissenschaftlichen) Theorien - wir denken da in erster Linie an die Totalitarismuskonzeption - jedoch in direkter Nähe zur politischen Ideologie und politischen Philosophie angesiedelt und bringen damit Parteilichkeit noch dezidierter zur Geltung als die stärker sozialwissenschaftlich vermittelten Gesellschaftstheorien. Die Totalitarismustheorie mit ihrer scharfen Gegenüberstellung von Diktatur und Demokratie steht um einiges direkter im Kontext des ideologischen Kampfes als die Industriegesellschaftslehre, welche doch per se keine frontale Verurteilung des Sozialismus impliziert, ja bisweilen

---

269) ebda., S. 36

270) Eine ähnliche Kritik an P.C. Ludz skizziert V. Gransow, Kulturpolitik in der DDR, S. 13f.

sogar mit antikapitalistischem Denken verknüpft ist[271]. Dies dürfte auch der Grund sein, warum in der DDR- und Kommunismusforschung periodisch Stimmen laut werden, die vor einer Vernachlässigung der totalitarismustheoretischen Interpretation und der ihr zugrunde liegenden weltanschaulichen Grundwerte warnen und "allzu" industriegesellschaftstheoretisch verfahrende Analysen bis in die verdächtige Zone der Sozialismus-Apologetik rücken.[272] Umgekehrt können die Industriegesellschaftstheoretiker dem Totalitarismuskonzept plausibel vorhalten, infolge seines nur politikbezogenen Blickwinkels nicht die Gesamtgesellschaft und ihre dynamischen Möglichkeiten - eine zwar für die ideologische Rechtfertigung des eigenen Systems uninteressante, dafür aber für die strategische Einflußnahme auf das gegnerische System zentrale Fragestellung - in den Griff zu bekommen. Schon diese wenigen Beobachtungen lassen es geraten erscheinen, Industriegesellschaftslehre und Totalitarismustheorie in ihrem wechselseitigen Zusammenhang, als - relative und widersprüchliche - Einheit zu betrachten und zu untersuchen. In dieser Einheit bilden sie das gesellschaftstheoretische Herzstück der Kommunismus- bzw. DDR-Forschung und zugleich das entscheidende Gehäuse von deren "Wertgeladenheit", d.h. Parteilichkeit.[272a]

---

271) Deutlich wird das bei einer Variante der Industriegesellschaftslehre, der Konvergenztheorie. Vgl. hierzu G. Rose, Konvergenz der Systeme. Legende und Wirklichkeit, bes. S. 193ff.: "Die Ambivalenz der liberalen Variante der Konvergenztheorie".

272) Schon 1968 warf D. Grille DDR-Forschern wie P.C. Ludz und ihrer angeblich "immanenten Methode" direkt "apologetische Einseitigkeit" vor (D. Grille, Was ist objektiv? Die DDR als Gegenstand der wissenschaftlichen Forschung). Teilweise bis in die Formulierungen gleichen dem die Vorwürfe aus jüngster Zeit von Picaper, Herrmann u.a. - Siehe auch E. Hahns Ausführungen zur Frage "Entideologisierung" - "Reideologisierung" (E.Hahn, Ideologie, S. 23f.).

272a) Siehe dazu ausführlich die beiden nächsten Kapitel

5. Parteilichkeit und Phasen des Forschungsprozesses

Betrachten wir nun noch die allgemeine Struktur des gesellschaftswissenschaftlichen Forschungsprozesses unter dem Aspekt der in ihm wirksamen Parteilichkeit. Angesichts der obigen Erörterungen über (politik- und gesellschaftswissenschaftliche) Theorien als Vermittlungs- und Bewegungsformen von Parteilichkeit, als deren Träger, erscheint es legitim, die Frage nach der Rolle der Parteilichkeit im Forschungsprozeß überzuführen in die Frage nach der Rolle der Theorie im Forschungsprozeß, da beides sehr eng miteinander zusammenhängt (und zugleich der Vorteil entsteht, daß wir uns hier auf einen gründlicheren Untersuchungsstand stützen können)[273]. Dabei ist zu beachten, daß in einschlägigen wissenschaftstheoretischen Analysen der Begriff "Theorie" global im Sinne der Unterscheidung von theoretischer und empirischer Stufe wissenschaftlicher Erkenntnis im Forschungsprozeß verwandt wird ("Theorie" - "Empirie"), also mehr umfaßt als etwa nur die förmlichen Gesellschafts- und Politiktheorien, von denen oben die Rede war.[274] Daraus kann aber nicht der Schluß gezogen werden, daß unsere Koppelung des

---

273) Bezüglich der marxistischen Philosophie stellen P.W. Alexejew/A.J. Iljin kritisch fest, daß "die Ausarbeitung der Probleme der Parteilichkeit im Vergleich mit dem allgemeinen Niveau der Ausarbeitung anderer Kategorien und Prinzipien der materialistischen Dialektik zurück"bleibe. (Das Prinzip der Parteilichkeit, S. 16)

274) Vgl. H. Berger/H. Jetzschmann, Der soziologische Forschungsprozeß (Methodologische und methodische Aspekte), S. 14f. Dieser Theoriebegriff ist andererseits auch enger, insofern als er keine empirischen Aussagen mitumfaßt wie etwa die Industriegesellschaftstheorie. (Vgl. E. Hahn, Historischer Materialismus..., S. 176)

"Theorie"-Problems mit dem "Parteilichkeits"-Problem fragwürdig würde. Denn erstens sind auch all die theoretischen Elemente des Erkenntnisprozesses, die nicht direkt Teil der verwendeten Gesellschaftsdoktrin(en) sind, z.B. also bestimmte methodologische und heuristische Prinzipien, keinesfalls der allgemeinen Determination durch Parteilichkeit bzw. Philosophie enthoben[275], zweitens und unbeschadet dessen bleibt aber speziell für die Kommunismusforschung - und um diese geht es uns ja - unsere Feststellung gültig, daß Industriegesellschafts- und Totalitarismustheorie im Zentrum der theoretischen Kritik und des Parteilichkeitsnachweises stehen müssen. Welche Phasen des Forschungsprozesses lassen sich nun unterscheiden, und inwiefern wirkt dabei jeweils die Theorie (und durch sie die Ideologie/Parteilichkeit)? Erstens muß das Thema, das Forschungsobjekt, die Problemstellung formuliert werden. Daß hier ein bestimmtes Interesse, eine Wertentscheidung zugrunde liegt, wird auch von bürgerlicher Seite betont. "Fragen müssen gestellt werden, bevor Antworten gegeben werden können", schreibt G. Myrdal und fährt fort: "Die Fragen sind alle Ausdruck unseres Interesses an der Welt; sie sind im Grunde Wertungen."[276] Dabei muß gesehen werden, daß der Forscher nicht nur eine Frage, ein Thema "wählt", so als läge es als eines unter vielen anderen möglichen fertig und griffbereit vor ihm; tatsächlich geht es um mehr, nämlich um die Formulierung des Problems der Untersuchung, und dies ist ein Akt, der seinerseits schon theoretisches Bewußtsein voraussetzt.[277]

---

275) Man denke nur etwa an die "antikommunistische Heuristik" von D. Herrmann (s.o.).

276) G. Myrdal, Objectivity in Social Research, N.Y. 1969 (zit. nach J. Kuczynski, Studien zur Wissenschaft von den Gesellschaftswissenschaften, S. 158)

277) Insofern ist die Bezeichnung "Themawahl" (z.B. bei G. Brendler, Zur Rolle der Parteilichkeit im Erkenntnisprozeß des Historikers, S. 110) etwas verkürzt.

Aus diesem Grund betrachten H. Berger und H. Jetzschmann die Problemformulierung schon als zweite Phase im Forschungsprozeß und stellen ihr ausdrücklich noch eine erste theoretische Phase voran, in der es um die "Aufarbeitung und Systematisierung bisheriger wissenschaftlicher Erkenntnisse"[278] über den fraglichen Gegenstand und um die Einbringung der philosophischen Grundposition als notwendiger "Richtschnur für die Entwicklung der ... Forschungsstrategie"[279] geht. Die entscheidende Bedeutung dieses theoretisch-ideologischen Fundaments für die Problemformulierung unterstreicht H. Schliwa: "Gleiche objektive Problemsituationen können in Abhängigkeit von unterschiedlichen ideologischen Standpunkten sehr verschieden definiert werden".[280] Beispielsweise definiert P.C. Ludz das Problem seiner SED-Studie, wie wir oben sahen, als das Problem des Konflikts zwischen fortschreitender Industriegesellschaft und einer utopisch orientierten Elitenherrschaft; man kann es aber, mit vielleicht besseren Gründen, auch als das Problem des Aufbaus des Sozialismus unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution begreifen. Dieses Beispiel unterstreicht die Feststellung von Berger/Jetzschmann, "daß der theoretische Gehalt der Ausgangsposition von entscheidender Bedeutung für einen erfolgreichen Forschungsverlauf und die Gewinnung wesentlicher Aussagen über das Untersuchungsobjekt ist."[281] Von einer bestimmten Ausgangsposition her treten sogar möglicherweise manche objektiven Probleme überhaupt nicht ins

---

278) H. Berger/H. Jetzschmann, Der soziologische Forschungsprozeß, S. 41.

279) ebda.

280) H. Schliwa, Erkenntnis und Ideologie, S. 120

281) H. Berger/H. Jetzschmann, Der soziologische Forschungsprozeß..., S. 41

Blickfeld, die an sich aber zu einer richtigen Einschätzung des Gegenstands notwendig wären. Um nochmals auf Ludz zurückzugreifen: Er verzichtet in seiner SED-Analyse auf die Fragestellung, welches überhaupt die gesellschaftlichen Ursprungsgruppen (die "Mutter-Gruppen", wie Stammer sagt) der SED-"Elite" sind[282], beansprucht aber gleichwohl für seinen Ansatz das Verdienst, "die Verwurzelung von Herrschaft im Boden der Gesellschaft analytisch aufschließbar"[283] zu machen. Dieser Widerspruch ist für ihn offenbar deshalb keiner, weil sein Industriegesellschafts-Verständnis die genannte Fragestellung relativ entbehrlich macht. Damit scheidet aber aus seinem Forschungsrahmen von vornherein eine Interpretation aus, die die politischen Machtverhältnisse in der DDR als Resultate und Formen einer sozialen Bewegung, eben der Arbeiterbewegung, versteht; eine für den gesamten weiteren Gang der Erkenntnisgewinnung folgenschwere und durchaus parteiliche Vorentscheidung.

In unserer Kennzeichnung der ersten Phase des Forschungsprozesses ist neben der Themenwahl und der theoretischen Problemformulierung unwillkürlich auch schon der Schritt der Hypothesenbildung miteingegangen; dies liegt daran, daß die Problemformulierung in der Tat organisch in die Hypothesenbildung übergeht: "Die ... Zielfrage des Problems wird in der Hypothese als Vermutung formuliert"[284], anders gesagt, die Hypothese gibt, fußend auf der Problemanalyse und auf dem bereits gesicherten Wissen über den Sachverhalt, einen begründeten Erklärungsversuch. "Sie ist eine Übergangsform des Wissens, die zum er-

---

282) Vgl. Parteielite im Wandel, S. 39

283) ebda., S. 36

284) H. Berger/H. Jetzschmann, Der soziologische Forschungsprozeß, S. 128

klärenden Gesetz hinführt."[285] Aufgrund dieses engen Zusammenhangs von Problemstellung und Hypothesenbildung kann gesagt werden, daß der parteiliche Gehalt der ersteren entsprechend auch der letzteren anhaftet.

Als zweite Phase des Forschungsprozesses - vorausgesetzt, wir subsumieren alles oben genannte unter die erste Phase - kann die Methodenfindung angesehen werden. Auch sie ist nicht wertfrei, sondern bleibt in einem Beziehungsverhältnis zur eingenommenen Grundposition. Denn ein wichtiger "Gesichtspunkt zur Auswahl der Methoden ist die Übereinstimmung der Verfahrensweisen mit den Erfordernissen der Hypothese, d.h. mit der dem Gegenstand zugrunde liegenden Theorie. Dabei müssen solche Fragen in Erwägung gezogen werden wie das Verhältnis zwischen Erscheinung und Wesen des betreffenden Gegenstandes und den Möglichkeiten, mit Hilfe bestimmter Verfahrensweisen Informationen über die vielfältigen Aspekte des Gegenstandes zu erlangen, die geeignet sind, den Erkenntnisprozeß wirklich weiterzubringen und die nicht nur in einer Sammlung unterschiedlicher Fakten resultieren."[286] Wo der Gegenstand in der theoretischen Grundlegung des Problems etwa bereits einseitig, nur von willkürlichen Aspekten her definiert worden ist, da wird sich diese Einseitigkeit auch in der Methodenwahl reproduzieren; die Lösung bzw. Erforschung des Problems wird sich innerhalb der vorgezeichneten Bahn, innerhalb des beschränkten und deshalb unfruchtbaren Rahmens abspielen. Um wiederum ein Beispiel zu geben: Indem Ludz den Begriff der Ideologie von vornherein

---

285) ebda., S. 126

286) U. Koch, Bürgerliche und sozialistische Forschungsmethoden? Zur Rezeption empirischer Sozialforschung in der DDR, S. 60

als falsches Bewußtsein definiert[287], weist er seinem Forschungsansatz nur Aufgaben zu, die sich auf die wissenssoziologische und funktionale Seite der (marxistischen) Ideologie beziehen, wohingegen die Frage nach ihrem Widerspiegelungs- und Wahrheitsgehalt ausgeblendet bleibt. Die Methodenwahl reduziert sich damit auf Methoden wie die "der kausalen Zurechnung, der sozialwissenschaftlichen Verhaltensforschung, der psychologischen und soziologischen Motivationsanalysen und der Semantik"[288]; die Beschäftigung mit der marxistischen Ideologie und Philosophie erfolgt nur vom methodischen Boden der "sozialwissenschaftlichen Forschung", der "politischen Soziologie"[289] aus, mithin nur von außen, funktionalistisch. Die angewandten Methoden unterstellen sozusagen der zum Gegenstand gemachten marxistischen Ideologie immer bereits vorab, inhaltlich indiskutabel zu sein. Auch Ludz' Einsicht,"daß die Selbstdeutungen der Parteiführung stets eine 'Theorie der Gesellschaft' mit einschließen" 290), bleibt da ohne Konsequenz, öffnet sein methodologisches Spektrum nicht hin zur inhaltlich-philosophischen Auseinandersetzung mit dem Gegenstand.[291]

---

287) Vgl. Anm. 261. Eingehender dazu Kapitel 6.

288) P.C. Ludz, Parteielite im Wandel, S. 48

289) ebda.

290) ebda., S. 51, Anm. 163

291) Ein signifikanter Zug Ludzscher Marx-Beschäftigung ist das nahezu vollständige Ignorieren der ausgereiften Marxschen Hauptwerke zur Politischen Ökonomie. Vgl. dazu "Parteielite im Wandel" sowie besonders die Aufsätze "Entwurf einer Typologie des Ideologiebegriffs", "Religionskritik und utopische Revolution" in: P.C. Ludz, Ideologiebegriff und marxistische Theorie, S. 82ff. und S. 103ff. Im letztgenannten Aufsatz erfolgt die Heranziehung der "Grundrisse" von Marx nur im Kontext der Behauptung, Marx habe die griechische Antike "im Grunde niemals

(Forts. nächste Seite)

Halten wir also allgemein fest: auch die Methodik einer Untersuchung ist präformiert durch die Art und Weise, wie das Problem definiert wird. Die Parteilichkeit, die auf diese Weise in die Methodik hineinreicht, ist aber wohlgemerkt keineswegs gleichbedeutend mit einer "Vorwegnahme der 'gewünschten' Antwort", wie G. Brendler betont; wohl aber präjudiziert sie "weitgehend den Lösungsweg"[292], die Richtung, in der die unmittelbare Antwort gesucht wird.[293]

Als dritte Phase schließt sich sodann die direkte Objektuntersuchung, die Anwendung der Methoden an. Im engen Sinne ist darunter die "Datensammlung"[294] zu verstehen. Dieser Prozeß vollzieht sich, natürlich in dem durch Problemstellung und Methodenfestlegung abgesteckten Rahmen, relativ autonom und neutral gegenüber dessen parteilichen Prämissen. "Relativ" einmal deshalb, weil selbst eine in ihrem Ziel klar umrissene Datensammlung keinesfalls bedeutet, "daß die 'praktische' Anwendung der gewählten Methoden nun quasi mechanisch abliefe"[295]; vielmehr müssen beispielsweise die gesellschaftlichen Bedingungen mitreflektiert werden, unter welchen die Datenerhebung erfolgt und wodurch diese in ihrer Stichhaltigkeit tangiert werden kann. U. Koch hat das am Beispiel der Interview-Situation verdeutlicht[296]; in der DDR- und Kommunismus-

---

Forts. Anm. 291

endgültig historisch relativiert" (S. 115); "Das Kapital" wird nur für das Zitat über die nützliche Arbeit als "ewige Naturnotwendigkeit" beansprucht. Diese Zurückhaltung wird kompensiert mit Aussagen wie: "Der Mensch, der auch bei Marx tragisch in diese Welt gestellt ist..." (S. 118).

292) G. Brendler, Zur Rolle der Parteilichkeit..., S.111

293) Positiv ausgedrückt, wacht hier die Parteilichkeit "über die Identität der Fragestellung" (G. Brendler, ebda.).

294) Vgl. U. Koch, Bürgerliche und sozialistische Forschungsmethoden?, S. 63

295) ebda.

296) Vgl. ebda., S. 63ff.

forschung stellt sich ein derartiges Problem noch weit schärfer: hier können Daten im allgemeinen nicht unmittelbar "vor Ort" erhoben werden, sondern müssen bereits aus der Hand von sozialistischen Forschern übernommen werden; was dabei als ein "Datum" akzeptiert wird, ist wiederum abhängig von der theoretischen und ideologischen Grundposition des betreffenden ("westlichen") Wissenschaftlers; wenn er etwa grundsätzlich der Auffassung ist, das Objekt DDR würde "von ihren Wertgebern und Entscheidungsträgern ständig bewußt verhüllt"[297], dann wird er unter Umständen den Resultaten seiner "Intuition"[298] mehr Gültigkeit und Aussagekraft zuschreiben als den Befunden einer DDR-eigenen Untersuchung.[299]

Wir halten die Phase der realen Objektuntersuchung aber auch aus dem Grunde für bloß relativ parteilichkeitsneutral, weil sie in der Regel doch mehr umfaßt als nur eine "Datensammlung". "Die Forschung hat den Stoff sich im Detail anzueignen, seine verschiedenen Entwicklungsformen zu analysieren und deren inneres Band aufzuspüren", schreibt Marx.[300] Diese Formulie-

---

297) F. Oldenburg, Vom Elend der DDR-Forschung, S. 472

298) ebda., S. 475

299) Sontheimer/Bleek erklären apodiktisch: "Es besteht ... kein Zweifel, daß das Image, das die DDR offiziell von sich und über sich präsentiert, mit der politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit weit weniger übereinstimmt, als das für westliche Demokratien gilt." (K. Sontheimer/W. Bleek, Die DDR. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, S. 17) Es ist nicht zu erkennen, woher Sontheimer/Bleek solche Zweifelsfreiheit nehmen. Auf der anderen Seite aber ist klar, daß diese ihre Prämisse gravierende Folgen bezüglich ihres methodischen und interpretatorischen Herangehens an den Gegenstand haben muß, zumal da hier die Tendenz gerechtfertigt wird, den Sozialismus an Maßstäben zu messen, die dem - laut Sontheimer/Bleek ja einigermaßen realistischen - freiheitlich-demokratischen Image des "Westens" entnommen sind.

300) K. Marx/F. Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 26f.

rung macht deutlich, daß der Forschungsprozeß selbst wieder eine Einheit von empirischer und theoretischer Erkenntnis, von Analyse und Synthese, von Konkretion und Abstraktion ist.[301] Infolgedessen übt auch in dieser Phase der parteiliche Grundansatz des Forschers, vor allem in Form der besonderen Methodologie, die er, ob bewußt oder unbewußt, anwendet, seine Wirkung aus. In diesem Punkt gibt es allerdings unter marxistischen Theoretikern gewisse Interpretationsunterschiede, die wir jedoch hier übergehen können.[302]

---

301) Vgl. E. Hahn, Historischer Materialismus..., S. 164ff.: "Theoretische und empirische Erkenntnis als wechselseitige Voraussetzungen".

302) Nur so viel: J. Kuczynski vertritt die Auffassung, daß die eigentliche Analyse des Gegenstands schlechthin unparteilich und wertfrei sei bzw. zu sein habe. (Studien zur Wissenschaft von den Gesellschaftswissenschaften, bes. S. 160ff.) Er will damit sagen, daß die Analyse vorurteilsfrei, unvorgenommen, allseitig, sozusagen "sine ira et studio" zu verfahren hat. Dabei ist sich aber Kuczynski durchaus im klaren, daß solche Vorurteilslosigkeit nicht gleich Voraussetzungslosigkeit ist; vielmehr sieht er die Vorurteilslosigkeit und Objektivität der Analyse nur gewährleistet durch den Gebrauch der "Methodologie des Dialektischen und Historischen Materialismus" (S. 170). Diese marxistische Methodologie aber, und hier dürfte der springende Punkt des Problems liegen, erachtet Kuczynski erklärtermaßen als unabhängig von der marxistischen Weltanschauung (vgl. S. 168) und damit als unparteilich, als die wissenschaftliche Methodologie schlechthin (die spontan auch von bürgerlichen Wissenschaftlern angewandt würde). Demgegenüber betrachten die meisten anderen marxistischen Theoretiker die allgemeine Methodologie als eine nicht abtrennbare Seite der Philosophie (- was ja im Grunde auch Kuczynskis Formulierung "Methodologie des Dialektischen und Historischen Materialismus" völlig eindeutig zum Ausdruck bringt -) und mithin als "parteilich" (P.W. Alexejew/ A.J. Iljin, Das Prinzip der Parteilichkeit, S. 98). Daß zugleich diese marxistische dialektische Methodologie die Wissenschaftlichkeit der Analyse gewährleiste, bestreiten diese marxistischen Theoretiker natürlich auch nicht

(Forts. nächste Seite)

Vierte Phase im Forschungs- und Erkenntnisprozeß ist die Auswertung und Erklärung der empirischen Ergebnisse, ihre Überführung in das theoretische System. Hier "gelangt der Einfluß der Theorie wiederum voll

---

Fort. Anm. 302)

nur ziehen sie hieraus nicht den Schluß, die Parteilichkeit sei in der Analyse schlichtweg außer Kraft gesetzt (Kuczynski: Der Wissenschaftler muß genaus wissen, "wann er parteilich sein, wann er werten muß, und wann er unparteilich sein muß, wann er nicht werten darf." (Studien zur Wissenschaft..., S. 189)), sondern werten dieses "vollständige 'Übergehen' der Parteilichkeit in die Wissenschaftlichkeit... (gerade als Zeichen der) Stärke und Wirksamkeit der marxistisch-leninistischen Parteilichkeit." (P.W. Alexejew/A.J. Iljin, a.a.O., S. 99). Diesem dialektischen Standpunkt kommt Kuczynski selber einmal sehr nahe, wo er von der "aus Parteilichkeit unparteiliche(n)" Untersuchung spricht (Studien zur Wissenschaft..., S. 165). - Andererseits gibt es jedoch auch eine Annäherung von Alexejew/Iljin an Gedankengänge von Kuczynski: Jene betonen zwar die Parteilichkeit der allgemeinen materialistisch-dialektischen Methodologie, erkennen aber auch an, daß, für sich genommen, "einzelne Elemente dieser Methodologie auch nicht 'parteilich' sein" (Das Prinzip..., S. 98) können. Anders gesagt, es gäbe zwar einen Zusammenhang von allgemeiner Methodologie und speziellen Methoden, aber ebenso auch eine gewisse "wechselseitige Unabhängigkeit" (ebda.) beider voneinander. Anders wäre in der Tat auch nicht das von Lenin vermerkte Phänomen zu erklären, daß auf der Ebene empirischer Spezialuntersuchungen zwischen Marxisten und Nichtmarxisten Einmütigkeit bestehen kann - ein Faktum, auf das sich Kuczynski bei seiner Argumentation stark beruft (vgl. Studien zur Wissenschaft..., S. 173). Insofern als aber auch Kuczynski den Forschungsprozeß letzlich als eine dialektische Einheit von Analyse und Synthese, von Empirie und Theorie ("Die Theorie ist natürlich parteilich...", S. 173), von spezieller Methode und allgemeiner marxistischer Methodologie betrachtet, steht er de facto auf derselben Position wie die Mehrzahl der marxistischen Philosophen.

zur Geltung."[303] Die theoretische Deutung und Erklärung bedeutet gegenüber dem empirischen Material notwendig einen qualitativen Sprung, geht über dieses notwendig hinaus, soll der Erkenntnisprozeß nicht im Stadium der begriffslosen Faktensammlung stehenbleiben. Entsprechend kommt hier auch die Parteilichkeit zum Zuge. Kuczynski fügt dem noch die Phase des Ziehens der Schlußfolgerungen sowie der letztendlichen Darstellung der Resultate an, welche vollends ihre Parteilichkeit weder verleugnen können noch sollen, sondern geradezu "cum ira et studio geschrieben werden müssen"[304], wie Kuczynski sagt. Dem stimmen im Grundsatz auch viele bürgerliche Wissenschaftler bei. Die DDR-Forschung, erklärt F. Oldenburg, sollte nach vollbrachter Erkenntnisleistung "mit ihren nachträglichen Alternativangeboten, Prognosen und polittechnologischen Angeboten durchaus nicht karg umgehen... Es genügt keineswegs, nur über die Sache zu schreiben, man muß auch zu den Menschen reden."[305]

Diese Übereinstimmung der bürgerlichen und der marxistischen Seite bezüglich des pragmatischen, des Verwertungs-Aspekts der Wissenschaft bleibt aber eine sehr partielle Übereinstimmung. Im marxistischen Verständnis ist Parteilichkeit mehr als nur eine prag-

---

303) U. Koch, Bürgerliche und sozialistische Forschungsmethoden?, S. 75

304) J. Kuczynski, Studien zur Wissenschaft..., S. 180

305) F. Oldenburg, Vom Elend der DDR-Forschung, S. 475. C.J. Friedrich: "Eine Politische Wissenschaft, die nicht die Aussicht böte, zu normativen Urteilen zu gelangen, wäre einer Medizin zu vergleichen, die zwar die Ursachen und den Verlauf der menschlichen Krankheit zu schildern in der Lage wäre, dagegen weder irgendwelche Prognosen noch Heilmittel und -methoden zu bieten hätte." (Die politische Wissenschaft, S. 8)

matische Kategorie, äußert sie sich nicht erst in der politisch-sozialen Funktionalität der wissenschaftlichen Ergebnisse. Dies sollten unsere Ausführungen über Stufen und Phasen des Vermittlungszusammenhangs von Interesse und Erkenntnis deutlich machen. Zusammenfassend läßt sich mit Berka/Bönisch/Fiedler et al. sagen: "Unter Parteilichkeit in den Wissenschaften wollen wir die von bestimmten philosophischen Anschauungen ausgehenden Auswirkungen auf den Aufbau wissenschaftlicher Systeme fassen. Sie hebt mit der wissenschaftlichen Fragestellung an, setzt sich in der Methodenwahl fort, wirkt sich in der Formulierung wissenschaftlicher Aussagen aus und bedeutet schließlich die praktisch-politische Parteinahme für die Verwertung wissenschaftlicher Ergebnisse im Sinne der sozialen Funktion der Wissenschaft."[306] Unsere Überlegungen über Erkenntnis und Interesse in der DDR- und Kommunismusforschung haben besonders die zentrale Bedeutung der jeweils zugrundeliegenden Gesellschaftstheorie (einschließlich ihrer Konzeption vom politischem Überbau) deutlich werden lassen. Hier liegt ein wesentlicher Schlüssel für die Beurteilung der DDR-Forschung, ihrer Objektivität und ihrer Parteilichkeit. Ganz im Mißverhältnis zu diesem Befund steht jedoch die tatsächlich geführte Selbstverständnisdiskussion unter den DDR-Forschern. Darauf hat schon W. Wotschak hingewiesen: "In dem Streit um die Neuorientierung der DDR-Forschung fällt allgemein auf, daß die grundlegende Gesellschaftstheorie, auf deren Basis DDR-Forschung betrieben werden soll, kaum ins Blickfeld gerückt wurde. Ebenso werden weltanschauliche Grundlagen nur an der Oberfläche berührt."[307]

---

306) K. Berka/S. Bönisch/F. Fiedler et al., Die Wissenschaft von der Wissenschaft, S. 294

307) W. Wotschak, DDR-Forschung unter Anpassungszwang, S. 48

Exemplarisch sei hierzu nochmals an Burrichter erinnert, der von einer durchaus sehr ausführlichen Reflexion des gesellschaftlich mitbedingten Erkenntnisrahmens der DDR-Forschung plötzlich und unvermittelt zur Totalitarismustheorie übergeht.[308]

Immerhin gibt es aber Ansätze einer systematischen Differenzierung der in der DDR-Forschung denkbaren und auch vorfindlichen theoretischen Herangehensweisen. M. Ackermann unterscheidet, nach Maßgabe des Hintergrunds, vor dem die DDR-Gesellschaft betrachtet wird (des "idealtypische(n) Bezugpunkt(s))[309], eine "systemdifferente", eine "systemvergleichende" und eine "systemimmanente" Betrachtung.[310] Im ersten Fall bildet die "eigene ... Gesellschaftsordnung"[311] den Maßstab der Betrachtung, woraus dann von vornherein "entschiedene Ablehnung der DDR"[312] resultiert; im zweiten Fall hat der theoretische Hintergrund "system-übergreifenden"[313] Charakter, was jedoch auch die Gefahr impliziert, sich theoretisch im "Zwielicht beider Systeme"[314] zu bewegen, wie Ackermann anmerkt; im dritten Fall geht es darum, die "DDR konkret auf ihren Sozialismus hin zu befragen"[315]. In diesen unterschiedlichen Betrachtungsweisen erkennt man unschwer

---

308) C. Burrichter, Fragen zu einer soziologischen Theorie der DDR-Gesellschaft (siehe oben, S. 219ff.).

309) M. Ackermann, Die Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und den DDR-Forschern, S. 589

310) ebda., S. 590

311) ebda., (bei Wotschak, a.a.O., S. 49 unkorrekt zitiert als "eigenen Gesellschaftsvorstellung", was in der Sache freilich berechtigt ist).

312) M. Ackermann, Die Normalisierung..., S. 590

313) ebda.

314) ebda.

315) ebda.

die drei für die DDR-Forschung wichtigsten theoretischen Ansätze wieder: Totalitarismustheorie, Industriegesellschaftslehre sowie Marxismus. Letzteren scheint Ackermann allerdings nur dann für legitimiert zu halten, wenn von vorherein gesichert ist, daß er zu Ergebnissen gelangt, die dem "Selbstverständnis der DDR" opponieren. Noch deutlicher plädiert für eine solche Exkommunizierung einer bestimmten wissenschaftlichen Richtung W. Bruns.[316] Davon einmal abgesehen liegen also den dreierlei Betrachtungsweisen, die Ackermann vom Kriterium des jeweiligen theoretischen "Bezugspunktes" her ableitet, letztlich die genannten unterschiedlichen Gesellschaftsmodelle zugrunde. In dieser Konkretisierung werden sie im Grunde auch erst einer wissenschaftlichen Kritik und Beurteilung zugänglich gemacht, statt nur als drei verschiedenartige Blickwinkel zu erscheinen, unter welchen man sich willkürlich für einen entscheiden könne. Zwar deutet Ackermann an der ersten ("systemdifferenten") Herangehensweise Kritik an [317], dagegen bleibt aber zumindest bezüglich der beiden anderen das Urteil offen;

---

316) Für Ackermann scheint nur die Alternative zu existieren: entweder der Forscher kommt zum Ergebnis, daß der DDR-Sozialismus "gerade nicht identisch" (ebda.) mit dem Sozialismus-Begriff der Klassiker des Marxismus sei, oder aber er "plapper(t) unterwürfig den DDR-Sozialismus nach" (ebda.). W. Bruns behauptet sogar schlicht, daß in der Forschungsrichtung, welche die Verhältnisse in der DDR als "bereits materialisierte(n) Sozialismus" betrachtet und demzufolge nicht auf eine "Kritik von 'links'" hinausläuft, die "Realanalyse der sozialistischen Gesellschaftsformationen unterbleib(e)" (W.Bruns, Richtungen und Probleme der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 595). Für gelungen betrachtet er hingegen offenbar die Realanalyse in dem Aufsatz von P. Brokmeier, Entwicklungsbedingungen der DDR-Gesellschaft, (1972) - ganz im Gegensatz zu dessen Verfasser, der davon, wie jüngere Veröffentlichungen beweisen, abgerückt ist.

317) Vgl. M. Ackermann, Die Normalisierung..., S. 590

in der Tat kann man auch garnicht per se entweder der "systemvergleichenden Betrachtung" oder der "systemimmanenten Betrachtung" wissenschaftlich den Vorzug geben, denn Systemvergleich ist zunächst einmal nur eine bestimmte Fragestellung, kein spezieller Theorieansatz: auch der Marxismus beispielsweise ist prinzipiell zu "systemvergleichender Betrachtung" fähig. Aus der ganzen näheren Charakterisierung dieser Variante bei Ackermann geht aber klar hervor, daß er dabei einen spezifischen theoretischen Ansatz im Auge hat, eben die Industriegesellschaftstheorie. W. Bruns bringt ebendies deutlicher zum Ausdruck.[318]

Somit verweisen uns auch die skizzierten Inventarisierungsversuche von M. Ackermann und W. Bruns auf die Notwendigkeit, die in der DDR- und Kommunismusforschung relevanten Gesellschaftstheorien näher zu betrachten. Wir beginnen - entsprechend dem Gang der realen Theoriegeschichte - mit der Totalitarismuskonzeption.

---

318) Vgl. W. Bruns, Richtungen und Probleme..., S. 597, Anm. 15: "Es muß ... bestritten werden, ob der kritische Positivismus 'qualitative Unterschiede in beiden deutschen Gesellschaftsystemen herauszuarbeiten (vermag)' (Materialien 1971, S. 35). "W. Bruns kommt in seinem Schema auf fünf verschiedene Forschungsansätze; im großen und ganzen lassen sie sich jedoch mit dem skizzierten Schema von Ackermann zur Deckung bringen.